



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Amtsbericht 2010 des Regierungsrates**

Datum: 1. Februar 2011

Nummer: 2011-040

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links: - [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
 - [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
 - [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
 - [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Kanton Basel-Landschaft

Regierungsrat

Nr. 2011 / 040

Kanton Basel-Landschaft

Regierungsrat

Vorlage an den Landrat

Amtsbericht 2010 des Regierungsrates

vom 1. Februar 2011

Inhaltsverzeichnis

Teil 1: Einleitung	Seite 3
Teil 2: Finanz- und Kirchendirektion	Seite 4
Teil 3: Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion	Seite 30
Teil 4: Bau- und Umweltschutzdirektion	Seite 62
Teil 5: Sicherheitsdirektion	Seite 102
Teil 6: Bildungs-, Sport- und Kulturdirektion	Seite 120
Teil 7: Landeskanzlei	Seite 140
Teil 8: Antrag	Seite 146
Anhang 1: Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates	Seite 147
Anhang 2: Initiativen (Stand der Bearbeitung)	Seite 179

Teil 1 Einleitung

1.1 Auftrag

Der Regierungsrat unterbreitet dem Landrat auftragsgemäss seinen Amtsbericht für das Jahr 2010. Gemäss § 67 Absatz 1 Buchstabe a der Kantonsverfassung genehmigt der Landrat die jährlichen Amtsberichte des Regierungsrates.

1.2 Übersicht

Der Vergleich mit dem Jahresprogramm 2010 zeigt, dass nicht alle der gesetzten Ziele und Absichten im geplanten Mass umgesetzt werden konnten. Es ist aber festzustellen, dass die meisten Vorhaben programmgemäss in Angriff genommen, weitergeführt oder abgeschlossen werden konnten. Verzögerungen haben sich vor allem in der Vorbereitung verschiedener Gesetzesvorlagen ergeben. Verschiebungen oder Sistierungen von Projekten sind auch aus finanziellen Gründen (als Sparmassnahme) oder aufgrund fehlender personeller Ressourcen erfolgt.

Für die Details wird auf die folgenden direktionsweise gegliederten Rechenschaftsberichte hingewiesen. Der Amtsbericht 2010 ist wiederum federführend von der Finanz- und Kirchendirektion betreut worden, die sich bei den vier anderen Direktionen und der Landeskanzlei für die gute und speditive Zusammenarbeit bedankt.

1.3 Anhänge

Anhang 1 umfasst

- alle vom Regierungsrat im Jahr 2010 beantworteten Interpellationen sowie schriftlichen und mündlichen Anfragen,
- die vom Landrat abgeschriebenen Aufträge (Motionen und Postulate),
- die vom Regierungsrat erfüllten, vom Landrat aber noch nicht abgeschriebenen Aufträge,
- die vom Regierungsrat innert der gesetzlichen Frist noch nicht erfüllten Postulate und Motionen (Zu diesen Vorstössen unterbreitet der Regierungsrat dem Landrat eine separate Vorlage) und
- die vom Landrat nach dem 1. 1. 2010 überwiesenen Postulate und nach dem 1. 1. 2009 überwiesenen Motionen.

Anhang 2 gibt einen Überblick über den Stand der Bearbeitung der kantonalen Volksinitiativen.

Teil 2 Finanz- und Kirchendirektion FKD

Strategische Aufgabenüberprüfung

Der Regierungsrat hat im Rahmen eines neuen Strategieprozesses, der seit 2008 im Gange ist, strategische Schwerpunkte und Ziele definiert. Auf dieser Grundlage wurde im Jahr 2010 eine Aufgabenüberprüfung bei allen Dienststellen durchgeführt. Den Schlussbericht hat der Regierungsrat im November 2010 zur Kenntnis genommen. Er bildet unter anderem die Basis für das Entlastungspaket 2012 / 2015.

Pflege des Wohn- und Wirtschaftsstandortes

Ein Teil der geplanten Förderung des Wohn- und Wirtschaftsstandortes Basel-Landschaft konnte 2010 erfolgreich realisiert werden: Die Umsetzung des ersten Teils der Unternehmenssteuerreform II. Die Revision der Einkommens- und Vermögensbesteuerung musste hingegen unter Berücksichtigung des strukturellen Defizits des Baselbieter Staatshaushalts aufgeschoben werden. Dieses Reformvorhaben kann erst angegangen werden, wenn Massnahmen zur nachhaltigen Sanierung der Staatskasse beschlossen sind.

Der Bezug der Spezialsteuern wurde von den Bezirksschreibereien wie geplant per 1. Januar 2010 der kantonalen Steuerverwaltung übergeben. Die Gesetzgebungsarbeiten für die Übernahme der Veranlagung sind 2010 soweit vorbereitet worden, dass der Landrat Anfang 2011 darüber beschliessen kann.

Mit der Einführung der E-Rechnung für natürliche Personen machte die kantonale Steuerverwaltung einen grossen Schritt zur modernen Dienstleistungsverwaltung mit zeitgemäsem elektronischem Angebot. Zudem wird seit letztem Jahr für juristische Personen eine ausfüllbare Steuererklärung als Download angeboten. Als Nächstes ist nun die Realisierung der elektronischen Steuererklärung geplant.

Schliessung der Deckungslücke der Pensionskasse

Die Teilrevision des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG; Finanzierung von Vorsorgeeinrichtungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften) ist Ende 2010 im eidgenössischen Parlament beschlossen worden. Das teilrevidierte BVG wird frühestens auf 1. Januar 2012 in Kraft treten.

Zur Schliessung der Deckungslücke der BLPK sind verwaltungsintern Vorschläge erarbeitet worden, zudem wurden mögliche Beitragsprimatspläne entworfen. Ziel ist, dass die Bundesgesetzbestimmungen, welche unter anderem eine Anpassung der Organisation der BLPK und eine verstärkte Trennung der Verantwortlichkeiten von Parlament und Vorsorgewerk zur Folge haben, im Kanton Basel-Landschaft umgesetzt werden. Die entsprechenden Vorlagen sollen zeitgleich und abgestimmt auf die revidierte Bundesgesetzgebung vorgelegt werden. Auf Grund dieser Ausgangslage wird die Reform der BLPK frühestens auf 1. Januar 2013 in Kraft treten.

Neues kantonales Personenregister arbo

Das Kantonale Personenregister arbo wird seit September 2010 im Kanton von den Zentralen Informatikdiensten (ZID) betrieben. Per Ende 2010 sind fünf Baselbieter Gemeinden an das Kantonale Personenregister arbo angeschlossen gewesen. Alle Gemeinden sollen spätestens bis Ende Sommer 2011 an arbo angeschlossen sein.

arbo wird seinen grossen Nutzen entfalten, wenn alle 86 Gemeinden angeschlossen sind. Die zukünftigen Nutzer im Kanton werden davon profitieren können, dass die Stammdaten zu den Personen an zentraler Stelle aktuell zur Verfügung gestellt werden. Die Einwohnerregister der Baselbieter Gemeinden sind volkszählungstauglich. Alle Gemeinden konnten bis Ende Oktober 2010 ihre Statistiklieferung erstellen und an den Bund senden. Mit 100 Prozent qualitativ akzeptierten Lieferungen zählte der Kanton Basel-Landschaft zu den neun besten Kantonen der Schweiz.

Nr. 2.01	Programmpunkt Finanzwesen Strategische Zielsetzungen Die Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP) im Jahr 2003 hat den Grundstein für einen strukturell ausgeglichenen Haushalt und den Abbau der Kantonsschuld in den vergangenen Jahren gelegt. Die finanzielle Ausgangslage des Kantons Basel-Landschaft ist nach wie vor solide. Standard & Poor's hat den Kanton Basel-Landschaft auch für das Jahr 2009 mit der Bestnote AAA ausgezeichnet. Allerdings haben sich die finanziellen Perspektiven stark verschlechtert. Aufgrund des im Jahr 2008 eingetretenen Rückgangs der Wirtschaftsentwicklung und der absehbaren, konjunkturell bedingten Einnahmehausfälle wird der finanzielle Spielraum des Kantons Basel-Landschaft stark eingeengt. Es zeichnet sich ab, dass nicht alles Wünschbare realisiert werden kann. Steuererhöhungen in wirtschaftlich schlechten Zeiten sollen vermieden werden. Die nachhaltige Finanzpolitik soll auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten weitergeführt werden, d.h. die Verschuldungszunahme soll begrenzt werden, so dass im Konjunkturaufschwung keine Steuererhöhungen notwendig werden. Damit diese nachhaltige Finanzpolitik weitergeführt werden kann, wird im Rahmen einer strategischen Aufgabenüberprüfung im Finanzplan und im Investitionsprogramm das Notwendige vom Wünschbaren getrennt. Mit der Implementierung eines neuen ERP-Systems und der Einführung der neuen Rechnungslegung sind wichtige Schritte zur Verbesserung der Führungsinstrumente vollzogen worden. Die Weiterentwicklung der Führungsinstrumente auf der Basis des neuen ERP-Systems wird fortgesetzt, namentlich im Bereich der Prozessoptimierungen, des Controllings, der Haushaltsführung und des Internen Kontrollsystems.	↓ Amtsbericht 2010	
Nr. 2.01.06	Einzelne Massnahme Umsetzung Beteiligungscontrolling Die Umsetzung der Verordnung zum Beteiligungscontrolling erfolgt schrittweise. Im Jahr 2010 wird die jährliche Berichterstattung aufgebaut, und es werden Eigentümerstrategien formuliert. Für den Leistungseinkauf, der ebenfalls in den Themenbereich der Beteiligungen gehört, wird eine separate Verordnung erarbeitet.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.05 Mio. Fr.	Die Umsetzung der Verordnung ist im Gang. Sie erfährt aufgrund von knappen personellen Ressourcen und der zusätzlichen Beanspruchung von personellen Ressourcen durch die strategische Aufgabenüberprüfung zeitliche Verzögerungen.

Nr. 2.01.08	Weiterentwicklung des Internen Kontrollsystems In einer 1. Etappe wurden die Anforderungen eines Internen Kontrollsystems auf das ERP-Projekt angewandt. In einer 2. Etappe soll das Interne Kontrollsystem auch in anderen Verwaltungsbereichen weiterentwickelt werden. Risikopolitik Aufgrund der Risikokategorisierung wird für den Regierungsrat eine Risikopolitik und ein darauf basierendes Risikomanagement formuliert.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.1 Mio. Fr.	Die finanzrelevanten Prozesse sind in der FKD (Pilot) erhoben und dokumentiert worden. Nach der Verabschiedung durch den Regierungsrat soll das Interne Kontrollsystem auf der Basis eines Leitfadens auch in anderen Verwaltungsbereichen weiter entwickelt werden.
Nr. 2.01.10	Schliessung der Deckungslücke der Pensionskasse Die Vorlage zur Schliessung der Deckungslücke der Pensionskasse wird dem Landrat nach der Durchführung des Vernehmlassungsverfahrens zum Beschluss unterbreitet.		Die Teilrevision des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG; Finanzierung von Vorsorgeeinrichtungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften) ist Ende 2010 im eidgenössischen Parlament beschlossen worden. Das teilrevidierte BVG wird frühestens auf 1. Januar 2012 in Kraft treten. Zur Schliessung der Deckungslücke der BLPK sind verwaltungsintern Vorschläge erarbeitet worden, zudem wurden mögliche Beitragsprimatspläne entworfen. Ziel ist, dass die Bundesgesetzbestimmungen, welche unter anderem eine Anpassung der Organisation der BLPK und eine verstärkte Trennung der Verantwortlichkeiten von Parlament und Vorsorgewerk zur Folge haben, im Kanton Basel-Landschaft umgesetzt werden. Die entsprechenden Vorlagen sollen zeitgleich und abgestimmt auf die revidierte Bundesgesetzgebung vorgelegt werden. Auf Grund dieser Ausgangslage wird die Reform der BLPK frühestens auf 1. Januar 2013 in Kraft treten.
Nr. 2.01.13	Weiterentwicklung des ERP-Systems Nach der Einführung des neuen ERP-Systems werden die Prozesse im Finanz- und Rechnungswesen weiter optimiert (zum Beispiel Einführung des Belegscannings und der elektronischen Belegarchivierung).		In der Finanz- und Kirchendirektion sind die Vorarbeiten zur Einführung des zentralen Belegscannings in Bearbeitung. Die Einführung in der FKD als Pilotprojekt wird im Sommer 2011 abgeschlossen.

Nr. 2.01.15	Strategische Aufgabenüberprüfung Aufgrund der eingetretenen Wirtschaftsentwicklung zeichnen sich Einnahmenausfälle ab, und der finanzielle Spielraum wird in den kommenden Jahren stark reduziert sein. Auf der Basis von Vorgaben für die Aufgabenbereiche wird die Finanzplanung überarbeitet. In einer zweiten Phase werden die Massnahmen zur Erreichung der Zielgrössen konkretisiert.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.1 Mio. Fr.	Der Regierungsrat hat im Rahmen eines neuen Strategieprozesses, der seit 2008 im Gange ist, strategische Schwerpunkte und Ziele definiert. Auf dieser Grundlage wurde im Jahr 2010 eine Aufgabenüberprüfung bei allen Dienststellen durchgeführt. Den Schlussbericht hat der Regierungsrat im November 2010 zur Kenntnis genommen. Er bildet unter anderem die Basis für das Entlastungspaket 2012 / 2015.
Nr. 2.01.16	Weiterentwicklung des Verwaltungscontrolling Auf der Basis des neuen ERP-Systems sollen die Controllinginstrumente und -prozesse weiterentwickelt werden. Weiter soll die Controllingorganisation gestärkt werden. Die Weiterentwicklung des Verwaltungscontrolling, die unter anderem mit einer Anpassung der Aufgaben der dezentralen und zentralen Controllerdienste einhergeht, benötigt zusätzliche Ressourcen. In einem ersten Schritt wird im zentralen Controllerdienst eine zusätzliche Stelle geschaffen.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.1 Mio. Fr.	Aufgrund von veränderten Prioritäten hat die Ausschreibung der zusätzlichen Stelle eine Verzögerung erfahren. Die Weiterentwicklung des Verwaltungscontrollings wird ab 2011 angegangen.
Nr. 2.01.17	Krankenkassenprämienverbilligung Anpassung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung an die zu erwartenden Änderungen des Bundesgesetzes in den Bereichen Zahlungsverzug, Leistungs-sistierung und Auszahlung der Verbilligung an die Versicherer.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Noch nicht exakt quantifizierbar	Die Landratsvorlage liegt vor. Sie wurde Ende Dezember 2010 in die externe Vernehmlassung geschickt.
Nr. 2.01.18	Optimierung der Planungsinstrumente und des Berichtswesens Auf die neue Legislaturperiode 2012 - 2015 hin sollen die Planungsinstrumente (Grundsatzpapier "Auf lange Sicht", Regierungsprogramm, Jahresprogramm, Budget) und das Berichtswesen (Rechenschaftsbericht zum Regierungsprogramm, Amtsbericht, Staatsrechnung) breiter abgestützt und optimiert werden. Einerseits sollen die Planungsinstrumente vermehrt strategisch ausgerichtet werden. Andererseits sollen das Budget und das Jahresprogramm sowie die Rechnung und der Amtsbericht zusammengeführt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.1 Mio. Fr.	Der Inhalt für die Planungsinstrumente wurde im Rahmen des Strategieprozesses des Regierungsrates erarbeitet (siehe auch Punkt Nr. 2.01.15). Parallel dazu laufen die Arbeiten betreffend Optimierung der Struktur und des einheitlichen Layout. Des weiteren hat der Regierungsrat eine Neukonzeption betreffend Finanzplan und eine Priorisierungsmethode für neue Vorhaben verabschiedet. Zudem wurde der Planungs- und Strategieausschuss, der für den Strategieprozess verantwortlich ist, mit einem Pflichtenheft (Verordnung) organisatorisch definitiv verankert.

Nr. 2.02	Programmpunkt Interkantonale Zusammenarbeit (Partnerschaftsverhandlungen BL / BS) Strategische Zielsetzungen Die interkantonale Zusammenarbeit zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft soll anhand einheitlicher Vorgaben vermehrt standardisiert werden. Die Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben zu diesem Zweck eine Verhandlungsplattform etabliert und mehrere Teilprojekte gestartet.	↓ Amtsbericht 2010
Nr. 2.02.01	Einzelne Massnahme Standardisierung / Systematisierung der interkantonalen Zusammenarbeit (Partnerschaftsverhandlungen BL / BS) Zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der interkantonalen Zusammenarbeit sollen die erarbeiteten Leitlinien, wie die Standards BL / BS, das Handbuch zur Zusammenlegung von Dienststellen und die Vorgaben für den Leistungseinkauf, in allen relevanten Einzeldossiers angewendet werden.	Die Verbesserung betreffend Standardisierung ist eine Daueraufgabe.
Nr. 2.02.02	Verhandlungen in Einzeldossiers (Partnerschaftsverhandlungen BL / BS) Im Jahr 2010 finden unter dem Dach der Partnerschaftsverhandlungen schwerpunktmässig Verhandlungen zu den Universitätsneubauten statt.	Ziel erreicht.
Nr. 2.02.03	Bericht zur regionalen Zusammenarbeit (Interkantonale Zusammenarbeit) Bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode soll ein neuer Bericht zur regionalen Zusammenarbeit erstellt werden. Unter anderem sollen die in der Landratsvorlage Nr. 2003 / 277 skizzierten Thesen anhand der in der Zwischenzeit erzielten Resultate überprüft und allenfalls aktualisiert werden.	Dem Landrat wird im Jahr 2011 ein Bericht betreffend Postulat Nr. 2008 / 221 (Zentrumsabteilungen an Basel-Stadt: Überprüfung der finanziellen Grundlagen) vom 11. September 2008 unterbreitet.

Nr. 2.03	Programmpunkt Sozialwesen Strategische Zielsetzungen Die Finanz- und Kirchendirektion hat dem Regierungsrat bis Mitte 2010 Bericht über die Wirksamkeitsprüfung der Eingliederungsmassnahmen gemäss Sozialhilfegesetz zu erstatten und die gebotenen Anträge in Form einer Landratsvorlage zu stellen. Aufgrund einer Anpassung der Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) im Bereich der Verwandtenunterstützung - Anhebung der Limiten der notwendigen guten wirtschaftlichen Verhältnisse - soll die Sozialhilfeverordnung nach der Vernehmlassung in den Gemeinden angepasst werden. Die Schulungen hinsichtlich Neuerungen im Sozialhilfewesen sowie spezifische Aus- und Fortbildungsseminare als einzelne Module bilden auch im Jahr 2010 einen Schwerpunkt im Bereich der Sozialhilfe. Die jährlich erscheinende Sozialhilfestatistik wird in enger Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt ausgearbeitet und einem breiten Publikum zur Verfügung gestellt. Im Bereich der Interinstitutionellen Zusammenarbeit, kurz IIZ, die aus drei Projektgruppen besteht, werden die bestehenden Zielsetzungen auch im Jahr 2010 schwergewichtig weiterverfolgt.	↓ Amtsbericht 2010 Mit RRB Nr. 0943 vom 29. Juni 2010 hat der Regierungsrat die Studie sowie Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen der Studie zur Kenntnis genommen. Die FKD wurde gleich-zeitig beauftragt, eine entsprechende Gesetzesänderung auszuarbeiten. Mit RRB Nr. 0849 vom 15. Juni 2010 sind die Limiten zur Überprüfung der Verwandtenunterstützung in der Sozialhilfeverordnung entsprechend der Bundesgerichtspraxis und den Richtlinien der SKOS sowie nach erfolgter Anhörung in den Gemeinden angepasst worden. Auf ausdrücklichen Wunsch der Gemeinden wurde auf die Aufhebung der Verwandtenunterstützungspflicht verzichtet. Die Fortbildungs- und die Informationsveranstaltungen fanden auch im Jahre 2010 im gewohnten Rahmen statt. Die Sozialhilfestatistik wurde auch im Jahre 2010 in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt erfolgreich erstellt. Im Bereich der Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) wurden die bestehenden Zielsetzungen auch im Jahr 2010 schwergewichtig weiterverfolgt.
Nr. 2.03.01	Einzelne Massnahme Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen Die §§ 16 und 19 des Sozialhilfegesetzes regeln die Angebote zur Förderung der beruflichen Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen bzw. die Lohnkostenbeiträge an Arbeitgebende, die leistungsreduzierte, unterstützungsberechtigte Personen anstellen. Sie gelten nur bis 2013 und sind während dieser Dauer auf ihre Wirksamkeit hin zu prüfen. § 52 des Sozialhilfegesetzes legt die Evaluation der Bestimmungen über die Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen fest. Die Finanz- und Kirchendirektion hat dem Regierungsrat gemäss RRB Nr. 0882 vom 17. Juni 2008 bis Mitte 2010 Bericht über die Wirksamkeitsprüfung zu erstatten und die gebotenen Anträge in Form einer Landratsvorlage zu stellen.	Mit RRB Nr. 0943 vom 29. Juni 2010 hat der Regierungsrat die Studie sowie Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen der Studie zur Kenntnis genommen. Die FKD wurde gleich-zeitig beauftragt, eine entsprechende Gesetzesänderung auszuarbeiten. Die Landratsvorlage wird bis Ende 2011 erarbeitet und den Gemeinden mit der entsprechenden Sozialhilfeverordnungsänderung zur Vernehmlassung unterbreitet.

Nr. 2.03.02	Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) Die Gesamtleitung des Steuerungsausschusses liegt beim Vorsteher des Kantonalen Sozialamtes (KSA). Projekt "IIZ-klassisch" Verantwortungsbereich KSA: Durch gemeinsame Veranstaltungen aller Organisationen im Sommer 2010 und die Fixierung der Prozessabläufe wird die Durchdringung weitergeführt. Im Jahr 2010 geht es insbesondere um die Schnittstellen mit der Berufswegbereitung. Für das Projekt "Jugendliche Erwerbslose" liegt die Federführung bei der BKSD. Für das Projekt "MAMAC" bleibt die Federführung bei der IV.	Von LE:	Der Verantwortungsbereich des Projektes "IIZ-klassisch" liegt beim KSA. Durch gemeinsame Veranstaltungen aller Organisationen im Sommer 2010, bei welchen das persönliche Kennenlernen und die Fixierung der Prozessabläufe im Vordergrund standen, wurde versucht, die Durchdringung der IIZ weiterzuführen. Im Jahr 2010 ging es insbesondere darum, die Schnittstellen mit der Berufswegbereitung herauszuarbeiten. Die Federführung des Projektes "Jugendliche Erwerbslose" liegt bei der BKSD. Das Projekt "MAMAC" wird von der IV geleitet. Im Jahr 2010 wurde das Projekt im Auftrag der Datenschutzbeauftragten BL durch die KPMG auditert. Zur Zeit werden die Empfehlungen der Datenschutzbeauftragten BL abgewartet. Anschliessend soll das Projekt durch die Überführung in die nationalen Strukturen als abgeschlossen erachtet werden.
Nr. 2.03.05	Spezifische Schulungen für Behördenmitglieder Schulungsangebote zur Aus- und Fortbildung werden in Form von drei Modulen zu spezifischen Themen ausgearbeitet. Diese Angebote erfolgen zusammen mit dem Verband für Sozialhilfe Basel-Landschaft (VSO). Inhalte der Module, die aufgrund der in den letzten Jahren gesammelten Erfahrungen an die Bedürfnisse der Adressaten angepasst werden, sind: - Subsidiaritäten - Rechtliches - Berechnungsbeispiele aus der Praxis.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Die drei Module wurden wie gewohnt im Winter 2010 / 2011 an sechs Samstagen durchgeführt und waren sehr gut besucht. Auch die beiden Foren und die Sissacher Tagung, welche in Zusammenarbeit mit dem VSO durchgeführt werden, waren sehr erfolgreich.
Nr. 2.03.06	Kantonale Sozialhilfestatistik Die Sozialhilfestatistik des Kantons Basel-Landschaft - ein gemeinsames Produkt des Kantonalen Sozialamtes und des Statistischen Amtes - erscheint einmal pro Jahr. Sämtliche der Sozialhilfestatistik zugrunde liegenden Daten werden vom Kantonalen Sozialamt in den Gemeinden erhoben (siehe dazu § 43 des Sozialhilfegesetzes).	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Die Sozialhilfestatistik 2009 wurde wie gewohnt im Jahre 2010 veröffentlicht.

Nr. 2.03.07	Handbuch Sozialhilferecht Basel-Landschaft Das Handbuch Sozialhilferecht gewährleistet eine einheitliche Anwendung des Sozialhilferechts im Kanton Basel-Landschaft und hat zu einer grossen Rechtssicherheit geführt. Auch das Kantonsgericht Basel-Landschaft berücksichtigt in seinen Entscheiden das Handbuch Sozialhilferecht. Das KSA überprüft laufend das Handbuch Sozialhilferecht und aktualisiert und ergänzt allfällige Beiträge, die sich durch die politische Meinungsbildung (Gesetze und Verordnungen) ergeben oder einem Bedürfnis der Praxis entsprechen, in Zusammenarbeit mit der vom Regierungsrat eingesetzten Konsultativkommission Sozialhilfe (KKSH).	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Per 1. Juli 2010 wurde eine weitere Ergänzung des Handbuches Sozialhilferecht an die Benutzerinnen und Benutzer des Handbuches versendet. Diese Ergänzung wurde insbesondere aufgrund der Gesetzes- und Verordnungsänderungen notwendig. Das Handbuch Sozialhilferecht ist auch auf dem Internet abrufbar.
Nr. 2.03.08	Leistungsaufträge 2010 Abschluss der internen Strukturveränderungen Koorasyl / KSA im Jahr 2009, entsprechende Anpassung der Pflichtenhefte und der Leistungsaufträge im Jahr 2010.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Das Organisationshandbuch, die Pflichtenhefte ebenso wie der Leistungsauftrag wurden überarbeitet und angepasst.
Nr. 2.03.11	Rechtssicherheit Rechtsgutachten / Beratung der Gemeinden: Die rechtlichen Stellungnahmen an die Gemeinden im Bereich Sozialhilfe bei den immer komplexer werdenden Einzelfällen stellt eine Kernaufgabe der Aufsicht im Bereich der Sozialhilfe dar und trägt zur einheitlichen Anwendung des Sozialhilferechts und zur Gewährleistung der Rechtssicherheit entscheidend bei. Jährlich werden über 300 solcher rechtlicher Stellungnahmen erstellt. Ziel ist die Beantwortung der Anfragen innert Wochenfrist. Beschwerdewesen: Die Instruktion des Regierungsrates für Beschwerden im Bereich der Sozialhilfe ist die Kernaufgabe des Rechtsdienstes des Kantonalen Sozialamtes. Jährlich werden rund 55 Beschwerden bearbeitet. Im Internet werden zudem laufend Beispiele aus der Praxis betreffend die Abhandlung von Beschwerden in anonymisierter Weise publiziert. Ziel ist die Instruktion zuhanden des Regierungsrates innert drei Monaten seit Aktenschluss.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Auch im Jahre 2010 konnte diese Kernaufgabe erfüllt werden. Die stetige Zunahme der Anfragen und die steigende Komplexität der zu bearbeitenden Fälle stellt immer wieder eine Herausforderung dar. Ziel ist es, den Entscheidentwurf zuhanden des Regierungsrates innert drei Monaten seit Aktenschluss fertig zu stellen. Die Anzahl Beschwerden ging im Jahr 2010 - von 62 Beschwerden im Jahr 2009 - auf 51 zurück, was von einer gewissen Rechtssicherheit zeugt.

Nr. 2.03.12	Überwachung der bei der Sozialhilfe verbleibenden Fälle im Bereich der Pflegekinder Gemäss § 31 Absatz 3 Buchstabe a bis SHG ist der Kanton Basel-Landschaft Kostenträger für die trotz Entkoppelung der Jugendhilfe von der Sozialhilfe in der Sozialhilfe verbleibenden Einzelfälle von Unterbringungen von Kindern und Jugendlichen. Ziel ist die Sicherstellung der gesetzeskonformen Abwicklung dieser Fälle in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und anderen Kantonen.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Im Jahr 2010 gab es 19 aktive Fälle.
Nr. 2.03.14	Heimaufsicht Gemäss Sozialhilfegesetz ist das KSA für die Aufsicht von zwei Obdachlosenheimen (Wohnheim für Frauen und Mütter mit Kindern in Not Amans-Madeux-Stiftung / Allschwil, Wohnheim "Die Brücke" der Heilsarmee / Liestal) zuständig. Im Jahr 2010 ist die Überprüfung und die entsprechende Bewilligungsverfügung für das Wohnheim für Frauen und Mütter mit Kindern in Not Amans-Madeux-Stiftung / Allschwil fällig.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Im Jahr 2010 wurde das Wohnheim für Frauen und Mütter mit Kindern in Not, Amans-Madeux-Stiftung in Allschwil, besucht und die entsprechende Bewilligungsverfügung erneuert.
Nr. 2.03.16	Kostenvoranschläge Zahnbehandlungen (§ 14 SHV) Die Klienten haben für Unterstützungen an die Aufwendungen für schmerzstillende Zahnbehandlungen und Zahnsanierungen der Sozialhilfebehörde einen Kostenvoranschlag einzureichen. Neu bestimmen die Finanz- und Kirchendirektion und die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion gemeinsam die für die Sozialhilfebehörden zuständigen zahnärztlichen Personen aus dem Kreis der im Kanton praktizierenden Zahnärztinnen und Zahnärzte. Die Sozialhilfebehörde reicht den Kostenvoranschlag der zuständigen zahnärztlichen Person zur Plausibilitätsprüfung ein. Diese erstattet der Sozialhilfebehörde unentgeltlich Bericht. Die Sozialhilfebehörde kann von der Gesuch stellenden Person eine Überprüfung des Kostenvoranschlags durch den Vertrauenszahnarzt verlangen. Jährlich werden vom kantonszahnärztlichen Dienst rund 800 Plausibilitätsprüfungen nach § 14 SHV durchgeführt. Rund 40 Prozent der beantragten Kosten werden abgelehnt oder durch kostengünstigere Behandlungen ersetzt. Ziel ist die Sicherstellung gesetzeskonformer Zahnbehandlungen.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.076 Mio. Fr.	Auch diese Aufgabe wurde den gesetzlichen Grundlagen entsprechend wie gewohnt durchgeführt.

Nr. 2.03.17	Wegkauf des Leistungsaufschubes gemäss EG KVG Die Sozialhilfebehörden, die gemäss § 6b EG KVG die Leistungsaufschübe der Krankenversicherer weggekauft haben, haben ihr Gesuch um Vergütung der Kosten an das Kantonale Sozialamt zu richten, nicht direkt an die Sozialversicherungsanstalt bzw. die Ausgleichskasse. Das Kantonale Sozialamt überprüft die Gesuche und leitet diese an die Ausgleichskasse weiter. Die Ausgleichskasse vergütet daraufhin den Sozialhilfebehörden ihren Anteil nicht bezahlter Prämien am Wegkauf sowie die Verzugszinsen. Ziel ist die Sicherstellung einer gesetzeskonformen Abwicklung. Im Bereich des Wegkaufes des Leistungsaufschubes kann es aufgrund einer Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) eine Systemänderung geben. Eine Arbeitsgruppe wurde bereits eingesetzt.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Im Jahre 2010 sind Fr. 1'551'986.- durch die SVA Binningen ausbezahlt worden, seit Beginn des Wegkaufes im Jahre 2006 somit total Fr. 4'338'396.-.
Nr. 2.03.18	Verwandtenunterstützung und Rückerstattung Das Kantonale Sozialamt vollzieht die Bestimmungen über die Rückerstattung von Unterstützungen aufgrund wirtschaftlicher Verhältnisse sowie die Bestimmungen über die Verwandtenunterstützung.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Auch im Jahre 2010 fand der entsprechende Vollzug statt, dies infolge der Verordnungsänderung unter Berücksichtigung der erheblich erhöhten Limiten mit der Folge eines entsprechenden Rückganges der Verpflichtungen.

Nr. 2.04	Programmpunkt Asylwesen Strategische Zielsetzungen Für das Jahr 2008 prognostizierte der Bund ursprünglich 10'000 neue Asylgesuche. Bereits im 2. Quartal des Jahres 2008 zeichnete sich ein starker Anstieg der Neuzuweisungen ab. Die Zahl der neuen Asylgesuche hat dann auch auf rund 16'000 im Jahr 2008 zugenommen. Dieser Trend zeigt sich auch in der Prognose für 2009 mit gut 17'000 neuen Gesuchen. Davon muss der Kanton 3.7 Prozent übernehmen. Für das Jahr 2010 muss in der Planung von der gleich grossen Anzahl ausgegangen werden. Das heisst in Bezug auf die Zuweisungen - nicht zuletzt auch bedingt durch die verschiedenen Strukturen im Wohnbereich der Gemeinden -: 1. Weiterführung des flächendeckenden, direkten Zuweisungskonzeptes auf die Gemeinden (§ 2 kAV). Die Gemeinden werden bei der Realisierung von Partnerschaften untereinander weiterhin aktiv vom Kanton unterstützt. 2. Weiterführung der Entlastungsunterkunft durch den Kanton. Einhaltung der rechtlichen Grundlagen für die verschiedenen Kategorien gemäss § 1 kAV: a. Asylsuchende mit Ausweis N, b. vorläufig Aufgenommene mit Ausweis F, c. Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung mit Ausweis S, d. Personen mit einer rechtskräftigen Wegweisungsverfügung (Stopp), e. Personen, deren Asylverfahren mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid abgeschlossen worden ist (NEE).	↓ Amtsbericht 2010 Im Jahr 2010 wurden in der Schweiz rund 15'600 neue Gesuche eingereicht. Dies entspricht einer Zunahme von 2.7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dem Kanton Basel-Landschaft wurden gut 460 neue Asylsuchende zugeteilt. Das Dublin-Assoziierungsabkommen, welches die Zuständigkeit eines bestimmten Dublin-Staates für die Durchführung des Asylverfahrens regelt, verläuft sehr positiv. Im Jahr 2010 konnte in 5'095 Fällen eine Rückübernahme vereinbart werden. 2'722 Personen oder 53 Prozent davon konnten bereits an einen Drittstaat überstellt werden. Im Gegenzug hat die Schweiz im Jahr 2010 bereits 481 Person aufgenommen (93 Prozent der gestellten Anträge). Arlesheim / Durchgangszentrum Der Gemeinderat von Arlesheim hat dem Kanton die Möglichkeit zur Einrichtung eines Durchgangszentrums angeboten. In mehreren Sitzungen und diversen Informationsveranstaltungen wurde das Projekt entwickelt und der Bevölkerung vorgestellt. An der Gemeindeversammlung vom 2. Dezember 2010 haben dann die anwesenden Stimmberechtigten, in geheimer Abstimmung, die notwendige Umzonung mit einem Unterschied von zwei Stimmen abgelehnt. Allschwill / unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA) Die Zahl der UMA ging in den letzten Jahren immer mehr zurück. Die bestehende Leistungsvereinbarung mit Allschwil, zur Führung einer speziellen Wohngruppe für diese Personen, wurde deshalb per Ende 2010 aufgelöst.
-----------------	--	---

Nr. 2.04.02	Einzelne Massnahme Steuerung der Finanzierung des Asylwesens Controlling in allen Bereichen der Asylfinanzierung. Insbesondere sind die Bundesvergütungen, die Vergütungen an die Gemeinden und die Kostenentwicklung im Gesundheitsbereich im Hinblick auf eine Sicherstellung der Kostenneutralität bei Personen aus dem klassischen Asylbereich, mit Ausweis N (§ 1 lit. a KAV) und mit Ausweis F (§ 1 lit. b KAV, weniger als sieben Jahre in der Schweiz) zu überprüfen.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Das ab 2008 angepasste Abrechnungsprozedere hat sich gut eingespielt. Die Qualität der Abrechnung konnte gehalten werden. Die im 4. Quartal des Jahres 2009, auch auf Wunsch der Finanzkontrolle, eingeführten à conto-Zahlungen für den Asylbereich sind eine wesentliche Erleichterung für die Buchhaltung des KSA und der Gemeinden. Die Abweichungen zwischen den Beträgen lag im Schnitt deutlich unter 5 Prozent. Das Asylwesen ist für den Kanton kostendeckend.
Nr. 2.04.03	Sozialhilfestopp und Nichteintretensentscheide (NEE) Rasche Umsetzung des Ausschlusses von der Sozialhilfe gemäss Bundesgesetz. Durchsetzung der konsequenten Umsetzung der kantonalen Asylverordnung auf Gemeindeebene. Aufgrund der praktischen Erfahrungen aus den beiden Vorjahren wurden die zu erwartenden Zahlen entsprechend nach unten angepasst.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.4 Mio. Fr.	Der Bestand an Personen, welche dem Sozialhilfestopp unterliegen, hat gegenüber dem Stand am Ende des Vorjahres um knapp 40 Personen auf rund 240 zugenommen. Dank der konsequenten und zeitgerechten Umsetzung der Massnahmen im Bereich der Sozialhilfe sind die Aufwendungen für den Kanton nur in geringem Mass gestiegen.
Nr. 2.04.05	Schulungen Bedarfsorientierte Schulungen. Gemäss den Anforderungen aus den Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den Gemeinden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Im Jahr 2010 fanden im Asylbereich mehrere Einzelschulungen von Gemeinden statt.
Nr. 2.04.07	Vorläufig Aufgenommene Durchsetzung der Anordnung von Integrationsmassnahmen für Personen mit einer vorläufigen Aufnahme. Vergütung von 100 Prozent der Kosten an die Gemeinden. Gemäss den bisherigen Erfahrungen und den hochgerechneten Zahlen für das Jahr 2010 ist eine ausgeglichene Rechnung zu erwarten. Zielsetzung: Sensibilisierung der Gemeinden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Die Zahl der von den Gemeinden angeordneten Integrationsmassnahmen ist in diesem Jahr nochmals angestiegen. Die Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr haben sich entsprechend erhöht.
Nr. 2.05	Programmpunkt Gemeindewesen Strategische Zielsetzungen Das Gemeinderechnungswesen der Baselbieter Einwohner- und Bürgergemeinden wird an das Modell HRM 2 angepasst.		↓ Amtsbericht 2010

Nr. 2.05.03	Einzelne Massnahme Teilrevision des Gemeindegesetzes Die Teilrevision wird nötig aufgrund der überwiesenen Motion Straumann (2007 / 313) betreffend Änderung von § 98 Gemeindegesetz, Rechnungsprüfungskommission. Zudem ergeben sich eine Reihe kleinerer Änderungen aus der Anwendungspraxis. Die Vorlage wird in der 2. Jahreshälfte 2010 in die Vernehmlassung geschickt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Ziel erreicht. Die Vernehmlassung bei Parteien, Verbänden und Gemeinden dauerte bis Ende Oktober 2010. Die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen sind gut aufgenommen worden.
Nr. 2.05.04	Teilrevision der Gemeindefinanzverordnung Die Teilrevision führt das revidierte, harmonisierte Rechnungswesen (HRM2) im Gemeinderechnungswesen ein. Der Änderungsentwurf wird in der 2. Jahreshälfte 2010 in die Anhörung bei den Gemeinden geschickt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Ziel erreicht. Die Anhörung bei den Gemeinden dauerte bis Ende November 2010. Die vorgesehene Revision ist bei den Einwohnergemeinden auf eine hohe Akzeptanz gestossen. Die Bürgergemeinden wünschen spezifische Regelungen.
Nr. 2.05.05	Gesetz über die Elementarschadenprävention bei Gebäuden Das neue Gesetz verlangt bei Neu- oder Umbauten bauliche Schutzmassnahmen gegen Naturgefahren. Es basiert auf den Naturgefahrenkarten und erfolgt im Nachgang zur Hochwasserkatastrophe in Laufen von 2007. Die Vorlage wird Anfang 2010 dem Landrat zur Beschlussfassung zugeleitet werden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Das Gesetzesvorhaben wurde mit der angelaufenen Totalrevision des Feuerschutzgesetzes (vgl. Punkt Nr. 2.05.06) koordiniert (Stichwort Brandschutz). Daher musste es grundlegend neu konzipiert werden und konnte noch nicht dem Landrat zugeleitet werden.
Nr. 2.05.06	Totalrevision des Feuerschutzgesetzes Das bald 30jährige Gesetz muss grundlegend überarbeitet und an die heutigen Verhältnisse sowie an neue Aufgaben (zum Beispiel Unfallrettung) angepasst werden. Die Vorlage wird 2010 in einer Arbeitsgruppe erarbeitet werden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Ziel erreicht. Die Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit im Juni 2010 aufgenommen und ist bis Ende 2010 zu sechs Sitzungen zusammengekommen.

Nr. 2.07	Programmpunkt Steuerwesen Strategische Zielsetzungen Die seit mehreren Jahren anhaltenden Bemühungen zur Attraktivitätssteigerung des Wohn- und des Wirtschaftsstandortes Basel-Landschaft sollen aus steuerlicher Sicht fortgesetzt werden. Daher ist einerseits die im Jahr 2009 verabschiedete Unternehmenssteuerreform II in ersten Teilen zur nochmaligen Entlastung der Baselbieter Wirtschaft umzusetzen. Andererseits ist die Reform der Einkommens- und Vermögensbesteuerung zur Behebung weiterer Schwachstellen bei der Besteuerung natürlicher Personen abzuschliessen. Zur Vereinfachung der Abläufe und der Schaffung klarer, für den Steuerkunden transparenter Zuständigkeiten sollen das Inkasso und die Veranlagung der Spezialsteuern von den Bezirksschreibereien auf die kantonale Steuerverwaltung übertragen werden. Die kantonale Steuerverwaltung soll durch den Bezug des ehemaligen Gebäudes der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung (BGV) auf weniger Standorte konzentriert werden und somit durch die Nutzung von Synergien sowie durch die Anpassung der Organisation und der Prozesse ihre Dienstleistungen noch kundenfreundlicher anbieten können. Im Sinne der Kundenfreundlichkeit und als Innovation soll zudem die elektronische Rechnung eingeführt werden.	↓ Amtsbericht 2010 Ein Teil der geplanten Förderung des Wohn- und Wirtschaftsstandorts Basel-Landschaft konnte 2010 erfolgreich realisiert werden: Die Umsetzung des ersten Teils der Unternehmenssteuerreform II. Die Revision der Einkommens- und Vermögensbesteuerung musste hingegen unter Berücksichtigung des strukturellen Defizits des Baselbieter Staatshaushalts aufgeschoben werden. Dieses Reformvorhaben kann erst angegangen werden, wenn Massnahmen zur nachhaltigen Sanierung der Staatskasse beschlossen sind. Der Bezug der Spezialsteuern wurde von den Bezirksschreibereien wie geplant per 1. Januar 2010 der kantonalen Steuerverwaltung übergeben. Die Gesetzgebungsarbeiten für die Übernahme der Veranlagung sind 2010 soweit vorbereitet worden, dass der Landrat Anfang 2011 darüber beschliessen kann. Mit der Einführung der E-Rechnung für natürliche Personen machte die kantonale Steuerverwaltung einen grossen Schritt zur modernen Dienstleistungsverwaltung mit zeitgemäsem elektronischem Angebot. Zudem wird seit letztem Jahr für juristische Personen eine ausfüllbare Steuererklärung als Download angeboten. Als Nächstes ist nun die Realisierung der elektronischen Steuererklärung geplant.	
Nr. 2.07.16	Einzelne Massnahme Unternehmenssteuerreform II Umsetzung des ersten Teils der im Jahr 2009 beschlossenen Unternehmenssteuerreform II. Darunter fallen insbesondere die Anrechnung der Gewinn- an die Kapitalsteuer, die Ersatzbeschaffung bei der Handänderungssteuer und die Bewertung des beweglichen Geschäftsvermögens zum Buchwert. Inkraftsetzung des ersten Teils per 1. Januar 2010 (zweiter Teil per 1. Januar 2011).	Finanzielle Auswirkungen 2010: -7 Mio. Fr.	Die notwendigen Vorkehrungen (Anpassung der NEST-Software und der Formulare, Schulung der Mitarbeitenden der kantonalen Steuerverwaltung) wurden getroffen, so dass der erste Teil der Unternehmenssteuerreform II in der Veranlagungspraxis rechtzeitig umgesetzt werden konnte.

Nr. 2.07.17	Revision der Vermögens- und Einkommenssteuer Verabschiedung der Reform zur wettbewerbsfähigen Ausgestaltung der Vermögens- und Einkommensbesteuerung unter Einbezug der kantonalen Vermögenssteuerwerte für Liegenschaften und Wertpapiere sowie unter Berücksichtigung notwendiger Anpassungen bei der Besteuerung mittlerer und hoher Einkommen. Vernehmlassungsverfahren und Verabschiedung der Landratsvorlage im 1. Semester 2010.	Finanzielle Auswirkungen 2010: ertragswirksam frühestens ab 2011	Die Reform zur wettbewerbsfähigen Ausgestaltung der Vermögens- und Einkommenssteuer konnte im 2010 nicht in die Vernehmlassung gegeben werden. Die Gründe hierfür sind allseits bekannt: Das strukturelle Defizit des Baselbieter Staatshaushalts. Erst wenn Massnahmen beschlossen sind, um dieses zu beseitigen, wird es möglich sein, das weitere Vorgehen für dieses Revisionsvorhaben festzulegen.
Nr. 2.07.22	Veranlagung und Inkasso Spezialsteuern Bereinigung der zahlreichen Schnittstellen und der zwischen den Bezirksschreibereien und der kantonalen Steuerverwaltung aufgeteilten Verantwortung bei der Veranlagung und dem Bezug der Spezialsteuern (Handänderungs-, Grundstücksgewinn-, Erbschafts- und Schenkungssteuern), mit hoher Dringlichkeit für die Bezirksschreibereien wegen des ERP-Projektes (Einführung von SAP). Übernahme Inkasso ab 1. Januar 2010; Übernahme Veranlagung nach Anpassung der gesetzlichen Grundlagen.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Synergien nicht bezifferbar	Der Bezug der Spezialsteuern wurde per 1. Januar 2010 der kantonalen Steuerverwaltung übergeben. Der Gesetzgebungsprozess zur Übertragung der Veranlagung der Spezialsteuern an die Steuerverwaltung ist 2010 soweit vorangetrieben worden, dass der Landrat im Januar 2011 darüber beschliessen kann. Die Bereinigung der Schnittstellen und der Arbeitsabläufe erfolgt im 1. Quartal 2011.
Nr. 2.07.23	Bezug des ehemaligen Gebäudes der BGV Unterstützung bei der Planung und der Erstellung der Bezugsbereitschaft des BGV-Gebäudes mit dem Ziel, Organisation und Prozesse so zu optimieren, dass die Dienstleistungen der Steuerverwaltung noch kundenbezogener angeboten werden können. Bezug des BGV-Gebäudes im 1. Semester 2010.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Das ehemalige Gebäude der BGV wurde von der kantonalen Steuerverwaltung in der ersten Hälfte 2010 bezogen. Bis auf ein paar Ausstattungsarbeiten in der Eingangshalle des Hauptgebäudes an der Rheinstrasse 33 konnte das Projekt abgeschlossen werden.
Nr. 2.07.24	Einführung der E-Rechnung Einführung von EBPP (Electronic Bill Presentment and Payment) mit dem Ziel, den Kunden auf Wunsch Steuerveranlagung und -rechnung elektronisch in ihrem E-Banking-Portal zur Verfügung stellen zu können. Einführung ab 2. Semester 2010.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Seit Anfang Januar 2011 stellt die kantonale Steuerverwaltung den natürlichen Personen für Rechnungen, Veranlagungsverfügungen und Steuerausscheidungen sowohl für die ordentlichen Einkommens- und Vermögenssteuern als auch für Steuern auf Kapitaleinkünften die E-Rechnung als Zahlungsmöglichkeit zur Verfügung. Damit konnte ein weiterer Schritt zur modernen Dienstleistungsverwaltung mit zeitgemäßem elektronischem Angebot gemacht werden.

Nr. 2.08	Programmpunkt Statistik Strategische Zielsetzungen Das Kantonale Personenregister (ehemals KANADA) ist ein strategisches Projekt zwischen den Gemeinden und der kantonalen Verwaltung. Übergeordnete Ziele sind die verwaltungsweite Koordination des Bereiches Personendaten (Gemeinden, kantonale Verwaltung, öffentlich-rechtliche Anstalten, Bund) und die Verbesserung des Service public für die Bürgerinnen und Bürger. Die Einwohnerregister der Gemeinden sind im Hinblick auf die Volkszählung 2010 zu harmonisieren. Die Volkszählung 2010 soll im Kanton fristgerecht per Stichtag 31. Dezember 2010 durchgeführt werden können. Weiterentwicklung des Web-Portals www.statistik.bl.ch. Die Web-basierte dynamische Datenauswertung wird auf weitere statistische Fachgebiete ausgedehnt. Umsetzung der Revision der Gesundheitsstatistiken (insbesondere Krankenhausstatistik und Medizinische Statistik) aufgrund der revidierten Bundeskonzepte. Im Rahmen des periodischen Bildungsmonitoring der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion erstellt das Statistische Amt den Statistikbericht. Aufgrund der SAP-Einführung im Rahmen des ERP-Systems werden sämtliche Datenschnittstellen für die Staatsfinanzstatistik sowie die Personal- und Beschäftigtenstatistiken neu erstellt.	↓ Amtsbericht 2010 Das Kantonale Personenregister arbo wird seit September 2010 im Kanton von den Zentralen Informatikdiensten (ZID) betrieben. Per Ende 2010 sind fünf Baselbieter Gemeinden an das Kantonale Personenregister arbo angeschlossen gewesen. Alle Gemeinden sollen spätestens bis Ende Sommer 2011 an arbo angeschlossen sein. arbo wird seinen grossen Nutzen entfalten, wenn alle 86 Gemeinden angeschlossen sind. Die zukünftigen Nutzer im Kanton werden davon profitieren können, dass die Stammdaten zu den Personen an zentraler Stelle aktuell zur Verfügung gestellt werden. Die Einwohnerregister der Baselbieter Gemeinden sind volkszählungstauglich. Alle Gemeinden konnten bis Ende Oktober 2010 ihre Statistiklieferung erstellen und an den Bund senden. Mit 100 Prozent qualitativ akzeptierten Lieferungen zählte der Kanton Basel-Landschaft zu den neun besten Kantonen der Schweiz. Die Web-basierte Datendiffusion wurde um die beiden Themenbereiche „Gleichstellung von Frau und Mann“ und „Nachhaltige Entwicklung“ erweitert. Die notwendigen Anpassungsarbeiten im Bereich der Gesundheitsstatistiken wurden realisiert. Das effektiv zu realisierende Konzept des Bildungsberichts 2011 lehnt sich an den Bildungsbericht 2007 an. Die neuen Datenschnittstellen ab dem System SAP ERP wurden im 2010 realisiert.
-----------------	--	--

Nr. 2.08.04	Weiterentwicklung des Web-Portals Das Web-Portal www.statistik.bl.ch wird von den interessierten Datennutzer/innen stark frequentiert. Die Web-basierte dynamische Datenauswertung wird auf weitere statistische Fachgebiete ausgedehnt (zum Beispiel Baustatistik). Das Web-Portal des Statistischen Amtes wird zudem als Plattform für den Datenzugriff von Themenbereichen aus anderen Direktionen zur Verfügung gestellt (zum Beispiel Bau- und Umweltschutzdirektion: Nachhaltigkeitsindikatoren, Umweltindikatoren).	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Die Web-basierte Datendiffusion wurde ausgedehnt auf die beiden Themenbereiche „Gleichstellung von Frau und Mann“ und „Nachhaltige Entwicklung“. Es wurde neu zudem ein elektronischer Newsletter eingeführt, welcher die Statistikbenutzer über neu aufgeschaltete bzw. aktualisierte statistische Daten und herausgegebene Analysepublikationen informiert.
-------------	--	--	--

Nr. 2.08.06	Einzelne Massnahme Kantonales Personenregister (ehemals KANADA) Ab Beginn 2010 steht das Kantonale Personenregister (ehemals KANADA) für die Statistikfunktionalitäten bereit. Es folgen schrittweise die Datenmigration aus den Einwohnerkontrollen der Gemeinden und die Gesamttests für die Statistikfunktionalität im Hinblick auf die Kantonalen Bevölkerungsstatistik und die Volkszählung 2010. Der 31. Dezember 2010 ist der Stichtag für die Datenlieferung „Volkszählung 2010“ an das Bundesamt für Statistik. In der zweiten Jahreshälfte 2010 beginnt zusätzlich die Bereitstellung und die partielle Inbetriebsetzung des Kantonalen Personenregisters für die Verwaltungsfunktionalität, d.h. für den Anschluss der Nutzersysteme (Gemeinden und erste Dienststellen wie Steuerverwaltung, Grundbuch, Motorfahrzeugkontrolle, Polizei). Die volle Verwaltungsfunktionalität des Kantonalen Personenregisters wird im Folgejahr erreicht.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.6 Mio. Fr.	Bei der Aufschaltung des Kantonalen Personenregisters arbo Anfang 2010 wurde es zunächst im Rechenzentrum der Herstellerfirma Bedag in Bern betrieben. Nach erfolgreichem Testabschluss erfolgte am 22. September 2010 die Migration der Daten aus dem System in Bern in die kantonale Installation, die seither und auch in Zukunft von den ZID betrieben wird. Per Ende 2010 sind fünf Baselbieter Gemeinden an das Kantonale Personenregister arbo angeschlossen gewesen. arbo empfängt elektronische Meldungen vom Einwohnerregister dieser Gemeinden, sobald Änderungen im Einwohnerregister der Gemeinde vorgenommen werden. Das ursprüngliche Projektziel, die Daten für die Volkszählung Ende 2010 für die meisten Gemeinden vom Kantonalen Personenregister arbo aus zu liefern, war nicht realistisch. Die Verzögerung der Gemeindeanbindungen beruht primär darauf, dass die unterschiedlichen Informatiklösungen der Baselbieter Einwohnerregister noch nicht Geres-zertifiziert sind. Geres ist die Software, die hinter arbo steht. Die Geres-Herstellerfirma Bedag zertifiziert die jeweiligen Einwohnerregister-Softwares, um ein fehlerfreies Zusammenspiel zwischen ihnen und Geres gewährleisten zu können. Alle Gemeinden sollen spätestens bis Ende Sommer 2011 an Geres angeschlossen sein. Die meisten Anforderungen an Geres werden mittlerweile im Rahmen der Geres-Usergroup (GUG) umgesetzt, da die anderen neun "Geres-Kantone" Aargau, Fribourg, Bern, Jura, Schaffhausen, Obwalden, Nidwalden, Schwyz und Uri dieselben oder ähnliche Anforderungen haben. arbo wird seinen grossen Nutzen entfalten, wenn alle 86 Gemeinden angeschlossen sind. Die Stellen, die als Nutzer von arbo in Frage kommen, sind im Wesentlichen die kantonale und kommunale Verwaltung, die Gerichte, die öffentlich-rechtlichen Anstalten, die Landeskirchen und der Tarifverbund Nordwestschweiz. Alle diese Stellen werden davon profitieren können, dass die Stammdaten zu den Personen an zentraler Stelle aktuell zur Verfügung gestellt werden.
-------------	---	--	--

Nr. 2.08.09	Volkszählung 2010 Die Einwohnerregister der Gemeinden sind im Hinblick auf die Volkszählung 2010 gemäss dem Merkmalskatalog des Registerharmonisierungsgesetzes des Bundes (RHG) anzupassen. Die Einwohnerregister werden unter anderem mit dem eidg. Gebäudeidentifikator (EGID) und dem Wohnungsidentifikator (EWID) ergänzt. Dabei dient der so genannte EWID der Haushaltsbildung. Die Gemeinden werden in ihren Arbeiten fachlich durch den Kanton beraten und unterstützt. Daneben überwacht der Kanton den Projektfortschritt und die Datenvalidierung im Hinblick auf eine fristgerechte Durchführung der Volkszählung 2010.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Ende Oktober 2010 hat in Vorbereitung auf die Volkszählung 2010 die letzte Statistiklieferung an das Bundesamt für Statistik (BFS) stattgefunden. Diese Generalprobe wurde erfolgreich bestanden. Sämtliche 86 Baselbieter Gemeinden konnten bis zum 29. Oktober 2010 ihre Statistiklieferung erstellen und an das BFS senden. Mit 100 Prozent qualitativ akzeptierten Lieferungen zählte der Kanton Basel-Landschaft zu den neun besten Kantonen der Schweiz. Der Schweizer Durchschnitt lag bei 90.4 Prozent akzeptierter Gemeindelieferungen. Zurzeit sind die Baselbieter Gemeinden mit den letzten Bereinigungen für die Volkszählung beschäftigt. Insbesondere im Bereich der Haushaltsbildung (EWID) stehen noch Abschlussarbeiten an, um den vom Kanton geforderten Schwellenwert von 2 Prozent Fehlerquote in diesem Bereich nicht zu überschreiten.
Nr. 2.08.12	Anpassungen bei den Gesundheitsstatistiken Die Gesundheitsstatistiken des Bundes werden aufgrund der 2. KVG-Revision mit der Neuregelung der Spitalfinanzierung von der Tages- zur Fallpauschale revidiert. Dies bedingt sowohl für die Spitäler als auch für den Kanton (Statistisches Amt) grundlegende Änderungen an den EDV-Systemen und an den Datenschnittstellen. Von den Anpassungen betroffen sind insbesondere die Krankenhausstatistik und die Medizinische Statistik.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Die notwendigen Anpassungsarbeiten wurden realisiert.
Nr. 2.08.13	Bildungsmonitoring Im Rahmen des periodischen Bildungsmonitoring 2011 der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion erstellt das Statistische Amt einen Statistikbericht mit den statistischen Portraits zu den verschiedenen Schularten. Im Gegensatz zur Ausgabe 2007 erscheinen die statistischen Portraits in kompakter Form in einer separat herausgegebenen Broschüre. Die Arbeiten am Statistikbericht fallen im Jahr 2010 an.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Das effektiv zu realisierende Konzept des Bildungsberichts 2011 lehnt sich an den Bildungsbericht 2007 an. Die statistischen Portraits werden in den Bericht integriert (kein separater Statistikbericht). Die Arbeiten an den statistischen Portraits werden im Jahr 2011 zu Ende geführt.

Nr. 2.08.14	Ablösung der Datenschnittstellen aufgrund des ERP-Systems Sämtliche bestehenden Datenschnittstellen aus dem bisherigen Personal- und Lohnverwaltungssystem HR Access werden durch SAP-Schnittstellen aus dem neu eingeführten ERP-System abgelöst. Die betroffenen kantonalen bzw. Bundesstatistiken sind: Staatsfinanzstatistik, Statistik der Bildungsausgaben- und -kosten, Personalstatistik, Betriebszählung, vierteljährliche Beschäftigungsstatistik, Lehrkräftestatistik, Lohnstrukturerhebung. Anpassungen bei der Lehrkräftestatistik ergeben sich zusätzlich aufgrund der Revision des Bundes (neu: Statistik des Schulpersonals).	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Die neuen Datenschnittstellen wurden im 2010 realisiert. Die Programmierungsarbeiten für die Datenaufbereitung der verschiedenen Statistiken werden sich aber noch bis ins Jahr 2011 fortsetzen.
Nr. 2.09	Programmpunkt Personalwesen Strategische Zielsetzungen Die Weiterführung des Aufbaus und des Betriebs eines effizienten und effektiven Personalmanagements in der gesamten kantonalen Verwaltung soll durch eine konsistente Weiterentwicklung der Strategie in Bezug auf die Anwendung von modernen Personalführungs- und controllinginstrumenten sowie durch die praktische Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben zur Personalpolitik sichergestellt werden. Weiterführung der laufenden Umsetzungen von strategischen Personalmanagement-Projekten (Personalentwicklung, Personalmarketing, Personalcontrolling, Anpassung Lohnsystem, etc.).		↓ Amtsbericht 2010
Nr. 2.09.01	Einzelne Massnahme ERP-System (Personalwesen) Inbetriebnahme und betriebliche Optimierung des ERP-Systems Personalwesen / HRM (Human Resource Management) für das integrierte Personalmanagement basierend auf den Rahmenbedingungen der Personalstrategie und der daraus abgeleiteten operativen und einheitlichen Personalprozesse.		Das erste Betriebsjahr SAP HCM (Human Capital Management) ist abgeschlossen. Die Personalprozesse werden nach wie vor optimiert aufgrund des neuen Systems. Die IKS relevanten Prozesse (Internes Kontrollsystem) sind aufgenommen. Diverse Optimierungen am System wurden aufgrund der ersten Erfahrungen bereits umgesetzt. Das System unterstützt die Umsetzung der Personalstrategie des Kantons.

Nr. 2.09.02	Honorierungssystem • Schaffung der Rahmenbedingungen für eine effiziente Arbeitsweise der Bewertungskommission (Schulung, Information, Organisation). • Erneuerung, Überarbeitung und Bewertung der wichtigen Referenzfunktionen (Modellumschreibungen) im Bildungs- und Gesundheitsbereich. • Schulungsangebote für die dezentralen Personaldienste zur Förderung der einheitlichen und wirksamen Anwendung des Honorierungssystems. • Erarbeitung und Begleitung einer Regierungs- und Landratsvorlage für notwendige Anpassungen des Personaldekrets im Bereich des Honorierungssystems.		In den Monaten März und April hat sich die Bewertungskommission an drei Sitzungen in die Funktionsbewertung eingearbeitet und hat seitdem die ersten Bewertungen vorgenommen. Alle Mitglieder haben sich mit den Grundlagen vertraut gemacht und arbeiten engagiert mit. Auch im Bildungs- und Gesundheitsbereich sind die Projekte entsprechend der Planung vorangeschritten. Für die dezentralen Personaldienste wurden anlässlich der überarbeiteten ES-Richtlinien und des neuen ES-Formulars drei Schulungsworkshops durchgeführt. In diesen wurde vor allem mit den Problemstellungen der Teilnehmenden gearbeitet, so dass nun auch die schwierigen Fälle gut und nach einheitlichen Kriterien eingereiht werden können. Der Entwurf einer Landratsvorlage über die Änderung des Personaldekrets betreffend den Bestimmungen zum Lohnwesen hat das Mitberichtsverfahren durchlaufen. Das Projekt schreitet entsprechend der Planung voran.
Nr. 2.09.03	Personalcontrolling Mit der Einführung des ERP-Systems erfolgt die Weiterentwicklung des Personalcontrollingkonzeptes. Neben einem HR-Cockpit mit den wichtigsten HR-Kennzahlen erfolgt der Aufbau des Qualitätscontrollings mit Fokus auf die Umsetzung und die Entwicklung personalstrategischer Massnahmen und Elemente.		Mit der Inbetriebnahme von SAP konnten die Anforderungen aus dem Umsetzungskonzept Personalcontrolling umgesetzt werden. Die standardisierten Reports mit führungs-relevanten Informationen und Kennzahlen können von den berechtigten Zielgruppen stufengerecht auf der neuen Portalanwendung Info Cockpit erstellt und abgefragt werden. Mit Beginn der ERP Etappe 2 erfolgte die Evaluation von zusätzlich erforderlichen Reports in den Direktionen.

Nr. 2.09.04	Personalentwicklung 1. Weiterentwicklung der Konzepte "48 - 50 + / Diversity / Förderung von Mitarbeitenden mit Betreuungsaufgaben" und "Führung und weitere Laufbahnen". 2. Weiterentwicklung des Berufsbildungskonzeptes der kantonalen Verwaltung BL. 3. Entwicklungsziele 2010 auf der Basis der Bildungsbedarfsanalyse: <u>Führungskräfte</u> - Positives Präsentieren der kantonalen Verwaltung nach Innen und Aussen sowie Serviceorientierung fördern und optimieren. - Strukturelle und rechtliche Veränderungen gewinnbringend in Kooperation aller Beteiligten planen und steuern. - Strategieorientierte Führung und wertschätzende Mitarbeitendenführung in den unterschiedlichen Führungsrollen. - Persönlichkeitsentwicklung und persönliches Ressourcenmanagement. - Vorbildliches Verhalten im positiven Denken und Kommunizieren sowie Äussern von notwendiger Kritik. <u>Mitarbeitende:</u> - Termingerechte Zielerreichung. - Ziel- und prozessorientiertes Denken und Planen. - Selbstverantwortliches Lösen von Konflikten und schwierigen Situationen. - Konzentration aufs Wesentliche, Filtern von wichtigen Informationen und Einsetzen von adäquaten Informationsmitteln.	1. Das Grobkonzept für „48 - 50+ / Diversity / Förderung von Mitarbeitenden mit Betreuungsaufgaben“ liegt vor. Die weitere Erarbeitung erfolgt im 2011 mit dem Ziel, dass Ende Juni ein Regierungsratsbeschluss vorliegt. Das Konzept „Führung und weitere Laufbahnen“ wurde zugunsten der Neukonzeption des neuen Mitarbeitergesprächs für 2011 neu terminiert. 2. Das Konzept ist in Zusammenarbeit mit den Direktionen erstellt worden. Der Regierungsratsbeschluss wird im 1. Quartal 2011 beantragt. 3. Das Seminarangebot 2010 enthielt entsprechende Angebote zu den Entwicklungszielen und zu den Kernkompetenzen. Erstmals wurden neben den Seminarbeurteilungen der Teilnehmenden auch die Seminarbeurteilungen aus der Sicht der Referenten/innen erhoben. Im Weiteren wurden gezielt Seminarbesuche durchgeführt. Mit diesen Qualitätssicherungsmassnahmen wurden nicht nur das Niveau der Agogik und der Didaktik geprüft, sondern auch eruiert, welche Beiträge die Seminare zur Erreichung der Personalentwicklungsziele 2010 und zur Entwicklung der Kernkompetenzen leisteten. Damit wurde deutlich, dass die Personalentwicklungsziele 2010 und die Entwicklung der Kernkompetenzen in den Seminaren konsequent verfolgt wurden und die Seminarqualität auch bezüglich agogischen und didaktischen Kriterien einem hohen Niveau entspricht.
-------------	---	---

Nr. 2.09.05	Personalmarketing und Personalgewinnung Umsetzung und Detailkonzeption von Massnahmen aus dem Personalmarketingkonzept: – Unterstützung der Führungskräfte: Bereitstellen von Arbeitstools, insbesondere für den Personalgewinnungsprozess, auf der Intranetplattform. – Externes Personalmarketing: Ausbau des Informationsgehalts der Internetseite im Bereich Stellenangebote. – Steigerung der Effizienz bei den Stellenausschreibungen: Prüfung von Automatisierungsmöglichkeiten (Datenaustausch zwischen mehreren Jobplattformen). – Weiterführung und Weiterentwicklung von Workshops zur Stellenausschreibung und Personalauswahl.	Mit der Erstellung der Arbeitstools wurde begonnen, das Angebot wird weiter ausgebaut und das interne Personalhandbuch komplett überarbeitet. Die Internetseite mit den Stellenangeboten konnte verbessert werden, indem die Anzeigen sortiert nach Rubriken und in Inserateform gelesen und ausgedruckt werden können (vorher: Amtsblatt-Fliesstext). Mit einem Online-Inseratetool können die Anzeigen nun in einem Arbeitsgang auf mehreren Plattformen (Online, Print) geschaltet werden. Damit ist der immer gleiche optische Auftritt (Corporate Identity) gewährleistet und der Administrationsaufwand konnte massiv gesenkt werden. Der Workshop „Personalgewinnung“ wurde ins Seminarprogramm aufgenommen.
Nr. 2.10	Programmpunkt Informatik Strategische Zielsetzungen Das prioritäre Ziel besteht darin, mit der Einführung des integrierten ERP-Systems fortzufahren. Ein weiterer Schwerpunkt wird die Erarbeitung der IT-Strategie sein.	↓ Amtsbericht 2010

Nr. 2.10.01	Einzelne Massnahme Einführung ERP-System (ERP = Enterprise Resource Planning) Der Landrat hat am 21. Februar 2008 das ERP-Projekt zur Realisierung freigegeben. Der Begriff ERP steht für gemeinsam genutzte Informatiksysteme in den Bereichen Finanzen, Personal und Logistik im Kanton. Bei der ausgewählten Standardsoftware handelt es sich um das Produkt SAP und der Implementierungspartner ist die Firma NOVO Business Consultants. Nach der Initialisierungsphase wurden ab Mai 2008 die Soll-Prozesse und das Systemdesign bestimmt. Ab September 2008 begannen die Realisierungsarbeiten im System. Der Produktivstart für den Planungs- und Budgetierungsprozess erfolgte im April 2009. Die breite Einführung für alle Benutzenden im Bereich der ERP-Prozesse (Finanzen, Controlling, Personal) erfolgt dann nach der Produktionsvorbereitung mit einer Datenmigration, so dass ab dem 1. Januar 2010 mit der neuen Lösung gearbeitet werden kann. Neben applikatorischen Arbeiten bilden organisatorische Massnahmen einen Schwerpunkt der Aktivitäten der Linie. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB Total: Fr. 13 Mio. Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 3. 89 Mio. Budget 2009: Fr. 6.81 Mio. Budget 2010: Fr. 2.30 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 2.30 Mio. Fr.	Im Rahmen der ersten Etappe hat der Kanton das ERP-System für die Bereiche Finanz- und Rechnungswesen, Personal und Materialwirtschaft / Logistik eingeführt. Das Projekt ist termin- und kostengerecht abgewickelt worden, und die Verwaltung des Kantons arbeitet seit dem 8. Januar 2010 mit dem System. Mit der Genehmigung der Landratsvorlage "ERP-Projekt Etappe 2 im Kanton Basel-Landschaft für die Bereiche Finanzwesen, Personalwesen und Logistik (Nr. 2010 / 140)" setzt die Verwaltung die Weiterentwicklung des ERP-Systems um.
Nr. 2.10.02	IT-Strategie Mit dem Abschluss der Analysephase der IT-Strategie BL konnten per 1. April 2009 die Strategiegrundsätze in Kraft gesetzt werden. Mit dem Projektprogramm STRATUM (steht für IT-Strategie-Umsetzung) erfolgt mit sechs Projekten die Umsetzung bis 2012. Namentlich sind dies: - IT-Strategie-Umsetzungscoordination ITSBLUK, - Applikations- und Server-Überführung ASÜber, - Service-Desk, - Kundenorientierter Service KOS, - Prozess-Tool, - VIS (Verordnung Informations-Sicherheit) Umsetzung VISUM. Das Gesamtbudget beträgt 2.4 Mio. Franken.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 1 Mio. Fr.	Die beiden Projekte "VISUM (Umsetzung Verordnung Informationssicherheit)" und das kantonsweite nutzbare "Prozess-Tool" konnten per Ende 2010 abgeschlossen werden. Im Projekt "Service Desk" wird nach einer Evaluation und einem Praxistest das kantonweite Tool bei allen Direktionen eingeführt. Beim Projekt "Applikations- und Server-Überführung ASÜber" ist das Serverinventar aufgenommen worden. Nach einem Pilot erfolgen die etappierten Überführungen von 80 Prozent aller Server der Kantonsverwaltung bis Ende 2012. Im Rahmen des Projektes "Kundenorientierter Service KOS" ist die Service-Katalog-Struktur definiert worden. Die Services werden jetzt detailliert beschrieben. Die Einführung und Schulung ist per Sommer 2011 vorgesehen, zusammen mit den IT Service Level Agreements (SLA).

Nr. 2.11	Programmpunkt Luftverkehr (EuroAirport) Strategische Zielsetzungen Der Kanton engagiert sich für den Erhalt des gut funktionierenden und konkurrenzfähigen Flughafens. Er soll weiterhin die Bedürfnisse des Wirtschaftsstandortes und der Bevölkerung befriedigen können sowie eine wichtige Arbeitsstätte sein. Gleichzeitig soll der Verkehr in Zusammenarbeit mit den regionalen Partnern möglichst umweltverträglich abgewickelt werden und die Wohnqualität in den flughafennahen Gemeinden so wenig wie möglich beeinträchtigen.	↓ Amtsbericht 2010
Nr. 2.11.05	Einzelne Massnahme Sicherheit und Umweltverträglichkeit Die Regierung setzt sich dafür ein, dass konsensfähige Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Umweltverträglichkeit realisiert werden. Die Prüfung möglicher Massnahmen wird zusammen mit dem Flughafen, Behörden im In- und Ausland sowie unter Konsultation der Fluglärmkommission weitergeführt. Weiterhin besonders beobachtet wird die Benutzung des Südlandeverfahrens ILS 33. Die Regierung besteht auf einer strikten Einhaltung der Benutzungsvereinbarung.	Der Regierungsrat hat die neuen vom EuroAirport beschlossenen Lärmschutzmassnahmen begrüsst (Landratsvorlage Nr. 2010 / 398). Sie verringern den Fluglärm in den Randzeiten und verstärken die umweltseitigen Gebührenanreize. Wichtige Schutzbedürfnisse der Bevölkerung werden damit erfüllt. Leider musste der Regierungsrat zur Kenntnis nehmen, dass die ILS 33-Landungen im Berichtsjahr relativ hoch waren. Die Regierung wird die Umsetzung der neu beschlossenen Lärmschutzmassnahmen verfolgen und sich auch künftig für Verbesserungen einsetzen. Der Kontakt mit den betroffenen Gemeinden ist konstruktiv weitergeführt worden.
Nr. 2.11.06	Mobilität und Wohlstand Der Flughafen soll weiterhin die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft befriedigen können. Überdies setzt sich die Regierung dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für die auf dem EuroAirport tätigen Unternehmen verbessert werden.	Nach den starken Einbussen im 2009 verzeichnete der EuroAirport im vergangenen Jahr trotz aussergewöhnlicher Ereignisse (Streiks, Vulkanausbruch) eine Zunahme im Passagier- und Frachtverkehr um 7 Prozent resp. 26 Prozent. Die wichtigsten Entwicklungen im 2010 waren die Fortschritte im Bahnanschluss-Projekt, der markante Ausbau des Streckennetzes (17 neue Destinationen) sowie der Entscheid über die Investition in eine moderne, leistungsfähige neue Frachtinfrastruktur.

Nr. 2.12	Programmpunkt Gleichstellung von Frau und Mann Strategische Zielsetzungen Die Ausrichtung der Baselbieter Gleichstellungspolitik am Schweizerischen Gleichstellungsindex und an einem Gleichstellungs-Controlling zieht Grundlagenarbeiten im Bereich der Messbarkeit und der Berichterstattung nach sich. Sie wird zudem durch konkrete Handreichungen für bestimmte Anspruchsgruppen unterstützt. Dies gilt auch für den Schutz persönlicher Grenzen und sexueller Integrität beim Arbeitgeber Kanton.		↓ Amtsbericht 2010 Aufgrund der neuen Kantonsstrategie und aktuellen Ansätzen der Regionalentwicklung wurden mit „Gender Planning oder Gleichstellungspolitik als Teil der Regionalentwicklungsstrategie BL 2012 - 2022“ die neuen Grundlagen zur strategischen und operativen Ausrichtung der Gleichstellungspolitik erarbeitet. Veranstaltungen wie die Podiumsdiskussion „Gleichstellung und Islam - ein Widerspruch?“ oder die Verleihung des Chancengleichheitspreises an eine DJ-Schule nahmen umstrittene Geschlechter- und Integrationsthemen auf und entwickelten konkrete Lösungsansätze.
Nr. 2.12.01	Einzelne Massnahme Leitfaden zum Gleichstellungs-Controlling für Führungskräfte Im Rahmen der Einführung eines Gleichstellungs-Controllings wird ein Leitfaden für Führungskräfte erarbeitet.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Im Rahmen des Budgets	Die Umsetzung der Massnahme wurde wegen Personalwechsel und zugunsten der Auseinandersetzung mit der neuen Kantonsstrategie BL zurück gestellt.
Nr. 2.12.10	Nachhaltige Prävention des Arbeitgebers Als Arbeitgeber bekräftigt der Kanton seine Prävention zum Schutz persönlicher Grenzen und sexueller Integrität mit der Optimierung seiner Strukturen und der Aktualisierung des Leitfadens für seine Mitarbeitenden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Im Rahmen des Budgets	Anlässlich der Neuwahlen und der Schulung der Vertrauenspersonen zum Schutz der sexuellen Integrität informierte der Regierungspräsident die Dienststellenleitenden und Mitarbeitenden aktiv über die getroffenen Präventionsmassnahmen und -möglichkeiten an den Arbeitsplätzen. Die Informationsmaterialien für Mitarbeitende sowie der Flyer für Jugendliche ab 9. Schuljahr „lustig, lästig – stopp“ wurden aktualisiert und nach Möglichkeit im Rahmen des Unterrichts an Berufsschulen und Gymnasien vermittelt.
Nr. 2.12.11	Projekt Gender- und Gleichstellungsbarometer Der Verzicht auf die schweizerischen Volkszählungen und die Umstellung auf andere statistische Erhebungen verlangen nach einem regional und schweizerisch koordinierten Vorgehen, um den Stand der (Un-)Gleichstellung im Kanton künftig systematisch erfassen, vergleichen und darüber berichten zu können.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Im Rahmen des Budgets	In Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt wurde im Baselbieter Zahlenfenster ein Kapitel zum Stand der Gleichstellung erarbeitet. Übersichtlich geordnet in acht Lebensbereiche enthält es rund 70 Tabellen, die Geschlechterverhältnisse statistisch abbilden und die Fortschritte der Entwicklung zu mehr Gleichstellung überprüfen lassen. Als erster Kanton gibt Baselland damit Einblick in Erhebungen, die online nach diversen Faktoren abgefragt und als Excel-Dateien exportiert und weiter verwendet werden können.

Teil 3 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD)

Erfreulicherweise hat die Wirtschaft des Kantons Basel-Landschaft die konjunkturelle Krise des Jahres 2009 relativ gut verkraftet, was auch eine deutlich bessere Arbeitsmarktentwicklung im Jahr 2010 zur Folge hatte als befürchtet. Im Januar 2010 stieg zwar die Zahl der Stellensuchenden auf 6'635 an, was aber bereits der Peak war. Von da an nahm die Zahl der Stellensuchenden stetig ab. Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit hat bereits im zweiten Semester 2009 ihren Höchststand wieder verlassen und sich sehr stark zurückgebildet. Die vor Jahresfrist prognostizierte durchschnittliche Arbeitslosenquote für 2010 von 4.4 Prozent wurde glücklicherweise mit faktischen 3.5 Prozent deutlich nicht erreicht. Ab der zweiten Jahreshälfte trat allerdings eine Verflachung der positiven Arbeitsmarktentwicklung ein infolge wieder eingetrübter konjunktureller Aussichten und eines verschlechterten Wechselkurses.

Die Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf die Einführung der "neuen Pflegefinanzierung" per 1. Januar 2011 und der "neuen Spitalfinanzierung" per 2012 gestaltet sich sehr arbeitsaufwändig. Die für das Gesundheitswesen zuständigen Direktionen / Departemente der Kantone Aargau, Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Solothurn entschieden sich, gemeinsam die Versorgung ihrer Bevölkerung mit stationären Spitalleistungen zu untersuchen. Entstanden sind je ein Versorgungsbericht für den jeweiligen Kanton, ein Gesamtbericht für die Nordwestschweiz und schliesslich ein Versorgungsbericht für die Bevölkerung der vier Kantone nördlich der Jurakette. Darüber hinaus haben die vier Kantone gemeinsame interkantonale Versorgungskriterien ausgearbeitet. Die Berichte bilden die Grundlage für die Erteilung der Leistungsaufträge an die Spitäler (Spitalliste).

Der Landrat beschloss in seiner Sitzung vom 14. Oktober 2010, die Vorlage betreffend die organisatorische Zusammenlegung der Kantonsspitäler Laufen und Bruderholz an die Regierung zurückzuweisen und erteilte gleichzeitig den Auftrag, eine separate Vorlage für die Verselbständigung der Kantonsspitäler und der Kantonalen Psychiatrischen Dienste als öffentlich-rechtliche Anstalten auszuarbeiten.

Die UKE Consult und Management GmbH, Hamburg, hat von der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion den Auftrag erhalten, das Projekt "Neubauten Bruderholz" auf Effizienz und Einsparpotenziale zu untersuchen. Bei der Bewertung wurden branchenübliche Standards für Neubauten in Deutschland und speziell die im Klinikneubau des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE) umgesetzten Grössenordnungen und Konzeptionen zugrunde gelegt. Die Beurteilung der einzelnen Teilplanungen umfassen die Themen Strategie, Betriebsorganisation und Bau und Technik.

Insgesamt gestaltete sich das Jahr 2010 als sehr arbeitsintensiv. Einige Vorhaben, so die Erstellung des Berichts über die Altersversorgung, konnten aus diesem Grunde nicht realisiert werden. Der Auftritt der Kantone Basel-Stadt, Jura und Basel-Landschaft an der OLMA in St. Gallen wusste zu gefallen. Über 350'000 Besucherinnen und Besucher fanden den Weg in die unter der Federführung des Kantons Basel-Landschaft organisierte Sonderschau.

Nr. 3.01	Programmpunkt Wald Strategische Zielsetzungen Auch wenn die gegenwärtige Wirtschaftskrise die Nachfrage etwas gebremst hat, bleibt der vermehrte Absatz von Holz als Baustoff und Energieträger ein aktuelles Thema. Die fortschreitenden Strukturanpassungen der Forstbetriebe sind weiter zu beobachten. Änderungen der Betriebsstrukturen, aber auch der Infrastruktur sind (beratend) zu begleiten. Leistungsfähige und eigenwirtschaftliche Forstbetriebe erbringen auch die Leistungen im Bereich der öffentlichen Ziele (Schutzwald, Naturschutz im Wald) effizienter und günstiger. Das Verständnis der Bevölkerung für eine vermehrte Nutzung der Ressource Holz ist nach wie vor gering. Die begonnene Aufklärungsarbeit ist gemeinsam mit den Partnern der Wald- und Holzwirtschaft fortzusetzen. Insbesondere ist aufzuzeigen, dass eine intensivere Nutzung des Waldes auch den öffentlichen Zielen der Waldbewirtschaftung dient. Bei exponierten Holzschlägen, die mit öffentlichen Geldern (mit)finanziert werden, ist für eine genügende Information der Bevölkerung zu sorgen. Vor dem Hintergrund steigender Durchschnittstemperaturen und eines sich ändernden Niederschlagregimes sind: a) die Walddauerbeobachtung mit einem veränderten Fokus auf die sensiblen Standorte weiterzuführen, und die Erkenntnisse sind in einem überarbeiteten Jungwaldpflegeprogramm einzubauen b) Veränderungen in der Pflanzen- und Tierartenzusammensetzung zu beobachten. Dabei kann es im Umgang mit den so genannten Neobionten nicht darum gehen, Änderungen generell auszuschliessen; vielmehr sind Bekämpfungsmassnahmen auf jene Pflanzen- und Tierarten zu beschränken, die besonders aggressiv (auch für die Menschen) sind oder standortheimische Pflanzen verdrängen und die Walderhaltung (Verjüngung) in Frage stellen.	↓ Amtsbericht 2010
-----------------	---	----------------------------------

Nr. 3.01.02	Einzelne Massnahme Gefahrenkarte Mit der Gefahrenkarte wird die Grundlage für die raumplanerischen Massnahmen zur Prävention vor Naturgefahren für Infrastrukturanlagen und Siedlungsgebiete geschaffen. Landratsvorlage 2006 / 058 vom 21. Februar 2006 / Verpflichtungskredit LRB 2037 vom 19. Oktober 2006 Total: Fr. 4.15 Mio. insgesamt, davon brutto zu Lasten Forstamt beider Basel Fr. 1.63 Mio. (Konto 2225.318.91) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.31 Mio. Budget 2009: Fr. 0.25 Mio. Budget 2010: Fr. 0.25 Mio. Bundesbeiträge 2010: Fr. 0.15 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.25 Mio. Fr.	Für die Gemeinden der ersten Etappe (Los 1 + 2) liegen die Naturgefahrenkarten vor. Für die Gemeinden der Lose 3 - 6 (Etappen 2 und 3) liegen die Entwürfe der Naturgefahrenkarten vor. Für die Wegleitung zur zonenplanerischen Umsetzung der Karten wurde die Vernehmlassung in den Gemeinden durchgeführt. Sie wird voraussichtlich noch vor den Sommerferien 2011 den Gemeinden abgegeben. Das Gesamtprojekt kann mit einer geringen Verzögerung zeitgerecht abgeschlossen werden. Die Gesamtkosten werden voraussichtlich im Rahmen des Verpflichtungskredites liegen. Rechnung 2009: 230'000 Fr. Rechnung 2010: 250'000 Fr.
Nr. 3.01.04	Waldgesundheit Weiterführung des Beobachtungsprogramms in Zusammenarbeit mit weiteren Kantonen und dem Bund. Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitsgruppe zur Bekämpfung bzw. Eindämmung der Neophyten im Wald. Landratsvorlage 2008 / 101 vom 22. April 2008, LRB 713 vom 25. September 2008 für einen Verpflichtungskredit April 2008 bis März 2013 Total: Fr. 0.529 Mio. (Konto 2225.318.93) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 95'621.65 Budget 2009: Fr. 0.12 Mio. Budget 2010: Fr. 0.125 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.125 Mio. Fr.	Das Projekt wurde plangemäss weitergeführt, ergänzt mit Untersuchungen auf zusätzlichen Eichenflächen. Diese sind notwendig, weil die Eiche im Hinblick auf den Klimawandel und auf ihren hohen ökologischen Wert stark gefördert wird. Es gibt aber noch unterschiedliche Aussagen zur Empfindlichkeit der Eiche. Die Kosten werden von allen beteiligten Kantonen und dem Bund gemeinsam getragen. Sorge bereitet die Ausbreitung des im vorletzten Jahr erstmals auch in der Region festgestellten Eschentriebsterbens. Neben jungen Bäumen sind nun auch alte Eschen von dieser durch einen Pilz ausgelösten Krankheit betroffen. Rechnung 2009: 122'504 Fr. Rechnung 2010: 113'110 Fr.

Nr. 3.01.05	Schutzwaldbewirtschaftung Weiterführung der Arbeiten in den bestehenden Schutzwaldprojekten. Umsetzung des Schutzwaldpflegekonzeptes insbesondere in den durch die Nassschnee-Ereignisse vom Dezember 2008 geschädigten bzw. instabil gewordenen Beständen. Wiederinstandstellungsprojekt "Röschenz - Dittingen" Landratsvorlage 2005 / 169 vom 14. Juni 2005, LRB 1399 vom 20. Oktober 2005, Total Brutto: Fr. 667'500.-, Anteil Kanton: Fr. 307'525.- (Konto 2225.362.72) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 172'762.05 Budget 2009: Fr. 62'000.- Budget 2010: Fr. 60'000.- Bundesbeitrag 2010: Fr. 24'500.-. Wiederinstandstellungsprojekt "Laufen" Landratsvorlage 2005 / 170 vom 14. Juni 2005, LRB 1399 vom 20. Oktober 2005, Total Brutto: Fr. 1'006'150.-, Anteil Kanton: Fr. 401'740.- (Konto 2225.362.72) Total Anteil Kanton: Fr. 709'000.- (Konto 225.372.72) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 207'739.35 Budget 2009: Fr. 68'000.- Budget 2010: Fr. 70'000.- Bundesbeitrag 2010: Fr. 28'500.-.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.63 Mio. Fr.	Neben den Schutzwaldprojekten wurden Stabilitäts- und Pflegeeingriffe in weiteren Schutzwaldgebieten in Angriff genommen und durchgeführt. Erfolgreich verlief auch das zusammen mit dem Tiefbauamt durchgeführte Programm "Strassenwald". Eingriffe fanden statt in Rümlingen, Häfelfingen, Eptingen, Waldenburg, Hölstein, Liestal, Muttenz, Oberwil und Allschwil. Ziel dieser Massnahmen ist es, das Risiko zu verringern, dass Bäume auf Verkehrswege fallen. Massnahmen entlang der Nationalstrassen und der SBB-Linien werden durch die Eigentümer (Astra, SBB) selbst finanziert. Die intensiven und meist gut einsehbaren Eingriffe mussten intensiv mit Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden. Die fälligen Arbeiten in den Schutzwaldprojekten konnten programmgemäss weiter geführt und - bezogen auf die Verpflichtungskredite - auch abgeschlossen werden. Der Verpflichtungskredit wird nicht vollständig ausgeschöpft werden, obwohl die Zielsetzungen erreicht wurden. Die beiden Schutzwaldprojekte werden nun in das ordentliche Schutzwaldpflegeprogramm übernommen. Rechnung 2009: 61'240 Fr. "Laufen" 50'368 Fr. "Röschenz" 11'872 Fr. Rechnung 2010: 181'292 Fr. "Laufen" 68'310 Fr. "Röschenz" 112'982 Fr.
Nr. 3.01.07	Waldwissen Fortführung des Grundangebotes an Führungen und Vorträgen in Zusammenarbeit mit den regionalen Waldbildungsorganisationen. Aufbau und Betrieb einer Angebotsplattform "Schauplatz Wald" (= Arbeitstitel).	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.025 Mio. Fr.	Die Zusammenarbeit mit den externen Partnern bzw. den privaten Anbietern konnte weitergeführt werden. Mit fachlicher Begleitung durch das Amt konnte der Försterverband beider Basel die Anschaffung eines Waldschul-Anhängers konkretisieren und in die Wege leiten.
Nr. 3.01.08	Nachhaltige Waldentwicklung: Waldinformationssystem Schrittweise Verwirklichung des Konzeptes: Integration in die Planungs- und Berichterstattungsinstrumente.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.04 Mio. Fr.	Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit den Zentralen Informatikdiensten (ZID) und der Fachstelle GIS weiterverfolgt. Die Analyse des produktiven Systems Waldportal Luzern für die Systemanforderungen des Amtes für Wald beider Basel liegt vor. Eine weitgehende Übernahme der Luzerner Lösung ist mit wenigen Anpassungen möglich und sinnvoll.

Nr. 3.01.09	Leistungsvereinbarungen Waldeigentümer (Abschluss) Prüfung der Möglichkeiten (Pilotrevier) produktweiser oder produktübergreifender Leistungsvereinbarungen mit den Waldeigentümern bzw. den betrieblichen Leistungserstellern.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.03 Mio. Fr.	Das Projekt musste aus Kapazitätsgründen (Amt für Wald und Abteilung Natur und Landschaft des Amts für Raumplanung der BUD) wiederum zurückgestellt werden.
Nr. 3.02	Programmpunkt Arbeit / Wirtschaft Strategische Zielsetzungen Für das Jahr 2010 wird mit einer weiteren Verschlechterung der Arbeitsmarktlage als Folge der konjunkturellen Krise gerechnet. Die derzeitigen Prognosen lassen befürchten, dass von einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote im Kanton von 4.4 Prozent ausgegangen werden muss. Der "Peak" der Negativentwicklung sollte aber überschritten werden und per Jahresende eine Erholung eintreten. Dennoch heisst dies, dass davon auszugehen ist, dass Arbeitslosenversicherung (ALV)-Dienstleistungen für rund 9'000 Stellensuchende und zahlreiche Betriebe mit Kurzarbeit zu erbringen sein werden. Entsprechend wird die zentrale Herausforderung für das kommende Jahr die Bereitstellung der entsprechenden Ressourcen und Dienstleistungen sein.		↓Amtsbericht 2010 Erfreulicherweise hat die Baselbieter Wirtschaft die konjunkturelle Krise des Jahres 2009 relativ gut verkraftet, was auch eine deutlich bessere Arbeitsmarktentwicklung im Jahr 2010 zur Folge hatte als befürchtet. Im Januar 2010 stieg zwar die Zahl der Stellensuchenden auf 6'635 an, was aber bereits der Peak war. Von da an nahm die Zahl der Stellensuchenden stetig ab. Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit hat bereits im zweiten Semester 2009 ihren Höchststand wieder verlassen und sich sehr stark zurückgebildet. Die vor Jahresfrist prognostizierte durchschnittliche Arbeitslosenquote für 2010 von 4.4 Prozent wurde glücklicherweise mit faktischen 3.5 Prozent deutlich nicht erreicht. Ab der zweiten Jahreshälfte trat allerdings eine Verflachung der positiven Arbeitsmarktentwicklung ein infolge wieder eingetrübter konjunktureller Aussichten und eines verschlechterten Wechselkurses.
Nr. 3.02.05	Einzelne Massnahme KMU-Entlastungsgesetz Die Überprüfung der KMU-Betroffenheit des bestehenden Erlassbestandes wird voraussichtlich Anfang 2010 definitiv abgeschlossen und vom KMU-Forum beurteilt sein. Im Rahmen einer abschliessenden Berichterstattung an den Landrat wird der absolvierte Prüfungsprozess reflektiert und die daraus hervor-gegangenen Massnahmen werden aufgezeigt.		Die Überprüfung des bestehenden Erlassbestandes konnte schon im Verlauf des 3. Quartals 2009 abgeschlossen werden. Mit der Vorlage Nr. 2009 / 353 hat der Regierungsrat dem Landrat seinen Schlussbericht unterbreitet (vgl. dazu die entsprechende Bemerkung im Amtsbericht 2009.)

Nr. 3.02.07	Tourismusförderung Nachdem eine Wirkungsüberprüfung (Wertschöpfungsstudie) eine positive Entwicklung des Tourismus im Kanton Basel-Landschaft aufzeigte, wurde der Verpflichtungskredit für Beiträge an den Verein "Baselland-Tourismus" mit Landratsbeschluss vom 15. Januar 2009 erneuert. Landratsvorlage 2008 / 228 vom 23. September 2008 / LRB 983 vom 15. Januar 2009 Total: Fr. 2.4 Mio. (Konto 2200.365.00) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2009: Fr. 0.6 Mio. Budget 2010: Fr. 0.6 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.6 Mio. Fr.	Am 15. Januar 2009 hat der Landrat der Vorlage Nr. 2008 / 228 zugestimmt und das Mandat an den Verein "Baselland Tourismus" für die Zeitspanne 2009 - 2012 verlängert. Rechnung 2009: CHF 600'000.- Rechnung 2010: CHF 600'000.-
Nr. 3.02.11	Standortpromotion Die Wirtschaftsförderung beider Basel (BaselArea) betreibt im Auftrag der beiden Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt die Standortpromotion im Ausland und vermittelt unterstützende Dienstleistungen bei der Ansiedlung von Unternehmungen. Die laufende Budgetperiode endet 2009. Eine weiterführende Erneuerung der Betriebskostenbeiträge für die Budgetperiode 2010 - 2013 aus den Mitteln der kantonalen Wirtschaftsförderung ist demnach neu zu beurteilen. Der Regierungsrat entscheidet voraussichtlich Mitte Jahr auf der Grundlage einer Empfehlung der Wirtschaftsförderungskommission über eine weitere Verlängerung der Beitragsperiode von 2010 - 2013.		Der Regierungsrat hat unter befürwortender Zustimmung der Wirtschaftsförderungskommission einer Verlängerung der Budgetperiode 2010 bis 2013 zugestimmt und den jährlichen Beitrag des Kantons Basel-Landschaft an die Wirtschaftsförderung beider Basel (Basel Area) auf maximal 955'000 Franken festgelegt. Der Beitrag wird aus dem Wirtschaftsförderungsfonds ausgerichtet.
Nr. 3.02.14	Revision / Ersatz des Ruhetagsgesetzes Der Entwurf des revidierten Ruhetagsgesetzes setzt sowohl die Motion 2008 / 037 von Paul Wenger vom 21. Februar 2008, die vom Landrat in seiner Sitzung vom 16. Oktober 2008 als Postulat an den Regierungsrat überwiesen worden ist, wie auch die Initiative Wasserfallen (siehe Punkt 3.02.15) um. Nach Inkraftsetzung im Laufe des Jahres 2010 gilt es, die Umsetzung vorzunehmen resp. zu begleiten.		Das total revidierte Gesetz über die öffentlichen Ruhetage und den Sonntagsverkauf (SGS 547) ist vom Landrat am 10. Juni 2010 mit 4/5-Mehrheit beschlossen worden. Das Referendum wurde nicht ergriffen. Der Regierungsrat hat die Inkraftsetzung des Gesetzes und der zugehörigen Verordnung per 1. Januar 2011 beschlossen.

Nr. 3.02.15	Umsetzung der Initiative Wasserfallen Am 21. Dezember 2007 hatte die Bundesversammlung - veranlasst durch die von Nationalrat Kurt Wasserfallen eingereichte Parlamentarische Initiative "Limitierte Anzahl Sonntagsverkäufe ohne Restriktionen" - beschlossen, für Verkaufsgeschäfte bewilligungsfreie Sonntagsarbeit an bis zu vier Sonntagen pro Jahr zuzulassen. Das eidgenössische Arbeitsgesetz (ArG) wurde entsprechend mit Artikel 19 Absatz 6 ergänzt: "Die Kantone können höchstens vier Sonntage pro Kalenderjahr bezeichnen, an denen Arbeitnehmer in Verkaufsgeschäften ohne Bewilligung beschäftigt werden dürfen." Die neue Bestimmung ist seit dem 1. Juli 2008 in Kraft.		Für die Umsetzung des Art. 19 Absatz 6 ArG wurden bereits im August 2008 Regeln auf Verordnungsstufe festgelegt, im Sinne einer Versuchsphase bis zur Vornahme der gesetzlichen Regelung. Diese Normen haben sich in der Praxis bewährt und sind im Rahmen der obgenannten Revision im Gesetz über die öffentlichen Ruhetage und den Sonntagsverkauf (SGS 547) verankert worden.
Nr. 3.02.16	Kapazitätsausbau im ALV-Vollzug Sowohl in den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren der Öffentlichen Arbeitslosenkasse, wie auch beim Angebot Arbeitsmarktlcher Massnahmen werden die Ressourcen an die arbeitsmarktlche Entwicklung anzupassen sein, um die notwendigen Unterstützungsdienstleistungen weiterhin umfassend anbieten zu können. Nebst der Anstellung neuen Personals beinhaltet dies auch dessen Schulung, aber auch die Zumietung zusätzlicher Räumlichkeiten. Die entsprechende Flexibilität zur Personalanstellung ist vorhanden, die Finanzierung geschieht vollständig durch die Arbeitslosenversicherung (ALV).		Die nötig gewordene Anpassung der Kapazitäten im ALV-Vollzug hat erfolgreich vorgenommen werden können ohne Einbussen bei der Dienstleistungsqualität. Erfreulicherweise musste kein so grosser Ausbau der Ressourcen erfolgen wie zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresprogramms 2010 befürchtet werden musste. Ab Jahresmitte konnte sogar zum Teil auf die Wiederbesetzung von Austritten verzichtet werden, da sich die Arbeitslosigkeit spürbar abbaute.
Nr. 3.02.17	Bereitstellung einer Konformitätsbewertungsstelle (KBS) Per 2010 soll die sich im Aufbau befindliche neue Konformitätsbewertungsstelle (KBS) ihren Betrieb aufnehmen können. Sie wird in den Räumlichkeiten der Fachstelle Messwesen in Münchenstein lokalisiert sein und eng mit dem Bundesamt für Metrologie (METAS) zusammenarbeiten und für die regionale Wirtschaft eine wichtige Dienstleistung, die Beglaubigung der Marktkonformität von Messmitteln, bereitstellen.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.1 Mio. Fr. Aufwand und Ertrag (saldoneutral)	Die Konformitätsbewertungsstelle (KBS) hat im vergangenen Jahr wie geplant ihren Betrieb aufgenommen. Mit gezielten Aktionen konnten im Auftrag von namhaften Waagenherstellern bereits 22 Kontrollen bei Messmittelbesitzern durchgeführt werden. Dabei hat die KBS Leistungen im Wert von 27'787.45 Franken fakturiert und die Erwartungen des Budgets übertroffen, welches 20'000 Franken für das erste Betriebsjahr betrug. Dank gezielten Akquisitionen konnte die KBS bei ihren neuen Kunden die vorhandene Fachkompetenz und die grosse Flexibilität unter Beweis stellen und sich damit positiv positionieren.

Nr. 3.02.18	Interreg IVA-Projekt Bio Valley Im Rahmen des Interreg IVA Programms ist das Projekt "BioValley-Cluster" der Lebenswissenschaften und der Medizinaltechnik für die wirtschaftliche Entwicklung der Metropolitanregion Oberrhein darauf ausgerichtet, zur weiteren Stärkung des trinationalen Life Sciences Clusters den Wissens- und Technologietransfer zwischen den Hochschulen und der Privatwirtschaft et vice versa zu beleben, besser zu strukturieren und zu konsolidieren. Der Regierungsrat genehmigte deshalb für die Periode 2008 - 2013 eine Kofinanzierung mit weiteren schweizerischen Projektpartnern in der Höhe von insgesamt 119'000 Franken (Landratsvorlage 2007 / 214 vom 11. September 2007, Total: Fr. 1.5 Mio., Konto 2005.367.00: Beiträge an das Ausland). Mittels gezielter Scouting-Aktivitäten wird insbesondere angestrebt, die Privatwirtschaft besser mit den Angeboten der Hochschulen im trinationalen Raum zu vernetzen.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.02 Mio. Fr.	Das trinationale Interreg IV-Projekt Bio Valley entwickelte sich bis anhin ziel- und budgetkonform. Auswirkung Rechnung 2010: 0.02 Mio. Fr.
Nr. 3.02.19	OLMA 2010 Die Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Jura nehmen auf Einladung des Kantons St. Gallen vom 7. bis 17. Oktober 2010 als Gastkantone an der OLMA teil. Im Zentrum dieses traditionellen Messeanlasses mit landesweiter Ausstrahlung stehen dabei insbesondere die Themen Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung. Bereits 1982 ist den beiden Basler Kantonen diese Ehrengastrolle zugefallen. Im Rahmen ihres trikantonalen Auftritts wollen die drei Kantone dem Messepublikum und der ostschweizerischen Bevölkerung während der ganzen Messedauer ein aktuelles, authentisches und erinnerungswirksames Bild der Nordwestschweiz und ihrer Regionen vermitteln. Die gemeinsamen Aktivitäten umfassen den Festumzug am Tag des Ehrengastes sowie während der ganzen Messedauer eine Sonderausstellung und eine Tierschau. Die federführende Verantwortung für die Vorbereitung, die Ausgestaltung und die Umsetzung dieser Ehrengastrolle liegt beim Kanton Basel-Landschaft. Das Budget beträgt 1.3 Mio. Franken und wird von den drei Kantonen anteilig finanziert. Der Anteil BL beläuft sich auf 540'000 Franken. Die Finanzierung erfolgt zulasten des Lotteriefonds.		Die Nordwestschweiz wusste an der OLMA in St. Gallen zu gefallen. Mit ihrem mutigen, facettenreichen und professionell gestalteten Auftritt vermochten die drei Kantone einen überzeugenden und nachhaltigen Eindruck zu hinterlassen. Ein erinnerungsstarkes, aktuelles und authentisches Bild der Gastregion vermochte insbesondere auch die unter Baselbieter Federführung organisierte Sonderschau den über 350'000 Besucherinnen und Besuchern während der ganzen Messedauer zu vermitteln. Aus den zahlreichen, durchwegs nur positiven Rückmeldungen der Veranstalterin, aller Beteiligten und den Besucherkreisen lässt sich berechtigterweise ableiten, dass die teilweise sehr hohen Erwartungen in jeglicher Hinsicht erfüllt werden konnten. Die Ausgaben für diesen Anlass bewegten sich im Rahmen des veranschlagten Budgets.

Nr. 3.02.20	Kooperation Wirtschaftsförderung beider Basel mit dem Kanton Jura Funktionale Wirtschaftsräume zeichnen sich durch eine zunehmende Verflechtung ihrer Teilräume ab. Bedarfsorientierte Kooperationen auf unterschiedlichen Ebenen sind deshalb für die strategische Standortentwicklung des Kantonsgebietes von zunehmender Bedeutung. In diesem Kontext hat der Regierungsrat im Mai 2009 einer auf vorerst vier Jahre befristeten engeren Kooperation der Wirtschaftsförderung beider Basel mit dem Kanton Jura auf dem Gebiet der ausländischen Standortpromotion unter der gemeinsamen Dachmarke BaselArea im Grundsatz zugestimmt. Ab 2010 wird der Kanton Jura auf seinen Märkten insbesondere in Frankreich, den Benelux-Staaten und Russland unter der Dachmarke BaselArea auftreten und dabei den Wirtschaftsraum aller drei Kantone vermarkten. Als Entschädigung für die Markenbenützung einerseits und die Nettoleistungen der Wirtschaftsförderung beider Basel zu Gunsten der Markenpflege und Marktbearbeitung andererseits zahlt der Kanton Jura einen jährlichen Beitrag in der Höhe von 250'000 Franken.		Strategisch und operativ ist die Zusammenarbeit mit dem Kanton Jura im Rahmen der Vorstellungen zu beidseitiger Zufriedenheit erfolgreich angelaufen. Beide Organisationen agieren jedoch bis zum Ablauf der vierjährigen Probephase weiterhin mit voller organisatorischer und weitgehender operativer Autonomie. Das Kooperationsmodell sieht aber einen einheitlichen Marktauftritt, gemeinsame Marktaktivitäten und eine klare Zuteilung der federführenden Marktbearbeitung vor.
-------------	---	--	--

Nr. 3.02.21	Standortförderung: Bestandes- und Kontaktpflege Die Kontakt- und Bestandespflege zur Baselbieter Wirtschaft hat eine hohe Priorität. Im Rahmen der Bestandespflege besteht ein vielseitiges Angebot an Wirtschaftsdienstleistungen. Die Bestandespflege ist grundsätzlich eine Aufgabe der gesamten öffentlichen Verwaltung. Der Wirtschaftsdelegierte steht den Unternehmen als Erstkontaktstelle, Berater und Koordinator zur Verfügung. Die Betriebe werden insbesondere bei der Lösung vielschichtiger Herausforderungen im Zusammenhang mit der Erfüllung hoheitlicher Auflagen oder bei der Objektvermittlung für die Evaluation eines neuen Betriebsstandortes unterstützt und begleitet. Im Fokus der Kontaktpflege stehen die Gewinnung von Informationen zur Einschätzung der Standortqualität und der Kundenzufriedenheit. Dafür stehen der Vorsteher der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion und der Wirtschaftsdelegierte in einem engen Kontakt mit den Baselbieter Betrieben. Anlässlich von gezielten und regelmässigen Betriebsbesuchen werden insbesondere auch Anliegen und Erwartungen in Bezug auf die öffentliche Verwaltung entgegen genommen. Daraus lassen sich wiederum wichtige Rückschlüsse für die Gestaltung attraktiver Rahmenbedingungen und eines bedarfsgerechten Dienstleistungsangebotes der öffentlichen Verwaltung ableiten.		Die im Rahmen zahlreicher Anfragen, Kontaktvermittlungen, Betriebsbesuche und Unternehmensgespräche gewonnenen Erkenntnisse zeigten ein hohes Mass an Zufriedenheit der Wirtschaftsbetriebe mit der Dienstleistungsqualität der öffentlichen Verwaltung und bestätigten in weiten Zügen eine insgesamt intakte Standortattraktivität des kantonalen Wirtschaftsraumes.
Nr. 3.03	Programmpunkt Landwirtschaft Strategische Zielsetzungen Die landwirtschaftliche Ausbildung gemäss dem neuen Berufsbildungsgesetz wird schrittweise umgesetzt.		↓ Amtsbericht 2010 Die Umsetzung ist bisher plangemäss erfolgt.
Nr. 3.03.01	Einzelne Massnahme Anpassung der landwirtschaftlichen Ausbildung Die Anpassung der landwirtschaftlichen Ausbildung an das neue Berufsbildungsgesetz wird gemäss Planung durchgeführt. Es wird vorübergehend eine erhöhte Zahl an Lektionen nötig sein. 2010 werden zusätzlich 360 Lektionen anfallen, die ab 2012 wieder wegfallen werden. Dazu kommen 5 - 10 Stellenprozente für die Lehraufsicht und Ausbildungsberatung im Berufsfeld Landwirtschaft.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.05 Mio. Fr.	Die Anpassung erfolgte wie vorgesehen. Die Rechtsgrundlagen (Landwirtschaftsgesetz Basel-Landschaft und die dazu notwendigen Verordnungen) wurden erlassen. Zwei Personalwechsel erschwerten die Umsetzung. Sie hatten zur Folge, dass die Lehraufsicht und die Beratungstätigkeit nur beschränkt vorgenommen werden konnten. Die Umsetzung wird Mitte 2011 abgeschlossen sein.

Nr. 3.03.06	Optimierung der Nutzung des Ebenrains Durch den Transfer von zusätzlichen Dienstseinheiten der VGD nach Sissach in die Gebäulichkeiten des Landwirtschaftlichen Zentrums Ebenrain soll die Nutzung der vorhandenen Flächen und Infrastrukturen optimiert werden.		Die Abteilung Veterinär-, Jagd- und Fischereiwesen zog auf den Ebenrain um. Sie bleibt Teil des Generalsekretariates der VGD.
Nr. 3.03.07	Förderung der regionalen Entwicklung und von regionalen Produkten Mit der Änderung des Landwirtschaftsgesetzes (Landratsvorlage 2009) wird die Rechtsgrundlage geschaffen, um das Bundesgesetz über die Landwirtschaft umzusetzen. Der Aufbau von konkreten Projekten muss auf Privatinitiativen beruhen.		Es sind bisher keine Projektvorschläge eingereicht worden.
Nr. 3.05	Programmpunkt Geoinformation (Vermessung) Strategische Zielsetzungen In der heutigen Informations- und Wissensgesellschaft hat die politische und die wirtschaftliche Bedeutung von Geodaten und Geoinformationen stark zugenommen. Sie bilden die Basis für Planungen, Massnahmen und Entscheidungen aller Art, in der Verwaltung genauso wie in der Politik, der Wirtschaft und der Wissenschaft oder im Privatbereich. Ziel ist eine optimale Wertschöpfung aus den Geoinformationen durch Kanton, Gemeinden und Private. Umsetzung Neue Amtliche Vermessung 93 (AV 93) im Zeitraum von 1995 - 2015 und in drei zeitlich sich folgenden Etappen. Aktuell ist die vom Landrat 2001 beschlossene 2. Etappe AV 93 2002 - 2008 (LRB 2001 / 022) am Laufen. Aufgrund einer beschlossenen GAP-Massnahme mit reduziertem jährlichem Kredit und einem verordneten Bundesmoratorium ohne Neuverpflichtungen im Jahr 2007 wird sich die Frist für die Inangriffnahme der letzten Gemeinden auf 2011 verlängern mit Abschluss 2014. Die 3. Etappe soll 2012 starten und das Projekt bis 2017 abschliessen.		↓ Amtsbericht 2010 Die finanzielle Lage des Kantons lässt erkennen, dass der Start AV 93 (3. Etappe) nicht vor 2014 erfolgen kann.

Nr. 3.05.01	Einzelne Massnahme Umsetzung des neuen Geoinformationsrechts des Bundes Das neue Bundesgesetz über Geoinformation (GeolG), das am 1. Juli 2008 in Kraft getreten ist, setzt den Kantonen eine Frist von drei Jahren für die Anpassung der kantonalen Gesetzgebung und eine Frist von fünf Jahren für die praktische Umsetzung der Bestimmungen des Bundesrechts. Die Umsetzung im Kanton Basel-Landschaft gliedert sich in drei Teilbereiche: 1. Anpassung der kantonalen Gesetzgebung: Für 2010 ist die Anpassung folgender Erlasse geplant: • EG ZGB (SGS 211), • Dekret über die Kostentragung der amtlichen Vermessung (SGS 211.5), • Verordnung über Geoinformation (SGS 211.58), • Kantonale Vermessungsverordnung (SGS 211.53). 2. Erste Tranche der vollständigen Überarbeitung der technischen Vorschriften des Amtes über die amtliche Vermessung und über Geoinformationssysteme (GIS). 3. Sukzessive praktische Umsetzung der Bestimmungen des GeolG, insbesondere durch Harmonisierung der Geobasisdaten und Vernetzung der Geodienste mit Bund, Kantonen und Gemeinden gemäss Umsetzungskatalog.	1. Anpassung der Gesetzgebung: ▪ § 168 – § 177 EG ZGB (SGS 211) decken den gesetzlichen Rahmen der kantonalen Anpassung an das Geoinformationsgesetz GeolG (SR 510.62) ab. Auf die Anpassung der Fachbegriffe an die Legaldefinitionen wird vorerst verzichtet. Dies erfolgt zusammen mit der Aufnahme von neuen Bestimmungen für den ÖREB-Kataster ab 2014. ▪ Der Entwurf des vollständig überarbeiteten Dekrets über die Kostentragung der amtlichen Vermessung (SGS 211.5) liegt vor und wird 2011 dem Landrat unterbreitet. ▪ Die Verordnung über Geoinformation GeoVO (SGS 211.58) wurde im Zusammenhang mit der neuen Gebührenverordnung GeoGV (SGS 211.57) ergänzt. ▪ Die neue Verordnung über geografische Namen und Gebäudeadressen GeoNAV befindet sich bis am 31. Januar 2011 in der Vernehmlassung (Anhörung) bei den Gemeinden. Die Inkraftsetzung ist per 1. April 2011 geplant. ▪ Die Totalrevision der kantonalen Vermessungsverordnung kVV (SGS 211.53) schreitet planmässig voran. 2. und 3.: Die vollständige Überarbeitung der technischen Vorschriften und die sukzessive praktische Umsetzung der Bestimmungen des GeolG schreiten planmässig voran.
--------------------	---	--

Nr. 3.05.02	Neue Amtliche Vermessung 93 (AV 93) Die vorgesehene Leistungsvereinbarung 2009 zur Programmvereinbarung 2008 - 2011 setzt die Realisierung der Landratsvorlage fort. Landratsvorlage 2001 / 022, Verpflichtungskredit 2001 - 2008 (mittlerweile bis 2011), LRB 2001 / 1281 Total: Fr. 13.1 Mio., Konto 2230.319.90-3 Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 8'437'469.- brutto Kredit neu: Fr. 4'668'531.- netto Budget 2009: Fr. 1.028 Mio. Budget 2010: Fr. 0.902 Mio. Zugehörige Ertragskonti: Konto 2230.460.00-3, Budget 2009: Fr. 138'000.- Konto 2230.462.10-2, Budget 2009: Fr. 499'000.- Konto 2230.46, Budget 2010: Fr. 589'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.902 Mio. Fr. brutto	Das vorgesehene Programm 2010 zur 2. Etappe konnte planmässig und budgetkonform dem Bund eingereicht werden. Provisorische Rechnung 2010 AV 93 2. Etappe: 3130 0 000: Fr. 0.889 Mio. (kantonale Auslagen) 4630 0 000: Fr. 0.198 Mio. (Bundesbeitrag) 4632 0 000: Fr. 0.452 Mio. (Gemeindebeitrag).
Nr. 3.05.03	Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB) Am 1. Oktober 2009 tritt die Bundesverordnung zum Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREBKV) in Kraft. Die Organisation und die Führung des ÖREB-Katasters überträgt der Bund den Kantonen. Für die Umsetzung des Katasters im Kanton wird ein Konzept erarbeitet.		Vor dem Hintergrund der Finanzaussichten der nächsten Jahre und der notwendigen Priorisierung anderer Vorhaben wurde entschieden, dass der Kanton den ÖREB-Kataster erst in der zweiten vom Bund vorgesehenen Etappe ab 2014 bis spätestens 2020 einführt. Die begonnenen Konzept-arbeiten wurden sistiert.
	Nicht im Jahresprogramm 2010 enthalten:		Erneuerung / Ersatz GIS-Infrastruktur: Der Konkurs des Lieferanten der zentralen Softwarekomponenten des GIS im Juli 2010 zwingt das Amt für Geoinformation (AGI), bedeutende Teile der GIS-Infrastruktur in den nächsten zwei Jahren zu ersetzen. Das Projekt "Erneuerung / Ersatz der GIS-Infrastruktur (GIS 2012)" wurde im Berichtsjahr gestartet. Von einem Verpflichtungskredit kann abgesehen werden, da es sich um eine Ersatzbeschaffung für eine gebundene Aufgabenerfüllung handelt, der Betrag für die vorzuschlagende Lösung deutlich unter 500'000 Franken liegt und unterjährig anfällt.
Nr. 3.06	Programmpunkt Melioration (Bodenverbesserung) Strategische Zielsetzungen Die Gesamtmeliorationen im Bezirk Laufen werden planmässig weitergeführt.		↓ Amtsbericht 2010 Die Gesamtmeliorationen wurden bisher planmässig abgewickelt.

Nr. 3.06.01	Einzelne Massnahme Weiterführung der bewilligten Bodenverbesserungsprojekte 1. Bei der Felderregulierung Roggenburg steht die letzte Bauetappe bevor, der Abschluss der Felderregulierung ist bis 2012 zu erwarten. 2. Bei der Gesamtmelioration Blauen hat die Gemeinde im April 2009 die Durchführung der Melioration beschlossen. Für 2010 ist die Erarbeitung des Generellen Projektes geplant. 3. Der Perimeter für die Gesamtmelioration Brislach ist bereinigt. Die Abstimmung über die Durchführung der Melioration erfolgt noch 2009. Die Gründung der Genossenschaft wird bei einer Zustimmung 2010 erfolgen. 4. Bei der Gesamtmelioration Wahlen ist das Generelle Projekt in Bearbeitung. Dieses wird 2010 aufgelegt. Landratsvorlage 2005 / 293 vom 8. November 2005 / LRB vom 23. März 2006, Gesamtmelioration Blauen Total: Fr. 0.856 Mio. (Konto 2240.364.00) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2009: Fr. 0.- Budget 2010: Fr. 0.1 Mio. Landratsvorlage 2005 / 294 vom 8. November 2005 / LRB vom 23. März 2006, Gesamtmelioration Brislach Total: Fr. 1.556 Mio. (Konto 2240.364.00) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2009: Fr. 0.- Budget 2010: Fr. 0.- Landratsvorlage 2005 / 295 vom 8. November 2005 / LRB vom 23. März 2006, Gesamtmelioration Wahlen Total: Fr. 2.668 Mio. (Konto 2240.364.00) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 100'000.- Budget 2009: Fr. 0.060 Mio. Budget 2010: Fr. 0.28 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.38 Mio. Fr.	Die Ausgaben beliefen sich auf 0.18 Mio. Fr. 1. Bei der Felderregulierung Roggenburg sind die Bauarbeiten abgeschlossen, ausstehend ist noch die Schlussabrechnung. 2. Die Gesamtmelioration Blauen hat die Ingenieurarbeiten ausgeschrieben und Ende Jahr vergeben. 3. Die Grundeigentümer/innen in Brislach haben im Frühjahr der Melioration zugestimmt und im Herbst die Genossenschaft gegründet. 4. Bei der Gesamtmelioration Wahlen wurde das generelle Projekt aufgelegt. Die Einspracheverhandlungen sind am Laufen, die Wunschäusserungen für die Neuzuteilung haben begonnen. Gesamtmelioration Blauen Ausgaben 2010: 0.040 Mio. Fr. Ende 2010 verbraucht: 0.040 Mio. Fr. Gesamtmelioration Brislach Ausgaben 2010: 0.- Fr. Ende 2010 verbraucht: 0.- Fr. Gesamtmelioration Wahlen Ausgaben 2010: 0.140 Mio. Fr. Ende 2010 verbraucht: 0.312 Mio. Fr.
-------------	---	--	--

Nr. 3.07	Programmpunkt Gesundheitsförderung Strategische Zielsetzungen Schwerpunkte im Jahr 2010 bilden der Abschluss der "Aktion gesundes Körpergewicht" und die nachhaltige Verankerung der bewährten Programmelemente, die Weiterentwicklung eines Angebots zur Förderung der Gesundheit älterer Menschen sowie die Überprüfung des Angebots und der Koordinationsstrukturen für die Gesundheitsförderung Jugendlicher.	↓ Amtsbericht 2010 Die Aktion gesundes Körpergewicht konnte ohne Kostenfolge um ein Jahr verlängert werden (bis Ende 2011). So entstand mehr Zeit für die nachhaltige Verankerung und die weitere Verbreitung der Projekte. Für die Förderung der Gesundheit älterer Menschen und für die Frage des Angebots und der Koordinationsstrukturen für die Gesundheit Jugendlicher konnten wesentliche Grundlagen erarbeitet werden.	
Nr. 3.07.01	Einzelne Massnahme Gesundheitsförderung und Suchtprävention Im Jahr 2009 endet der Verpflichtungskredit für die Leistungsvereinbarung mit den Organisationen Aids-Hilfe beider Basel und Frauenoase. Die Regierung legt dem Landrat eine entsprechende Landratsvorlage zur Erneuerung der Leistungsvereinbarungen vor, über die voraussichtlich im Herbst 2009 beschlossen werden kann. Landratsvorlage 2006 / 023, LRB 1717 vom 23. März 2006, Verpflichtungskredit 2006 - 2009 Total: Fr. 0.988 Mio. Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 666'000.- Budget 2009: Fr. 0.227 Mio. Landratsvorlage 2009 / 199 vom 7. Juli 2009, Neuer Verpflichtungskredit 2010 - 2012 vom Landrat noch zu bewilligen: Budget 2010: Fr. 0.27 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.27 Mio. Fr.	Die Landratsvorlage Nr. 2009 / 199 für einen neuen Verpflichtungskredit zugunsten der Organisationen Aids-Hilfe beider Basel und Frauenoase wurde vom Landrat mit Beschluss Nr. 1594 vom 14. Januar 2010 genehmigt. Landratsvorlage Nr. 2006 / 023, Verpflichtungskredit 2006 - 2009 wurde mit Verfügung Nr. 772 der VGD zuhanden der BUD abgerechnet. Landratsvorlage Nr. 2009 / 199 Total Fr. 0.988 Mio. ((Jahre 2010 - 2013) Per Ende 2010 verbraucht: Fr. 0.26 Mio. Budget 2011: Fr. 0.26 Mio.
Nr. 3.07.02	Gesetzliche Schwangerschaftsberatung Der Landrat hat am 11. Dezember 2008 der Fortführung der Leistungsvereinbarung mit den Trägervereinen der Beratungsstellen für Schwangerschafts- und Beziehungsfragen zugestimmt. Die entsprechenden Verträge mit der Trägerschaft wurden unterzeichnet. Landratsvorlage 2008 / 195 / LRB 937 vom 11. Dezember 2008, Verpflichtungskredit 2009 - 2012 Total: Fr. 0.898 Mio. Budget 2009: Fr. 0.228 Mio. Budget 2010: Fr. 0.23 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.23 Mio. Fr.	Landratsvorlage Nr. 2008 / 195 Total: Fr. 0.898 Mio. Per Ende 2010 verbraucht: Fr. 0.4429 Mio.

Nr. 3.07.03	Gesund altern Die einjährige Pilotphase des vom Landrat am 5. Juni 2008 bewilligten Projektes zur Prüfung des Gesundheits-Profil-Verfahrens wird im Jahr 2009 abgeschlossen. Es zeichnet sich ab, dass mit dem in dieser Form eingesetzten Verfahren aufgrund von Mängeln des Verfahrens selbst und aufgrund von Umsetzungsschwierigkeiten eine flächen-deckende Umsetzung nicht sinnvoll ist. Diese Erfahrung wird von anderen Kantonen und Gemeinden, welche das Verfahren ebenfalls erprobt haben, geteilt. In Zusammenarbeit mit diesen Partnern soll im Jahr 2010 ein auf den Erfahrungen aus der Pilotphase basierendes angepasstes Angebot zur Gesundheitsförderung im Alter entwickelt werden. Hierzu wird eine überkantonale Arbeitsgruppe gebildet, an der sich der Kanton Basel-Landschaft beteiligt. Erste Resultate dieses Prozesses werden auf Ende 2010 erwartet. Die entsprechenden Mittel sind im Budget der VGD eingestellt. Landratsvorlage 2007 / 303 vom 11. Dezember 2007, LRB 609 vom 5. Juni 2008 / Verpflichtungskredit 2008 - 2009 Total: Fr. 0.122 Mio. Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 21'654.30 Budget 2009: Fr. 0.08 Mio. Der Verpflichtungskredit wird zuhanden des Landrates abgerechnet.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.045 Mio. Fr.	Der Verpflichtungskredit für das Pilotprojekt "Gesund altern" wurde mit Verfügung Nr. 771 der VGD zuhanden der BUD abgerechnet. Der Kredit wurde nicht ausgeschöpft. Es bestehen Minderkosten in der Höhe von Fr. 32'075.50. Neben elf anderen Kantonen und weiteren Partnern hat sich auch der Kanton Basel-Landschaft am überkantonalen Projekt "Best Practice Gesundheitsförderung im Alter" beteiligt. Dabei wurden im Auftrag der Projektgruppe Berichte zu folgenden Schwerpunkten in der Gesundheitsförderung im Alter erarbeitet: Bewegungsförderung, Sturzprävention Kurse / Veranstaltungen / Beratungen, Zugang zu den schwer erreichbaren Zielgruppen und zur Partizipation der Ärzteschaft. Die Ergebnisberichte sind erstellt und werden den beteiligten Kantonen Anfang 2011 zur Verfügung gestellt. Ein Studienprojekt in Zusammenarbeit mit Studierenden der Fachhochschule Nordwestschweiz zur "Bestandesaufnahme der Gesundheitsförderungsangebote im Alter in den Baselbieter Gemeinden" wurde im September 2010 begonnen und dauert voraussichtlich bis Februar 2011.
Nr. 3.07.04	Gesundheit junger Menschen 2009 wurde eine Bedarfsanalyse zum Präventionsangebot für Jugendliche im Kanton sowohl auf struktureller als auch auf inhaltlicher Ebene erstellt. Auf dieser Grundlage werden in einem nächsten Schritt 2010 die konkreten Massnahmen zur Anpassung des Angebotes und der Koordinations- und Kontrollstrukturen, unter Einbezug der relevanten Akteure, geplant und vorbereitet. Aufgrund der Überprüfung der Jugendinformation Julex wird das Angebot für 2010 und die Folgejahre den neuen Anforderungen angepasst. Diese Massnahmen erfolgen im Rahmen des Leistungsauftrages der VGD und des ordentlichen Budgets. Die Abgrenzung und Schnittstellenbearbeitung zur Jugendhilfe (BKSD) wird weitergeführt.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.01 Mio. Fr.	2010 wurde der Soll-Zustand zum Präventionsangebot für Jugendliche im Kanton sowohl auf struktureller als auch auf inhaltlicher Ebene erhoben. Das Angebot der Jugendinformation Julex wurde 2010 den neuen Anforderungen angepasst und kann in dieser Form auch in den kommenden Jahren genutzt werden.

Nr. 3.07.05	Umsetzung Aktionsprogramm "Gesundes Körpergewicht" Die Arbeiten an dem vom Landrat am 5. Juni 2008 bewilligten Programm für die Jahre 2008 - 2010 werden fortgesetzt. Es handelt sich um die Bearbeitung folgender Teilbereiche: • Weiterführung des Programms "Tacco & Flip" - Essen und Bewegen vielfältig erleben in Kindergarten und Primarschule. Nachhaltige Verankerung des Angebots im Kanton. • Weiterführung des Programms "Schnitz & Drunder" - ausgewogene Mittagsverpflegung für Kinder. Nachhaltige Verankerung des Angebots im Kanton. • Weiterführung des Programmtails "Prävention im Vorschulbereich", Ausweitung auf weitere Gemeinden. • Pilotprojekt im Programmtail "Bewegungsförderung im Wohnumfeld" in Zusammenarbeit mit der BUD. Landratsvorlage 2008 / 086 vom 8. April 2008, LRB 610 vom 5. Juni 2008, Verpflichtungskredit 2008 - 2010 Total: Fr. 1.425 Mio. (brutto) Per Ende 2008 verbraucht: brutto Fr. 159'076.27; netto: -65'923.73 Budget 2009: Ausgaben: Fr. 495'000.-, Einnahmen: Fr. 225'000.- Budget 2010: Ausgaben: Fr. 505'000.-, Einnahmen: Fr. 225'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Ausgaben: 0.505 Mio. Fr. Einnahmen: 0.225 Mio. Fr.	Die Laufzeit des Aktionsprogramms „Gesundes Körpergewicht“ wurde ohne Kostenfolgen um ein Jahr bis Dezember 2011 verlängert. Die Budgets 2010 und 2011 wurden entsprechend angepasst. Die Arbeiten am Programm wurden 2010 wie folgt fortgesetzt: • Weiterführung des Programms "Tacco & Flip" - Essen und Bewegen vielfältig erleben in Kindergarten und Primarschule. • Weiterführung des Programms "Schnitz & Drunder" - ausgewogene Mittagsverpflegung für Kinder. Beide Programme konnten noch nicht in den Strukturen des Kantons verankert werden. • Weiterführung des Programmtails "Prävention im Vorschulbereich". Vitalina wurde in sechs Gemeinden durchgeführt. Für das Teilprojekt „Beratungsgutscheine“ konnten zwei neue Gemeinden gewonnen werden (Ettingen und Therwil). • 3 Pilotprojekte wurden in Gemeinden im Programmtail "Bewegungsförderung im Wohnumfeld" initiiert. Ein Pilotprojekt zur Umgestaltung eines Schulhausplatzes ist bereits weit fortgeschritten. Zwei weitere sind angelaufen. Für Fachpersonen im Kanton und in den Gemeinden wurde ein Fachseminar zum Thema durchgeführt. Es wurde ein weiteres Gewichtsmonitoring bei Kindern im Kindergarten und in den 4. und 7. Klassen durchgeführt. Die Resultate werden im Frühling 2011 vorliegen. Landratsvorlage Nr. 2008 / 086 vom 8. April 2008, LRB 610 vom 5. Juni 2008, Verpflichtungskredit 2008 - 2010; Vertragsverlängerung bis Ende 2011: Total: Fr. 1.425 Mio. (brutto) Per Ende 2009 verbraucht: brutto Fr. 579'639.25; netto: 241'339.25 Budget 2010: Ausgaben: Fr. 452'077.-, Einnahmen: Fr. 168'750.- Rechnung 2010 (provisorisch): Ausgaben: Fr. 410'311.60, Einnahmen: Fr. 168'750.- Budget 2011: Ausgaben: Fr. 393'000.-, Einnahmen: Fr. 168'750.
-------------	--	--	---

Nr. 3.07.07	Erneuerung Leistungsvereinbarung "Gsünder Basel" 2010 - 2012 Die bisherige Leistungsvereinbarung mit dem Verein Gsünder Basel wird fortgeführt. Der Landrat beschliesst im Herbst 2009 über einen entsprechenden Verpflichtungskredit. Landratsvorlage 2009 / 198 vom 7. Juli 2009, Neuer Verpflichtungskredit 2010 - 2012 vom Landrat noch zu bewilligen: Budget 2010: Fr. 0.076 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.076 Mio. Fr.	Entgegen dem Antrag der Regierung entschied der Landrat, für den Verein Gsünder Basel lediglich einen Beitrag für die Jahre 2010 und 2011 zu bewilligen. Landratsvorlage Nr. 2009 / 198, Beschluss des Landrates Nr. 1956 vom 20. Mai 2010, Verpflichtungskredit 2010 - 2011: Total: Fr. 0.1535 Mio. Per Ende 2010 verbraucht: Fr. 0.076 Mio.
Nr. 3.07.08	Erarbeitung eines kantonalen Tabakpräventionsprogramms 2010 - 2013 Der Tabakpräventionsfonds des Bundes (TPF) fördert kantonale Tabakprogramme. Er hat hierzu 30 Prozent seiner Mittel für die Kantone reserviert. Damit die Gelder an die Kantone ausbezahlt werden, fordert der TPF, dass die Kantone ein Programm aufbauen und einen entsprechenden Antrag stellen. Die Programme sollen sich nach dem nationalen Tabakpräventionsprogramm des Bundes richten und Elemente der Öffentlichkeitsarbeit, der Verhältnisprävention (Jugendschutz, Schutz von Passivrauchen) wie auch der Verhaltensprävention (Verhinderung des Einstiegs, Förderung des Ausstiegs) sowie ein Monitoring und eine Evaluation enthalten. Das bisher vorgesehene Verfahren des Bundes sieht vor, dass pro Einwohnerin bzw. Einwohner eines Kantons ein bestimmter Betrag ausgerichtet wird (gegenwärtig Fr. 0.7 pro Jahr). Es ist vorgesehen, dass das Programm für den Kanton Basel-Landschaft per Mitte 2010 bewilligt wird und gestartet werden kann.		Es wurden die Vorarbeiten für eine Eingabe beim Tabakpräventionsfonds zur Entwicklung eines kantonalen Tabakpräventionsprogramms geleistet. Die weitere Bearbeitung des Programmpunktes wurde in der Folge hingegen gestoppt.
Nr. 3.07.09	Suchtprävention: Gemeindeorientierte Frühintervention Die Gesundheitsförderung Baselland nimmt am nationalen Projekt "Gemeindeorientierte Frühintervention" teil. Das vom Schweizer Kompetenzzentrum für Gesundheitsförderung und Prävention RADIX im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) geleitete Projekt unterstützt Gemeinden beim Aufbau eines Frühinterventionsmanagements mit dem Fokus auf Probleme Jugendlicher mit Sucht, Gewalt und sozialer Ausgrenzung. 2009 hat die Gesundheitsförderung die Gemeinden beim Aufbau einer Arbeitsgruppe und der Durchführung einer Bedarfserhebung begleitet. 2010 führt sie diese Aufgaben weiter und unterstützt maximal vier Gemeinden bei der weiteren Massnahmenplanung.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.01 Mio. Fr.	2010 hat die Gesundheitsförderung eine Gemeinde (Therwil) beim Prozess der Bedarfsanalyse und Aufbau von Strukturen begleitet. Das Projekt wurde vorläufig abgeschlossen.

Nr. 3.08	Programmpunkt Gesundheitswesen Strategische Zielsetzungen Die Vorbereitungsarbeiten auf allen Ebenen im Hinblick auf die neue Spitalfinanzierung, die am 1. Januar 2012 Wirklichkeit wird, werden fortgeführt. Diese Arbeiten betreffen sowohl die Direktion wie auch die Spitäler. Die Projektierung des Neubaus des Kantons-pitals Bruderholz und des gemeinsamen Kompetenzzentrums für Geriatrie und Rehabilitation BS / BL am Standort Bruderholz hat mit dem Resultat des Wettbewerbes und dem Siegerprojekt mit Namen "Schicht um Schicht" weiter Gestalt angenommen und die Projektierungsarbeiten werden im Jahr 2010 weitergeführt. Der ursprünglich für das Jahr 2009 vorgesehene Bericht über die Altersversorgung im Kanton Basel-Landschaft wird dem Landrat neu im Jahr 2010 unterbreitet werden. Weiter gilt es, die neue Pflege-finanzierung nach Krankenversicherungsgesetz vorzubereiten und dem Landrat die erforderlichen Änderungen zum Entscheid zu unterbreiten. Die Zusammenarbeit mit den frei praktizierenden Ärzten im Bereich Notfallversorgung der Bevölkerung wird konkretisiert.	↓ Amtsbericht 2010 Im Laufe der Umsetzung der KVG-Revision bezüglich Spitalfinanzierung hat sich eine strategische Neuausrichtung pro Ausgliederung der Kantonsspitäler und der Psychia-trischen Dienste ergeben. Diese soll für die Spitäler optimale Voraussetzungen für den ab 2012 vorherrschenden Wettbewerb schaffen. Die Zusammenarbeit der vier Nordwestschweizer Kantone in der Spitalplanung soll nach dem gemeinsamen Versorgungsbericht weiter gestärkt werden. Der Bericht zur Altersversorgung wurde vor dem Hinter-grund des sehr hohen Arbeitsanfalles im Zusammenhang mit der Umsetzung der KVG-Spitalfinanzierung und der Pflegefinanzierung auf das Jahr 2011 verschoben.
Nr. 3.08.02	Einzelne Massnahme Neubau des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) Die Bauarbeiten schreiten planmässig voran.	Die Bauarbeiten konnten im Berichtsjahr abgeschlossen werden.
Nr. 3.08.09	KVG-Revision Die Ausführungsverordnungen zur Revision des Kranken-versicherungsgesetzes (KVG) auf der Stufe Bund wurden am 1. Januar 2009 in Kraft gesetzt. Gestützt auf diese Grundlagen erfolgt die Umsetzungsarbeit auf Kantonsstufe, was weitreichende Änderungen bezüglich Spitallisten und Versorgungsplanung erfordern wird.	Im Berichtsjahr wurde ein gemeinsamer Versorgungsbericht der vier Nordwestschweizer Kantone (stationäre Versor-gung) erstellt. Dieser bildet die Grundlage für die Erteilung der Leistungsaufträge (Spitalliste).

Nr. 3.08.10	Stationäre Geriatrieversorgung für die Bevölkerung des unteren Kantonsteils Basel-Landschaft und die Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt Der Landrat BL hat am 19. Mai 2009 mit der Vorlage 2009 / 348 und der Grosse Rat BS hat am 2. Juni 2009 mit dem Ratschlag Nr. 08.2098.01 dem Projektierungskredit von je 8.9 Mio. Franken zugestimmt. Im Weiteren ist das Siegerprojekt ("Schicht um Schicht") des Wettbewerbs bereits erkoren worden. Die Projektierungsarbeiten werden im Herbst 2009 aufgenommen und im Jahr 2010 fortgeführt. Landratsvorlage 2008 / 348 vom 16. Dezember 2008 / Verpflichtungskredit LRB 1211 vom 28. Mai 2009 Total: Fr. 8.9 Mio. (Konto 2202.503.30.232) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2009: Fr. 0.- Budget 2010 zusammen mit der Erneuerung Kantonsspital Bruderholz Fr. 16.0 Mio. Entnahme aus Fonds und Anteil BS an den Kosten Geriatriezentrum: Fr. 16.0 Mio. (vgl. auch Punkt 3.09.11).	Finanzielle Auswirkungen 2010: 16.0 Mio. Fr. aus Fonds	Auf der Grundlage des gemeinsamen Versorgungsberichts der Kantone der Nordwestschweiz werden die Vorhaben nochmals überprüft und an die neuen Parameter angepasst.
Nr. 3.08.12	Revision der gemeinsamen Spitalliste BS / BL und der Spitalliste BL Aufgrund der KVG-Revision (vgl. Punkt 3.08.09) und den Vorgaben aus der dazugehörenden Ausführungsverordnung (KVV) wird eine Totalrevision der Spitallisten unumgänglich. Die Spitalliste muss zukünftig gemäss der leistungsorientierten Planung aufgebaut und mit Qualitätsvorgaben versehen werden. Ziel ist es, die Revision der Spitallisten nach den interkantonalen Gesprächen und den Gesprächen mit den Leistungsanbietern bis Ende 2010 oder Anfang 2011 vorliegen zu haben. Zuständig für den Erlass der Spitalliste ist der Regierungsrat.		Gemäss dem Rechtsgutachten des Rechtsdienstes des Regierungsrates müssen die Spitallisten nicht aufgehoben werden. Sie können einfach durch eine neue Liste ersetzt werden.
Nr. 3.08.14	Alterspolitik Mit der Einstellung des Projektleiters per 1. Mai 2009 kann nun das Projekt "64+" zügig in Angriff genommen werden. Konzepte werden in Koordination mit den Gemeinden und Verbänden entwickelt und es sollen gemeindeübergreifende Netzwerke geschaffen werden. In einem Bericht wird die zukünftige Alterskonzeption im Kanton dem Landrat unterbreitet werden.		Das Projekt "64+" mit dem Ziel der Unterstützung der Gemeinden bei der Umsetzung ihrer Alterskonzepte wird weiter geführt. Die Erstellung des Altersberichts verzögert sich aufgrund des zur Zeit unabdingbaren Fokus auf der Spitalplanung 2012.

Nr. 3.08.15	Abkommen, Leistungsvereinbarungen und Verträge mit Spitälern und Kliniken Die bedarfsgerechte Versorgungsplanung der stationären Behandlungen wird mit der Ausführungsverordnung zum KVG (KVV) umfassend erweitert. Sie basiert auf der leistungsorientierten Planung, mit Wirtschaftlichkeits- und Qualitätskriterien. Mit inner- und ausserkantonalen Spitälern müssen detaillierte Leistungsaufträge vereinbart werden. Grundsätzlich müssen alle Spitalabkommen und Verträge grunderneuert werden.		Die im Zusammenhang mit der Spitalliste bestehenden Abkommen und Leistungsverträge sind aufgekündet worden. Die neuen für die Spitalversorgung benötigten Leistungen werden auf der per Bundesgesetz geforderten "Leistungsorientierten Spitalplanung" mit den Leistungserbringern bis Mitte 2011 ausgehandelt.
Nr. 3.08.16	Geburtshäuser Geburtshäuser müssen neu entsprechend den Spitälern auf der Spitalliste aufgenommen werden. Dafür müssen mit den Geburtshäusern Gespräche geführt werden, wie die Planungsvorgaben umgesetzt werden können.		Für die Geburtshäuser sind die notwendigen Leistungsgruppen von SwissDRG geschaffen worden, so dass Leistungsaufträge vereinbart werden können. In der Folge werden die Geburtshäuser neu auf der Spitalliste 2012 aufgenommen.
Nr. 3.08.17	Neue Pflegefinanzierung Die Eidgenössischen Räte haben am 13. Juni 2008 die Revision des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG) im Bereich der Pflegefinanzierung beschlossen. Die Neuordnung der Pflegefinanzierung beinhaltet, dass die obligatorische Krankenpflegeversicherung einen Frankenbeitrag leistet, der je nach Pflegebedarf variiert. Für die Pflegekosten, die nicht von den Sozialversicherungen übernommen werden, dürfen die versicherten Personen bis zu einem Betrag von höchstens 20 Prozent des vom Bundesrat festgesetzten Pflegebeitrags belastet werden. Die Änderung erfordert eine gesetzliche Anpassung auf der Ebene Kanton. Dem Landrat werden in der ersten Jahreshälfte 2010 die erforderlichen Änderungen zum Entscheid unterbreitet (koordiniertes Vorgehen der Sozialversicherungsanstalt, der Finanz- und Kirchendirektion und der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion).		Die Umsetzung der Pflegefinanzierung ist mit der durch den Landrat beschlossenen Gesetzesänderung noch nicht endgültig abgeschlossen. Aufgrund der kontroversen Diskussion bezüglich der Pflegekosten werden diese im 2011 in einem Projekt mit dem Verband der Baselbieter Pflegeheime (BAP) und dem Verband der Baselbieter Gemeinden (VBLG) durch eine externe Firma überprüft.

Nr. 3.08.18	Veterinär-, Jagd- und Fischereiwesen Die Akkreditierung von Teilen des Kontrollbereichs im Veterinärwesen wird von der Bundesgesetzgebung gefordert. Mit der Integration der Fleischkontrolle in das Qualitätssicherungs-System kann ein stetiger Verbesserungsprozess eingeführt werden. Mit dem Hirschkonzept sollen mögliche Auswirkungen des Hirsches in Wald und Feld umschrieben und Massnahmen vorbereitet werden, um mögliche Wildschäden zu verhindern. Der Hirsch wird in den Kanton Basel-Landschaft übersiedeln, ein Tier konnte bereits nachgewiesen werden. Mit dem Gamskonzept soll der Gamsbestand gefördert werden. Die Erfolgskontrolle bei der revitalisierten Birs wird die Antwort auf die natürliche Besiedelung mit der aquatischen Fauna im revitalisierten Flussabschnitt geben. Es können daraus Massnahmen für die Vorgehensweise bei weiteren Flussrevitalisierungen abgeleitet werden.		Die Akkreditierung und die Integration der Fleischkontrolle in das Qualitätssicherungs-System konnte nicht umgesetzt werden. Die Gründe liegen einerseits in einem personellen Wechsel und dem Standortwechsel nach Sissach. Die beiden Vorhaben werden im 2011 umgesetzt. Das Hirschkonzept wurde mit einer Arbeitsgruppe diskutiert. Es zeigte sich jedoch, dass die Meinungen in weiten Teilen auseinandergehen. Da sich zur Zeit keine Hirsche mehr im Kanton Basel-Landschaft aufhalten, wurde das Projekt zurückgestellt, um sich in einem weiteren Schritt mit den Nachbarkantonen zuerst auszutauschen. Das Gamskonzept wird umgesetzt. Die Erfolgskontrolle wurde durchgeführt, der Abschlussbericht ist noch ausstehend.
Nr. 3.09	Programmpunkt Kantonsspital Bruderholz (KSB) Strategische Zielsetzungen Aktive Mitgestaltung des Projektes "Gesamterneuerung KSB". Sicherstellung der infrastrukturellen Funktionstüchtigkeit bis zur Erneuerung; Anpassungen an exogene Anforderungen in Form der neuen Spitalfinanzierung, den Auszug des UKBB am Standort Bruderholz und die neuen Marktbedürfnisse.	↓ Amtsbericht 2010	
Nr. 3.09.01	Einzelne Massnahme Gebäudesanierung / Sicherheit / Teilsanierung der technischen Basisinfrastruktur Erhaltung der betrieblichen Funktionstüchtigkeit des KSB bis zum Abschluss des Erneuerungsprojektes KSB. Umsetzung der Teilprojekte aus dem Paket "Sicherheitsrelevante Massnahmen SM2". Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 325 Total: Fr. 24.5 Mio. (Konto 2380.503.30-252) plus 9 Mio BL für ZAR-Zusatz Per Ende 2010 verbraucht: Fr. 10 Mio	Finanzielle Auswirkungen 2010: 1.0 Mio. Fr.	Alle Teilprojekte wurden bis auf eines soweit abgeschlossen. Insbesondere die beiden grösseren Projekte Rohrpost und Liftsanierungen konnten im 2010 erfolgreich beendet werden. Im Moment noch offen, aber per 2011 fertig wird das Projekt Notstromdiesel sein.

Nr. 3.09.08	Optimierung der Betriebsabläufe Optimierung der Betriebsabläufe im Hinblick auf die Einführung von Fallpreispauschalen: Aufbau einer umfassenden elektronischen Patientenakte EPA / Majorreleasewechsel der Applikation für die ärztliche Dokumentation inkl. Pflegedokumentation. Vorbereitung kürzerer Aufenthaltszeiten, Evaluation von Möglichkeiten für die Akquisition von mehr Patienten und für Schwerpunkte im Angebot.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.9 Mio. Fr.	Es wurde begonnen, die Arztdokumentation in ein anderes System zu überführen, da der Lieferant des aktuellen Systems nicht mehr existiert. Für die Prozessdefinitionen wurde ein spezielles Prozessmanagementsystem für die Dokumentation angeschafft. Im Hinblick auf DRG wurden die stationären Leistungen 2009 für die DRG-Welt simuliert. Die Analysen und Aktionen sind im Gange.
Nr. 3.09.11	Gesamterneuerung Kantonsspital Bruderholz (KSB) Detail-Projektierung bis zur Baukreditvorlage. Mitarbeit auch in der Projektierung des Kompetenzzentrums für Geriatrie und Rehabilitation. Landratsvorlage 2007 / 125 vom 29. Mai 2007 / Verpflichtungskredit LRB 204 vom 15. November 2007 Total: Fr. 27.0 Mio. (Konto 2320.503.30-232) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 1'092'475.27 Budget 2009: Fr. 15.0 Mio. / Entnahme aus Fonds Fr. 15.0 Mio. Budget 2010 zusammen mit Geriatriezentrum: Fr. 16.0 Mio. / Entnahme aus Fonds und Anteil BS an den Kosten Geriatriezentrum: Fr. 16.0 Mio. (siehe auch Punkt 3.08.10).	Finanzielle Auswirkungen 2010: 16.0 Mio. Fr. aus Fonds	Mit den Nutzern wurden in aufwändigen Sitzungen die Leistungsinhalte und Mengen sowie Abläufe und Mengen definiert. Daraus resultierte ein Raumprogramm. Mit einer Sensitivitätsrechnung wurde kalkuliert, wie viel der Neubau unter DRG-Bedingungen kosten darf. Auf Grund des Resultats wird das Projekt zur Zeit nochmals hinterfragt und redimensioniert.
Nr. 3.10	Programmpunkt Kantonsspital Liestal (KSL) Strategische Zielsetzungen - Sanierung und Erweiterung des Behandlungstraktes unter Berücksichtigung der künftigen Leistungsentwicklung und der Behebung von Engpässen; - Erarbeitung eines Parkplatzkonzeptes; - Umsetzung des Daten-Kommunikations-Konzeptes auf der Basis der Studie "Entwicklung der Telekommunikation im KSL"; - Einführung des Prozessmanagements als Gesamtprojekt in allen Kliniken; - Bauliche Erweiterung des Restaurants.		↓Amtsbericht 2010 Im Rahmen des Parkhaus-Projektes der Elektra Birseck Baselland (EBL) können künftig rund 200 Parkplätze für die Mitarbeitenden des KSL geschaffen werden. Aktuell ist das KSL auf die bestehenden Provisorien angewiesen. Der Ersatz des LAN und die Installation des WLAN sind erfolgt. Die Planung „Datenkommunikation“ wird zur Zeit überarbeitet. Das Projekt Prozessmanagement (PPM) ist abgeschlossen. Die betrieblichen Engpässe im Behandlungstrakt sind behoben. Die räumliche Erweiterung des Restaurants ist abgeschlossen.

Nr. 3.10.09	Einzelne Massnahme Erarbeitung eines Parkplatzkonzeptes und dringende Lösung des Parkproblems rund um das KSL Mit der Realisierung von zusätzlichen Parkplätzen für Patientinnen und Patienten und Besucherinnen und Besucher im Jahr 2009 wird die akute Parkplatzsituation etwas entschärft. Es ist jedoch dringend erforderlich, das Parkproblem rund um das KSL nachhaltig einer Lösung zuzuführen. Bei einem 400-Betten-Spital und jährlich über 70'000 ambulanten Behandlungen ist die Anzahl Parkplätze nach wie vor völlig unzureichend. Durch den Bau der H2 und dem daraus folgenden Wegfall der vor kurzem erstellten rund 100 öffentlichen Parkfeldern wird es ohne Ersatzangebot zu unhaltbaren Zuständen kommen. Geplante Tätigkeiten im Jahr 2010: Erarbeitung eines nachhaltigen Parkierungskonzeptes rund um das KSL.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.03 Mio. Fr.	Die Elektra Birseck Baselland (EBL) plant auf ihrem Betriebsareal den Bau eines Parkhauses. Im Rahmen dieses Projektes können rund 200 Parkplätze für die Mitarbeitenden des KSL geschaffen werden. Der heute zum Teil in Provisorien untergebrachte Rettungsdienst kann in diesem Neubau ebenfalls einer nachhaltigen Lösung zugeführt werden. Ein Gebührenkonzept für die Zukunft ist in Arbeit. Aktuell ist das KSL auf die in den letzten Jahren provisorisch errichteten Parkplätze dringend angewiesen.
Nr. 3.10.12	Umsetzung des Daten-Kommunikations-Konzeptes (Phase II) Aufgrund der Ergebnisse der Studie "Entwicklung der Telekommunikation im KSL" besteht die Zielsetzung, zukünftig die Geschäftsprozesse mittels mobilen Sprach- und Datenkommunikationslösungen effizient, zeit- und ortsunabhängig unterstützen zu können. Laufende und folgende Planungsschritte: - Erneuerung der bestehenden LAN-Infrastruktur und die Neuschaffung einer WLAN Funknetz-Infrastruktur bis Ende 2009; - Evaluation DECT (Digital Enhanced Cordless Telecommunication) und Ausrüstungen von Pilotstationen für mobile Patientendossiers im Jahr 2010; - Mobile Patientendossiers übrige Stationen, Start Ablösung Personensuchanlage (PSA) im Jahr 2011.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.33 Mio. Fr.	Der Ersatz der bestehenden Netzwerkkomponenten (LAN) ist abgeschlossen (Kapazitätserhöhung um Faktor 10). Die Inbetriebnahme des Funknetzes (WLAN) ist erfolgt. Die Planung „Datenkommunikation“ mit Schwerpunkt "Mobile Telefonie" wird zur Zeit überarbeitet und angepasst.
Nr. 3.10.13	Einführung des Prozessmanagements in den Kliniken Die Einführung von Swiss-DRG erfordert Transparenz der betrieblichen Abläufe. Die medizinischen, pflegerischen und administrativen Prozesse müssen erfasst, mit Standards versehen und wo nötig optimiert werden. Zudem braucht es ein einheitliches Abbilden der Prozesse und der diagnosebezogenen Patientenpfade. Wo notwendig werden auch die vor- und nachgelagerten Institutionen mit einbezogen.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.09 Mio. Fr.	Das Projekt Prozessmanagement (PPM) ist abgeschlossen. Die Dokumentation der klinischen Prozesse liegt vor.

Nr. 3.10.14	Gesamtplanung für die Erweiterung und die Sanierung des Behandlungstraktes unter Berücksichtigung des Raumbedarfs für die Leistungsentwicklungen der nächsten 10 - 15 Jahre Vor dem Hintergrund des grossen Investitionsbedarfs im Bereich der Spitalinfrastruktur werden die betrieblichen Engpässe in einem Zwischenschritt durch OP-Container behoben. Die Projektierung der Erweiterung / Sanierung des Behandlungstraktes wird bis 2015 sistiert.		Die betrieblichen Engpässe im Behandlungstrakt sind behoben. Das Raumprogramm und das Betriebskonzept mit Berücksichtigung einer künftigen Leistungsentwicklung liegen vor.
Nr. 3.10.15	Bauliche Erweiterung des Restaurants Das aus den 80er Jahren stammende Restaurant muss aufgrund von Engpässen räumlich erweitert werden und bedarf einer umfassenden Sanierung der Infrastruktur, insbesondere im bestehenden Buffet-Bereich. Geplante Tätigkeiten im Jahr 2010: Raum- bzw. Kapazitätserweiterung im Restaurant (Konto 503.30).	Finanzielle Auswirkungen 2010: 2.3 Mio. Fr.	Die räumliche Erweiterung des Restaurants ist abgeschlossen. Der aus den 60er Jahren stammende Buffet-Bereich wird im 2011 erneuert. Die bestehende Infrastruktur wird durch ein zeitgemässes Free-Flow-System ersetzt.
Nr. 3.12	Programmpunkt Zentralwäscherei Liestal (ZWL) Strategische Zielsetzungen Haustechnische Sanierungen und energiesparende Verbesserungen in der Zentralwäscherei Liestal.		↓ Amtsbericht 2010 Die Sanierung der Energiezentrale ist abgeschlossen.
Nr. 3.12.02	Einzelne Massnahme Haustechnische Sanierungen mit Berücksichtigung von energiesparenden Verbesserungen Im Jahr 2007 wurde eine Zustandsbeurteilung der zum Teil noch aus den 60er Jahren stammenden Infrastruktur erstellt (haustechnische Anlagen und Baukörper). Im daraus resultierenden Bericht, in Form einer Vorprojektstudie zur konzeptionellen Projektentwicklung, werden jährliche, in sich abgeschlossene Sanierungsprojekte aufgezeigt. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen des Unterhaltes und wird etappenweise realisiert. Geplante Tätigkeiten im Jahr 2010: Ersatz der für die Produktion wichtigen und dringend sanierungsbedürftigen Kälteanlagen (Konto 503.30).	Finanzielle Auswirkungen 2010: 1.13 Mio. Fr.	Die Sanierung der Energiezentrale inkl. Ergänzung der Abwärmenutzung ist abgeschlossen. Die Absorption der Kältemaschine erfolgt im 2011.

Nr. 3.13	Programmpunkt Kantonsspital Laufen (KSLa) Strategische Zielsetzungen - Bauliche Erneuerungen und Verbesserungen im Rahmen des Investitionsbudgets (insbesondere Vertikalerschliessung Medizin 2, Garderobe- und Technikräume als Teilrealisierung aus dem Gesamtprojekt OPCaT); - Weiterführung der Planung für neue OP-Säle; - Umfassender Einsatz des Computer-Tomographen und Abschluss der Integration ins PACS (Picture Archiving and Communication System) KSB; - Ausbau des Radiologiedienstes mit dem KSB; - Aufbau des Radiologiedienstes KSLa für Niedergelassene; - Abschluss der Bezugspflege; - Weiterausbau der Fronttools in der IT zu einem Klinikinformationssystem (KIS); - Erhöhung der Mitarbeiterbindung; - Stärkung des Qualitäts-Managements.	↓ Amtsbericht 2010	
Nr. 3.13.01	Einzelne Massnahme Sicherstellung der Grundversorgung / Unterhalt und Erhaltung der Gebäudeinfrastruktur Der Westtrakt weist erheblichen Sanierungsbedarf auf; die in diesem Trakt untergebrachten Operationssäle wurden zwar immer à jour gehalten, entsprechen aber nicht mehr den heutigen Vorgaben und sollten auch aus Platzgründen abgelöst werden. Nach der Aufteilung des Vorhabens in Komponenten, die im Rahmen des Investitionsbudgets abzuwickeln sind, ist die Planung für neue OP-Säle weiterzuführen. Dringend ist die so genannte "Vertikal-Erschliessung", die zusammen mit weiteren Unterhaltsarbeiten im Jahr 2010 realisiert werden soll (Konto 503.30).	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.94 Mio. Fr.	Das Vorhaben „Vertikalerschliessung des Traktes Medizin 2“ und die damit verbundene Ergänzung mit Technikräumen im Untergeschoss wurden gestartet und befinden sich per Ende 2010 im Rahmen der Arbeitsplanung. Im 2011 erfolgt die Fertigstellung. Bezüglich Planung der Erneuerung des OP-Traktes wurde im Laufe des Jahres eine Lösung mit Modulbaukomponenten in Prüfung genommen, was aber noch nicht abgeschlossen werden konnte.
Nr. 3.13.05	Vorbereitung der leistungsbasierten Finanzierung (Swiss-DRG) / Einführung Swiss-DRG im Rahmen der Umsetzungsarbeiten zur KVG-Revision (Teil Spitalfinanzierung) Fortführung der Umsetzungsarbeiten der Jahre 2008 bzw. 2009.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Projektkosten 0.1 Mio. Fr.	Neben der betrieblichen Anwendung und Umsetzung der vollen Kostenrechnung wurden weitere Vorbereitungen auf DRG, zum Teil auch in Verbindung mit den anderen Spitälern, bearbeitet.

Nr. 3.13.06	Dienstleistungen Einführung der Bezugspflege Nach der positiven Beurteilung des Pilotprojektes und seiner Ausrichtung auf eine integrale Einführung im KSLa werden die Umsetzungsarbeiten des Jahres 2009 im Jahr 2010 zum Abschluss gebracht.		Die Bezugspflege ist nun in allen Stationen eingeführt und stellt das Standard-Arbeitskonzept für die Pflege dar.
Nr. 3.13.08 Nr. 3.13.10	Umfassender Einsatz der Computer-Tomographie (CT) Nach der Betriebsaufnahme der Diagnostik mittels CT im 4. Quartal des Jahres 2009 ist der Einsatz des Computer-Tomographen im Jahr 2010 zu perfektionieren und die PACS-Anbindung an das KSB zu optimieren.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Netto-Mehrertrag 0.35 Mio. Fr.	Der Einsatz des CT hat sich im Berichtsjahr sehr rasch und sehr stark entwickelt. Neben den Leistungen für den ambulanten und den stationären Betrieb des Spitals wird eine wachsende Nachfrage der Hausärzte nach dieser Dienstleistung bedient. Die PACS-Anbindung an das KSB ist in einem hohen Masse erfolgt und hat sich im Alltag bewährt; es sind noch einige Verbesserungen in Bearbeitung.
Nr. 3.13.09	Ausbau des Radiologiedienstes mit dem Kantonsspital Bruderholz Im 4. Quartal 2009 wird der Radiologiedienst für das KSLa im Verbund KSB - KSLa durch den Radiologiedienst des KSB vor Ort und im Teleradiologiedienst in Betrieb gehen. Im Jahr 2010 ist der Einsatz und die Zusammenarbeit zwischen dem KSB-Radiologiedienst und den Kliniken bzw. den Niedergelassenen vollständig zu etablieren.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Aufwand und Ertrag halten sich die Waage	Der Radiologiedienst im Verbund KSB - KSLa vor Ort in Laufen und mit teleradiologischen Leistungen konnte im Laufe des Jahres auf- und ausgebaut und auch stetig verfeinert werden. Die organisatorischen Ziele wurden weitgehend und die betriebswirtschaftlichen Ziele ganz erreicht.
Nr. 3.13.11	Ausbau des Fronttools in der IT zu einem Klinikinformationssystem (KIS) Das Fronttool in der IT (Leistungserfassungen aller Art, Berichtswesen, Kapazitätsplanung) wird im Jahr 2009 erweitert; im Jahr 2010 wird der Ausbau mit der Einführung der medizinischen Krankengeschichte abgeschlossen.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Projektkosten 0.10 Mio. Fr.	Der weitere Ausbau des Fronttools zu einem KIS wurde fortgesetzt und die Ziele konnten weitgehend erreicht werden. In der alltäglichen Anwendung haben sich jedoch betrieblich bedingte Ergänzungen und Vertiefungen eingestellt, die erst im 2011 vollständig abgearbeitet werden können.
Nr. 3.13.12	Aufbau des Radiologiedienstes für Niedergelassene Mit der Betriebsaufnahme der CT und mit dem Radiologiedienst-Verbund mit dem KSB verfügt das KSLa über eine Voraussetzung, um den niedergelassenen Ärzten die Leistung eines Radiologieangebotes vor Ort verfügbar zu machen. Das KSLa will dieses Feld aktiv besetzen.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Mehretrag 0.1 Mio. Fr.	Wie im Punkt Nr. 3.13.08 schon angedeutet, hat sich eine wachsende Nachfrage seitens der Hausärzte nach den Dienstleistungen der Radiologie eingestellt. Das KSLa besetzt dieses Feld zusehends und legt grössten Wert auf schnelle Befundung und moderne, rationelle Auftragsabwicklung.

Nr. 3.13.13	Erhöhung der Mitarbeiterbindung Die im Jahr 2009 mit dem umfassenden Kommunikations- und Verhaltenstraining für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Stufen erreichten Verbesserungen in der innerbetrieblichen Zusammenarbeit sollen gefestigt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.15 Mio. Fr.	Zur weiteren Verfestigung der Mitarbeiterbindung wurden in verschiedenen Diensten abteilungsangepasste Massnahmen umgesetzt.
Nr. 3.13.14	Permanentes Qualitäts-Management Die in den Jahren 2008 und 2009 durchgeführten Verbesserungen sind zu stabilisieren, neue hinzuzufügen und zu einem fixen Element des Qualitäts-Managements auszugestalten.		Neben verschiedenen patientenbezogenen Massnahmen wurden laufend in allen Abteilungen die Qualitätssicherung und das Qualitätsmanagement bearbeitet. In Bezug auf die Patienten darf insbesondere die Einführung einer spitalinternen Sozialberatung erwähnt werden.
Nr.3.14	Programmpunkt Kantonale Psychiatrische Dienste (KPD) Strategische Zielsetzungen Die Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept Basel-Landschaft - vom Landrat in seiner Sitzung vom 27. November 2003 mit Beschluss Nr. 247 zustimmend zur Kenntnis genommen - hat Versorgungsmängel in der Alterspsychiatrie, in der psychiatrischen Tagesversorgung und bei der Behandlung von psychisch Kranken in den somatischen Akutspitälern festgestellt, die es noch zu beheben gilt. Folgende Ziele werden dabei verfolgt: - Die Schaffung eines Alterspsychiatrischen Kompetenzzentrums durch die Externen Psychiatrischen Dienste (EPD) und die Kantonale Psychiatrische Klinik (KPK); - Die Erfassung und die Behandlung von psychiatrischen Leiden an den Kantonsspitälern soll durch konstant präsente Teams der Externen Psychiatrischen Dienste, die in den Spitalstrukturen integriert sind, verbessert werden; - Qualitativer und quantitativer Ausbau zur Differenzierung der ambulanten und teilstationären Angebote an den EPD sowie zur Entlastung der oftmals überbelegten KPK; - Die Schaffung von stationären Strukturen für die Hospitalisation von psychisch kranken Jugendlichen in der Adoleszenz. Die Weiterentwicklung des therapeutischen Angebotes der Kantonalen Psychiatrischen Klinik zu einer Klinik mit psychiatrisch-psychotherapeutischer Exzellenz ist eine weitere strategische Zielsetzung der Kantonalen Psychiatrischen Dienste. Ebenfalls in Angriff genommen werden müssen bauliche Massnahmen zur Sanierung von Klinikgebäuden sowie der durch die ambulanten Dienste genutzten Personalwohnsiedlungen und weiterer Liegenschaften auf dem Platz Liestal. Ebenso müssen dringend benötigte Büroräumlichkeiten geschaffen werden.	↓ Amtsbericht 2010	

Nr. 3.14.12	Wichtige Differenzierung des therapeutischen Angebotes der Kantonalen Psychiatrischen Klinik im Hinblick auf 2012 Die Kantonale Psychiatrische Klinik hat eine viel beachtete Tradition einer therapeutisch intensiven psychiatrischen Behandlung. Diese Tradition wird modern und zukunftsweisend weiterentwickelt, indem nach Störungsbildern und Schwerpunkten differenzierte therapeutische Konzepte erarbeitet und angeboten werden. Den psychotherapeutischen Angeboten wird ein besonderer Stellenwert zugemessen. Spezialisierte Abteilungen werden für die Behandlung depressiver Störungen im Alter, für die Behandlung von kombinierten Persönlichkeits- und Abhängigkeitsstörungen und für die Behandlung schizophrener Störungen aufgebaut. Das kognitive Training der Demenz und der Umgang mit selbstverletzendem Verhalten werden in das Therapieprogramm aufgenommen. Durch ein besonderes psychiatrisch-psychotherapeutisches Profil wird sich die Klinik verstärkt überregional positionieren und auszeichnen. Dies erhält mit der Einführung des neuen KVG mit offenen Kantonsgrenzen ein besonderes Gewicht.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.693 Mio. Fr.	Im Dezember 2010 wurde das am 1. September 2009 in der Kantonalen Psychiatrischen Klinik (KPK) gestartete Projekt erfolgreich abgeschlossen. Die notwendigen Konzepte wurden erarbeitet. Gemäss Programm wurden spezialisierte Abteilungen und Therapie-schwerpunkte entwickelt und aufgebaut. Die Mitarbeitenden haben den Transformationsprozess aktiv begleitet. Sie wurden durch entsprechende Schulungen auf die neuen Aufgaben vorbereitet. Die budgetierten Kosten wurden eingehalten.
-------------	--	---	---

Nr. 3.14.13	Ausbau, Instandsetzung bzw. Ersatz der Gebäudeinfrastruktur der KPD Das Bettenhaus B der Kantonalen Psychiatrischen Klinik und die Personalwohnsiedlungen Goldbrunnen, Silberbrunnen und Laubiberg stammen aus den Siebzigerjahren und sind äusserst sanierungsbedürftig. Die Unterhaltsanalyse nach Stratus zeigte, dass diese Gebäude entweder dringend komplett saniert werden müssen oder dass ein Ersatzbau bereitgestellt werden muss. Das ehemalige Kantonale Altersheim Liestal, das heutige Klinikgebäude Haus D, ist ebenfalls sanierungsbedürftig. Dies trifft insbesondere auch für den von den Externen Psychiatrischen Diensten genutzten Gebäudetrakt zu. Zudem besteht ein akuter Büromangel in den Externen Psychiatrischen Diensten. Die vom alterspsychiatrischen Bereich der Klinik genutzten Gebäudeteile sind - in unterschiedlichem Ausmass - ebenfalls sanierungsbedürftig. Des weiteren haben Nutzungsanalysen ergeben, dass sich das Haus D wegen seines unflexiblen Grundrisses nicht wie ursprünglich vorgesehen für die Schaffung der neuen alterspsychiatrischen Akut- und Rehabilitationsstationen eignet. Die verschiedenen Vorhaben werden im Rahmen einer Gesamtplanung in einer Vorlage an den Landrat zusammengefasst. Dem Landrat wird ein Kredit für die Durchführung eines zweistufigen Architekturwettbewerbes beantragt. <u>Aufstockung des Büro- und Werkstattgebäudes der Kantonalen Psychiatrischen Klinik (Haus C) zwecks Schaffung dringend benötigter zusätzlicher Büroräumlichkeiten</u> Die Kantonale Psychiatrische Klinik hat ein therapeutisches Konzept, das für die Erfüllung des stationären Versorgungsauftrages dem Gespräch mit dem Patienten/der Patientin für die Diagnostik und die Therapie eine grosse Bedeutung einräumt. Diese beziehungsintensive Behandlungsform setzt eine räumliche Struktur voraus, die vertrauliche Gespräche mit den Patientinnen und Patienten, aber auch mit den Angehörigen, den Zuweisenden etc. ermöglicht. Im ärztlich-therapeutischen Dienst stehen den Ärztinnen und Ärzten sowie den Psychologinnen und Psychologen eine nicht ausreichende Anzahl von Büros und eine nicht ausreichende Bürofläche zur Verfügung. Dieses Bauvorhaben wird dem Landrat in einer Vorlage eingereicht. (vgl. auch Punkte 3.14.07 und 3.14.11 in früheren Programmen).	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.83 Mio. Fr. für den ersten Teil des Architekturwettbewerbes 3.0 Mio. Fr. Gesamtinvestition	Die verschiedenen Bauvorhaben wurden programmgemäss in einen Entwurf einer Landratsvorlage betreffend Projektierungskredit für einen zweistufigen Architekturwettbewerb zusammengefasst. Die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion hat aus finanziellen Erwägungen entschieden, die Vorlage nicht an den Landrat zu überweisen. Die Landratsvorlage Nr. 2009 / 350 zur Aufstockung des Büro- und Werkstattgebäudes der Kantonalen Psychiatrischen Klinik (Haus C) um ein Geschoss zwecks Schaffung dringend benötigter zusätzlicher Büroräumlichkeiten wurde im Landrat eingereicht. Am 25. März 2010 wurde die Landratsvorlage mit Beschluss Nr. 1786 angenommen und ein Verpflichtungskredit von Fr. 2'667'350 verabschiedet. Das neue Geschoss befindet sich im Bau und kann den Nutzerinnen und Nutzern voraussichtlich im Mai 2011 übergeben werden.
-------------	---	--	--

Nr. 3.14.14	Projekt Migrant-Friendly Hospitals Migranten und Migrantinnen sind im Gesundheitsbereich unter-versorgt. Daraus entstehen gesundheitliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgeprobleme. Rund 25 Prozent der Patienten/innen der Kantonalen Psychiatrischen Klinik und 31 Prozent der Externen Psychiatrischen Dienste haben einen direkten Migrationshintergrund und direkte migrationsgebundene Folgeprobleme und Erkrankungen. Durch die Umsetzung der Empfehlungen des Verbandes Migration Friendly Hospitals werden die vom Bundesamt für Gesundheit in Zusammenarbeit mit den H+ Spitälern der Schweiz formulierten Anforderungen an die regionale Versorgung betreffend Migranten und Migrantinnen erfüllt. Migranten und Migrantinnen werden in den Externen Psychiatrischen Diensten und in der Kantonalen Psychia-trischen Klinik gleichberechtigt versorgt. Dies zeigt sich in einer Verbesserung der Kommunikation mit den Migranten und Migrantinnen, aber auch in einer Erhöhung der Kompetenzen der Mitarbeitenden bezüglich transkultureller und migrationsbedingter Aspekte.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.062 Mio. Fr.	Die Kriterien des Aktionsprogramms Migrant Friendly Hospitals wurden in der Kantonalen Psychiatrischen Klinik, den Externen Psychiatrischen Diensten, dem Psychia-trischen Dienst für Abhängigkeitserkrankungen und dem Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst umgesetzt. Im Rahmen des Projektes wurden Verbesserungs-massnahmen im Bereich der Dolmetscherdienste, der Patienten-Zufriedenheitsumfrage und der Mitarbeitendenschulung bezüglich transkultureller Psychiatrie umgesetzt. Die budgetierten Kosten wurden eingehalten.
Nr. 3.14.15	Gemeinsame psychosomatische Abteilung für Kinder und Jugendliche Die durch den Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst des Kantons Basel-Landschaft geführte psychosomatische Abteilung mit Standort UKBB Bruderholz und die durch die Kinder- und Jugendpsychiatrische Klinik des Kantons Basel-Stadt geführte psychosomatische Abteilung mit Standort UKBB Römeggasse in Basel sollen zu einer gemein-samen psychosomatischen Abteilung am Standort des neuen UKBB an der Schanzenstrasse in Basel zusammengeführt werden.		Die beiden Abteilungen wurden nach intensiven Vor-bereitungsarbeiten im Mai 2010 in den Räumlichkeiten des UKBB an der Römeggasse im Sinne eines Probelaufes zusammengeführt. Seither wird die psychosomatische Abteilung für Kinder und Jugendliche unter gemeinsamer Leitung des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes des Kantons Basel-Landschaft (Vorsitz der dualen Führung) und der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Klinik des Kantons Basel-Stadt erfolgreich betrieben. Die gemeinsam geführte Abteilung wird nun in das neue UKBB an der Schanzenstrasse in Basel umziehen.
Nr. 3.15	Programmpunkt Kantonales Laboratorium Strategische Zielsetzungen Die Inspektionen und die Analysen für einen optimalen Schutz der Bevölkerung vor gesundheitsgefährdenden und täuschenden Lebensmitteln sind weiterhin auf dem modernsten Stand. Die Auswirkungen des auf 2010 geplanten neuen eidgenössischen Lebensmittelgesetzes werden überprüft.	↓Amtsbericht 2010 Inspektionen und Analysen werden risikobasiert nach den neuesten Erkenntnissen durchgeführt. Die Vernehmlassung für das neue Lebensmittelgesetz ist abgeschlossen. Die Beratung durch das Parlament ist noch ausstehend.	

Nr. 3.15.04	Einzelne Massnahme Zusammenführung der Kantonalen Laboratorien der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft Die Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen, ob die beiden Laboratorien zusammengelegt werden sollen, wird weitergeführt.		Die Entscheidung ist weiter offen. Alternativ wird eine verstärkte Zusammenarbeit mit der ganzen Region geprüft.
Nr. 3.15.06	Trinkwasserüberwachung Die Untersuchungsprogramme und die Analytik für die Trinkwasserüberwachung werden auf den modernsten Stand gebracht. Die Wasserversorgungen, die durch Deponien beeinflusst werden könnten, werden nach den neuesten Kenntnissen untersucht. Das entsprechende Know-how wird aufgebaut und die benötigten Analysegeräte beschafft.		Entsprechendes Know-how wurde erarbeitet und Analysengeräte wurden angeschafft. Die neuesten Erkenntnisse werden laufend geprüft und bei Bedarf die Untersuchungsprogramme angepasst.

Teil 4 Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD)

Tiefbau

Die aktuelle und die künftige Werterhaltung der kantonalen Infrastrukturanlagen ist weiterhin von zentraler Bedeutung. Es gilt, mit einer straffen Mehrjahresplanung sowohl im Ausbau wie auch im Unterhalt klare Prioritäten zu setzen und weiterhin haushälterisch mit den knappen Mitteln umzugehen.

Dies bedeutet jedoch keineswegs Stillstand, denn mit innovativen Ideen konnten im Bereich Tiefbau Fortschritte und Weiterentwicklungen wie zum Beispiel Teststrecken für LED-Strassenbeleuchtung, Pilotstrecken für Lärm mindernden Strassenbelag, Fischtreppen, Strassen-Abwasser-Behandlungs-Anlagen wie auch behindertengerechte Bushaltestellen realisiert werden. Es gilt jedoch, vor der Standardsetzung der neuen Technologien Kosten und Nutzen genau abzuwägen.

Der Mangel an Fachkräften im Ingenieurbereich, verwaltungsintern wie auch bei den beauftragten Ingenieurbüros und Unternehmungen, wirkt sich insbesondere im Tiefbau auf die Umsetzung des Planungs- und Realisierungsvolumens aus. Dieser Mangel ist umso gravierender, weil die Aufwendungen bis zur Realisierung eines Projektes zunehmend sind (zum Beispiel Zusammenarbeit mit verschiedenen externen und internen Anspruchsgruppen / schwierigere Lösungsfindung in unserem dicht besiedelten Raum, Zunahme der Mit- und Einsprachefreudigkeit etc.).

Hochbau

Zahlreiche Bauprojekte konnten im Jahr 2010 einen Schritt vorangetrieben werden. So wurde der Projektierungskredit für den Neubau der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW am Standort Muttenz genehmigt und das Wettbewerbsverfahren konnte gestartet werden. Im partnerschaftlichen Projekt Neubau Biozentrum Basel wurden mit dem Abschluss des Projektevaluationsverfahrens im 1. Semester 2010 die Arbeiten des Vorprojekts in Angriff genommen. Weiter erfolgte die Freigabe des Baukredits für das Strafjustizzentrum Muttenz.

Im Rahmen der Umsetzung der Strategie für ein Flächenmanagement konnte für das Projekt Lager ein Alternativprojekt (Einmietung) evaluiert und ausgearbeitet werden, welches die Investitionsrechnung nicht belastet. Für einen Neubau für die Verwaltung in Liestal wurde eine Testplanung durchgeführt; Machbarkeitsstudien sind erstellt. Ein Entscheid der Regierung über die Realisierung ist noch ausstehend.

Schwerpunkt 2010 war der Abschluss der Verhandlungen mit den Gemeinden zur Übernahme der Sekundarschulbauten und -anlagen durch den Kanton. Diese haben mehr Zeit in Anspruch genommen als geplant, die notwendige Landratsvorlage konnte erst im September 2010 dem Landrat überwiesen werden. Die definitive Übernahme der Sekundarschulbauten ist folglich erst auf den 1. August 2011 möglich.

Die grosse Anzahl von neuen Bedürfnissen hat dazu geführt, dass die Regierung erstmals wieder seit längerem im Jahr 2010 ein Investitionsprogramm als Ganzes verabschiedet und auch priorisiert hat. Dies ermöglichte einerseits eine kontrollierte Steuerung der Finanzmittel, andererseits mussten zahlreiche geplante Bauprojekte zeitlich zurückgestellt werden. Dies führte dazu, dass an zahlreichen Projekten nicht weiter gearbeitet wird.

Umweltschutz

Ein Fokus liegt weiterhin auf den Bereichen Grundwasser / Altlasten. Im Mittelpunkt stand die Altlastenbearbeitung der Deponien in Muttenz. Hier wurde Ende 2010 die erfolgreiche Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarungen für alle drei Deponien erreicht. Diese regeln Kostentragung und Massnahmen, welche sich bereits in der Umsetzung befinden. Parallel dazu laufen die grossräumigen hydrogeologischen Untersuchungen und die Analysen des Grundwassers weiter. Diese bilden eine Grundlage für den Schutz dieser wichtigen Ressource im Kanton.

Die sichere Lagerung von belasteten Stoffen in der Deponie Elbisgraben und damit der Schutz des Bodens vor Schadstoffen wird zu marktkonformen Preisen ermöglicht. Der wichtige Schutz der Gewässer vor Verunreinigungen wird durch stetigen Erhalt und Ausbau der Abwasserreinigungsinfrastruktur sichergestellt. So wird eine lange Lebensdauer bei hoher gesetzekonformer Reinigungsleistung ermöglicht.

Die Fernwärmenetze in Liestal und Muttenz sowie die Blockheizkraftwerke auf den Abwasserreinigungsanlagen leisten einen grossen Beitrag zum Schutz der Luft. Die Energieversorgung der kantonseigenen Anlagen und Gebäude wird mit stetig steigendem Anteil an erneuerbaren Energien wie Holz, Deponie- und Klärgas sichergestellt.

Ausserdem wurde per Anfang 2010 das neue kantonale Förderprogramm (Verpflichtungskredit über 50 Mio. Franken) erfolgreich lanciert und dessen Auftritt in enger Kooperation mit der Wirtschaftskammer, dem Hauseigentümerverband und der Basellandschaftlichen Kantonalbank unter der Bezeichnung "Baselbieter Energiepaket" mit dem nationalen Gebäudesanierungsprogramm zusammengeführt.

Raumplanung

Im Bereich der Raumplanung war die Genehmigung des Kantonalen Richtplanes durch den Bundesrat am 8. September 2010 ein markantes Ereignis. Damit hat sich der Kanton eine langfristige räumliche Gesamtstrategie gegeben.

Die Einrichtung einer Geschäftsstelle für das Agglomerationsprogramm Basel im Amt für Raumplanung durch Beschluss des Landrates war ein weiterer Meilenstein. Damit kann in Übereinstimmung mit den Bundesvorgaben ein zusammenhängendes, erfolgreiches Agglomerationsprogramm erarbeitet werden.

Öffentlicher Verkehr

Sowohl auf dem Netz der SBB als auch der BLT wurden die Ausbauarbeiten im Bereich verschiedener Umsteigestationen weitergeführt und weitgehend abgeschlossen. Nun können die meisten Kundinnen und Kunden an den Bahnhöfen funktionell sinnvoll und bequem umsteigen und finden zumeist auch ein grosses Angebot an Auto- und Veloabstellplätzen vor. Auch das Angebot wurde ausgebaut. Die neuen Buslinien im unteren Baselbiet sind sehr gut aufgenommen worden. Für das obere Baselbiet und das Laufental bildet die Regio-S-Bahn Basel das eigentliche Rückgrat des öffentlichen Verkehrs. Das starke Nachfragewachstum von 5 - 10 Prozent pro Jahr zeigt Notwendigkeit und Beliebtheit des Zugangebots. Es kann insgesamt festgestellt werden, dass der öffentliche Verkehr einen grossen Beitrag zur Bewältigung der steigenden Mobilitätsbedürfnisse und somit zur Standortgunst leistet. Auch künftig soll das ÖV-Netz einerseits in seinem Wert und seiner Funktion erhalten bleiben und andererseits gezielt dort verbessert werden, wo die Nachfrage entsprechend gross ist.

Nr. 4.01	Programmpunkt Verkehr und Bau / Öffentlicher Verkehr Strategische Zielsetzungen Der mit dem Bericht "Grünes Licht für den öffentlichen Verkehr" 1976 eingeleitete Ausbau der Vorortsbahnen geht in der laufenden Legislaturperiode seinem Ende entgegen. Eine steigende Bedeutung erhalten die Erneuerungs- und die Erhaltungsmaßnahmen für die schienengebundenen Trassen. Diese werden für die kommenden Jahre mit den Transportunternehmungen geplant und die notwendigen Kredite werden eingeholt. Mit dem Kreditbeschluss "Massnahmen Bahnübergänge" wird ein neues Kapitel zur Optimierung der bestehenden Kreuzungen Schiene / Strasse eingeläutet. Rund 240 Tram- und Bahnübergänge (exkl. SBB) sollen in den kommenden Jahren nach den Grundsätzen für die Signalisation der Kreuzungen Schiene / Strasse überprüft und sofern erforderlich optimiert werden. Für den strassengebundenen öffentlichen Verkehr sind Massnahmen zur Verbesserung der Fahrplanstabilität anzugehen. Bei der Linie 10 stehen der Ausbau der Verkehrsdrehscheibe Dornach - Arlesheim und die Doppelspurverlängerung bis Stollenrain und bei der Linie 11 die Erneuerung der Ortsdurchfahrt in Reinach an. In Allschwil ist das Trasse der Linie 6 verbunden mit einer moderaten Umgestaltung der Baslerstrasse vollständig zu erneuern. Ziele all dieser Massnahmen sind die Verbesserung der allgemeinen Verkehrssicherheit durch eine Reduktion oder eine einheitliche Signalisation der Konfliktpunkte Schiene / Strasse, die Sicherung eines reibungslosen Betriebes, ein verdichteter Fahrplan in Spitzenzeiten sowie die Erhöhung der durchschnittlichen Reisegeschwindigkeit.		Amtsbericht 2010
Nr. 4.01.02	Einzelne Massnahme BLT-Linie 11, Reinach Trasseerneuerung und Umgestaltung der Ortsdurchfahrt in Reinach. Bau 2009 bzw. ab 2012. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1995 / 2481 und 2002 / 1478 Total: Fr. 39'700'000.- (Konto 2317.701.40-003, 2317.364.00-003) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 26'786'922.10 Budget 2009: Fr. 3.0 Mio. Budget 2010: Fr. 1.0 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 1.0 Mio. Fr.	Das Vorprojekt wurde einvernehmlich mit der Gemeinde Reinach bereinigt; Ende 2010 liegt nun der Entwurf des Bauprojektes vor, der in die Vernehmlassung gegeben wurde. Zielsetzung: Bau ab 2013 ermöglichen.

Nr. 4.01.04	BLT-Linie 10, Dornach - Arlesheim Ausbau der Verkehrsdrehscheibe Dornach - Arlesheim und der Doppelspur bis Stollenrain. Bau 2008 - 2011. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 006 Total Fr.: 20'788'000.- (Konto 2317.364.00-013) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 578'270.45 Budget 2009: Fr. 9.0 Mio. Budget 2010: Fr. 7.5 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 7.5 Mio. Fr.	Die Hauptarbeiten für den Ausbau auf Doppelspur im Bereich Stollenrain wurden im November 2010 abgeschlossen, so dass das Tram BLT-Linie 10 seit dem 14. November 2010 den Abschnitt ungehindert auf der Doppelspur passieren kann. Damit ist der Ausbau der BLT-Linie 10 im Abschnitt Dornach - Arlesheim abgeschlossen.
Nr. 4.01.05	BVB-Linie 6, Allschwil Erneuerung des Trasses der BVB-Linie 6, Erneuerung der Baslerstrasse sowie Umgestaltung von Haltestellen (Anteil Gleistrasse). Bau ab 2010 (Kreisel Grabenring) ermöglichen. (Konto 2317.401.40-014) Budget 2009: Fr. 2.0 Mio. Budget 2010: Fr. 2.6 Mio. Noch kein Kredit vorhanden (siehe auch Punkt 4.02.26).	Finanzielle Auswirkungen 2010: 2.6 Mio. Fr.	Der Kreisel Baslerstrasse / Grabenring inkl. der erneuerten Haltestelle Gartenstrasse wurde 2010 erstellt. Das Tram konnte plangemäss nach dreiwöchigem Unterbruch den Betrieb am 17. Oktober 2010 wieder aufnehmen. Für die Erneuerung der Baslerstrasse liegt ein überarbeitetes Vorprojekt im Entwurf vor. Zielsetzung: Bau Erneuerung Baslerstrasse ab 2013 ermöglichen.
Nr. 4.01.08	Massnahmen Bahnübergänge Optimierungsmassnahmen nach den Grundsätzen für die Signalisation der Kreuzungen Schiene / Strasse. Realisierung ab 2010 (unter anderem Lampenberg Nord) - 2014. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 2036 Total Fr. 20'000'000.- (Konto 2317.364.00-012) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 252'866.40 Budget 2009: Fr. 2.0 Mio. Budget 2010: Fr. 2.5 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 2.5 Mio. Fr.	Die Absicherung des Bahnübergangs Lampenberg wurde 2010 wie vorgesehen realisiert, neben weiteren realisierten Massnahmen wie zum Beispiel der Fussgängerübergang Birseck in Arlesheim. Mit Unterstützung einer Gesamtleitung ist die Realisierung der Optimierungsmassnahmen bis Ende 2014 vorgesehen.
Nr. 4.01.09	BVB-Linie 14, Muttentz - Pratteln Erneuerung Tramgeleise 2. Etappe. Planung ab 2009, Realisierung ab 2011. (Konto 2317.364.00-006) Budget 2009: Fr. 1.0 Mio. Budget 2010: Fr. 0.5 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.5 Mio. Fr.	Die periodische Zustandsprüfung hat gezeigt, dass auf der Linie 14 dringender Erneuerungsbedarf besteht. Die entsprechende Landratsvorlage für die Instandsetzungskosten soll 2011 dem Landrat überwiesen werden.

Nr. 4.01.10	Standards Schieneninfrastruktur Die Standards für Schieneninfrastrukturbauten sollen sowohl für den Neubau als auch für die Substanzerhaltung überprüft werden. Ziel ist ein optimierter Mitteleinsatz für die langfristige Gewährleistung der Funktion der Schieneninfrastrukturen. Ein resultierendes Konzept betreffend Mittelbedarf für Schieneninfrastrukturbauten soll ab 2010 vorliegen und die entsprechenden Landratsvorlagen sollen vorbereitet werden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Der notwendige Mittelbedarf für die Erhaltung der Schieneninfrastrukturbauten innerhalb der nächsten vier Jahre wurde mit den konzessionierten Transportunternehmen (KTU) erhoben. Die entsprechenden Angaben sind in das langfristige Investitionsprogramm und den Finanzplan eingeflossen und werden ab 2011 bereinigt.
Nr. 4.01.11	Strassen gebundener Öffentlicher Verkehr Prüfen und Einleiten von Massnahmen zur Verbesserung der Fahrplanstabilität (Busspuren in Therwil / Bruderholzstrasse; Optimierung der Steuerung von Lichtsignalanlagen etc.). (Konto 2317.401.40-999) Budget 2010: Fr. 2.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 2.3 Mio. Fr.	Eine Arbeitsgruppe prüft verschiedene Massnahmen. Auf der Bruderholzstrasse wurden Busspuren realisiert. Für die Verbindung Reinach - Therwil wurde ein Konzept mit diversen Massnahmen entwickelt; diverse Lichtsignalanlagen werden laufend optimiert. Zusätzlich wurden diverse Bushaltestellen als Folge des 6. Generellen Leistungsauftrages (GLA) definitiv realisiert.
Nr. 4.01.12	Waldenburgerbahn Erneuerung (Geleise, Kunstbauten) und Ausbauten (Kreuzunginseln, Anpassung Haltestellen an Behinderten-Gesetz (BeHiG), zukünftiges Rollmaterial) vorbereiten auf der Basis des erneuerten Betriebskonzeptes; inkl. Haltestelle Altmarkt. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Das grundsätzliche Betriebskonzept liegt vor; ebenfalls liegen erste Vorschläge für die notwendigen Infrastrukturausbauten (zum Beispiel Doppelspurinseln) vor und werden ab 2011 konkretisiert.
Nr. 4.01.13	BVB-Linie 14, Salina Raurica Verlängerung der Tramlinie 14 bis zur S-Bahn-Station Salina Raurica. Planung ab 2009. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 982 Total: Fr. 1'344'000.- (Konto 2317.364.00-016) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2009: Fr. 0.5 Mio. Budget 2010: Fr. 0.5 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.5 Mio. Fr.	Die definitive Linienführung wurde im Rahmen der Machbarkeitsstudie festgelegt, so dass 2011 das Vorprojekt gestartet werden kann. Zielsetzung: Bau ab 2016 ermöglichen.
Nr. 4.01.14	BLT Linie 10 / 17, Doppelspurausbau, Ettingen - Flüh Ausbau mittels Doppelspur-Inseln zur Ermöglichung 7.5-Minuten-Takt. Planung ab 2009, Realisierung ab 2011. (Konto 2317.364.00-024) Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Infolge fehlender Bundesmittel ist eine Realisierung 2011 nicht möglich. Die Planung wurde soweit vorangetrieben, dass eine Realisierung ab 2013 möglich sein wird.

Nr. 4.01.15	BLT Linie 10 / 17, Instandsetzung Instandsetzungsmassnahmen Schiene / Fahrleitung zur Erhaltung Betriebssicherheit inkl. erforderliche Anpassungen zur Inbetriebnahme des "Tangos". (Konto 2317.364.00-027) Budget 2010: Fr. 0.7 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.7 Mio. Fr.	Der notwendige Kreditbeschluss über 38 Mio. Franken ist 2010 erfolgt, so dass die notwendigen Instandsetzungen bis 2013 erfolgen können.
Nr. 4.01.16	BLT Linie 10 / 17, Doppelspurausbau, Spiesshöfli Ausbau Reststück auf Doppelspur zur Angebotserweiterung / Fahrplanstabilität. Planung ab 2009, Realisierung ab 2015. (Konto 2317.364.00-025) Budget 2010: Fr. 0.1 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.1 Mio. Fr.	Eine Information der betroffenen Grundeigentümer zusammen mit der Gemeinde Binningen ist erfolgt, so dass der freihändige Landerwerb gestartet werden kann, um die strategisch wichtigen Grundstücke rechtzeitig erwerben zu können.
Nr. 4.01.17	BLT Linie 10 Birseck, Instandsetzung Instandsetzungsmassnahmen Schiene / Fahrleitung zur Erhaltung Betriebssicherheit inkl. erforderliche Anpassungen zur Inbetriebnahme des "Tangos". (Konto 2317. 364.00-026) Budget 2010: Fr. 0.6 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.6 Mio. Fr.	Der notwendige Kreditbeschluss über 38 Mio. Franken ist 2010 erfolgt, so dass die notwendigen Instandsetzungen bis 2013 erfolgen können.
Nr. 4.01.18	BLT Linie 11, Instandsetzung Instandsetzungsmassnahmen Schiene / Fahrleitung zur Erhaltung Betriebssicherheit inkl. erforderliche Anpassungen zur Inbetriebnahme des "Tangos". (Konto 2317.364.00-027) Budget 2010: Fr. 4.1 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 4.1 Mio. Fr.	Der notwendige Kreditbeschluss über 38 Mio. Franken ist 2010 erfolgt, so dass die notwendigen Instandsetzungen bis 2013 erfolgen können.

Nr. 4.02	Programmpunkt Verkehr und Bau / Individualverkehr Strategische Zielsetzungen Hauptziel ist es, dem Zweckartikel des kantonalen Strassengesetzes entsprechend die Betriebsbereitschaft und die Erhaltung der Kantonsstrassen sicherzustellen und ihre Funktion langfristig zu gewährleisten; der entsprechende Mittelbedarf ist hoch. Die Mittel sollen entsprechend der im Regierungsratsbeschluss 1385 (5. September 2006) dargelegten dualen Erhaltungsstrategie investiert werden. Die Nationalstrassen bilden die Hauptachsen des nationalen und regionalen Verkehrsnetzes. Sie sind seit dem Inkrafttreten der NFA per 1. Januar 2008 vollumfänglich in der Zuständigkeit des Bundes. Der Kanton setzt sich für eine bedarfsgerechte Bewirtschaftung ein. Der Kanton Basel-Landschaft befürwortet grundsätzlich die vorgesehene Übernahme der H2 Pratteln - Sissach sowie der H18 Basel - Delémont unter fairen Bedingungen. Die Projektierung von Ausbau- und Neubauprojekten wird forciert, um dem Bund möglichst genehmigte Projekte zur raschen Realisierung übergeben zu können. Die notwendigen Erhaltungsmassnahmen werden unabhängig eines allfälligen Eigentümerwechsels nach Bedarf geplant und realisiert. Die Realisierung des Schlüsselprojektes H2 Pratteln - Liestal wird fortgesetzt.		Amtsbericht 2010
Nr. 4.02.01	Einzelne Massnahme Optimierung der Strasseninfrastruktur Der Schwachstellenplan zeigt auf, wo für den motorisierten Individualverkehr, den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr Handlungsbedarf bei der Strasseninfrastruktur zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Verbesserung des Verkehrsflusses besteht. Die Umsetzung der Massnahmen richtet sich nach den Prioritäten Verkehrssicherheit - Zustand Verkehrsinfrastruktur - Verkehrsfluss.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Diverse Konti Laufende Rg. und Inv.-Rg. Rubriken 2312, 2313, 2314	Der Übersichtsplan "Schwachstellen Verkehrssicherheit" liegt vor wie auch die zugehörige Massnahmenliste; sie wird jährlich aktualisiert. Wegen Personalwechsel und starker Auslastung konnten noch nicht alle staugefährdeten Knoten untersucht werden. Die Fertigstellung des Schwachstellenplans "Verkehrsfluss" inkl. Massnahmenliste ist per Ende 2011 vorgesehen.

Nr. 4.02.02	Optimierung des Verkehrsflusses Der Verkehr soll möglichst sicher und flüssig abgewickelt werden. Ganz besonders gilt dies beim Eintreten eines Ereignisses. Dazu werden Verkehrsmanagementpläne für die Nationalstrassen (Federführung Bund; Mitarbeit Kanton) erarbeitet - im Sinne von vorbehaltenen Entschlüssen -, welche die erforderlichen Massnahmen und die Zuständigkeit für die Umsetzung regeln. (Konto 2312.318.20) Budget 2009: Fr. 0.225 Mio. Budget 2010: Fr. 0.225 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.225 Mio. Fr.	Die Federführung für das Erstellen der Verkehrsmanagementpläne der Nationalstrassen liegt beim Bundesamt für Strassen (ASTRA); die Arbeit ist im Verzug. Die Federführung für die Verkehrsleitzentralen liegt bei der SID.
Nr. 4.02.03	A2 Sanierungstunnel Belchen Mit dem Inkrafttreten der NFA per 1. Januar 2008 liegt die Verantwortung für dieses Projekt integral beim Bund. Das Tiefbauamt ist in der Begleitkommission des ASTRA durch den Kantonsingenieur vertreten.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine (100% Bund)	
Nr. 4.02.04	A2 Basel - Augst Abschluss der umfassenden Instandsetzung und Erneuerung des Abschnittes Basel - Augst unter der Verantwortung des ASTRA im Verlauf des 1.Quartals 2009 inkl. Realisierung des Verkehrsleitsystems 2. Etappe sowie Optimierung der Anschlüsse Pratteln und Liestal.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine (100% Bund)	
Nr. 4.02.06	H2 Pratteln - Liestal Ausführungsprojekt und Realisierung der H2 nach Bauprogramm. Realisierung bis 2013 (exkl. Rheinstrasse). Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1995 / 2418 und 2006 / 1816 Total Fr. 283.0 Mio. (Konto 2312.501.20-004) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 102'592'184.90 Budget 2009: Fr. 60.0 Mio. Budget 2010: Fr. 99.71 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 99.71 (Spezialfonds)	Die H2 Pratteln - Liestal (HPL) ist auf ihrer ganzen Länge im Bau; für alle massgebenden Bauarbeiten ist der Zuschlag rechtskräftig erfolgt. Erste Teilobjekte wie die Wölferbrücke oder der Anschluss Liestal Nord sind fertig gestellt. Der Spatenstich zum Tunnel ist im Januar 2010 erfolgt; die Inbetriebnahme der HPL ist Ende 2013 vorgesehen.

Nr. 4.02.07	H2 Umfahrung Liestal Erneuerung und Ausbau der Umfahrung Liestal, Kreditbeschluss Bauprojekt erwirken, Projekt zur Baureife führen. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2001 / 1217 Total: Fr. 0.9 Mio. (Konto 2312.501.10-138) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 878'468.40 Budget 2009: Fr. 1.0 Mio. Budget 2010: Fr. 1.5 Mio. Noch kein Baukredit vorhanden (Konto 2312.501.20-151).	Finanzielle Auswirkungen 2010: 1.5 Mio. Fr.	Das Vorprojekt wurde 2009 bereinigt und abgeschlossen. Der erforderliche Projektierungskredit zur Ausarbeitung des Bauprojektes inkl. Plangenehmigungsverfahren wurde am 26. November 2009 vom Landrat beschlossen (LRB Nr. 1526; LRV 2009 / 209). Zielsetzung: Bau ab 2015 ermöglichen bzw. Ausarbeitung / Bereithaltung rechtskräftiges Projekt zur Übergabe an den Bund.
Nr. 4.02.08	H18 Umfahrung Laufen / Zwingen H18 Umfahrung Laufen / Zwingen: Ausarbeiten des Generellen Projektes bzw. des genehmigten Bauprojektes mit der Option der Übernahme der H18 durch den Bund. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2000 / 672 Total: Fr. 3.0 Mio. (Konto 2312.501.10-013) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 2'485'908.40 Budget 2009: Fr. 0.2 Mio. Budget 2010: Fr. 0.2 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.2 Mio. Fr.	In Zusammenarbeit mit den Gemeinden wurde ein Vorprojekt H18 Laufen - Zwingen erarbeitet. Dieses wird im Laufe des Jahres 2011 vom Regierungsrat an den Landrat überwiesen. Ziel dieses Vorgehens: Wenn der Bund die H18 übernimmt, liegt ein vom Landrat genehmigtes generelles Projekt (Vorprojekt) vor.
Nr. 4.02.09	Südumfahrung Basel Gemäss Beschluss des Landrates zum Kantonalen Richtplan wird innert fünf Jahren eine LRV zur Anpassung des Richtplanes im Bereich Leimental / Birseck ausgearbeitet, die eine Problemanalyse, die Randbedingungen für die Lösungsentwicklung, die Ergebnisse und die erforderliche Richtplananpassung beinhaltet. Die betroffenen Gemeinden sowie der Kanton Basel-Stadt und Frankreich werden in den Planungsprozess einbezogen. Mit dem Beschluss des Landrates zum Kantonalen Richtplan sind für die Projektierung des gesamten Strassennetzes Baselland Fr. 2.5 Mio. genehmigt worden; davon sind Fr. 1.0 Mio. für den oben beschriebenen Planungsauftrag vorgesehen. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 1080 Total: Fr. 2.5 Mio. (Konto 2312.501.10-017) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2009: Fr. 0.- Budget 2010: Fr. 0.25 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.25 Mio. Fr.	Der Landrat hat mit dem Beschluss zum Kantonalen Richtplan (KRIP) am 26. März 2009 entschieden, die Trasseesicherung zu streichen und den Regierungsrat beauftragt, innert fünf Jahren eine Landratsvorlage mit Lösungen zu den Verkehrsproblemen vorzulegen. Das Vorgehenskonzept zu diesem Geschäft, die Entwicklungsplanung Leimental Birseck Allschwil (ELBA), wurde ausgearbeitet und den betroffenen Gemeinden vorgestellt. Der Start der eigentlichen Planungsarbeiten in Form von Testplanungen erfolgt 2011.

Nr. 4.02.10	Kantonale Hochleistungsstrassen, Kantonsstrassen Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft und Substanzerhaltung, Nachrüsten der Anlagen (Lärm- und Grundwasserschutzbauten) sowie Umgestaltung von Knoten auf den Kantonsstrassen und von Ortsdurchfahrten.	Finanzielle Auswirkungen 2010: KS 25 - 30 Mio./Jahr HLS 10 Mio. im Mittel / Jahr Diverse Konti Laufende Rg. und Inv.-Rg. Rubriken 2313 und 2314	Trotz des Salz mangels konnte die Betriebsbereitschaft gut aufrecht erhalten werden, indem der Winterdienst an geeigneten Orten reduziert wurde. Die Substanzerhaltung erfolgt infolge begrenzter Ressourcen auf tiefem Niveau, so dass harte Winter hohe Schäden verursachen. In Pratteln konnten weitere Lärmschutzbauten realisiert werden. In Aesch und in weiteren Örtlichkeiten erfolgten Instandsetzungsarbeiten; teilweise verbunden mit Umgestaltungen und Ausbauten (zum Beispiel neues Trottoir).
Nr. 4.02.11	Regionales Radroutennetz Netzausbau: Ausarbeiten ausführungsfähiger Projekte und Realisierung mit Priorität Schulwegsicherung und Eliminierung gefährlicher Punkte und Strecken. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1996 / 32 und 1998 / 74 Total: Fr. 47.722 Mio. (Konto 2312.501.20-007) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 25'281'965.15 Budget 2009: Fr. 2.5 Mio. Budget 2010: Fr. 1.0 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 1.0 Mio. Fr.	Diverse Projekte zur Fertigstellung des Netzes der kantonalen Radrouten sind in Arbeit. Zur Überprüfung der Schwachstellen an bestehenden Radrouten wurde eine Analyse (Verkehrssicherheit) gestartet; erste Massnahmen - wie die Verbesserung der Wegweisung - wurden gestartet.
Nr. 4.02.14	H18 Anschluss Aesch / Dornach Bau- und Ausführungsprojekt für Vollanschluss Aesch. Bau ab 2018 ermöglichen. Vorprojekt für "Anschluss Dornach" (Federführung Kanton Solothurn) und Durchstich Pfeffingerring. Projektierung 2010 sistiert. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 1180 Total: Fr. 3.3 Mio. (Konto 2314.501.10-003) Budget 2009: Fr. 1.0 Mio. Budget 2010: Fr. 0.02 Mio. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 1180 Total Fr. 0.4 Mio. (Konto 2312.501.20-152) Budget 2009: Fr. 0.2 Mio. Budget 2010: Fr. 0.-	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.02 Mio. Fr.	Der erforderliche Projektierungskredit zur Ausarbeitung des Bauprojektes inkl. Plangenehmigungsverfahren wurde am 14. Mai 2009 vom Landrat beschlossen (LRB Nr. 1180; LRV 2008 / 310). Die Ausarbeitung des Bauprojektes ist erfolgt; die Planauflage ist 2011 vorgesehen. Zielsetzung: Bau ab 2015 ermöglichen bzw. Ausarbeitung / Bereithaltung rechtskräftiges Projekt zur Übergabe an den Bund. Die Vorstudie für den Anschluss Pfeffingerring liegt im Entwurf vor; Start Vorprojekt 2011. Zielsetzung: Bau ab 2015 ermöglichen.

Nr. 4.02.16	Muttenz, Sanierung / Umgestaltung Rheinfelderstrasse Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung. Projektierung 2010 sistiert; Baubeginn offen. (Konto 2312.501.20-145) Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Das Bauprojekt und die Landratsvorlage liegen im Entwurf vor; infolge Budgetkürzung und Verschiebung der Realisierung gemäss Investitionsprogramm auf 2018 wurde das Projekt sistiert.
Nr. 4.02.18	Zwingen, Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt und neue Birsbrücke Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung (Anteil Strasse). Vorarbeiten wegen fehlender Mittel 2010 voraussichtlich sistiert. Dieses Projekt wird zur Realisierung im Rahmen von Projektverschiebungen bereitgehalten. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 302 Total Fr.:14.0 Mio. (Konto 2312.501.20-149) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 1'150'830.40 Budget 2009: Fr. 3.0 Mio. Budget 2010: Fr. 0.-	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Der Baubeginn für die neue Birsbrücke ist erfolgt und die Vorbereitungsarbeiten für die Sanierung und die Umgestaltung der Ortsdurchfahrt konnten aufgenommen werden.
Nr. 4.02.19	Reigoldswil, Korrektion Ziefenstrasse Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung (Anteil Strasse). Bau ab 2012 ermöglichen. (Konto 2312.501.20-146) Budget 2010: Fr. 0.2 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.2 Mio. Fr.	Wesentliche Projektänderungen nach der Planaufgabe sowie veränderte Zahlen bezüglich Hochwasser bedingen eine komplette Überarbeitung. Die Machbarkeitsstudie liegt im Entwurf vor. 2011 wird die notwendige Landratsvorlage für den Projektierungskredit ausgearbeitet. Zielsetzung: Bau ab 2014 ermöglichen (siehe auch Punkt Nr. 4.03.07).
Nr. 4.02.21	Augst, Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung vorbereiten. Projektierung sistiert; allenfalls muss mit einer Optimierung unter den Investitionsvorhaben versucht werden, Mittel aus dem Agglomerationsprogramm sicherzustellen. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 982 Total Fr. 0.5 Mio. (Konto 2312.501.20-139) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 10'354.90 Budget 2009: Fr. 0.1 Mio. Budget 2010: Fr. 0.-	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Das Vorprojekt liegt vor und die Bereinigung mit der Gemeinde ist erfolgt, so dass das Vorprojekt 2011 fertig gestellt werden kann. Anschliessend kann das Bauprojekt gestartet werden. Zielsetzung: Bau ab 2014 ermöglichen.

Nr. 4.02.23	Lärmschutz an Kantonsstrassen Umsetzung der Massnahmen gemäss Strassensanierungsprogramm. Gebundene Ausgaben im Rahmen der Investitionsrechnung. (Konto 2312.501.20-995) Budget 2009: Fr. 3.0 Mio. Budget 2010: Fr. 2.0 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 2.0 Mio. Fr.	Die Projektierungs- und die Realisierungsarbeiten verlaufen programmgemäss bzw. gemäss Programmvereinbarung mit dem Bund (der Subventionsbeitrag beläuft sich auf rund 25 Prozent).
Nr. 4.02.25	H18 Tunnel Eggflue Gewährleistung der Tunnelsicherheit 1. Intervention 2009 / 2010 / 2011: Ausbau Energieleitungstunnel zum Fluchtweg, Fluchtwegabgänge Zentrale. Gesamtkosten 18.83 Mio. Franken. Projektierung / Baubeginn: Wegen fehlender Mittel 2010 voraussichtlich sistiert. Dieses Projekt wird zur Realisierung im Rahmen von Projektverschiebungen bereitgehalten. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 1027 Total Fr. 18.83 Mio. (Konto 2314.501.30-001) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2009: Fr. 12.0 Mio. Budget 2010: Fr. 0.- 2. Intervention ab 2020: Umbau Tunnellüftung, weitere Fluchtwegabgänge.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Der Bau der Zentrale Ost und die Erweiterung der Zentrale West wurden realisiert. Die Vorbereitungsarbeiten für die Erstellung der Fluchtwegabgänge und die Ertüchtigung des Energieleitungstunnels zu einem Fluchtweg sind im Gange.
Nr. 4.02.26	Allschwil, Korrektion / Umgestaltung Baslerstrasse Erneuerung des Trasses der BVB-Linie 6, Erneuerung der Baslerstrasse sowie Umgestaltung von Haltestellen (Anteil Strasse). Bau ab 2010 ermöglichen (Kreisel Grabenring). (Konto 2312.501.10-136) Budget 2009: Fr. 1.0 Mio. Budget 2010: Fr. 0.5 Mio. (Konto 2312.501.20-136) Budget 2009: Fr. 3.0 Mio. Budget 2010: Fr. 3.3 Mio. Noch kein Kredit vorhanden (siehe auch Punkt 4.01.05).	Finanzielle Auswirkungen 2010: 3.8 Mio. Fr.	(siehe Ausführungen zum Punkt Nr. 4.01.05).

Nr. 4.02.28	Pratteln, Salina Raurica, Rheinstrasse Vorprojekt; Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung vorbereiten. Projektierung 2010 sistiert. Die Koordination mit der BLT Linie 14 und den Überbauungsplänen muss allerdings sichergestellt werden. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 982 Total: Fr. 10.5 Mio. (Konto 2312.501.20-150) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2009: Fr. 0.5 Mio. Budget 2010: Fr. 0.-	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Der Landratsbeschluss (LRB 982 vom 15. Januar 2009) zu Salina Raurica ist erfolgt (inkl. Projektierungskredit Kantonsstrasse); die Vorstudien zur Verlegung der Rheinstrasse sowie zum Rückbau der bestehenden Strasse wurden gestartet. Zielsetzung: Bau ab 2015 ermöglichen.
Nr. 4.02.29	Lausen, Hauptstrasse bis Altmarkt Bau- und Ausführungsprojekt, Kreditbeschluss erwirken. Realisierung ab 2012. (Konto 2312.501.20-148) Noch kein Kredit vorhanden. Landratsvorlage ist in Vorbereitung.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Das Bauprojekt liegt vor. Die Realisierung erfolgt ab 2011.
Nr. 4.02.31	H18 Muggenbergstunnel, Projektierung Ausarbeiten des (mit dem ASTRA abgestimmten) Generellen Projektes bzw. des genehmigten Bauprojektes mit der Option der Übernahme der H18 durch den Bund (vgl. auch Punkt 4.02.08 im Jahresprogramm 2009). Projektierung wird ab 2010 aufgenommen. (Konto 2314.501.10-002) Budget 2009: Fr. 0.2 Mio. Budget 2010: Fr. 0.02 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.02 Mio. Fr.	Für den Knoten Angenstein und den Muggenbergstunnel wurde ein Anschlusskonzept inkl. Untersuchung verschiedener Varianten des Muggenbergstunnels und der Führung der Kantonsstrassen ausgearbeitet. Die Vernehmlassung bei den Gemeinden ist erfolgt. Im 1. Halbjahr 2011 erfolgt die definitive Bereinigung inkl. Aufzeigen von Konzepten für eine Verbesserung des Anschlusses Angenstein.

Nr. 4.03	Programmpunkt Verkehr und Bau / Wasserbau Strategische Zielsetzungen Planung, Realisierung und Unterhalt der kantonalen Gewässer sind darauf ausgerichtet, einen möglichst ungehinderten Wasserabfluss zu gewährleisten ohne Schaden anzurichten. Die Anliegen des Ufer- und Hochwasserschutzes werden unter massvoller Berücksichtigung ökologischer und ortsplanerischer Anliegen realisiert. Mit Revitalisierungen und Ausdolungen wird ein aktiver Beitrag zur Wiederherstellung, Aufwertung und Vernetzung wichtiger Lebensräume geleistet. Die Massnahmen für den Hochwasserschutz, für Revitalisierungen sowie für die ökologische Aufwertung der Gewässer erfolgen gemäss Wasserbaukonzept und den darin festgelegten Prioritäten unter Berücksichtigung der Mittel und der Opportunität. Das Wasserbaukonzept wird laufend aufgrund realisierter Massnahmen sowie neuer Erkenntnisse nachgeführt (letztmals 2007); insbesondere werden die Untersuchungen und Analysen des Hochwasserereignisses 2007 berücksichtigt. Schutzzieldefizite liegen ab Mitte 2008 vor. Das Wasserbaukonzept soll 2010 gesamthaft überarbeitet werden.		Amtsbericht 2010
Nr. 4.03.02	Einzelne Massnahme Passiver Hochwasserschutz Erarbeiten von Gefahrenkarten unter Federführung der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung sowie des Forstamtes beider Basel zusammen mit dem Amt für Raumplanung und dem Tiefbauamt. Bis 2011 sollen die Gefahrenkarten für den ganzen Kanton erstellt sein.	Finanzielle Auswirkungen 2010: (in Rechnung Gebäudeversicherung und Amt für Wald)	Die Gefahrenkarten Los 1 und 2 liegen vor. Die Gefahrenkarten Los 3 und 4 liegen im Entwurf vor. Die Arbeiten an den Losen 5 und 6 der Naturgefahrenkarte (NGK-BL) laufen plangemäss.
Nr. 4.03.03	Allschwil, Hochwasserschutz "Dorf" Es ist geplant, die Verpflichtungskredite 2009 abzurechnen und 2010 für das Projekt Hochwasserrückhaltebecken (HWRB) Lützelbach eine Landratsvorlage für einen neuen Kredit auszuarbeiten. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2003 / 2106 Total: Fr. 7.09 Mio. (Konto 2316.701.90-015) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 7'426'041.05 Budget 2009: Fr. 1.3 Mio. Budget 2010: Fr. 1.0 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 1.0 Mio. Fr.	Für den Verpflichtungskredit liegt die Abrechnung vor. Für das Hochwasserrückhaltebecken (HWRB) Lützelbach wurden Machbarkeit und Varianten erarbeitet. Basierend auf der Bestvariante wird eine neue Landratsvorlage ausgearbeitet.

Nr. 4.03.05	Gelterkinden, Hochwasserschutz HWS Eibach Ausführungsprojekt und Realisierung ab 2010. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 1697 Total: Fr 2.95 Mio. (Konto 2316.701.90-017) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 15'709.60 Budget 2009: Fr. 1.5 Mio. Budget 2009: Fr. 1.5 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 1.5 Mio. Fr.	Der Hochwasserschutz Eibach befindet sich seit Oktober 2010 in der Realisierung.
Nr. 4.03.07	Reigoldswil, HWS Hintere Frenke Weiterführung Bau- und Ausführungsprojekt (Anteil Wasserbau). Realisierung ab 2011 ermöglichen. (Konto 2316.501.90-019) Budget 2009: Fr. 100'000.00 Budget 2010: Fr. 300'000.00 Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.3 Mio. Fr.	Wesentliche Projektänderungen nach der Planaufgabe sowie veränderte Zahlen bezüglich Hochwasser bedingen eine komplette Überarbeitung. Die Machbarkeitsstudie liegt im Entwurf vor; 2011 wird die notwendige Landratsvorlage für einen Projektierungskredit ausgearbeitet. Zielsetzung: Bau ab 2013 ermöglichen (siehe auch Punkt Nr. 4.02.19).
Nr. 4.03.08	Hochwasserschutz und Revitalisierungen der Birs und der Ergolz Diverse Projektierungs- und Bauarbeiten, unter anderem Füllinsdorf Ergolz Renaturierung unterhalb ARA, Känerkinden Felibächli Ausdolung. Schutzprojekte aufgrund des Hochwassers 2007 Planung und Realisierung von Massnahmen, Bau ab 2012. Mitarbeit bei der Realisierung eines interkantonalen Hochwasser-Warnsystems entlang der Birs.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Füllinsdorf, Ergolz, Uferrenaturierung abgeschlossen. Füllinsdorf, Ergolz unterhalb ARA, in Planung. Känerkinden, Felibächli, Ausdolung, Projekt rechtsgültig. Duggingen, HWS Birs, ist vor Abschluss. Liesberg / Soyhieres, HWS, in Planung. Hochwasserwarnsystem in Integrales Einzugsgebietsmanagement (IEM) Birs integriert.
Nr. 4.03.09	Zwingen, Birs HWS und Fischgängigkeit Weiterführung Ausführungsprojekt und Realisierung ab 2010. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2007 / 2420 Total: Fr. 1.6 Mio. (Konto 2316.501.90-020) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2009: Fr. 0.4 Mio. Budget 2010: Fr. 0.8 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.8 Mio. Fr.	Die Bauarbeiten für den Hochwasserschutz und die Fischgängigkeit sind abgeschlossen.

Nr. 4.04	Programmpunkt Hochbau Strategische Zielsetzungen Weiterbearbeitung von zahlreichen Projekten in der Phase Planung als Vorbereitung von Projektierungs- und / oder Baukreditvorlagen. - Basierend auf dem Landratsentscheid zur Bedarfs- und Projektierungsvorlage wird 2010 der Entscheid des Projektevaluationsverfahrens Polyfeld Muttentz (ehemals Campus Muttentz) erfolgen mit Beauftragung des Planerteams aus dem Siegerprojekt zur Bearbeitung des Bauprojektes. - Für die Bauvorhaben Kantonsspital Bruderholz und Kompetenzzentrum für Geriatrie und Rehabilitation wird 2010 das Vor- und Bauprojekt erarbeitet. - Basierend auf den Entscheiden der Parlamente beider Basel zur Bedarfs- und Projektierungskreditvorlage wird 2010 der Entscheid des Projektevaluationsverfahrens Neubau Life Sciences Schällemätteli für die Universität Basel erfolgen. - Der Landrat wird Anfang 2010 über Projektierungskredite zu konkreten Massnahmen aus der Strategie Flächenmanagement entscheiden. Diese basieren auf Testplanungen für Verwaltungsneubauten zur Optimierung des Verwaltungsstandortes Liestal und für einen Lagerneubau zur Optimierung der Lager in Liestal. Der Landrat entscheidet Anfang 2010 über die definitive Übernahme der Sekundarschulbauten durch den Kanton per 1. August 2010. Im ersten Semester wird die definitive Übernahme der Bauten vorbereitet. Die notwendigen Verträge mit den Gemeinden werden abgeschlossen. Der Personalbestand im Hochbauamt muss aufgestockt werden, die entsprechenden Personalrekrutierungen werden schrittweise durchgeführt. Bereitstellung räumlicher Ressourcen (Investitionsprojekte) Für die Planung der zahlreichen Projekte sind die notwendigen Finanzmittel sicherzustellen. Werterhalt der Gebäude und Anlagen im Verwaltungsvermögen Ein minimaler Werterhalt der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen sollte garantiert werden. Die Mehrjahresunterhaltsprogramme (Instandhaltung und Instandsetzung) werden aktualisiert, damit die finanziellen und die personellen Ressourcen über die nächsten Jahre ausgewiesen und nach Priorität beantragt werden können. Schwerpunkt im Jahr 2010 ist auch die Erfassung der Liegenschaften der Sekundarschulbauten bezogen auf den Unterhaltsbedarf und die daraus abgeleiteten Mehrjahresplanungen.	Amtsbericht 2010
-----------------	---	--------------------------------

Nr. 4.04.01	Einzelne Massnahme Flächenmanagement Zwei konkrete Massnahmen wurden formuliert, als Projekte definiert und im Investitionsprogramm erfasst.		
	Liestal, Neubau Verwaltungsgebäude Total: Fr. 70.0 Mio. (Konto 2320.503.30-286) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2009: Fr. 0.8 Mio. Budget 2010: Fr. 2.8 Mio. (Projektentwicklung).	Finanzielle Auswirkungen 2010: 2.8 Mio. Fr.	Die Testplanung konnte im Februar 2010 abgeschlossen werden. Bis Ende 2010 wurden Machbarkeitsstudien erarbeitet. Die Regierung hat das Projekt für die Ausarbeitung der Projektierungsvorlage noch nicht freigegeben.
	Liestal, Neubau Lagergebäude Total: Fr. 32.0 Mio. (Konto 2320.503.30-287) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2009: Fr. 0.8 Mio. Budget 2010: Fr. 3.0 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 3.0 Mio. Fr.	Für das Lagergebäude wurde im Rahmen einer Machbarkeitsstudie mit der Einmietung Valora ein Alternativstandort geprüft. Im Januar 2011 werden die Mietverhandlungen voraussichtlich abgeschlossen.
Nr. 4.04.02	Landratsvorlagen / Verpflichtungskredite LRB Die Beträge wurden gem. Budgetierung Investitionsprogramm 2010, Stand RRB vom 11. August 2009, eingesetzt.		
	Liestal, Staatsarchiv, Ausbau Total: Fr. 15.4 Mio. (Konto 2320.503.30-226) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 13.8 Mio. Budget 2009: Fr. 0.1 Mio. (Garantearbeiten) Budget 2010: Fr. 0.- (abgeschlossen).		Der Landrat hat die Bauabrechnung genehmigt.
	MuttENZ, Gewerbeschule Sanierung Aussenhülle Total: Fr. 2.0 Mio. (Konto 2320.503.30-234) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.14 Mio. Budget 2009: Fr. 3.45 Mio. (Trend 2.0 Mio.) Budget 2010: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.3 Mio. Fr.	Die Bauabrechnung für das abgebrochene Bauvorhaben liegt im Entwurf vor.
	UKBB Neubau Basel (50% Anteil BL) Vorlage 2005 / 1393 Total: Fr. 80.85 Mio. (Konto 2320.503.30-242) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 21.25 Mio. Budget 2009: Fr. 27.65 Mio. Budget 2010: Fr. 26.0 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 26.0 Mio. Fr.	Das Bauvorhaben konnte termin-, kosten- und qualitätsgerecht im September 2010 an den Nutzer übergeben werden.

Muttenz, Strafjustizzentrum, Projektierungsvorlage 2004 / 182 und 2005 / 1325 Total: Fr. 73.0 Mio. (Konto 2320.503.30-253) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 2.35 Mio. Budget 2009: Fr. 2.05 Mio. Budget 2010: Fr. 0.2 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.2 Mio. Fr.	Der Landrat hat am 9. September 2010 den Baukredit genehmigt. 2010 wurden als Optimierungsmassnahmen zur Ausschöpfung des Investitionsbudgets die Phasen Baubewilligung und Ausschreibung vorgezogen.
Liestal, Neubau Kantonsgerichtsgebäude, Projektierungsvorlage 2004 / 182 Total: Fr. 15.5 Mio. (Konto 2320.503.30-254) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2009: Fr. 0.0 Mio. Budget 2010: Fr. 0.- (abgeschlossen).		
Augst Römerstadt Augusta Raurica AP / Steinlager / Diverses Total: Fr. 33.3 Mio. (Konto 2320.503.30-257) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.19 Mio. Budget 2009: Fr. 0.3 Mio. Budget 2010: Fr. 0.5 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.5 Mio. Fr.	2010 wurden keine Leistungen erbracht. Der Regierungsrat hat mit RRB Nr. 1150 vom 17. August 2010 unter anderem das Investitionsprogramm 2009 - 2020 mit der entsprechenden Priorisierung genehmigt. Mit der Priorisierung wird das Projekt auf 2016ff verschoben.
Münchenstein, Gymnasium Sanierung Gebäudehülle Projektierungskredit 2007 / 283 Total: Fr. 21.0 Mio. (Konto 2320.503.30-258) Per Ende 200 verbraucht: Fr. 0.23 Mio. Budget 2009: Fr. 0.5 Mio. Budget 2010: Fr. 0.5 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.5 Mio. Fr.	2010 wurden keine Leistungen erbracht. Der Regierungsrat hat mit RRB Nr. 1150 vom 17. August 2010 unter anderem das Investitionsprogramm 2009 - 2020 mit der entsprechenden Priorisierung genehmigt. Mit der Priorisierung wird das Projekt auf 2018ff verschoben.
Muttenz, BZM Sanierung Haustechnik / Gebäudehülle Total: Fr. 10.0 Mio. (Konto 2320.503.30-259) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2009: Fr. 0.3 Mio. Budget 2010: Fr. 0.5 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.5 Mio. Fr.	2010 wurden keine Leistungen erbracht. Der Regierungsrat hat mit RRB Nr. 1150 vom 17. August 2010 unter anderem das Investitionsprogramm 2009 - 2020 mit der entsprechenden Priorisierung genehmigt. Mit der Priorisierung wird das Projekt auf 2017ff verschoben.
Liestal, Zeughaus Sanierung Gebäudehülle Vorlage 2007 / 283 Total: Fr. 3.3 Mio. (Konto 2320.503.30-260) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 1.33 Mio. Budget 2009: Fr. 0.1 Mio. Budget 2010: Fr. 0.- (2009 abgeschlossen).		Der Landrat hat die Bauabrechnung genehmigt.

	Liestal, Gymnasium Sanierung Gebäudehülle Vorlage 2007 / 283 Total: Fr. 9.05 Mio. (Konto 2320.503.30-263) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.2 Mio. Budget 2009: Fr. 3.0 Mio. Budget 2010: Fr. 6.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 6.3 Mio. Fr.	Das Projekt verläuft kosten- und qualitätsgerecht. Bedingt durch Verzögerungen in der Ausschreibungsphase ist das Projekt terminlich verzögert.
	Oberwil, Gymnasium Turnhalle Sanierung Gebäudehülle Vorlage 2007 / 283 Total: Fr. 1.15 Mio. (Konto 2320.503.30-264) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 1.16 Mio. Budget 2009: Fr. 0.0 Mio. Budget 2010: Fr. 0.- (2009 abgeschlossen).		Die Bauabrechnung liegt zur Genehmigung vor.
	Liestal, Kantonsmuseum, Umbau und Sanierung Total: Fr. 7.2 Mio. (Konto 2320.503.30-271) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.23 Mio. Budget 2009: Fr. 3.3 Mio. Budget 2010: Fr. 5.72 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 5.72 Mio. Fr.	Das Projekt konnte am 8. Dezember 2010 kosten-, termin- und qualitätsgerecht dem Nutzer übergeben werden.
	Liestal, Turnhalle für Gymnasium Total: Fr. 9.5 Mio. (Konto 2320.503.30-272) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2009: Fr. 0.9 Mio. Budget 2010: Fr. 4.7 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 4.7 Mio. Fr.	Verzögerungen im Wettbewerbsverfahren.
	Laufen, Gymnasium Sanierung Haustechnik / Bau Total: Fr. 5.0 Mio. (Konto 2320.503.30-273) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2009: Fr. 0.3 Mio. Budget 2010: Fr. 0.- (Zustandsanalyse in Arbeit).		
	Liestal, ZID, Notstrom / Rechenzentrum, inkl. Ersatz Kälte und USV - Erweiterung Total: Fr. 4.1 Mio. (Konto 2320.503.30-274) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2009: Fr. 0.3 Mio. Budget 2010: Fr. 1.8 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 1.8 Mio. Fr.	Da es sich bei diesem Projekt um eine Einmietung handelt, erfolgt dies als Mieterausbau in der Erfolgsrechnung.
	Münchenstein, Gymnasium Sanierung Innenräume / Erweiterungsbau Total: Fr. 29.4 Mio. (Konto 2320.503.30-278) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2009: Fr. 0.3 Mio. Budget 2010: Fr. 0.7 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.7 Mio. Fr.	2010 wurden keine Leistungen erbracht. Der Regierungsrat hat mit RRB Nr. 1150 vom 17. August 2010 unter anderem das Investitionsprogramm 2009 - 2020 mit der entsprechenden Priorisierung genehmigt. Mit der Priorisierung wird das Projekt auf 2017ff verschoben.

Münchenstein, Gymnasium Sanierung Villa Ehinger Total: Fr. 4.0 Mio. (Konto 2320.503.30-279) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2009: Fr. 0.3 Mio. Budget 2010: Fr. 0.1 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.1 Mio. Fr.	Der Baukredit wurde am 22. April 2010 durch den Landrat genehmigt. Das Projekt konnte in der Planung beschleunigt werden.
Muttenz, FHNW HLS Total: Fr. 110.0 Mio. (Konto 2320.503.30-280) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.03 Mio. Budget 2009: Fr. 0.3 Mio. Budget 2010: Fr. 1.7 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 1.7 Mio. Fr.	Der Landrat hat am 20. Mai 2010 den Projektierungskredit genehmigt. Bedingt durch Verzögerungen in der Ausarbeitung des Masterplans Polyfeld Muttenz und der Projektierungsvorlage FHNW konnte das Wettbewerbsverfahren nicht wie ursprünglich geplant im Dezember 2010 abgeschlossen werden.
Sissach, Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain, Sanierung Total: Fr. 2.0 Mio. (Konto 2320.503.30-281) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.01 Mio. Budget 2009: Fr. 0.5 Mio. Budget 2010: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.3 Mio. Fr.	2010 wurden keine Leistungen erbracht. Der Regierungsrat hat mit RRB Nr. 1150 vom 17. August 2010 unter anderem das Investitionsprogramm 2009 - 2020 mit der entsprechenden Priorisierung genehmigt. Mit der Priorisierung wird das Projekt auf 2020ff verschoben.
Pratteln, KIGA Gebäude- / Arbeitsplatzoptimierung Total: Fr. 2.0 Mio. (Konto 2320.503.30-282) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.01 Mio. Budget 2009: Fr. 0.6 Mio. Budget 2010: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.3 Mio. Fr.	2010 wurden keine Leistungen erbracht. Der Regierungsrat hat mit RRB Nr. 1150 vom 17. August 2010 unter anderem das Investitionsprogramm 2009 - 2020 mit der entsprechenden Priorisierung genehmigt. Mit der Priorisierung wird das Projekt auf 2019ff verschoben.
Gutsbetrieb Wildenstein und Arxhof, Freilaufställe Total: Fr. 2.5 Mio. (Konto 2320.503.30-284) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.08 Mio. Budget 2009: Fr. 0.8 Mio. Budget 2010: Fr. 1.2 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 1.2 Mio. Fr.	Im 2010 wurde lediglich das Bauprojekt überarbeitet und reduziert. Der Regierungsrat hat mit RRB Nr. 1150 vom 17. August 2010 unter anderem das Investitionsprogramm 2009 - 2020 mit der entsprechenden Priorisierung genehmigt. Mit der Priorisierung wird das Projekt auf 2019ff verschoben.
Muttenz, FHNW PH / HSA inkl. Umbau HABG Total: Fr. 140.0 Mio. (Konto 2320.503.30-286) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2009: Fr. 0.8 Mio. Budget 2010: Fr. 2.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 2.3 Mio. Fr.	Die Projekte FHNW wurden zusammengelegt. Der Landrat hat am 20. Mai 2010 den Projektierungskredit genehmigt. Bedingt durch Verzögerungen in der Ausarbeitung des Masterplans Polyfeld Muttenz und der Projektierungsvorlage FHNW konnte das Wettbewerbsverfahren nicht wie ursprünglich geplant im Dezember 2010 abgeschlossen werden.
Muttenz, FHNW, Instandsetzungsarbeiten Übergangslösungen Total: Fr. 3.9 Mio. (Konto 2320.503.30-311) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2009: Fr. 0.9 Mio. Budget 2010: Fr. 0.5 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.5 Mio. Fr.	Im Jahr 2010 hat sich kein Bedarf an Instandsetzungsarbeiten oder Übergangslösungen ergeben.

	Basel, UNI Neubau Schällemätteli (50% Anteil BL) Total: Fr. 118.75 Mio. (Konto 2320.503.30-410) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2009: Fr. 0.25 Mio. Budget 2010: Fr. 2.5 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 2.5 Mio. Fr.	Das Wettbewerbsverfahren konnte im 1. Semester 2010 abgeschlossen werden. Die Vorprojektphase ist leicht verzögert.
	Basel, UNI Neubau Volta (50% Anteil BL) Total: Fr. 131.75 Mio. (Konto 2320.503.30-411) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2009 Fr. 0.25 Mio. Budget 2010: Fr. 0.- (verzögert).		Das Projekt Neubau Volta ist abgebrochen.
	Sissach, Arealnutzung Werkhof Total: Fr. 10.5 Mio. (Konto 2320.503.30-412) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2009: Fr. 0.0 Mio. Budget 2010: Fr. 0.3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.3 Mio. Fr.	2010 wurde lediglich eine Machbarkeitsstudie durchgeführt. Der Regierungsrat hat mit RRB Nr. 1150 vom 17. August 2010 unter anderem das Investitionsprogramm 2009 - 2020 mit der entsprechenden Priorisierung genehmigt. Mit der Priorisierung wird das Projekt auf 2016ff verschoben.
	Globalkredit für Umsetzung Sofortmassnahmen Flächenmanagement Total: Fr. 5.0 Mio. (Konto 2320.503.30-992) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2009: Fr. 0.3 Mio. Budget 2010: Fr. 2.0 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 2.0 Mio. Fr.	2010 hat sich kein Bedarf an Sofortmassnahmen Flächenmanagement ergeben.
	Globalkredit für aufgelaufenen Unterhalt Bau und Haustechnik Total: Fr. 50.0 Mio. (Konto 2320.503.30-997) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2009: Fr. 0.3 Mio. Budget 2010: Fr. 2.0 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 2.0 Mio. Fr.	Im Jahr 2010 konnten wegen fehlender personeller Ressourcen noch keine Bauprojekte für aufgelaufenen Unterhalt Bau und Haustechnik geplant werden.
	Übernahme der Sekundarschulbauten, Neu- und Umbauten Total: Fr. 50.0 Mio. (Konto 2320.503.30.997) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2009: Fr. 0.0 Mio. Budget 2010: Fr. 5.0 Mio (Umfang noch offen, Arbeiten erst ab 2011).	Finanzielle Auswirkungen 2010: 5.0 Mio. Fr.	Durch die Verzögerungen im Projekt Übernahme Sekundarschulbauten und damit verbunden die Verschiebung des Übernahmezeitpunktes auf den 1. August 2011 konnten im 2010 noch keine Projekte geplant und ausgeführt werden.
Nr. 4.04.05	Werterhaltung der Gebäude und Anlagen im Verwaltungsvermögen Ein minimaler Werterhalt der Liegenschaften im Verwaltungs- vermögen sollte garantiert werden. Basierend auf den mit STRATUS erhobenen Zustandsanalysen der Gebäude werden mittels Mehrjahresunterhaltsplänen die benötigten Finanzmittel nach Priorität beantragt.		

	Bau (Globalbudget / Verpflichtungskredit) Bau-Infrastruktur Unterhaltsmassnahmenpläne einführen und umsetzen Objekte erster Priorität (davon 75% IS / IH und 25% Nutzerbedingte Veränderungen). Landratsvorlage in Arbeit. (Konto 2320.503.30.999)	Finanzielle Auswirkungen 2010: 10.0 Mio. Fr. / Jahr	2010 konnten zum Teil aus Personalressourcengründen und Verschiebungen in der Priorisierung nicht alle ursprünglich budgetierten Projekte Bau-Infrastruktur Unterhaltsprojekte wie geplant ausgeführt werden.
	Technik (Globalbudget / Verpflichtungskredit) Haustechnik-Infrastruktur Unterhaltsmassnahmenpläne einführen und umsetzen Objekte erster Priorität. Landratsvorlage in Arbeit. (Konto 2320.503.30.998)	Finanzielle Auswirkungen 2010: 2.0 Mio. Fr. / Jahr	Es waren unumgängliche Ersatzbeschaffungen notwendig, um den Betrieb respektive die Sicherheit der Gebäude zu gewährleisten.
Nr. 4.04.06	Übernahme Sekundarschulen durch den Kanton Eigentumsübertrag Einmaliger Finanzbetrag für den Eigentumsübertrag. Der im Schulbautenfonds 8010 reservierte Betrag reicht nicht aus, um die effektiven Kosten des Übertrags zu decken. Übernahme der Sekundarschulbauten, Eigentumsübertrag Total: Fr. 140.0 Mio. (Konto 2320.503.30.xxx) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2009: Fr. 0.0 Mio. Budget 2010: Fr. 130.0 Mio. Fondsvermögen per 1. Januar 2009: 88.0 Mio. Franken.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 42.0 Mio. Fr.	Durch die Verzögerungen im Projekt Übernahme Sekundarschulbauten und damit verbunden die Verschiebung des Übernahmezeitpunktes auf den 1. August 2011 fallen für die Übernahme der Sekundarschulbauten im Jahr 2010 keine Kosten an.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt / Energie A Abfall / Ressourcenschonung / Altlasten / Umweltgefährdende Stoffe Strategische Zielsetzungen Zur Schonung wichtiger Ressourcen wie Boden, Wasser, Stoffe und Energie werden in transparenten Projekten die Entscheidungen vorbereitet.		↓ Amtsbericht 2010

Nr. 4.05.05	Einzelne Massnahme Projekte zur Ressourcenschonung Der Kanton verfügt über eine Strategie, wie die Ressourcenschonung (Schonung von Energie, Wasser, Boden, Stoffen und Abfällen etc.) beispielsweise durch Cleaner Production bei KMU besser verankert werden kann. Daraus abgeleitet ist mindestens ein Pilotprojekt realisiert. Diese Massnahme wird aus Prioritäts- und Ressourcen-gründen auf das Jahr 2011 verschoben.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Die Energiestrategie liegt seit dem 8. April 2008 vor und wird seither sukzessive umgesetzt. Eine Wasserstrategie wird derzeit erarbeitet und soll voraussichtlich Mitte 2011 vorliegen.
Nr. 4.05.06	Überwachung und Sanierung wichtiger belasteter Standorte Der Kataster der belasteten Standorte (KbS) ist erstellt und der Öffentlichkeit zugänglich. Für die Deponien im Raum MuttENZ (Feldreben, Margelacker und Rothausstrasse) sind die entsprechenden Überwachungs- bzw. Sanierungsmassnahmen eingeleitet. Für die Deponien im Raum Wanne / Löli und die belasteten Standorte in Schönenbuch sind die technischen Untersuchungen abgeschlossen. Budget 2010: Fr. 0.30 Mio. für KbS Fr. 2.21 Mio. für Deponien.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.30 Mio. Fr. für KbS 2.21 Mio. Fr. für Deponien MuttENZ, Pratteln und Schönenbuch	Der Kataster der belasteten Standorte ist erstellt und wird von der Fachstelle Altlasten des Amtes für Umweltschutz und Energie (AUE) für die Bearbeitung der einzelnen Fälle in den kommenden Jahren laufend gebraucht. Entsprechend wird der Kataster laufend aktualisiert. Er ist seit Ende 2010 im Internet öffentlich zugänglich. Für die Deponien MuttENZ sind die Massnahmen in der Umsetzung. Dazu wurden Ende 2010 Kooperationsvereinbarungen mit allen Direktbetroffenen abgeschlossen. Die technischen Untersuchungen im Raum Wanne / Löli in Pratteln sind noch nicht abgeschlossen.
Nr. 4.05.07	Flächenrecycling Wird im Rahmen der Bearbeitungen von Bauprojekten und mit dem Kataster der belasteten Standorte als Arbeitsgrundlage behandelt.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Das Flächenrecycling wird situativ und nach Absprache mit dem Amt für Umweltschutz und Energie vom Amt für Raumplanung. bzw. für kantonseigene Liegenschaften vom Amt für Liegenschaftsverkehr wahrgenommen.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt / Energie B Grundwasser / Wasserversorgung / Wassernutzung Strategische Zielsetzungen Die Versorgung mit Trinkwasser in guter Qualität und ausreichender Menge ist sichergestellt, indem Gefahrenquellen identifiziert und weitgehend eliminiert sowie wirksame Schutzzonen planerisch gesichert sind.		

↓ **Amtsbericht 2010**

Nr. 4.05.11	Einzelne Massnahme Konzept "Zukunft Wasserversorgung BL" Die Strategie des Regierungsrates zur Wasserversorgung BL liegt vor und entsprechende Massnahmen sind eingeleitet.	Finanzielle Auswirkungen 2010: In der Laufenden Rechnung keine, da gebühren-finanziert (keine Belastung des Staatshaushaltes)	Eine Wasserversorgungsstrategie liegt im Entwurf vor. Sie wird als Bestandteil in die derzeit entstehende und übergeordnete Wasserstrategie eingebaut (siehe auch Punkt Nr. 4.05.05).
Nr. 4.05.12	Überwachung der Grundwasserqualität Systematische grossräumige Überwachung der chemischen Belastung des Grundwassers unter besonderer Berücksichtigung belasteter Standorte (hot spots wie Muttener Hard, Pratteln, Schönenbuch, unteres Ergolzthal) und Durchführung der Untersuchungen im Rahmen des nationalen Netzes zur Qualitätsbeobachtung des Grundwassers NAQUA.	Finanzielle Auswirkungen 2010: In der Laufenden Rechnung keine, da gebühren-finanziert (keine Belastung des Staatshaushaltes)	Die systematischen Untersuchungen der Grundwasserqualität laufen planmässig und werden auch im Jahr 2011 weitergeführt. Die Ergebnisse wurden der Öffentlichkeit situativ mitgeteilt.
Nr. 4.05.13	Wirksame Grundwasserschutzzonen und -areale Die heutigen Schutzzonen werden in den für die Wasserversorgung prioritären Zonen mit modernen hydrogeologischen Methoden überprüft und entsprechend angepasst.	Finanzielle Auswirkungen 2010: In der Laufenden Rechnung keine, da gebühren-finanziert (keine Belastung des Staatshaushaltes)	Die hydrogeologischen Untersuchungen im Birstal und unteren Ergolzthal sind weitgehend abgeschlossen und die Instrumente für eine Anpassung der Grundwasserschutzzonen liegen vor. Die eigentliche Ausscheidung der Schutzzonen wird nun mit den Wasserversorgern vorgenommen.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt / Energie D Luftreinhaltung Strategische Zielsetzungen Schutz der Umwelt und des Menschen vor übermässiger Luftbelastung durch Sicherstellung der Einhaltung der Emissions- und Immissionsgrenzwerte sowie durch Umsetzung der Massnahmen des Luftreinhalteplans.		↓ Amtsbericht 2010

Nr. 4.05.30	Einzelne Massnahme Minderung der Staubemissionen von Feststofffeuerungsanlagen Durchführung einer systematischen Informations- und Sensibilisierungskampagne zusammen mit der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung und den Kaminfegermeistern. Baustellenkontrolle: Partikelfilter für Baumaschinen, Pilotprojekt zusammen mit dem Bundesamt für Umwelt (BAFU). Budget 2010: Fr. 0.03 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.03 Mio. Fr.	Die Informationskampagne gemeinsam mit der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung und dem Kaminfegermeisterverband wurde mit positivem Echo aus der Bevölkerung in der 2. Heizperiode 2009 / 2010 weitergeführt. Die flächendeckende Baustellenkontrolle ist abgeschlossen; nahezu 100 Prozent Einhaltung der neuen Partikelfiltervorschriften. Das BAFU nimmt exemplarisch bei Baustellenkontrollen zur Etablierung von Vollzugshilfsmitteln (zum Beispiel Checklisten) teil.
Nr. 4.05.31	Umsetzung der Massnahmen des Luftreinhalteplans und Begleitung von Projekten • Abschlussbericht zur energetischen Nutzung von Schlagabraum und Grünmaterial, zusammen mit dem Landwirtschaftlichen Zentrum Ebenrain (LZE). • Berichterstattung an das Parlament zur Umsetzung des Luftreinhalteplans; Synergien Luft / Klima, Wirkungen, Volkswirtschaftlicher Nutzen. Budget 2010: Fr. 0.04 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.04 Mio. Fr.	Im 2. Projektjahr 2009 / 2010 konnten weitere Gemeinden zur freiwilligen Teilnahme gewonnen werden. Mit der Ebenrain-Tagung vom Oktober 2010 wurden sämtliche Baselbieter Gemeinden informiert und zur Teilnahme und Ausweitung des Projektes eingeladen. Der Bericht zur Umsetzung und Weiterentwicklung des Luftreinhalteplans der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt wurde Ende 2010 vom Regierungsrat beschlossen und an das Parlament weitergeleitet.
Nr. 4.05.32	Atmosphärische Gasheizungen Fortsetzung des Sanierungsprogramms für atmosphärische Gasheizungen (Phase II).	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Die Phase 1 wurde in den Gemeinden gestartet: Die Kontrolle und die Sanierung der Anlagen mit Baujahr älter als 1993 ist abgeschlossen. Der Anlagenbestand für die Phase 2 "Anlagen mit Baujahr älter als 1992" ist beschafft und den Gemeinden zur Verfügung gestellt.
Nr. 4.05.33	Feinstaubproben Charakterisierung der Zusammensetzung und der Herkunft von Feinstaubproben. Budget 2010: Fr. 0.055 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.055 Mio. Fr.	Das interkantonale Projekt wurde planmässig weitergeführt. Ein erster Zwischenbericht liegt vor. Infolge C14-Kontaminationen im Untersuchungsgebiet führt die Analysemethode in der Region nicht zu brauchbaren Aussagen. 2011 werden die Arbeiten mit einer alternativen Analysetechnik fortgesetzt.
Nr. 4.05.38	Aufbau des Bereichs "Lichtverschmutzung" Budget 2010: Fr. 0.01 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.01 Mio. Fr.	Die Grundlagen werden vom Bund erarbeitet; deshalb wird das kantonale Konzept darauf abgestimmt und zeitlich verschoben. Es werden bis Mitte 2011 Vollzugsgrundlagen (ev. Verordnung) seitens des Bundes erwartet.

Nr. 4.05.39 / 1	Zentralisierung der koordinierten Feuerungskontrolle in BL + BS Zentralisierung der koordinierten Feuerungskontrolle in BL und BS gemäss den Forderungen des Postulates 2006 / 173. Budget 2010: Fr. 0.4 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.4 Mio. Fr.	Die Zentralisierung der Feuerungskontrolle wird von einer Mehrheit der Baselbieter Gemeinden abgelehnt. Eine Neukonzeption der zentralen Datenbank mit Zugriffsmöglichkeiten und Vollzugsunterstützung für die Gemeinden wurde erfolgreich realisiert und in Betrieb gesetzt.
Nr. 4.05.39 / 2	Luftbelastung entlang der Hauptverkehrsachsen Erfassung der Luftbelastung entlang der Hauptverkehrsachsen im Kanton Basel-Landschaft.	Finanzielle Auswirkungen 2010: nur interner Personalaufwand	Die Messungen wurden Ende 2009 abgeschlossen; der Bericht liegt vor. Von den 42 Standorten an basellandschaftlichen Hauptstrassen wiesen zwei Drittel eine Belastung im Bereich des Grenzwertes oder darüber auf. Diese liegen in den Agglomerationsgemeinden nahe Basel, im Ergolztal und im Diegtertal an der Autobahn. Im Vergleich zu vor 20 Jahren hat die Belastung an Strassen um 30 Prozent abgenommen.
Nr. 4.05.39 / 3	Stärkung der Messkontrolltätigkeit Stärkung der Messkontrolltätigkeit zur Sicherstellung der Einhaltung der Emissionsgrenzwerte sowie der Bau- und Bewilligungsaufgaben. Budget 2010: Fr. 0.15 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.15 Mio. Fr.	Im Rahmen der Etablierung des Bereichs Messtechnik (Immissions-, Emissions-, NIS-Messungen (Nicht-ionisierende Strahlung) in einem Organisationsbereich zusammengefasst) konnten Synergien zur Erreichung der Ziele geschaffen werden.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt / Energie E Schutz vor Störfällen / Sicherheit Strategische Zielsetzungen Der hohe Sicherheitsstandard wird aufrechterhalten. Sicherheit ist als Querschnittsaufgabe in anderen Bereichen (wie zum Beispiel der Raumplanung) integriert; die Informationen werden dank des Geoinformationssystems (GIS) genutzt.		↓ Amtsbericht 2010
Nr. 4.05.41	Einzelne Massnahme Risikoermittlung Salina Raurica Das Risiko für das Projekt Salina Raurica, ausgehend von den Industriestandorten im Raum Schweizerhalle, soll anhand einer Risikoermittlung beurteilt und allfällige Massnahmen sollen vorgeschlagen werden. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB Total: Fr. 0.1 Mio. (Konto 2380.318.20-100) Budget 2010: Fr. 0.1 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.1 Mio. Fr.	Die Risikoabschätzung "Salina Raurica" wurde abgeschlossen. Die Risikobeurteilung liegt vor.

Nr. 4.05.42	Umfassender Risikokataster Zusammenführung, Kommunikation und Darstellung des Katasters der radiologischen, chemischen und biologischen Risiken im A-Risk und C-Risk. Total: Fr. 0.1 Mio. (Konto 2380.318.20-100) Budget 2010: Fr. 0.00 Mio. Budget 2011: Fr. 0.00 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.00 Mio. Fr.	Die Arbeiten im 2010 sind plangemäss verlaufen. Das Projekt kann bis Ende 2011 voraussichtlich abgeschlossen werden.
Nr. 4.05.43	Bekämpfung invasive Neobioten Gemäss RRB Nr. 1130 vom 19. August 2008 "Neobiota-Handeln jetzt" erarbeitet die Arbeitsgruppe Neobiota des Kantons in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt eine Strategie zum Vorgehen gegen die ungehinderte Ausbreitung invasiver Neobiota. Umsetzung der in der Strategie vorgeschlagenen Massnahmen ab 2010. Die Massnahmen werden sich in den Budgets von Tiefbauamt, Amt für Raumplanung und Sicherheitsinspektorat niederschlagen und insgesamt einen Umfang von rund 2 Mio. Franken annehmen. Budget 2010: Fr. 0.0 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.0 Mio. Fr.	Eine Landratsvorlage ist in Bearbeitung.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt / Energie G Energie / Klimaschutz Strategische Zielsetzungen Umsetzung der Energiestrategie mit den Zielen Energie sparen, Energieeffizienz und Anteil erneuerbarer Energie erhöhen und damit die CO ₂ -Emissionen reduzieren.		↓ Amtsbericht 2010

Nr. 4.05.61	Einzelne Massnahme Finanzielle Anreize und Förderung im Bereich Energie Die Förderbeiträge werden möglichst wirkungsvoll eingesetzt und einer Wirkungsanalyse unterzogen. Ein Förderprogramm für die Sanierung bestehender Bauten ist bei vorliegender Genehmigung der neuen Landratsvorlage ab 1. Januar 2010 in der Umsetzung. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2004 / 793 Total: Fr. 4.0 Mio. (Konto 2330.365.80) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 1'506'732.- Budget 2009: Fr. 0.8 Mio. Budget 2010: Fr. 0.8 Mio. Neue Landratsvorlage / Verpflichtungskredit Total: Fr. 50.0 Mio. (Konto 2330.365.80) Budget 2010: Fr. 4.2 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 5.00 Mio. Fr.	Das neue kantonale Förderprogramm (Verpflichtungskredit über 50 Mio. Franken) wurde erfolgreich lanciert und unter der Bezeichnung "Baselbieter Energiepaket" mit dem nationalen Gebäudesanierungsprogramm zusammengeführt. Die Nachfrage nach Förderbeiträgen für Gebäudesanierungen hat die Erwartungen deutlich übertroffen.
Nr. 4.05.63	Erarbeitung und Umsetzung der kantonalen Energie- und Klimaschutzstrategie Die Energiestrategie wurde vom Regierungsrat im April 2008 beschlossen und das Amt für Umwelt und Energie (AUE) wurde mit der Umsetzung beauftragt. Die in der Energiestrategie enthaltenen Massnahmen werden schrittweise umgesetzt und damit gleichzeitig die entsprechenden politischen Vorstösse abgeschlossen. Budget 2010: Fr. 0.36 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.36 Mio. Fr.	Die Anschlussgesetzgebung zum eidgenössischen Stromversorgungsgesetz wurde ausgearbeitet. Sie wird als Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes im Frühjahr 2011 in die Vernehmlassung gebracht und voraussichtlich per 1. Januar 2012 in Kraft gesetzt. Zahlreiche Vorstösse wurden behandelt und abgeschlossen. Eine weitere Teilrevision des Energiegesetzes zu den verbleibenden Vorstössen ist in Vorbereitung.
Nr. 4.05.64	Internationale Zusammenarbeit Finanzielle Beteiligung des Kantons und des AUE an Interreg IV. Projekte zur Umsetzung der grenzüberschreitenden Klimaschutzstrategie und im Programm der Arbeitsgruppe Umwelt der Oberrheinkonferenz D,F,CH. Die Umsetzung dieser Projekte ist durch die Zugehörigkeit des Kantons BL in der Oberrheinkonferenz gegeben. Die Landeskanzlei hat hierfür eine entsprechende Budgetposition. Nach neuen Interreg-Finanzierungsregeln tragen die betroffenen Dienststellen auch einen kleinen Teil der Finanzierung. So etwa heute bereits beim Interreg-Projekt Mikrozonierung und Erdwärmenutzung. Budget 2010: Fr. 0.05 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.05 Mio. Fr.	Das Interreg IV Projekt "Energie Netzwerk Trinationale Metropolregion Oberrhein" wurde genehmigt und gestartet. Eine entsprechende Koordinierungsstelle in Kehl ist seit Juni 2010 operativ. Am 23. November 2010 hat ein Trinationales Netzwerk Meeting zum Thema Energie Vorbildregion Oberrhein in Kehl stattgefunden.

Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt / Energie H Nachhaltige Entwicklung		↓ Amtsbericht 2010
Nr. 4.05.73	Einzelne Massnahme Beitritt zu Novatlantis Die Kooperation mit Novatlantis soll auf dem bisherigen Niveau weitergeführt und der bisherige Einfluss aufrechterhalten werden. Die ursprünglich anvisierte Intensivierung der Kooperation (früher missverständlicherweise als "Vollbeitritt" oder "Beitritt" zu Novatlantis bezeichnet) ist aus Prioritäts- und Ressourcengründen derzeit nicht möglich, weil die Umsetzung der übrigen Massnahmen aus der Energiestrategie gemäss den Punkten Nr. 4.05.61 und 4.05.63 Priorität geniessen. Budget 2010: Fr. 0.04 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.04 Mio. Fr.	Der Kanton Basel-Landschaft ist weiterhin Mitglied im Teilprojekt Mobilität von Novatlantis und leistet einen projektbezogenen finanziellen Beitrag zur Unterstützung der technologischen Entwicklung in Richtung einer nachhaltigen Mobilität.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt / Energie I Umweltbeobachtung / Wirkungsorientierter Umweltschutz Strategische Zielsetzungen Die Lösung der Probleme in den Bereichen Umwelt und Energie erfolgt inhaltlich vernetzt und räumlich über Grenzen hinweg. Die Verwaltung entwickelt sich weiter bezüglich Wirkungsorientierung und Effizienz.		↓ Amtsbericht 2010
Nr. 4.05.80	Einzelne Massnahme Ökocontrolling Realisierung des Beitrags BL zum Projekt "Netzwerk Umweltbeobachtung Schweiz (NUS)" von Bund und Kantonen in den Bereichen Bodenschutz und Gewässerschutz. Die Arbeiten auf Bundesebene lösen im Jahr 2010 keine Aktivitäten beim AUE aus.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Im Jahr 2010 liefen die konzeptionellen Arbeiten zwischen Bund und Kantonen weiter. Im Bereich Bodenschutz wurden zuhanden des Bundes Bodendaten aufbereitet und ablieferungsbereit für NABODAT (Nationale Bodendatenbank) bereit gestellt. Im Bereich Gewässerschutz wurde eine Vereinbarung mit dem BAFU zur koordinierten Datenerhebung unterzeichnet.
Nr. 4.05.81	Verwaltungskooperation Die Kooperation mit dem AUE BS, dem Lufthygieneamt (LHA) und dem Kantonalen Laboratorium (KL) wird weiterentwickelt.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Das AUE trifft sich regelmässig mit den anderen angesprochenen KL, AIB, LHA, HBA und ARP und koordiniert die Dienststellen übergreifenden Aktivitäten im Bereich Umweltschutz und Energie.

Nr. 4.05.90	Einzelne Massnahme Fertigstellung des Immissionskatasters und Validierung durch Messungen Begleitung des Nationalen Forschungsprogramms (NFP) Qualifex. Budget 2010: Fr. 0.015 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.015 Mio. Fr.	Der Immissionskataster 2010 für Basel-Stadt ist fertig gestellt und wird im Januar 2011 im Internet veröffentlicht. Qualifex erforderte keine Aktivitäten.
Nr. 4.05.91	Verstärkte Feldkontrolle von Mobilfunkstationen Verstärkte Feldkontrolle von Mobilfunkstationen sowie regelmässige Inspektionen der Betriebsparameter in den Mobilfunkzentralen. Budget 2010: Fr. 0.04 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.04 Mio. Fr.	Inspektionen in den Mobilfunkzentralen werden im Rahmen einer breit angelegten Stichprobenkontrolle seit Ende 2010 unter der Projektleitung des BAFU von einem externen Auftragnehmer durchgeführt. Finanzierung: Bund.
Nr. 4.06	Programmpunkt Industrielle Betriebe / Abwasserreinigung / Abfallentsorgung / Energieversorgung Strategische Zielsetzungen Abwasserreinigung • Sicherstellen einer nachhaltigen, gesetzeskonformen Abwasserreinigung im Kanton Basel-Landschaft durch die stetige Weiterentwicklung und den Werterhalt der Infrastruktur. • Wertstoffe zurückgewinnen und im Sinne der Vorsorge gefährliche Schadstoffe (Hormone, Medikamente) vom Wasserkreislauf fernhalten durch nachhaltige Aufbereitung des Abwassers an der Quelle und in den ARA. Abfallentsorgung • Sichere Lagerung von belasteten Abfällen im Kanton Basel-Landschaft zu marktkonformen Preisen. • Wertstoffe in den Materialkreislauf zurückführen durch nachhaltige Aufbereitung von belasteten Abfällen. Energieversorgung • Produktion von Energie (Wärme und Strom) mit hoher Verfügbarkeit aus erneuerbaren Energiequellen (Holz, Deponiegas, Klärgas).		↓Amtsbericht 2010

Nr. 4.06.02	Einzelne Massnahme Mischwasserbehandlung Bau von Mischwasserbecken zur Reduktion der Anzahl Entlastungen in die Gewässer im Fall von Regenwetter. Birsigtal Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1991 / 2717 Total: Fr. 20.3 Mio. (Konto 2341.501.52.103) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 13'318'965.38 Budget 2009: Fr. 1.5 Mio. Budget 2010: Fr. 1.5 Mio. Birstal Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2004 / 308 Total: Fr. 24.7 Mio. (Konto 2341.501.52.118) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 10'177'510.31 Budget 2009: Fr. 2.5 Mio. Budget 2010: Fr. 3.0 Mio. Rest budgetiert bis 2012. Frenketal Rückbau ARA Reigoldswil mit Ableitung zur ARA Frenke 3 in Bubendorf und Neubau Mischwasserbecken (Konto 2341.501.52.124) Budget 2009: Fr. 1.5 Mio. Budget 2010: Fr. 0.-	Finanzielle Auswirkungen 2010: In der Laufenden Rechnung keine, da gebühren-finanziert	Birsigtal (Konto Neu 23061.103) Verzögerung wegen Einsprache. Das Projekt wird 2011 weitergeführt. Birstal (Konto Neu 23061.118) Vertiefte Varianten-Abklärungen führten zu Verzögerungen. Die Massnahmen werden bis Ende 2013 abgeschlossen. Frenketal (Konto Neu 23061.124) LRB Nr. 268 vom 13. Dezember 2007, Verpflichtungskredit Fr. 3.9 Mio. (Vorlage Nr. 2007 / 179 vom 14. August 2007) Das Projekt ist abgeschlossen. Die alte Anlage ist rückgebaut, das neue Mischwasserbecken und die Ableitung nach Bubendorf erstellt. Da der Bau der Ableitung weniger problematisch war als erwartet, wird das Projekt unter Budget abschliessen. Abrechnung voraussichtlich 2011 / Anfang 2012.
-------------	--	--	--

Nr. 4.06.03	Erhalt der ARA Frenketal Planungskredit bewilligt LRB 2007 / 268 Planung für die Abwasserbehandlung im Frenketal Total: Fr. 0.8 Mio. (Konto 2341.501.51.078) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2009: Fr. 0.4 Mio. Budget 2010: Fr. 0.4 Mio. Ergolztal Für Sanierung Biologie ARA Ergolz 2, Sanierung Ergolzbrücke und Ersatz Prozessleitsystem ARA Ergolz 1 Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2007 / 269 Total: Fr. 10.4 Mio. (Konten 2341.501.51.075/076/077) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 2'996'033.49 Budget 2009: Fr. 4.2 Mio. Budget 2010: Fr. 1.0 Mio. Birsigtal Ersatz Prozessleitsystem ARA Birsig Landratsvorlage geplant (Konto 2341.501.51.079) Budget 2010: Fr. 0.8 Mio. Kanalsanierungen Für Sanierung Kanal Sissach Landratsvorlage geplant Total ca. Fr. 3.0 Mio. (Konto 2341.501.52.125) Budget 2010: Fr. 1.5 Mio. Rest budgetiert bis 2011. Reigoldswil Zuleitungskanal zum Mischwasserbecken Landratsvorlage geplant Total ca. Fr. 0.8 Mio. (Konto 2341.501.52.120) Budget 2010: Fr. 0.8 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: In der Laufenden Rechnung keine, da gebühren-finanziert	Frenketal (Konto Neu 23061.078) Die Planung ist aufgrund vertiefter Abklärungen leicht verzögert. Die Planungsarbeiten werden 2011 innerhalb des Kredits abgeschlossen. Ergolztal (Konto Neu 23061.075/076/077) Projekt ist weitgehend abgeschlossen. Birsigtal (Konto Neu 23061.079) LRB Nr. 1897 vom 6. Mai 2010, Verpflichtungskredit von Fr. 1.3 Mio. (Vorlage Nr. 2010 / 037 vom 26. Januar 2010) Die Massnahmen werden erst 2011 ausgeführt. Kanalsanierungen Sissach (Konto Neu 23061.125) LRB Nr. 1896 vom 6. Mai 2010, Verpflichtungskredit von Fr. 2.6 Mio. (Vorlage Nr. 2010 / 036 vom 26. Januar 2010) Die Arbeiten werden 2011 abgeschlossen. Reigoldswil Zuleitungskanal (Konto Neu 23061.120) Das Projekt wird erst in Kombination mit der geplanten Strassensanierung Reigoldswil ausgeführt.
-------------	--	--	---

Nr. 4.06.07	Werterhaltung der Infrastruktur im Bereich Abfallentsorgung Reaktoretappen 6 - 8 Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1993 / 1396, 1997 / 1161 Total: Fr. 24.57 Mio. (Konto 2343.501.60.013/018/019) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 19'891'885.32 Budget 2009: Fr. 0.5 Mio. Budget 2010: Fr. 0.3 Mio. Rest ab 2011.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Gebühren-finanziert	Reaktoretappen 6 – 8 (Konto Neu 23063.313/318/319) Ausschöpfung per Ende 2010: Fr. 20.14 Mio. Mit dem Ausbau der Reaktoretappe werden abhängig von der Menge des eingelieferten Materials Trenndämme und Entwässerungsleitungen gebaut. Die zeitliche Gestaltung des Ausbaus richtet sich nach der Menge des angelieferten Materials.
Nr. 4.06.10	Gewinnung Neukunden, Standortvorteile zur Industrieansiedlung nutzen Gewinnung von neuen Kunden und gezielte Ansiedlungen von Industriebetrieben, die Prozesswärme benötigen, zusammen mit der Wirtschaftsförderung des Kantons, durch Nutzung des Standortvorteils der vorhandenen Hoch- und Mitteltemperaturnetze der Fernwärme. Gewinnung von neuen Fernwärmekunden Netzausbau Nord Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1994 / 1741 Total: Fr. 15.0 Mio. (Konto 2344.503.30.188) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 13'818'563.04 Budget 2009: Fr. 0.5 Mio. Budget 2010: Fr. 0.8 Mio. Fernwärme Kriegacker MuttENZ, Ersatz Wärmepumpe Für Sanierung Landratsvorlage geplant Total ca.: Fr. 1.5 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Gebühren-finanziert	Fernwärme Netzausbau Nord (Konto Neu 23064.588) Es konnten nicht so viele Kunden akquiriert werden wie erwartet. Fernwärme Kriegacker MuttENZ, Ersatz Wärmepumpe (Konto 23064.575) Die Investition konnte 2010 bis auf geringe Optimierungen abgeschlossen werden. Wegen Dringlichkeit (Subvention Bund) wurde auf eine Landratsvorlage verzichtet (RRB Nr. 1185 vom 11. August 2009).

Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung A Grenzüberschreitende Raumentwicklung Strategische Zielsetzungen Partnerschaftliche Gestaltung des Lebens- und Wirtschaftsraumes der Region Basel. Zusammen sind die Infrastrukturen für die Erreichbarkeit der Trinationalen Agglomeration auszubauen und zu betreiben. Wir haben miteinander die Sorge um die Umwelt und die Landschaften zu tragen. Für diese Zukunftsaufgaben ist eine gemeinsame Organisation einzurichten. Mit der Gründung des Trinationalen Eurodistricts Basel wird in den kommenden Monaten ein wichtiger Schritt zur Entwicklung und Gestaltung der gemeinsamen Zukunft getan.		↓ Amtsbericht 2010
Nr. 4.07.01	Einzelne Massnahme Entwicklung des Trinationalen Eurodistricts Basel (TEB) Umsetzen der Schlüsselprojekte und Etablierung einer neuen Organisationsform (Eurodistrict Basel) mit neuen Inhalten und Aufgaben. Lancierung mehrerer Interreg IV-geförderter Projekte, zum Beispiel Vertiefungsstudie Raum Basel West - Allschwil - Hégenheim - Sundgau, welche die Bereiche Grundlagen, Motorisierter Individualverkehr (MIV), Öffentlicher Verkehr (ÖV), Park & Ride (P & R) und den Langsamverkehr (LV) untersuchen soll. Budget 2010: Fr. 0.024 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: RPS (BL+BS) 0.024 Mio. Fr.	Das Change Management der TAB-Organisation zur TEB-Organisation ist vollumfänglich geglückt und bereits gut erprobt. Als grössere Interreg-Projekte werden durch die TEB zukünftig die Internationale Bauausstellung (IBA) (mit einer von der TEB abgekoppelten Organisationsstruktur) sowie das Mobilitätsprojekt Allschwil - Hegenheim getragen. Das Mobilitätsprojekt wird mit einem Jahr Verspätung aufgenommen, weil sich in der ersten Ausschreibung kein Anbieter gefunden hat.
Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung B Kantonale Raumentwicklung und Ortsplanung Strategische Zielsetzungen Kantonale Raumentwicklung: Umsetzung des Richtplans, Abstimmungstätigkeiten, Planungsprojekte (Salina Raurica, Dreispitz). Ortsplanung: Sicherung einer qualitativ hochwertigen baulichen Entwicklung und einer hohen Lebensqualität. Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit zwecks koordinierter Entwicklung der Ballungsräume. Diese Massnahmen dienen konkret der ortsbaulichen Qualität, der Sicherung und Gestaltung der Freiräume, der Wohn- und Naherholungsqualität und der Abstimmung von Siedlungsentwicklung und Verkehr.		↓ Amtsbericht 2010

Nr. 4.07.10	Einzelne Massnahme Kantonaler Richtplan Umsetzung des Kantonalen Richtplans und Aufbau der Raumbeobachtung BL (Vollzugs- und Wirkungscontrolling des Kantonalen Richtplans). Budget 2010: Fr. 0.03 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.03 Mio. Fr.	Der Kantonale Richtplan (KRIP) wurde am 8. September 2010 vom Bundesrat mit Auflagen genehmigt. Das methodische Raster für das Vollzugs- und das Wirkungscontrolling steht und die Software-Plattform wurde im Zuge eines IT-Projektes entwickelt. Das Indikatoren basierte Controlling kann 2011 beginnen und wird auf dem Internet präsentiert.
Nr. 4.07.11	Raum- / Umweltbeobachtung Die Umweltbeobachtung im Amt für Raumplanung (ARP) beschränkt sich auf die Entwicklung der Lärmbelastung. Ergebnis sind periodisch erstellte Berichte und / oder Karten. Budget 2010: Fr. 0.04 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.04 Mio. Fr.	Im Zuge der bundesrechtlich geforderten Raumbeobachtung wurden die Analysen "Bauen ausserhalb der Bauzone" und "Bauzonenstatistik" sowie ein fortlaufendes Monitoring der Entwicklung der Fruchtfolgeflächen durchgeführt. Zur fortlaufenden Identifikation von Innenentwicklungspotenzialen und inneren Nutzungsreserven wurde ein Datenmodell erstellt. Im Rahmen eines IT-Projektes wird dazu eine Software-Plattform entwickelt, um den Erhebungs-Workflow zu vereinfachen bzw. den Erhebungsaufwand zu reduzieren.
Nr. 4.07.12	Agglomerationsprogramm Das Agglomerationsprogramm Basel wurde Ende 2007 beim Bund eingereicht. Der Prüfbericht des Bundes wurde Anfang 2009 den Agglomerationen zur Vernehmlassung zugestellt. Der Regierungsrat hat dazu mit RRB Nr. 498 vom 31. März 2009 Stellung genommen. Das weitere Vorgehen ist noch offen. Zur Umsetzung des Agglomerationsprogramms ist vorgängig eine Trägerschaft zu etablieren. Budget 2010: Fr. 0.03 Mio. (Anteil BL).	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.03 Mio. Fr. (Anteil BL)	Mit der Gründung der Geschäftsstelle für das Agglomerationsprogramm konnte organisatorisch im Herbst 2010 ein Meilenstein gesetzt werden. Dafür hat der Landrat 200 Stellenprozente bewilligt. Der Geschäftsleiter wird seine Arbeit am 1. Februar 2011 mit Arbeitsort in Liestal aufnehmen. Inhaltlich ist aufgrund der Vorgaben des Bundes für ein kohärentes Agglomerationsprogramm ein Zukunftsbild für den Agglomerationsraum Basel entwickelt worden, welches den Hintergrund bzw. die Basis für alle beim Bund einzureichenden Projekte für die 2. Generation (Mittelfreigabe ab 2015) sein wird.

Nr. 4.07.13	Salina Raurica Nach Genehmigung des Projektes Anfang 2009 wird die Projektierung der Infrastrukturmassnahmen begonnen, im Wesentlichen die Projektierung des Längi-Parks, des Rhein-Parks, der Rheinstrassenverlegung sowie des Tram-Korridors und neuer Haltestellen. Die Projektorganisation, das Gebietsmanagement und die Öffentlichkeitsarbeit werden aufgebaut. Erste Baumassnahmen beginnen nach der Projektierungsphase. Mehrere Landratsvorlagen. Budget 2010: Fr. 1.85 Mio. (nur ARP).	Finanzielle Auswirkungen 2010: 1.85 Mio. Fr. (nur ARP)	Die Projektorganisation besteht aus einer Projektleitung und einer strategischen Projektführung, die von Regierungspräsident Jörg Krähenbühl geleitet wird und die Gemeindepräsidenten von Augst und Pratteln einbezieht. Insgesamt hat die Projektleitung an elf Sitzungen folgende Schwerpunkte behandelt: - Führung der künftigen Tramlinie, - Grösse und Funktion des künftigen Längi-Parks, - Mobilitätsmanagement und Modal-Split, - Verlegung der Rheinstrasse, - Einbezug der Grundeigentümer und der Gemeinden in die weiteren Planungsschritte, - Öffentlichkeitsarbeit.
Nr. 4.07.15	Modellvorhaben "Überkommunale Freiflächenkonzeption Birs-Stadt" Diese Massnahme dient der Koordination und der Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit. Das Modellvorhaben wird von Bund und Gemeinden unterstützt. Nach der Erarbeitung einer Konzeption zu den Freiflächen und der nachfolgenden Diskussion innerhalb der Gemeindebehörden erfolgen nun einerseits die Weiterentwicklung dieser Konzeption (Finanzierung, Verbindlichkeit etc.) sowie gleichzeitig die Umsetzung eines Startprojektes als erster Schritt zur Umsetzung der gesamten Konzeption. Dies erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden und weiteren Akteuren. Budget 2010: Fr. 0.04 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.04 Mio. Fr.	Die Erarbeitung eines Detailkonzeptes zum Startprojekt "Uferweg" konnte mit einem Massnahmenplan, der zwischen Aesch und Basel verschiedene Massnahmen in den Bereichen Durchgängigkeit, Aufenthaltsbereiche, Sichtbeziehungen und Signalisation vorsieht, soweit abgeschlossen werden. Nach verschiedenen Rückkopplungen wurde eine Priorisierung vorgenommen. Die Gemeinden entscheiden nun, welche dieser priorisierten Massnahmen noch vertiefter bearbeitet werden sollen. Die Auswahl der Gemeinden wird im Frühling 2011 vorliegen. Erste Umsetzungen von Massnahmen können im Jahr 2012 erwartet werden.
Nr. 4.07.16	Polyfeld MuttENZ Begleitung der Planungsvorhaben im Polyfeld MuttENZ im Rahmen der gemeinsamen Trägerschaft mit der Gemeinde MuttENZ. Anfang 2010 wird der Masterplan fertig gestellt sein. Auf dieser Basis werden weitere Planungen an die Hand genommen: kantonale und kommunale Nutzungsplanung, Detailplanung Nachnutzung Deponie Feldreben, Sek II Schule, Sportanlagen, Nachnutzung heutiges Schulareal Kriegacker, Bahnhofsaufwertung etc. Das ARP bzw. die 2010 evaluierte, etablierte und zu finanzierende Trägerschaft ist für die Gesamtkoordination aller Projekte federführend. Budget 2010: Fr. 0.5 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.5 Mio. Fr.	Der Masterplan wird im ersten Quartal 2011 abgeschlossen werden können. Die Verzögerungen ergaben sich einerseits aus der Notwendigkeit, den Stellenwert des Masterplans für die kommenden Planungsschritte definitiv zu klären; andererseits ergaben sich projektbedingte Verzögerungen in den Teilprojekten Neubau FHNW, Deponiesanierung und Verkehrserschliessung. Nach Abschluss des Masterplans wird die Gemeinde MuttENZ das Geschäft federführend übernehmen. Die Rückbau- und Sanierungsarbeiten zur Vorbereitung des Neubaus der FHNW wurden gestartet und dauern voraussichtlich bis April 2011.

Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung C Öffentlicher Verkehr Strategische Zielsetzungen Massnahmen zur Lösung der Verkehrsprobleme, bei welchen der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, sowohl der Linien im Kantonsgebiet wie auch der grenzüberschreitenden, eine wichtige Rolle spielt. Interessenwahrung im Rahmen der interkantonalen sowie schweizerischen Verkehrspolitik. Erarbeitung einer umweltgerechten Lösung für den Gütertransport durch die Region.		↓ Amtsbericht 2010
Nr. 4.07.20	Einzelne Massnahme Ausbau des öffentlichen Verkehrs im Rahmen der Umsetzung des 6. Generellen Leistungsauftrags (2010 - 2013) • Neukonzeption Buslinien im unteren Baselbiet. • Erneuerung der Fahrzeugflotten von BLT und WB. Budget 2010: Fr. 43.9 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 43.9 Mio. Fr.	Die Einführung der neuen Konzepte hat reibungslos funktioniert. Die Nachfrage ist erwartungsgemäss positiv, d.h. weiter gestiegen.
Nr. 4.07.21	Ausbau der Regio-S-Bahn Fertigstellung der Massnahmen im Bereich der Infrastruktur der Haltestellen und des kombinierten Verkehrs (gemäss LRB 2005 / 1018 vom 3. Februar 2005), namentlich der Station Dornach - Arlesheim und der S9. Für den vollständigen Ausbau der Station Laufen wird eine separate Landratsvorlage vorgelegt. Budget 2010: Fr. 6.0 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 6.0 Mio. Fr.	Die neue Station Dornach - Arlesheim konnte dem Verkehr übergeben werden. Als letztes stehen die Arbeiten im Bereich des Busterminals Liestal an. Diese Arbeiten sind plangemäss angelaufen.
Nr. 4.07.23	Weitere Investitionshilfen für die Transportunternehmen (9. Rahmenkredit des Bundes) Investitionshilfe (Beiträge an Investitionen Dritter) an die Transportunternehmen im Rahmen von Leistungsvereinbarungen mit dem Bund. Für die einzelnen Projekte werden Landratsvorlagen betr. Verpflichtungskredite unterbreitet. Budget 2010: Fr. 0.9 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.9 Mio. Fr.	Die Investitionshilfen wurden plangemäss von den Transportunternehmen in Anspruch genommen. Damit wurden umfangreiche Erneuerungs- und Ergänzungsinvestitionen im Bereich der Geleise vorgenommen.
Nr. 4.07.24	Öffentlichkeitsarbeit für die strategischen Verkehrsvorhaben Die Anliegen des Kantons sollen gegenüber dem Bund deutlich mehr Beachtung finden, namentlich das Projekt "Wisenberg-Tunnel". Budget 2010: Fr. 0.05 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.05 Mio. Fr.	Die Lobbyarbeiten der beauftragten Handelskammer beider Basel wurden öffentlichkeitswirksam fortgesetzt (unter anderem mit einer grossen Pressekonferenz).

Nr. 4.07.25	SBB-Juralinie Basel - Delémont Weiterentwicklung der Regio-S-Bahn: Projektierung und Bau von Doppelspurinseln im Laufental sowie von Entflechtungsbauwerken im Raum Muttentz - Pratteln vorantreiben. Budget 2010: Fr. 1.5 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 1.5 Mio. Fr.	Die Planungsarbeiten gingen insbesondere für die Entflechtungsbauwerke in Muttentz und Pratteln weiter. Der Abschluss der Studien wird erst 2011 erfolgen.
Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung D Denkmalschutz Strategische Zielsetzungen Fachgerechte Erhaltung und Schutz von Kulturdenkmälern und Ortsbildern und damit die qualitative Förderung des städtebaulichen Erscheinungsbildes.		↓ Amtsbericht 2010
Nr. 4.07.31	Einzelne Massnahme Unterschutzstellung von historischen Zeugen Angemessene, fachlich einwandfreie Begleitung von Bau- und Renovationsvorhaben bei geschützten Kulturdenkmälern. Budget 2010: Fr. 0.8 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.8 Mio. Fr. (Subvention / Expertisen)	Unterschutzstellungen im Jahr 2010: Arlesheim, "Schleife"; Liestal, Weidstall "Laubiboden"; Burg, Schloss und Schlosskirche Burg; Ormalingen, "Buchhüsli". Baubegleitung: Arlesheim, Dom; Oltingen, Pfarrgarten; Arisdorf, ref. Kirche; Diepfingen, Wohnhaus; Liestal, Villa Scholer usw.
Nr. 4.07.32	Grundlagen: Publikationsreihe "Kunstdenkmäler der Schweiz" - Fertigstellung von Band IV, Bezirk Waldenburg. - Einreichen einer Landratsvorlage zwecks Finanzierung Band V, Bezirk Laufen. - Einreichen einer Landratsvorlage zur Sicherung und Dokumentation der historisch wertvollen Kirchengestaltungen. Budget 2010: Fr. 0.1 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.1 Mio. Fr. (Personal / Sachkosten)	Folgende Manuskripte sind im Laufe des Jahres 2010 fertig gestellt worden: Eptingen, Waldenburg, Hölstein. In Bearbeitung sind: Lauwil, Lampenberg. Für 2011 geplant sind: Liedertswil, Langenbruck, Titterten und Arboldswil.
Nr. 4.07.33	Grundlagen: Überarbeitung von ISOS regional Inventar der geschützten Ortsbilder der Schweiz (Bundesinventar) Sachdienliche Publikation für Gemeinden und Kanton. Kantonsaufgabe: Ortsbilder von regionaler Bedeutung sollen neu bewertet und dokumentiert werden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Bis zum Beschluss des Bundesrates sistiert.	Der Bundesratsbeschluss liegt noch nicht vor.

Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung E Lärmschutz Strategische Zielsetzungen Gesetzeskonforme Sanierung von lärmigen Anlagen bis zum Ablauf der Sanierungsfristen, Förderung der Siedlungsqualität und Vermeidung von neuen Lärmkonflikten durch Prüfung raumplanerisch sinnvoller Tätigkeiten und Massnahmen.		↓ Amtsbericht 2010
Nr. 4.07.40	Einzelne Massnahme Emissionskataster 2010 Basis zur Ermittlung der Strassen-Lärmimmissionen, Abschluss voraussichtlich 2011. Ergebnis sind darauf abgestützte Lärmsanierungsprojekte mit einer Umsetzungsfrist bis 2018. Budget 2010: Fr. 0.05 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.05 Mio. Fr.	Der Emissionskataster Strassen besteht zu einem grossen Teil aus regelmässig zu aktualisierenden Parametern. Der wichtigste ist die akustische Belagskorrektur, die vom Belagstyp, -alter und -zustand abhängt. Es wurde ein modernes Messsystem entwickelt, womit im Jahre 2011 kosteneffiziente Aussagen über das gesamte Strassennetz möglich werden. Mit den erzielten Aussagen kann ein qualitativ hochstehender, flächendeckender Strassenlärmkataster als Basis für Lärmsanierungsprojekte erstellt werden.
Nr. 4.07.41	Lärmsanierung Gemeindestrassen Ca. 50 Gemeindestrassen sind sanierungspflichtig. Gemeinden erarbeiten Lärmsanierungsprojekte. Sicherstellung der Umsetzung der eidgenössischen und kantonalen Sanierungsvorgaben bis 2018. Genehmigung durch kantonale Vollzugsbehörde. Budget 2010: Fr. 0.03 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.03 Mio. Fr.	Bestimmung bzw. Berechnung der Lärmbelastung der am stärksten belasteten Gemeindestrassen. Fachtechnische Begleitung der kommunalen Lärmsanierungsprojekte und Hilfestellung für kommunale Behörden auf der Grundlage des kantonalen Leitfadens zur Strassenlärmsanierung.
Nr. 4.08	Programmpunkt Natur- und Landschaftsschutz Strategische Zielsetzungen Erhaltung und Förderung einer intakten, vielfältigen und charakteristischen Landschaft mit ihrer spezifischen biologischen Vielfalt.		↓ Amtsbericht 2010

Nr. 4.08.01	Einzelne Massnahme Erhaltung und Förderung eines nachhaltig stabilen Landschaftshaushaltes und der Biodiversität Unterschutzstellung und fachgerechter Unterhalt der national und regional bedeutsamen Naturobjekte (inkl. Umsetzung der Bundesinventare, Naturschutzdienst). Budget 2010: Fr. 1.6 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 1.6 Mio. Fr.	Umsetzung gemäss Programm.
Nr. 4.08.03	Fortsetzung des Programms "Ökologischer Ausgleich Fortsetzung des Programms "Ökologischer Ausgleich im Landwirtschaftsgebiet" (inkl. Erfolgskontrolle). Budget 2010: Fr. 4.5 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 4.5 Mio. Fr.	Umsetzung gemäss Programm.
Nr. 4.08.04	Fortsetzung des Programms "Naturschutz im Wald" Fortsetzung des Programms "Naturschutz im Wald" (inkl. Erfolgskontrolle). Budget 2010: Fr. 1.9 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 1.9 Mio. Fr.	Umsetzung gemäss Programm.
Nr. 4.08.05	Unterschutzstellung von Naturobjekten Budget 2010: Fr. 0.05 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.05 Mio. Fr.	Umsetzung gemäss Programm.
Nr. 4.08.08	Umsetzung der Leistungsvereinbarung Natur und Landschaft mit dem Bund		Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) führte am 11. November 2009 die Stichprobenkontrolle durch. Die Umsetzung erfolgte bisher programmgemäss.
Nr. 4.08.10	Konzeption und Umsetzung Artenschutz Budget 2010: Fr. 0.1 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.1 Mio. Fr.	Konzept- / Vorprojektarbeiten sind gestartet (werden durch das Institut für Natur-, Landschaft- und Umweltschutz der Universität Basel erarbeitet).

Teil 5 Sicherheitsdirektion (SID)

Die Sicherheitsdirektion hatte im Jahr 2010 grosse Herausforderungen und Veränderungen zu bewältigen.

Im Berichtsjahr wurden die organisatorischen Strukturen der neuen Staatsanwaltschaft geschaffen. Diese gliedert sich in die Hauptabteilungen Arlesheim, Laufen, Liestal, Sissach, Waldenburg und in die Hauptabteilung Organisierte Kriminalität / Wirtschaftskriminalität. Die Erste Staatsanwältin und die Leitenden Staatsanwältinnen und Staatsanwälte wurden vom Landrat gewählt und die Mitarbeitenden angestellt. Das Personal der neuen Staatsanwaltschaft und der Polizei wurden in die neue Strafprozessordnung eingeführt und in ihrer Handhabung geschult. Am 1. Januar 2011 ist die neue Staatsanwaltschaft erfolgreich an den verschiedenen Standorten gestartet.

Im Jahr 2010 wurden verschiedene familienpolitische Schwerpunkte gesetzt: Der Familienbericht, der sich mit der ökonomischen Situation der Baselbieter Familien befasst, wurde fristgerecht fertig gestellt und wird im 1. Quartal 2011 erscheinen. Das Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich, welches die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Erziehungsberechtigte im Frühbereich erleichtern soll, wurde von der Justiz- und Sicherheitskommission zuhänden des Landrates verabschiedet. Zudem wurde geprüft, ob im Rahmen der Gewaltprävention Kurse mit Erziehungsangeboten für Eltern durchgeführt werden sollen. Wichtig ist, dass diese Elternkurse sowohl präventive als auch repressive Inhalte umfassen und Schulen sowie Gesundheitsdienste miteinbezogen werden. Als nächster Schritt wird dem Regierungsrat eine Projektorganisation vorgeschlagen, in welcher die massgebenden Bereiche vertreten sein werden.

Die polizeiliche Aufgabenverteilung zwischen den Gemeinden und dem Kanton wurde durch die Arbeitsgruppe "Aufgabenverteilung Gemeindepolizeien - Polizei Basel-Landschaft" mit sieben Gemeindevertretern/innen und fünf Kantonsvertretern/innen behandelt. Die vielfältigen Aufgaben der Gemeinden und des Kantons sollen klar definiert und in einer Teilrevision des Polizeigesetzes und des Gemeindegesetzes festgehalten werden. Die Arbeiten der paritätischen Arbeitsgruppe stehen kurz vor dem Abschluss. Der Regierungsrat wird im 2. Semester 2011 die Vernehmlassungsvorlage unterbreiten können.

Im Bereich des Bevölkerungsschutzes wurden die Warn- und Alarmierungsprozesse im Kanton Basel-Landschaft weiter entwickelt. Dies hat sich bei den angespannten Wetter- und Gewässerlagen vom 14. und 15. August 2010 sowie vom 7. Dezember 2010 bewährt. Zudem soll geprüft werden, ob das Projekt des interkantonalen Hochwasserwarnsystems entlang der Birs in die interkantonale Birkommission integriert werden soll. Im Bereich der Naturgefahren wurden verschiedene Szenarien erarbeitet, die nun Grundlage für die Gefährdungsanalysen von Krisenlagen bilden.

Im Bereich der Risikoeinschätzung von Personen in Untersuchungshaft und im Straf- und Massnahmenvollzug wurden die definierten internen Abläufe für die Risikoeinschätzungen und für die Früherkennung überprüft und wo nötig ergänzt. Dieses Thema ist ein Dauerauftrag und die Entwicklung auf diesem Gebiet wird sorgfältig und eng beobachtet.

Im Zentrum der Gesetzgebungsarbeiten standen im Berichtsjahr die Einführungsgesetze zur Eidgenössischen Jugendstrafprozessordnung und zur Schweizerischen Zivilprozessordnung, das Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich, das Informations- und Datenschutzgesetz, die Teilrevision des Polizeigesetzes sowie die Vorarbeiten zum Schweizerischen Erwachsenenschutzrecht.

Nr. 5.01	Programmpunkt Polizei Strategische Zielsetzungen Die polizeiliche Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden soll in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen überprüft und optimiert werden. Ziel ist es, die Sicherheit im Kanton weiterhin auf einem hohen Niveau zu gewährleisten. In die Abklärungen sollen auch erprobte und bewährte Lösungsmodelle aus anderen Kantonen einbezogen werden. Es gilt, auch polizeiseitig eine erfolgreiche Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung zu gewährleisten.	
Nr. 5.01.10	Einzelne Massnahme Erfahrungsbericht zur Neuorganisation der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung Ein Ziel der Neuorganisation der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung ist die optimierte Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden. Deshalb sollen die entsprechenden Arbeitsabläufe der neuen Sicherheitspolizei West und Ost ausgewertet werden. Weiter ist zu prüfen, ob die Bürgernähe nochmals verstärkt werden konnte und die Optimierung des Community Policing erreicht worden ist. Zudem wird die Einsatzstärke der neuen Einsatzpatrouillen (mobile Polizei) überprüft. Ebenfalls neu ist die Abteilung Planung und Einsatz in Arlesheim. Hier sollen die Arbeitsabläufe implementiert und anschliessend auf ihre Wirksamkeit untersucht werden. Insbesondere soll der Erfolg von Schwerpunktmassnahmen - wie zum Beispiel Einbruchprävention oder Ordnungsdiensteinsätzen bei speziellen Lagen - ausgewertet werden. Ziel ist es bei allen Themenbereichen, dem Kantonsparlament bis Ende 2010 einen Erfahrungsbericht zu unterbreiten, so wie es der Landrat in seinem Beschluss zur Vorlage 2008 / 177 vom 15. Januar 2009 vorgesehen hat.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine
		Der vom Landrat mit Beschluss vom 15. Januar 2009 angeforderte Evaluationsbericht betreffend Projekt "Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung" wurde fertig erstellt und wird im 1. Quartal 2011 vom Regierungsrat zuhanden des Landrates verabschiedet werden.

Nr. 5.01.13	Qualitätssicherung in der Kriminaltechnik Das Grobkonzept für ein Qualitätsmanagementsystem ist erstellt. Nun geht es in der nächsten Projektphase um die Planung der Archivorganisation (Ein- und Ausgang der Spuren und deren Ablage). Sobald die Raumverdichtung in der Gutsmatte definitiv umgesetzt ist, sind bauliche Anpassungen vorzunehmen.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.030 Mio. Fr.	Die letzten baulichen Anpassungen aufgrund der Raumverdichtung in der Gutsmatte sind noch nicht vollständig abgeschlossen. Die Einführung eines Spurenmanagements steht jedoch kurz bevor. Die sehr individuellen, bereits in vereinzelt Kantonen erfolgten Akkreditierungen kriminaltechnischer Dienste haben dazu geführt, dass die eidgenössische Akkreditierungsbehörde in Anbetracht der Häufung unterschiedlicher Abläufe einen Stopp verfügt hat und eine Harmonisierung verlangt. In Anbetracht dieser neuen Ausgangslage wird gegenwärtig geprüft, ob und wie eine vorgängige Harmonisierung mit anderen Kantonen vorgenommen werden kann.
Nr. 5.01.25	Projekt Aus- / Weiterbildung Die laufenden Veränderungen in der Organisation und die Reform eines umfassenden Aus- und Weiterbildungskonzepts haben gezeigt, dass die Personalentwicklung von der Aus- und Weiterbildung losgelöst bearbeitet werden muss. Auf dieser Grundlage wurde die vorliegende Zielformulierung neu definiert und terminiert. Die Polizei Basel-Landschaft wird das Konzept betreffend der internen Aus- und Weiterbildung umfassend überarbeiten. Der Aufbau des neuen Konzeptes wird auf den Lerninhalten der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IPH) sowie den entsprechenden korpsinternen Grundausbildungsblöcken basieren. Die Ziele des neuen Konzeptes beinhalten unter anderem eine Klärung resp. Bereinigung der Schnittstellen zwischen der Ausbildungsabteilung und den operativen Hauptabteilungen (organisatorisch, administrativ, personell → beispielsweise Milizinstruktoren), eine Optimierung der verschiedenen Weiterbildungsaktivitäten (zeitlich, inhaltlich, methodisch → zum Beispiel E-Learning) sowie die Sicherstellung einer ganzheitlichen Bedürfniserhebung. Bis Mitte 2010 soll die Voranalyse abgeschlossen sein und erste Umsetzungsmassnahmen können bis zu diesem Zeitpunkt vorgenommen werden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: ca. 0.035 Mio. Fr.	Die Polizei Basel-Landschaft hat im Jahr 2010 die Themenfelder rund um die Personalarbeit (zum Beispiel Aus- und Weiterbildung, Personalentwicklung, Personaladministration) in einer Situationsanalyse beleuchtet. Auf der Basis dieser Analyse wurde ein neuer Bereich „Human Resources“ definiert. Die Umsetzung der neuen Organisation erfolgt ab 1. Januar 2011 unter Einbezug der betroffenen Mitarbeitenden und der operativen Hauptabteilungen. Die im Entwurf fertig gestellte Voranalyse zum Aus- und Weiterbildungskonzept wurde vorerst sistiert, um deren Implementierung im ganzheitlichen Rahmen der neuen HR-Organisation zu ermöglichen.

Nr. 5.01.27	Risikoanalyse Einsatzleitzentrale Zur Ausfallsicherheit der heutigen Einsatzleitzentrale der Polizei Basel-Landschaft im Polizeigebäude Gutsmatte in Liestal muss mit Bezug auf das Gebäude und die technischen Einrichtungen eine Risikoanalyse erstellt werden. Die Risikoanalyse dient als Entscheidungsgrundlage für allfällige weitere Massnahmen zur Gewährleistung der Ausfallsicherheit der Einsatzleitzentrale.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.080 Mio. Fr.	Diese Massnahme steht in Verbindung mit dem Projekt "Umsetzung des Konzepts über die Zusammenarbeit der Ereignisdienste" (siehe Ausführungen zum Programmpunkt Nr. 5.06.07).
Nr. 5.01.28	Überprüfung und Aktualisierung der polizeilichen Aufgabenverteilung zwischen den Gemeinden und dem Kanton Seit über 30 Jahren sind die gemeindepolizeilichen Aufgaben unverändert im Gemeindegesetz festgelegt. Innerhalb dieses Zeitraums haben sich die Rahmenbedingungen für die polizeiliche Aufgabenerfüllung wesentlich verändert (Stichworte: markanter Anstieg des Motorfahrzeugverkehrs, zunehmende Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft). Es fragt sich, ob die aktuelle Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden noch zeitgemäss ist oder ob eventuell andere Lösungen und Regelungen für die Aufgabenverteilung den aktuellen und zukünftigen Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung besser gerecht werden. Im Mai 2009 wurde diese Thematik an einer Fachtagung des Verbands der Basellandschaftlichen Gemeinden (VBLG) und der Sicherheitsdirektion erörtert. Es wurde eine Arbeitsgruppe mit Vertretungen der Gemeinden und des Kantons eingesetzt mit dem Auftrag, die geltende Regelung zu analysieren und neue Lösungsmodelle zu prüfen. Die gemischte Arbeitsgruppe wird dem Regierungsrat die Ergebnisse ihrer Arbeit im Verlaufe des Jahres 2010 vorlegen. Dieser wird anschliessend entscheiden, ob er eine Gesetzesrevision zur Neuordnung der polizeilichen Aufgabenverteilung zwischen den Gemeinden und dem Kanton einleiten will.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Voraussichtlich keine. Allenfalls entstehen geringfügige Kosten für den Beizug einer externen Fachperson.	Die Arbeitsgruppe "Aufgabenverteilung Gemeindepolizeien - Polizei Basel-Landschaft" mit sieben Gemeindevertretern/innen und fünf Kantonsvertretern/innen hat in den Jahren 2009 und 2010 sechs Sitzungen durchgeführt. Die vielfältigen Aufgaben der Gemeinden und des Kantons in diesem Bereich sollen klar definiert und in einer Revision des Polizeigesetzes und des Gemeindegesetzes festgehalten werden. Die Arbeiten der paritätischen Arbeitsgruppe stehen kurz vor dem Abschluss. Der Regierungsrat wird im 2. Semester 2011 die Vernehmlassungsvorlage unterbreiten können.

Nr. 5.01.29	Einkauf gemeindepolizeilicher Dienstleistungen beim Kanton Zwischen den gesetzlich definierten Aufgaben und Zuständigkeiten der Gemeindepolizeien und der Kantonspolizei bestehen zum Teil Überkreuzungen und Unklarheiten. Um die Problematik der heutigen Schnittstellen zwischen Gemeinde- und Kantonspolizei auszuräumen, soll den Gemeinden auf freiwilliger Basis ermöglicht werden, die bisher von der eigenen Gemeindepolizei erbrachten Leistungen künftig beim Kanton einzukaufen. An die Stelle der Gemeindepolizisten und Gemeindepolizistinnen könnten in Zukunft "geleaste" Kantons-polizisten und Kantonspolizistinnen treten, die direkt von der Gemeinde Aufträge erhalten. Die Gemeinden müssten die Personalkosten tragen, wobei im Gegenzug die gemeindepolizeilichen Aufgaben während 365 Tagen und 24 Stunden von der Polizei Basel - Landschaft erfüllt werden. Gesetzesänderungen sind für die Realisierung nicht notwendig. Die Modalitäten werden in einer Vereinbarung zwischen dem Gemeinderat und der Sicherheitsdirektion festgelegt. Vorerst wird das Modell zusammen mit interessierten Gemeinden umgesetzt und erprobt.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Ein Leasing-Modell, bei welchem "geleaste" Kantons-polizisten und Kantonspolizistinnen direkt von der Gemeinde Aufträge erhalten, existiert im Kanton Basel-Landschaft derzeit (noch) nicht. Hingegen bestehen mit den Gemeinden Oberwil und Lausen Vereinbarungen über die Erbringung gemeindepolizeilicher Leistungen durch die Polizei Basel-Landschaft. Im Jahr 2010 ist mit der Stadt Liestal eine Leistungsvereinbarung betreffend eine Pilotphase von zwei Jahren, beginnend am 1. Januar 2011, abgeschlossen worden. Die Gemeinde Muttenz evaluiert zurzeit eine ähnliche Leistungsvereinbarung mit der Polizei Basel-Landschaft.
Nr. 5.01.30	Prüfung zusätzlicher Massnahmen gegen Raser Der Kanton Basel-Landschaft erfüllt bereits viele Punkte des bundesrätlichen Handlungsprogramms "Via Sicura" zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf den Strassen. Der Regierungsrat will die bereits ergriffenen Massnahmen weiterführen und ihre Wirkung nach Möglichkeit noch verstärken. Geprüft werden soll unter anderem die Ausdehnung des jährlichen Verkehrskundeunterrichts auf alle obligatorischen und nicht obligatorischen Schulstufen. Es soll auch abgeklärt werden, ob die Delinquentenschulung auf die Fälle der Ersttäterschaft auszudehnen ist.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Sie richten sich nach den zusätzlichen Massnahmen, die umgesetzt werden. Für 2010 aus heutiger Sicht nicht kostenwirksam.	Der Bundesrat hat in seiner Botschaft vom 20. Oktober 2010 zu "Via Sicura" die Ausdehnung der Nachschulung fehlbarer Lenker vorgeschlagen. Danach sollen diese Kurse für die ganze Schweiz einheitlich festgelegt werden. Deshalb macht es keinen Sinn, wenn der Kanton in der Zwischenzeit eigene Kurse definiert. Es ist die Bundeslösung abzuwarten. Das Geschäft liegt nun bei den eidgenössischen Räten. Die wünschbare Ausdehnung des jährlichen Verkehrsunterrichts auf alle obligatorischen und nichtobligatorischen Schulstufen ist mangels Personal aus finanziellen Gründen zur Zeit nicht realisierbar.

Nr. 5.02	Programmpunkt Migration / Integration Strategische Zielsetzungen Sprache ist der "Schlüssel zur Integration" - deshalb wird der Sprachförderung im Jahr 2010 erneut hohe Priorität eingeräumt. Die Fachstelle für Integration und die Kantonale Integrationskonferenz unterstützen und koordinieren die Umsetzung des mit dem Bund vereinbarten Schwerpunktprogramms "Sprache und Bildung". Die Gemeinden sollen in Bezug auf die Wichtigkeit, die ihnen das eidgenössische Ausländergesetz und die kantonale Gesetzgebung bei der Integrationsaufgabe zumessen, noch stärker sensibilisiert werden. In einer mit Basel-Stadt gemeinsam geführten Integrationsdatenbank sollen alle Interessierten massgeschneiderte Integrationsangebote finden können.		
Nr. 5.02.02	Einzelne Massnahme Schwerpunktprogramm "Sprache und Bildung 2009 - 2011" Das mit dem Bund vereinbarte Schwerpunktprogramm ist im Jahr 2010 zu vertiefen und gestützt auf die bisherigen Erfahrungen in der Praxis umzusetzen. Bei den Sprachförderkursen ist der Ausländerdienst Baselland der wichtigste Partner und Anbieter.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.900 Mio. Fr.	Im Berichtsjahr wurden insgesamt 25 Sprachförderkurse mitfinanziert. Gegenüber 2009 bedeutet dies eine Zunahme um 30 Prozent. Gleichzeitig wurden Projekte im Bereich "Soziale Integration" und "Integration durch Information und Kommunikation" unterstützt, die fast alle auch Komponenten von Sprachförderung und Bildung beinhalten. Wichtigster Partner für den Sprachförderbereich war der Ausländerdienst Baselland.
Nr. 5.02.03	Integrationsdatenbank (Informationskonzept) Über eine Integrationsdatenbank Baselland - Basel-Stadt sollen Gemeindesozialdienste (Zuweiser), Ausländerinnen und Ausländer, Projektträgerorganisationen sowie Interessierte das für sie richtige Integrationsangebot finden können. Die Datenbank ist Teil eines breitgefächerten Informationskonzeptes.	Finanzielle Auswirkungen 2010: ca. 0.020 Mio. Fr.	In enger Zusammenarbeit mit der GGG Basel konnte die Integrationsdatenbank auf den neusten Stand gebracht werden. Ab Januar 2011 steht sie allen Benutzerkreisen zur Verfügung. Dieses Instrument vermindert den administrativen Aufwand für die Fachstelle Integration wesentlich. Im Hinblick auf den Relaunch wurde der erste Newsletter der Fachstelle Integration an zirka 3000 E-Mail-Adressen über diese Datenbank versandt.
Nr. 5.02.04	Definition der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und dem Kanton Integration ist eine Verbundaufgabe, an der Bund, Kantone und Gemeinden partizipieren. Im Kanton Basel-Landschaft sind die Aufgaben des Kantons und der Gemeinden im Bereich der Integration im kantonalen Integrationsgesetz festgelegt. Damit Kanton und Gemeinden ihre Aufgaben optimal erfüllen können, ist die Zusammenarbeit zu definieren und weiter zu entwickeln.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Rund die Hälfte aller Baselbieter Gemeinden wurde bisher vom Kantonalen Integrationsbeauftragten persönlich besucht. Die gegenseitigen Erwartungen und Herausforderungen sowie Formen der Zusammenarbeit standen im Zentrum der Gespräche. Alle besuchten Gemeinden haben nun einen kommunalen Integrationsbeauftragten bestimmt und der Fachstelle gemeldet. Informations- und Erfahrungsaustausch sowie Weiterbildungs- und Sensibilisierungsmassnahmen dürften für die künftige Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Vordergrund stehen.

Nr. 5.03	Programmpunkt Jugendanwaltschaft / Jugend Strategische Zielsetzungen Es sind die notwendigen Vorkehren zu treffen, damit die neue Schweizerische Jugendstrafprozessordnung ab 1. Januar 2011 im Kanton vollzogen werden kann.		
Nr. 5.03.09	Einzelne Massnahme Einführungsgesetz zur Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung Am 1. Januar 2011 wird zusammen mit der Schweizerischen Strafprozessordnung und der Schweizerischen Zivilprozessordnung auch die Schweizerische Jugendstrafprozessordnung in Kraft treten. Die Schweizerische Strafprozessordnung bringt eine Vereinheitlichung des Prozessrechts in der ganzen Schweiz und löst die kantonalen Jugendstrafprozessordnungen ab. Damit die Schweizerische Jugendstrafprozessordnung im Kanton Basel-Landschaft vollzogen werden kann, muss das basellandschaftliche Einführungsgesetz am 1. Januar 2011 in Kraft treten. Dies setzt voraus, dass der Landrat das Einführungsgesetz im Verlauf der 1. Hälfte 2010 beschliessen kann.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Das Einführungsgesetz zur Schweizerischen Jugendprozessordnung, welches der Landrat an seiner Sitzung vom 23. September 2010 mit 4/5 Mehr beschlossen hat, wurde auf den 1. Januar 2011 in Kraft gesetzt.
Nr. 5.04	Programmpunkt Staatsanwaltschaft Strategische Zielsetzungen Es sind die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Staatsanwaltschaft ab Januar 2011 ihre Aufgaben gemäss der Schweizerischen Strafprozessordnung wahrnehmen kann. Bis zu diesem Zeitpunkt muss sichergestellt sein, dass die heutige Staatsanwaltschaft, die Statthalterämter und das Besondere Untersuchungsrichteramt ihre heutigen Aufgaben bis Ende 2010 erfüllen können.		

Nr. 5.04.04	Einzelne Massnahme Einführung der neuen Staatsanwaltschaft Die Schweizerische Strafprozessordnung wird am 1. Januar 2011 in Kraft treten und die kantonalen Strafprozessordnungen ablösen. Die Stimmberechtigten des Kantons haben der Verfassungsänderung und dem kantonalen Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung am 17. Mai 2009 zugestimmt. Gemäss dem Gesetz werden die heutigen fünf Bezirksstatthalterämter, das Besondere Untersuchungsrichteramt und die Staatsanwaltschaft zur neuen Staatsanwaltschaft vereinigt. Die neue Staatsanwaltschaft wird sowohl die Untersuchungsfunktion als auch die Anklagefunktion wahrnehmen. Das "Staatsanwaltschaftsmodell" führt zu tiefgreifenden Veränderungen bei den Strafverfolgungsbehörden. Besonders betroffen sind die Mitarbeitenden. Die Meisten von ihnen werden in der neuen Staatsanwaltschaft eine stark veränderte Aufgabe ausüben. Das Kantonsgericht und die Sicherheitsdirektion haben eine gemeinsame Projektorganisation eingesetzt, welcher die Vorbereitungen für die neue Staatsanwaltschaft übertragen sind. Dazu gehören primär die Erarbeitung der organisatorischen Strukturen der neuen Staatsanwaltschaft und die Überführung der heutigen Mitarbeitenden in die neue Organisationseinheit. Vorrangiges Ziel ist, dass bis Mitte 2010 jeder Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin weiss, welches sein oder ihr Arbeitsplatz in der neuen Staatsanwaltschaft sein wird. Bei der Polizei Basel-Landschaft sind die Abläufe mit den Strafverfolgungsbehörden den geänderten Gegebenheiten anzupassen. Die gerichtspolizeilich tätigen Mitarbeitenden der Polizei Basel-Landschaft werden in der Anwendung der Schweizerischen Strafprozessordnung geschult.	Finanzielle Auswirkungen 2010: ca. 0.4 Mio. Fr. (einmalig)	Im Berichtsjahr wurden die organisatorischen Strukturen der neuen Staatsanwaltschaft geschaffen. Sie gliedert sich in die Hauptabteilungen Arlesheim, Laufen, Liestal, Sissach, Waldenburg und in die Hauptabteilung Organisierte Kriminalität / Wirtschaftskriminalität. Die Erste Staatsanwältin und die Leitenden Staatsanwältinnen und Staatsanwälte wurden vom Landrat gewählt und die Mitarbeitenden angestellt. Die Mitarbeitenden der neuen Staatsanwaltschaft und der Polizei wurden in die neue Strafprozessordnung eingeführt und in ihrer Handhabung geschult. Am 1. Januar 2011 ist die neue Staatsanwaltschaft erfolgreich an den verschiedenen Standorten gestartet.
Nr. 5.05	Programmpunkt Strafvollzug /Freiheitsentzug Strategische Zielsetzungen Die Sicherheitsdirektion wird einen Tätigkeitsschwerpunkt beim Thema "Gefährliche Straftäter" setzen und ihre Kompetenz für professionelle Risikoeinschätzungen verstärken. Zur Verstärkung des Opferschutzes soll geprüft werden, wie Opfer von Straftaten noch besser vor weiteren Beeinträchtigungen geschützt werden können. Eine solche Möglichkeit stellt zum Beispiel die Einschränkung des Bewegungsspielraums von Tätern nach der Haftentlassung mittels Electronic Monitoring dar.		

Nr. 5.05.05	Einzelne Massnahme Electronic Monitoring (EM) / Besondere Projekte EM soll in besonderen Fällen zum Opferschutz eingesetzt werden, beispielsweise auch in Fällen von häuslicher Gewalt oder Stalking. Es soll erreicht werden, dass das Opfer in seiner Lebensqualität weniger beeinträchtigt ist, weil es weiss, dass die Bewegungsfreiheit des Täters zeitlich und / oder örtlich eingeschränkt ist, auch wenn dieser nicht in Haft ist. Weisungen im Zusammenhang mit Strafverfahren oder -vollzug enthalten oft auch eine Abstinenzkontrolle. Die aktuelle Technik erlaubt es, diese Kontrolle mittels EM durchzuführen. Im Rahmen eines Testlaufs soll geprüft werden, ob dieses Vorgehen auch im Kanton Basel-Landschaft sinnvoll angewendet werden kann.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Zur Zeit noch nicht bezifferbar	Zur Bearbeitung dieses Projekts wurde eine breit abgestützte Arbeitsgruppe (Polizei, Strafverfolgungsbehörden, Beratungsstellen, Opferhilfe, Bewährungshilfe und andere) eingesetzt. In Untergruppen werden zurzeit die folgenden Fragestellungen geprüft: • Rechtliche Grundlagen? • Welche Massnahmen für welche Fälle: Wie kann die Gefährdungslage im Voraus eingeschätzt werden? • Technische und operative Umsetzung, 24h-Dienst; Kosten. Nach Klärung wird voraussichtlich im Jahr 2011 der Testlauf stattfinden können.
Nr. 5.05.09	Risikoeinschätzungen von Personen in Untersuchungshaft und im Straf- und Massnahmenvollzug Die Sicherheitsdirektion wird zusammen mit der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion und den Gerichten prüfen, welche Massnahmen und Verfahren - bessere Koordination der bestehenden Möglichkeiten sowie allenfalls neue Angebote - im Kanton anhand zu nehmen sind. Dabei sollen generell die Abläufe bei gefährlichen Angeschuldigten und Straftätern überprüft und, wo nötig, optimiert werden. In Anbetracht der Komplexität der Materie ist eine vertiefte Zusammenarbeit mit Fachstellen auch ausserhalb des Kantons nötig.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Zur Zeit noch nicht bezifferbar	Der Kanton Zürich hat einen Modellversuch gestartet (ROS: Risikoorientierter Sanktionenvollzug). Dieses System wird jedoch frühestens 2012 für andere Kantone offen stehen. Dann wird geprüft werden können, welche Elemente davon für den Kanton Basel-Landschaft sinnvoll sein können. Für die Zwischenzeit wurden die definierten internen Abläufe für Risikoeinschätzungen und für die Früherkennung überprüft und wo nötig ergänzt. Dieses Thema ist ein Dauerauftrag und die Entwicklung auf diesem Gebiet wird sorgfältig und eng beobachtet. Dem Thema wird in der laufenden Arbeit ein hoher Stellenwert beigemessen.
Nr. 5.05.10	Massnahmenzentrum Arxhof: Evaluation einer geschlossenen Eintrittsabteilung Die Problematik der potentiellen Klientel verschiebt sich stetig von Sucht- hin zu Gewaltthemen. Zusätzlich sind auch die Bedürfnisse der einweisenden Behörden entsprechend differenzierter geworden. Deshalb wird evaluiert, ob das bewährte offene Angebot des Massnahmenzentrums Arxhof noch den Bedürfnissen des Straf- und Massnahmenvollzugs entspricht und in dieser Form unverändert fortgeführt werden soll. Geprüft wird insbesondere die Einrichtung einer geschlossenen Eintrittsabteilung.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Die Idee einer geschlossenen Eintrittsabteilung wurde sorgfältig geprüft, aber nicht umgesetzt, weil das Massnahmenzentrum Uitikon (ZH) zusätzliche geschlossene Plätze auf Kosten von offenen geschaffen hat und dadurch eher einen grösseren Bedarf an offenen Plätzen hervor-gerufen hat. Das Angebot von halbgeschlossenen Plätzen im Eintrittspavillon wird beibehalten. Der Arxhof ist seit längerer Zeit voll ausgelastet und zum Teil überbelegt. Die Nachfrage ist anhaltend gross, so dass eine Konzept-änderung nicht angebracht wäre. Eine geschlossene Abteilung hätte einschneidende, negative Auswirkungen auf das Selbstregulationskonzept.

Nr. 5.06	Programmpunkt Bevölkerungs- und Zivilschutz Strategische Zielsetzungen Vier Themengebiete werden diesen Fachbereich speziell beschäftigen: Von grosser Wichtigkeit ist die Realisierung eines interkantonalen Hochwasserwarnsystems für die Siedlungsgebiete entlang der Birs. Gestützt auf das Konzept über die Zusammenarbeit der Ereignisdienste Basel-Landschaft soll die Einsatzleitzentrale der Sanität in die Einsatzleitzentrale der Polizei Basel-Landschaft integriert werden. Aufgrund des revidierten Bundesgesetzes über den Zivilschutz, das am 1. Januar 2011 in Kraft treten wird, ist das kantonale Zivilschutzgesetz in den Bereichen Ausbildung und Schutzbauten anzupassen (siehe auch Punkt 5.09.23). Es ist Aufgabe des Staates, mögliche Gefährdungen für seine Bevölkerung und sein Gebiet frühzeitig zu erkennen und die vorsorglichen Massnahmen einzuleiten. Weil sich die Risiken - beispielsweise durch die Klimaveränderung und durch die technische Entwicklung - aber stetig verändern und verlagern, müssen mögliche Gefahrenlagen immer wieder neu analysiert und bewertet werden.		
Nr. 5.06.06	Einzelne Massnahme Hochwasserwarnsystem Damit Hochwasserkatastrophen möglichst verhindert werden können, sollen ein Messnetzkonzept und Informatik unterstützte Prozesse für die rechtzeitige Warnung und Alarmierung der Führungs- und Einsatzkräfte der Kantone Bern, Jura, Solothurn, Basel-Landschaft und Basel-Stadt realisiert werden. Dies bedarf einer Vereinbarung zwischen den beteiligten Kantonen.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.020 Mio. Fr.	Anlässlich der Sitzung der Nordwestschweizer Regierungskonferenz vom 7. September 2009 wurde auf Antrag des Kantons Jura das Projekt sistiert. Es soll geprüft werden, ob das Projekt in die interkantonale Birskommission integriert werden soll. Weiter soll abgewartet werden, bis die Arbeitsinstrumente, welche vom Bund vorbereitet werden, vorliegen. Unabhängig von der Entwicklung des interkantonalen Projektes wurden die Warn- und Alarmierungsprozesse im Kanton Basel-Landschaft weiter entwickelt. Dies hat sich bei den angespannten Wetter- und Gewässerlagen vom 14. und 15. August 2010 sowie vom 7. Dezember 2010 bewährt.

Nr. 5.06.07	Umsetzung des Konzeptes über die Zusammenarbeit der Ereignisdienste Basel-Landschaft Vorausgesetzt, der Regierungsrat und der Landrat stimmen 2009 dem Konzept über die Zusammenarbeit der Ereignisdienste Basel-Landschaft zu, soll im Jahr 2010 die Sanitätseinsatzleitzentrale in die Einsatzleitzentrale der Polizei Basel-Landschaft integriert werden. Auf diese Weise soll die Zusammenarbeit und die Kommunikation zwischen den Ereignisdiensten (Polizei, Feuerwehr und Sanität) einfacher, besser und schneller werden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.600 Mio.Fr. für die Integration der Einsatzleitzentrale der Sanität in die Einsatzleitzentrale der Polizei Basel-Landschaft	Das Projekt steht nicht in vorderster Priorität. Es generiert grössere Investitionskosten und erhebliche Folgekosten. Das Projekt wird aktuell auf seine Notwendigkeit hin überprüft. Aufgrund der Finanzlage des Kantons fehlen zur Zeit die finanziellen Mittel für die Realisierung.
Nr. 5.06.09	Gefährdungsanalyse von Krisenlagen Eine Gefährdungsanalyse von Krisenlagen soll in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und dem Kanton Basel-Stadt erstellt werden. Themen sind: Hochwasser, Sturm, Hitze und Trockenheit, Kälte und Schnee, Erdbeben, Strassen-, Schienen- und Schiffsunfall mit Gefahrgut oder Massenanfall von Verletzten, Flugzeugabsturz, Freisetzung von gefährlichen Stoffen in Produktions- und Lagerstätten, Stromausfall, menschliche Epidemie / Pandemie, Tierseuche, schwere Mangellage, Flüchtlingswelle, innere Unruhen und terroristischer Anschlag mit / ohne ABC-Einsatz.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.100 Mio. Fr.	Im Berichtsjahr konnten 24 Referenzszenarien in den Bereichen Naturgefahren, technische und gesellschaftliche Gefahren erarbeitet werden. Diese Szenarien bilden die eigentliche Grundlage für die Analysephase, die im 1. Semester 2011 stattfindet.
Nr. 5.09	Programmpunkt Gesetzgebung / Rechtsetzung Strategische Zielsetzungen Das qualitativ hohe Niveau der kantonalen Gesetzgebung trägt wesentlich zur Rechtssicherheit im Kanton bei. Zurzeit wird die Gesetzgebungsarbeit im Kanton wesentlich bestimmt durch die Schaffung kantonalen Rechtsgrundlagen für die Einführung und die Umsetzung neuer Bundesgesetze (Schweizerische Strafprozessordnung, Schweizerische Jugendstrafprozessordnung, Schweizerische Zivilprozessordnung, Erwachsenenschutzrecht, Zivilschutzgesetz). Die kantonalen Einführungsgesetze zu neuen Bundesgesetzen sind zielgerichtet vorzubereiten, damit die Organisationsstrukturen im Kanton rechtzeitig bereit stehen, um die neuen Bundesgesetze vollziehen zu können.		

Nr. 5.09.21	Einzelne Massnahme Landratsvorlage zur Revision der Taxiverordnung Die landrätliche Verordnung über den Betrieb von Taxis ist revisionsbedürftig. Dabei muss der aktuelle Stand des Binnenmarktgesetzes berücksichtigt und müssen Möglichkeiten der Kooperation mit Basel-Stadt geprüft werden. Zahlreiche Bestimmungen des Taxirechts müssen infolge ihrer Wichtigkeit auf der Stufe des Gesetzes geregelt werden. Ziel ist es, dem Landrat im Laufe des Jahres 2010 eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Ein Gesetzesentwurf wurde erarbeitet und in das Mitberichtsverfahren geschickt. Die Rückmeldungen waren weitgehend positiv, allerdings bedarf ein Aspekt (Zuständigkeit Kanton / Gemeinden) näherer Prüfung. Die Gesetzesvorlage wird im 1. Semester 2011 zur Vernehmlassung unterbreitet.
Nr. 5.09.23	Umsetzung der Volksinitiative "Schutz vor Passivrauchen" Die Stimmberechtigten des Kantons haben die Initiative "Schutz vor Passivrauchen" am 17. Mai 2009 gutheissen. Der Regierungsrat hat das Inkrafttreten auf den 1. Januar 2011 festgesetzt. Damit haben die Gastwirtschaftsbetriebe genügend Zeit, um sich auf die neuen Bestimmungen vorzubereiten, da je nach konkreter Situation einschneidende betriebliche oder bauliche Massnahmen in den Betrieben notwendig sind. In rechtlicher Hinsicht bedingt die Anwendung der neuen gesetzlichen Bestimmungen die Anpassung der Verordnung zum Gastgewerbegesetz.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Der Zeitplan hat sich insofern geändert, als der Bundesrat Ende 2009 relativ unvermittelt das Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen auf den 1. Mai 2010 in Kraft gesetzt hat und damit sinnvollerweise auch das kantonale Recht auf diesen Zeitpunkt in Kraft gesetzt wurde. Die Gastgewerbebetriebe wurden umgehend orientiert; es gab zahlreiche Anfragen und Abklärungen, aber keine besonderen Probleme. Ab und zu wird gemeldet, dass das Rauchverbot missachtet wird; solche Fälle werden direkt mit den betroffenen Betrieben bereinigt.
Nr. 5.09.24	Revision des kantonalen Zivilschutzgesetzes Die Revision der Bundesgesetzgebung per Januar 2011 bedingt Anpassungen des kantonalen Zivilschutzgesetzes in den Bereichen "Ausbildung" und "Schutzbauten". Dazu wird eine Arbeitsgruppe mit Vertretungen aus den Gemeinden (Mitglieder Gemeinderat und Zivilschutzkader) und aus der Sicherheitsdirektion gebildet. Die Arbeitsgruppe wird den Entwurf für eine Vernehmlassungsvorlage erstellen.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Der politische Prozess auf Bundesebene beansprucht mehr Zeit als geplant. Die Beratung zum revidierten Bundesgesetz durch die eidgenössischen Räte erfolgt im 1. Semester 2011. Entwürfe über die Anpassungen in den Verordnungen zum Bundesgesetz liegen noch nicht vor. Eine Analyse über die möglichen Konsequenzen für die kantonalen Rechtsgrundlagen wurde erstellt. Die kantonale Arbeitsgruppe nimmt ihre Tätigkeit nach Vorliegen des Bundesgesetzes auf.
Nr. 5.10	Programmpunkt Weitere Projekte und Dienstleistungen C Häusliche Gewalt / Opferhilfe / Kinderschutz Strategische Zielsetzungen Durch präventive Massnahmen ist die Anwendung von Gewalt wirksam zu verhindern. Kommt es trotzdem zu Gewalt, erhalten die Opfer Unterstützung und Beratung durch die Fachstellen gegen häusliche Gewalt, für Opferhilfe und für Kindes- und Jugendschutz.		

Nr. 5.10.24	Einzelne Massnahme Konsequentes Vorgehen gegen Menschenhandel Menschenhandel tritt vor allem in Form von Frauenhandel, Kinderhandel, als Ausbeutung der Arbeitskraft oder in Form von Organhandel auf. Die Umsetzung von Massnahmen im Bereich Menschenhandel wird in verschiedenen internationalen Übereinkommen gefordert und der Bundesrat hat die Ratifizierung und Umsetzung der UNO-Konventionen gegen den Menschenhandel zu Zielen der Legislaturperiode 2008 - 2012 erklärt. Der Regierungsrat hat 2009 den Bericht inkl. Leitfaden der Arbeitsgruppe "Menschenhandel" genehmigt und sie mit der Umsetzung beauftragt. Dazu gehören der Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit der Fachstelle für Beratung und Begleitung für Opfer von Frauenhandel (FIZ) Makasi sowie Schulungsveranstaltungen zum "Leitfaden Menschenhandel" für die involvierten Stellen.	Finanzielle Auswirkungen 2010: ca. 0.005 Mio. Fr.	Die Leistungsvereinbarung mit der Fachstelle für Beratung und Begleitung für Opfer von Frauenhandel wird dem Regierungsrat im 1. Semester 2011 zur Genehmigung unterbreitet.
Nr. 5.10.25	Bessere Position für Kinder in Scheidungsfällen (Cochemer Modell) Es sollen gemeinsam mit anderen Behörden - zum Beispiel der Justiz - geeignete Massnahmen untersucht werden, um Kindern in Scheidungsprozessen eine bessere Position zu ermöglichen. Dazu gehören zum Beispiel die Sensibilisierung für Kindesanhörungen, wie sie im Nationalen Forschungsprogramm NFP 52 beschrieben sind, oder die Gestaltung von Besuchsregelungen, wie sie im deutschen Landkreis Cochem-Zell umgesetzt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Die Abklärungen haben ergeben, dass das Cochemer Modell im Rahmen der Schweizerischen Strafprozessordnung aus rechtlichen Gründen nicht umgesetzt werden kann. Um dennoch eine Stärkung der Stellung der Kinder in Scheidungsverfahren zu erreichen, entwickelt die Fachstelle für Kindes- und Jugendschutz gemeinsam mit der Fachstelle für Familienfragen das Projekt "Netzwerk Kinder und Scheidung". Im Zentrum der Arbeiten stehen die Rahmenbedingungen für die Anhörung von Kindern sowie ein effizienter Ablauf des Scheidungsverfahrens. Mittels eines runden Tisches (Netzwerk) sind Zivilgerichte, Anwälte/innen, Vormundschaftsbehörden, Beratungsstellen und andere mehr einbezogen.

Nr. 5.10.27	Aufbau eines dezentralen Netzes für Kindesschutzanliegen Es soll geprüft werden, inwieweit für die Einwohner und Einwohnerinnen örtlich nahe, bereits existierende Institutionen wie zum Beispiel Familienberatungsstellen als Kontakt- und Anlaufstellen für Kindesschutzanliegen bezeichnet werden können. Notwendig wäre, dass diese Stellen in Missbrauchsfällen nach Standards der Fachstelle für Kindes- und Jugendschutz arbeiten. Die Leistungen dieser Stellen sind zu definieren und im Netzwerk Kindesschutz Baselland einzubinden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Dieses Thema wird - unter vielen anderen - im Rahmen der Arbeitsgruppe für ein kantonales Jugendhilfekonzzept (Federführung BKSD) bearbeitet. Der Bericht der Arbeitsgruppe wird dem Regierungsrat im ersten Quartal 2011 unterbreitet. Unabhängig von der weiteren Entwicklung des Jugendhilfekonzpts hat die Fachstelle für Kindes- und Jugendschutz das Projekt "Kindesschutz in der frühen Kindheit" für die besonders gefährdete Altersgruppe der 0 - 3Jährigen zusammen mit Vertreterinnen der Mütter- / Väterberatung und der Hebammen lanciert. Erstes Resultat der Zusammenarbeit ist ein Leitfaden, der konkrete Hilfestellungen bei Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung darstellt. Im nächsten Schritt stellt die Fachstelle diesen Leitfaden allen im Kanton tätigen Mütter- / Väterberaterinnen und Hebammen vor zusammen mit einer Einführung für dessen Anwendung. Zudem sind lokale Kindesschutzforen unter Einbezug von Hebammen, Mütter- / Väterberaterinnen und Kinderärzten/innen geplant.
Nr. 5.10.28	Frauenhaus: Neues Finanzierungsmodell Der Umzug des Frauenhauses in Basel in neue Räume verbessert die Beratung und die Betreuung der Frauen und ihrer Kinder. Neu wird ein Nachtdienst eingeführt und damit eine 24h-Betreuung garantiert. Eine Auswirkung der Neuregelung ist die positive Veränderung zugunsten der von Gewalt betroffenen Frauen und ihrer Kinder. Damit verbunden sind aber auch höhere Kosten und das partnerschaftliche Zusammen-gehen mit Basel-Stadt in der Unterstützung der wichtigen Arbeit des Frauenhauses. Diese Faktoren bedingen eine vereinheitlichte, verursachergerechte Finanzierung mit einem Leistungsauftrag. 2009 wird die Vorlage für die Revision des Frauenhausgesetzes unterbreitet.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Zur Zeit noch nicht bezifferbar, hängt im Wesentlichen auch ab von der Anzahl Baselbieter Frauen und Kinder im Frauenhaus	Der Landrat hat die Teilrevision in der Schlussabstimmung vom 11. November 2010 ohne Gegenstimmen verabschiedet. Sie wurde nach dem Ablauf der Referendumsfrist per 1. Januar 2011 in Kraft gesetzt. Gleichzeitig wird die Leistungsvereinbarung mit dem Frauenhaus beider Basel ab 2011 ausgearbeitet.

Nr. 5.10	Programmpunkt Weitere Projekte und Dienstleistungen E Bezirksschreibereien Strategische Zielsetzungen Um zu verhindern, dass es mittelfristig zu Versorgungsengpässen bei den notariellen Dienstleistungen kommt, müssen vorausschauend die erforderlichen konzeptionellen Massnahmen in die Wege geleitet werden.		
Nr. 5.10.41	Einzelne Massnahme Neuregelung der Veranlagung und des Inkassos von Spezialsteuern Im Bereich der Spezialsteuern (Handänderungs-, Grundstücksgewinn-, Erbschafts- und Schenkungssteuern) bestehen geteilte Verantwortungen der Steuerverwaltung und der Bezirksschreibereien. Eine Arbeitsgruppe aus diesen beiden Fachbereichen untersucht die notwendigen Optimierungen und bereitet die erforderlichen Gesetzesänderungen vor. Zielsetzung ist die Übernahme des Bezugs der Spezialsteuern durch die Steuerverwaltung ab 1. Januar 2010 (mit allfälliger Übergangsfrist), vorerst auf der Basis eines Service-Level-Agreement (SLA), bis die Gesetzesänderungen in Kraft sind. Dieses Datum steht im Zusammenhang mit der Einführung des ERP-Systems. Per 1. Januar 2011 soll wenn möglich auch die Veranlagung der Spezialsteuern durch die Steuerverwaltung vorgenommen werden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Per 1. Januar 2010 hat die Steuerverwaltung den Steuerbezug bezüglich der Spezialsteuern aufgrund revidierter gesetzlicher Bestimmungen übernommen. Die Vorlage bezüglich der Veranlagung der Immobilienspezialsteuern wurde von der Finanzkommission bearbeitet und ist auf den 13. Januar 2011 zur ersten Lesung im Landrat traktandiert. Die Übernahme der Veranlagung der Spezialsteuern durch die Steuerverwaltung dürfte damit per 1. April 2011 möglich werden, womit das Projekt erfolgreich abgeschlossen ist.
Nr. 5.10.42	Neues Notariat Basel-Landschaft Zunehmende Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Notarinnen und Notaren für die Notariate der Bezirksschreibereien, aber auch bevorstehende Pensionierungen in diesem Bereich bedingen Überlegungen zu einer grundsätzlichen Neugestaltung des Notariates im Kanton Basel-Landschaft. Ziel ist eine Verbreiterung der Basis an ausgebildeten, geprüften und aktiv tätigen Amts- und privaten Notarinnen und Notaren im Kanton (heute unter 30 Personen), die Erweiterung des Zuständigkeitsbereichs der privaten Notarinnen und Notare, die bessere Nutzung des Personalbestandes und der Synergien zwischen den Notariaten der Bezirksschreibereien sowie die Steigerung der Attraktivität des Notarenberufs. 2010 soll eine Konzeption für die Erreichung dieser Ziele geschaffen werden. Sie soll den zuständigen Behörden als Entscheidungsgrundlage für konkrete Massnahmen dienen.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.005 Mio. Fr.	Das Projekt muss im Rahmen der strategischen Planung des Kantons Basel-Landschaft sowie unter den Prämissen der Bemühungen um die Entlastung des Kantonshaushaltes neu bewertet und weiterbearbeitet werden. Das Ergebnis ist im Zeitpunkt der Berichterstattung noch offen.

Nr. 5.10	Programmpunkt Weitere Projekte und Dienstleistungen G Diverses Strategische Zielsetzungen Die Kundenorientierung der Sicherheitsdirektion zeigt sich darin, dass die Dienstleistungen zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort von kompetentem Fachpersonal in hoher Qualität effizient erbracht werden.		
Nr. 5.10.61	Einzelne Massnahme Biometrischer Pass Die Einführung des biometrischen Passes ab März 2010 ist mit strukturellen und organisatorischen Umstellungen verbunden. Passanträge sind nicht mehr via Gemeinde, sondern direkt beim Pass- und Patentbüro in Liestal zu stellen. Die Identitätskarten können während zweier Jahre im Sinne der bundesrechtlich eingeräumten Übergangsfrist weiterhin bei den Gemeinden bestellt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine (der zusätzliche Aufwand wird durch Einnahmen kompensiert).	Die Einführung des biometrischen Passes konnte trotz verschiedener Probleme auf Bundesseite (anfänglich unstabiles System) dank der erfreulichen Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt (Einrichtung des neuen Passbüros) und dem Einsatz der Mitarbeitenden des Pass- und Patentbüros erfolgreich abgeschlossen werden. Inzwischen hat sich die Verfügbarkeit der Bundesplattform stark verbessert und die Situation hat sich normalisiert. Reklamationen, dass man wegen der Aufnahme der biometrischen Daten nach Liestal kommen muss, liessen sich - bei tausenden von Passgeschäften - an einer Hand abzählen.
Nr. 5.10.63	Neues Erwachsenenschutzrecht Der Bund sieht mit einer Novelle des Zivilgesetzbuches (ZGB) eine tiefgreifende Änderung des Vormundschaftsrechts (neu: Erwachsenenschutzrecht) vor. Dies bedingt strukturelle und organisatorische Änderungen in den Kantonen. Die notwendigen Massnahmen zur Umsetzung sind von einer Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretungen aus der kantonalen Verwaltung, den Gemeinden und den Gerichten zu erarbeiten. Gleichzeitig sind die erforderlichen Änderungen des kantonalen Rechts vorzubereiten. Es ist vorgesehen, dass das neue Erwachsenenschutzrecht am 1. Januar 2013 in Kraft treten wird.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Die Arbeitsgruppe hat ihre Arbeiten weitgehend abgeschlossen, so dass der verwaltungsinterne Entscheidungsprozess gestartet werden konnte. Das Projekt wird zunächst mit der Konsultativkommission Finanzausgleich sowie mit dem Verband Basellandschaftlicher Gemeinden beraten, um die richtige Weichenstellung für die künftige Organisation zu finden.
Nr. 5.10.64	Biometrische Ausländerausweise und Schengen-Visa Die biometrischen Ausländerausweise und Schengen-Visa werden gemäss den Bestimmungen des Abkommens Schengen / Dublin auch im Kanton Basel-Landschaft eingeführt.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.100 Mio. Fr.	Alle Vorbereitungsarbeiten für die Ausstellung biometrischer Ausländerausweise und Schengen-Visa wurden abgeschlossen. Für die biometrischen Ausländerausweise hat das Bundesamt für Migration die Einführung auf den 24. Januar 2011 festgesetzt. Das Einführungsdatum der biometrischen Schengen-Visa steht noch nicht fest.

Nr. 5.10.65	Regionalisierung der Stiftungsaufsicht Im Auftrag der Nordwestschweizer Regierungskonferenz und aufgrund eines parlamentarischen Vorstosses (Postulat 2009 / 043 Daniela Schneeberger) wird der Zusammenschluss der Stiftungsaufsichten der Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt und allenfalls Solothurn und Aargau geprüft. Auslöser sind einerseits gesetzgeberische Aktivitäten des Bundes, der eine verstärkte Unabhängigkeit der Stiftungsaufsicht, unter anderem in Form einer Ablösung vom eigentlichen Verwaltungsaufbau, fordert. Auch sollen allfällige Synergien geprüft werden, da im gemeinsamen Wirtschaftsraum oft dieselbe Kundschaft anzutreffen ist und durch die Zusammenlegung von Ressourcen eine Intensivierung der Beaufsichtigung, namentlich im Bereich des BVG, ermöglicht wird.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.01 Mio. Fr.	Die Vorlage für die Zusammenführung der beiden BVG- und Stiftungsaufsichten zu einer gemeinsamen Anstalt beider Basel hat zum Zeitpunkt der Berichterstattung das Mitberichtsverfahren hinter sich gebracht. Sie soll im Januar 2011 von den Regierungsräten der beiden Basel zuhanden des Vernehmlassungsverfahrens verabschiedet werden. Ziel ist eine Inkraftsetzung des entsprechenden Staatsvertrages, welche die Aufnahme der operativen Tätigkeit der BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB) auf den 1. Januar 2012 ermöglicht.
Nr. 5.11	Programmpunkt Familienfragen Strategische Zielsetzungen Familien stehen einer zunehmenden Komplexität und Fülle der Anforderungen gegenüber. Konkrete Angebote zur Unterstützung der Familien sollen gefördert und die Familien durch Information, Beratung und Schulung in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützt werden.		
Nr. 5.11.01	Einzelne Massnahme Baselbieter Bündnis für Familien Das Baselbieter Bündnis für Familien arbeitet an eigenen Projekten, die durch die Fachstelle entsprechend den Vereinbarungen administrativ und beratend begleitet werden. Das Bündnis hat sich eine Struktur mit drei Arbeitsgruppen gegeben: "Vereinbarkeit von Familie und Beruf", "Familienfreundliche Gemeinden" und "Familienarmut und soziale Benachteiligung". Die Arbeitsgruppe "Familienarmut und soziale Benachteiligung" beginnt im 2010 mit der Umsetzung des Projektes Opstapje (übersetzt: "schrittweise"), welches die Interaktion zwischen Mutter / Vater und Kind insbesondere durch Spielanimation verbessert.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.100 Mio. Fr. aus dem Wirtschaftsförderungsfonds (projektgebunden)	Das Baselbieter Bündnis für Familien hat im Jahr 2010 mit dem Projekt 'schritt:weise' begonnen. Es konnten in Liestal 17 Familien in das Projekt aufgenommen werden. Ausserdem hat das Bündnis zwei Veranstaltungen mit erfreulich grossem Publikumserfolg durchgeführt: Plattform 20. Mai 2010 zum Thema "Zukunft der Familie", Informationsplattform 15. September 2010 zur Frühen Förderung und zum Projekt 'schritt:weise'.

Nr. 5.11.03	Familienbericht In seinem Schwerpunkt setzt sich der Familienbericht mit der wirtschaftlichen Situation der Baselbieter Familien auseinander. Der Bericht soll bis 2010 realisiert sein.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.130 Mio. Fr. (Begleitung durch externe Fachperson)	Der Familienbericht wurde fristgerecht fertig gestellt und wird zur Zeit noch einer Schlussredaktion unterzogen. Er wird im 1. Quartal 2011 erscheinen.
Nr. 5.11.04	Familienhandbuch Das Familienhandbuch ist ein Nachschlagewerk für Familien, das 2009 publiziert wird und im Internet eingestellt ist. Im Jahr 2010 sollen die Verlinkung mit anderen Webseiten optimiert, die Bekanntheit gesteigert und das Handbuch laufend aktualisiert werden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine (die Aktualisierung erfolgt durch die Fachstelle).	Ein Drittel der Gemeinden des Kantons verweisen auf ihren Web-Seiten auf das Familienhandbuch. Im 2010 haben durchschnittlich 240 Personen pro Monat die Startseite des Familienhandbuchs aufgerufen. Das Handbuch wurde einmal vollständig auf seine Aktualität, insbesondere die Aktualität der Adressen und Internet-Links, überprüft und sechs Unterkapitel wurden ergänzt.
Nr. 5.11.06	Familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich (FEB) Der Landrat wird die Vorlage zum FEB-Gesetz voraussichtlich 2010 beraten. Unter der Voraussetzung, dass das FEB-Gesetz genehmigt wird, soll die Umsetzung in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Verlauf des Jahres 2011 erfolgen. Begleitend wird ein Angebot für Informationsveranstaltungen - insbesondere zu Bildung und Weiterbildung im FEB-Bereich - konzipiert, und es werden Abklärungen zur Datenbeschaffung für eine FEB-Datenbank getroffen.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.020 Mio. Fr. (externe Beratung)	Das FEB-Gesetz wurde von der Justiz- und Sicherheitskommission zuhanden des Landrates verabschiedet. Der Zeitpunkt der Beratung durch den Landrat ist noch offen.
Nr. 5.11.07	Elternkurse Gemeinsam mit Fachstellen der kantonalen Verwaltung soll geprüft werden, ob Kurse mit Erziehungsangeboten für Eltern als Mosaikstein in der Gewaltprävention wirksam sein können. In die interdisziplinär zusammengesetzte Arbeitsgruppe, welche die erforderlichen Abklärungen treffen wird, sind unter anderem die Fachstelle für Familienfragen, die Fachstelle Integration, die Fachstelle häusliche Gewalt, die Fachstelle für Kindes- und Jugendschutz sowie die Jugendanwaltschaft einzubinden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Die bisherigen Arbeiten haben ergeben, dass Elternkurse durchaus Sinn machen. Dabei muss ein guter Mix zwischen vorbeugenden und repressiven Inhalten gefunden werden. Wichtig ist, dass dieses Projekt sehr breit abgestützt ist, wobei vor allem auch die Schulen und die Gesundheitsdienste einbezogen werden müssen. Als nächster Schritt wird dem Regierungsrat eine Projektorganisation vorgeschlagen, in welcher die massgebenden Bereiche vertreten sein werden.

Teil 6 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)

Bildung

Mit der deutlichen Annahme aller fünf Vorlagen zur Harmonisierung im Bildungswesen am 26. September 2010 kann der Kanton Basel-Landschaft den Verfassungsauftrag zur Bildungsharmonisierung umsetzen. Die Projektorganisation zur mehrjährigen Umsetzung dieser Beschlüsse konnte eingesetzt werden. Mit den nordwestschweizerischen Nachbarkantonen besteht auf der Grundlage einer Regierungsvereinbarung eine enge Zusammenarbeit, die für den Erhalt und die weitere Entwicklung der Qualität genutzt werden kann. Mit den Entscheiden des Soveräns wird im Kanton Basel-Landschaft die Primarschule ab Schuljahr 2015 / 2016 um ein Jahr auf 6 Jahre verlängert, die Sekundarschule auf 3 Jahre gekürzt, das Sprachenkonzept mit zwei Fremdsprachen an der Primarschule umgesetzt und das Gymnasium in Übereinstimmung mit den Nachbarkantonen Aargau und Basel-Stadt auf 4 Jahre verlängert. In interkantonaler Zusammenarbeit kann mit den bewilligten Verpflichtungskrediten die innere Entwicklung der Schulen weiter gefördert werden. Die Landratsvorlage „Integrative Schulung“ zur Umsetzung des Sonderpädagogischen Konzeptes und zur Neuausrichtung der Speziellen Förderung (Förderangebote) ist in Bearbeitung und wird dem Landrat im dritten Quartal 2011 unterbreitet werden.

Mit der Planung und der Projektierung der Neubauten für die Universität in Basel und die Fachhochschule Nordwestschweiz in Muttenz sowie dem Ausbau der Aktivitäten des CSEM Muttenz sind wichtige Projekte zur Stärkung des Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandortes erfolgreich vorangetrieben worden. Grosses Interesse in der Bevölkerung fand der „Markt des Wissens“ in Liestal, welchen die Universität beider Basel anlässlich ihres Jubiläums zum 550jährigen Bestehen durchführte.

Kultur

Das Kultugesetz wurde in der parlamentarischen Beratung zurückgewiesen. Damit konnte ein wichtiges Vorhaben nicht umgesetzt werden. Der Regierungsrat hat nun die Aufgabe - dies aufgrund einer Motion -, vorgängig ein neues Kulturleitbild zu verfassen, das als Grundlage für die Ausführung und die Inkraftsetzung des Kultugesetzes dienen soll. Die entsprechenden Vorbereitungen sind im Gang. Der Kulturleitbildprozess soll im Herbst / Winter 2011 / 2012 abgeschlossen werden.

Der Landrat bewilligte auf Antrag des Regierungsrates die im Rahmen der Partnerschaftsverhandlungen abgeschlossene Subventionsvereinbarung mit dem Theater Basel für die Jahre 2011 - 2015. Das Theater Basel soll zusätzlich zu den Mitteln aus der Kulturvertragspauschale pro Jahr 4.25 Mio. Franken zugesprochen erhalten. Zum Zeitpunkt der Berichterstattung ist noch nicht entschieden, ob die vom Landrat bewilligten Mittel in einer Referendumsabstimmung definitiv zur Verfügung stehen. Die Planung der dringend erforderlichen Sammlungszentren sowie die damit verbundenen Arbeitsplatzinfrastrukturen in Liestal und Augusta Raurica konnten aus finanzpolitischen Gründen nicht abgeschlossen werden. Der Regierungsrat erwägt eine Verschiebung der aus kulturpolitischer Sicht wichtigen Vorhaben in die Jahre ab 2016.

Sport

Die Eckpfeiler der kantonalen Sportförderung sind die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Leiterinnen und Leiter sowie der Sportfunktionäre, die Unterstützung der Sportverbände und der Sportvereine, die Unterstützung der Schulen, die sich im Schulsport engagieren, Beitragsleistungen an die Sportinfrastruktur, die Förderung des Breitensports und des Leistungssports, Projekte zur allgemeinen Förderung von Sport und Bewegung sowie die Durchführung von Veranstaltungen wie dem Baselbieter Team-OL. In allen Bereichen konnte im Berichtsjahr die Sportförderung für alle Alterskategorien gepflegt und weiterentwickelt werden. Nebst dem Jugendsport erlangt der Erwachsenensport zunehmend grössere Bedeutung.

Teil Bildung

Nr. 6.01	Programmpunkt Bildungswesen allgemein Strategische Zielsetzungen Schwerpunkt bildet das Projekt "Bildungsharmonisierung" mit den Teilprojekten zur kantonalen Umsetzung der neuen schweizerischen Bildungsverfassung.	↓ Amtsbericht 2010
Nr. 6.01.04	Einzelne Massnahme Gesamtsprachenkonzept (sechskantonaies Passepartout-Projekt) Der Landrat hat am 18. Januar 2007 den Regierungsrat beauftragt, das Sprachenkonzept der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) mit Französisch ab 3. Klasse der Primarschule und mit Englisch ab 5. Klasse der Primarschule umzusetzen und eine entsprechende Vorlage vorzubereiten. Vorbehältlich der Kreditgenehmigung des Landrates beginnt die Umsetzung des Sprachenkonzeptes im Jahr 2010. Budget 2010: Fr. 0.15 Mio. (ohne Verpflichtungskredit); Landratsvorlage (Antrag Fr. 17.2 Mio. für 2010 - 2018).	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.15 Mio. Fr. Am 10. Juni 2010 hat der Landrat für die Einführung des Sprachenkonzeptes einen Verpflichtungskredit von 12.5 Millionen Franken bewilligt. Zusätzlich hat er den Regierungsrat beauftragt, ab Budget 2011 jährlich wiederkehrend 107'000 Franken für den Ausbau der Austauschpädagogik an den Sekundarstufen I und II einzustellen. Am 26. Mai 2010 hatte der Bildungsrat zur Kenntnis genommen, dass aus finanzpolitischen Gründen die Inkraftsetzung der Stundentafel der Primarschule erst auf Schuljahr 2015 / 2016 und nicht wie beabsichtigt auf 2012 / 2013 erfolgen kann. Der Zeitpunkt der Inkraftsetzung soll mit den gesamthaft revidierten Stundentafeln der Primarschule und der Sekundarschule zur Umsetzung des HarmoS-Konkordates und des Lehrplanes 21 überprüft werden. Basel-Landschaft kooperiert mit den fünf anderen Kantonen an der deutsch-französischen Sprachgrenze zur Einführung des Sprachenkonzeptes mit Französisch ab 3. und Englisch ab 5. Klasse der Primarschule. Das Fortbildungskader wurde ausgebildet, die Ausbildungskonzepte der Pädagogischen Hochschulen für die Grundausbildung der Lehrpersonen für den Fremdsprachenunterricht abgestimmt, die Entwicklung der Lehrmittel mit zwei Verlagen vereinbart, in 35 dritten Primarschulklassen der Kantone Freiburg, Solothurn und Wallis wurde der Französischunterricht nach neuem Konzept erprobt, die Erfahrungen wurden dokumentiert und ausgewertet. Fortbildungsangebote für den Fremdsprachenunterricht konnten den Lehrerinnen und Lehrern bereits zur Verfügung gestellt werden.

Nr. 6.01.12	Familienergänzende Kinderbetreuung FEB Landratsvorlage betreffend die Änderung des Bildungsgesetzes über FEB im Schulbereich. Die zuständige kantonale Stelle plant die Umsetzung und unterstützt die Gemeinden und die Schulen. Dafür sind ein personeller Ausbau und auf die Einführungszeit befristete Aufträge vorgesehen. In den vom Kanton getragenen Schulen (Sekundar- und Sonderschulen) werden die bestehenden Angebote nachfragegerecht ausgebaut. Die Budgetierung geht von einer schrittweisen Einführung 2010 aus.	Finanzielle Auswirkungen 2010: gemäss Landratsvorlage zu FEB im Schulbereich: 1.9 Mio. Fr. (Sekundarschule Netto 0.6 Mio. Fr., Sonderschulen 1.3 Mio. Fr., Mehrkosten Personalaufwand Verwaltung und Einführungsarbeiten 0.21 Mio. Fr.)	Der Regierungsrat hat am 9. November 2009 die Gesetzesvorlage an den Landrat weitergeleitet. Das Gesetz befindet sich Ende 2010 / Anfang 2011 in der Kommissionsberatung.
Nr. 6.01.13	Bildungsharmonisierung; HarmoS-Konkordat, Sonderpädagogikkonkordat, Bildungsraum Nordwestschweiz Nach Abschluss und Auswertung der Vernehmlassung wird die Vorlage dem Landrat zur Beschlussfassung zugeleitet. Die Primarschule soll von 5 auf 6 Jahre verlängert und mit dem 2 Jahre dauernden Kindergarten zur 8 Jahre dauernden Primarstufe gemäss Vorgabe des HarmoS-Konkordates verbunden werden. Der Kindergarten wird obligatorisch, das Stichdatum wird 3 Monate vorverlegt. Umstritten ist die gemäss Vernehmlassungsvorlage vorgeschlagene Verbindung des Kindergartens mit den ersten beiden Jahren der Primarschule zu einer Basisstufe. Ein Vorschlag zur koordinierten Weiterentwicklung des Schuleingangsbereichs wird zur Beschlussfassung vorzulegen sein. Die Sekundarschule soll auf 3 Jahre verkürzt werden. Neu soll das Gymnasium 4 Jahre dauern. Die Etappierung und die Umsetzung dieser Neuerungen werden mit Übergangsbestimmungen zu regeln sein.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 1.2 Mio. Fr. (gesamte Bildungsharmonisierung)	Die Vorlagen zur Harmonisierung im Bildungswesen wurden vom Souverän am 26. September 2010 angenommen. Aufgrund des Landratsbeschlusses Nr. 2009 / 255, Kredite für die Planung der Umsetzung von HarmoS im Umfang von 0.8 Millionen Franken zu streichen, mussten entsprechende Arbeiten zurückgestellt und auf ein Minimum begrenzt werden. Auf der Grundlage eines dem Regierungsrat am 30. November 2010 zur Kenntnis gebrachten „Projektdesigns“ konnte das Projektteam seine Arbeit aufnehmen.

Nr. 6.01.15	Bildungsbericht 2011 Gemäss Bildungsgesetz nimmt der Regierungsrat aufgrund eines Berichtes alle 4 Jahre zur Qualität der öffentlichen Schulen im Kanton Stellung. Der Bericht hat die Aufgabe, Rechenschaft über das Erreichte gegenüber Parlament und Öffentlichkeit abzulegen. Erstmals hat der Regierungsrat 2007 einen solchen Bericht abgelegt. Der Bildungsbericht 2011 Basel-Landschaft soll den Schweizerischen Bildungsbericht 2010 ergänzen, die Schlussfolgerungen des Regierungsrates gemäss Bildungsbericht 2007 beleuchten und eine Grundlage für das Legislaturprogramm des Regierungsrates 2012 - 2015 darstellen. Die Landratsvorlage ist in Arbeit.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.07 Mio. Fr.	Die Arbeiten am Bildungsbericht Basel-Landschaft 2011 wurden aufgenommen. Dieser Bildungsbericht wurde als Zwischenbericht mit reduziertem Aufwand und Umfang konzipiert. Ein Grund dieser Reduktion liegt in der Regierungsvereinbarung der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn vom Dezember 2009, welche in § 7 einen periodischen Bildungsbericht über den Bildungsraum Nordwestschweiz vorsieht. Bereits für 2012 soll ein erster vierkantonaler nordwestschweizerischer Bildungsbericht entstehen. Der kantonale Bildungsbericht 2011 wird deshalb in Abstimmung zu diesem Bildungsbericht erarbeitet.
Nr. 6.02	Programmpunkt Volksschule, Kindergarten, Primarschule, Sekundarstufe I		↓ Amtsbericht 2010
Nr. 6.02.11	Einzelne Massnahme Festlegung der Sekundarschulstandorte und Übernahme der Sekundarschulanlagen durch den Kanton Die Sekundarschulbauten sollen auf 1. August 2010 vom Kanton als Träger übernommen werden. Damit verbunden ist ein Ausbau der Schulraumplanung in der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion in Abstimmung mit der Bau- und Umweltschutzdirektion im Rahmen der entsprechenden Landratsvorlage. Für die strategische mittel- bis langfristige Planung der Berufsfachschulen ist die Vergabe eines externen Leistungsauftrags vorgesehen.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.06 Mio. Fr. Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.02 Mio. Fr.	Die Übernahme der Sekundarschulbauten und -anlagen wurde gemäss Landratsvorlage Nr. 2010 / 317 vom 14. September 2010 um ein Jahr auf den 1. August 2011 verschoben. In der Übergangszeit werden die laufenden zusätzlichen Arbeiten intern mit den bestehenden personellen Ressourcen aufgefangen.

Nr. 6.02.12	HarmoS Schweizerische Bildungsstandards Die Entwicklung der Leistungsstandards gemäss Artikel 7 des HarmoS-Konkordates für die Fachbereiche Schulsprache, Landessprachen / Fremdsprachen, Mathematik und Naturwissenschaften durch die EDK dürfte abgeschlossen sein. Bildungsstandards beschreiben die Mindestkompetenzen, welche die Schülerinnen und Schüler am Ende des heutigen 2., 6. und 9. Schuljahres erreichen sollen. Die Bildungsstandards fliessen als Vorgabe in den Lehrplan 21, so dass keine direkte "Umsetzung" der Bildungsstandards im Kanton erfolgt. Vorgesehen ist, dass die Bildungsstandards einen wichtigen Bezugsrahmen zum schweizerischen Bildungsmonitoring darstellen, so dass der schweizerische Bildungsbericht 2014 - vergleichbar mit PISA und anhand von Stichproben - Aussagen zum Lernstand der Schülerinnen und Schüler machen kann.	Finanzielle Auswirkungen 2010: (Teil der Bildungsharmonisierung)	Der Anhörungsprozess zu Vorschlägen für nationale Bildungsstandards ist abgeschlossen. Die kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren haben an ihrer Jahresversammlung vom 28. und 29. Oktober 2010 von den Ergebnissen Kenntnis genommen. Die Vorschläge haben in der Anhörung eine positive Aufnahme gefunden. In den kommenden Monaten werden sie auf der Basis der Rückmeldungen aus der Anhörung finalisiert. Im März und Juni 2011 will die Plenarversammlung der EDK über die Freigabe der ersten nationalen Bildungsstandards entscheiden.
Nr. 6.02.13	Deutschschweizer Lehrplan für die obligatorische Schule Mit dem Lehrplan 21 wird erstmals interkantonal ein Lehrplan der Deutschschweiz angestrebt. Er beschreibt, was Jugendliche am Ende der obligatorischen Schulzeit beherrschen müssen. Der Blick wird dabei verstärkt auf die Anwendbarkeit von Kenntnissen gerichtet. Formuliert werden Mindesterwartungen, für leistungsfähigere Lernende aber werden auch erhöhte Leistungsziele definiert. Der neue Lehrplan wird neu nach Fachbereichen gegliedert. Die Themen Geld, Konsum, Arbeit und Freizeit, aber auch Ernährung sollen vermehrt Eingang in die Schule finden. Die Projektierungsarbeit im Kanton Basel-Landschaft wird fortgeführt.	Finanzielle Auswirkungen 2010: (Teil der Bildungsharmonisierung)	Das Lehrplanprojekt wurde mit allen beteiligten Kantonen gestartet. Basel-Landschaft ist der Vereinbarung zur Erarbeitung des Lehrplans 21 auf der Grundlage der beschlossenen Verpflichtungskredite zur Harmonisierung im Bildungswesen im Oktober 2010 beigetreten.
Nr. 6.02.14	Schuleingangsstufe / Basisstufe Das Projekt zur Vorbereitung der flächendeckenden Umsetzung wurde im Bildungsraum Nordwestschweiz sistiert. Weiterhin beteiligt sich der Kanton Basel-Landschaft am deutschschweizerischen Projekt. 2010 wird der Schlussbericht über diesen Schulversuch veröffentlicht, und die Ergebnisse werden für die weitere Entwicklung des Schuleingangsbereichs im Kanton Basel-Landschaft zu analysieren sein.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Der informative Schlussbericht wurde veröffentlicht. www.schulverlag.ch/edkost/index.html
Nr. 6.02.21	"TimeOut" - Betreuungs- und Beschäftigungsangebot Eine Landratsvorlage soll einerseits Rechenschaft über das Geleistete ablegen und andererseits gestützt auf die gemachten Erfahrungen modifizierte Rahmenbedingungen festhalten. Eine externe Evaluation soll der Qualitätssicherung dienen.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.03 Mio. Fr.	Die Anzahl der Jugendlichen, die TimeOut besuchten, nahm auch in diesem Jahr zu. Insbesondere fällt auf, dass mehr Jugendliche des 6. und 7. Schuljahres von den Schulen ins TimeOut geschickt werden. Eine Landratsvorlage mit vorhergehender Evaluation wird erst bei einer Neugestaltung des Angebots erarbeitet.

Nr. 6.02.28	Tag der Musikschulen Im September 2010 führt das Amt für Volksschulen in Zusammenarbeit mit dem Verband der Musikschulen BL einen gemeinsamen Tag der Musikschulen durch. Der grossangelegte Anlass soll einerseits an einem kantonsweiten Tag der offenen Tür in allen 15 Musikschulen der Bevölkerung die Arbeit der Musikschulen näher bringen, andererseits wird das Ergebnis der Arbeit der Musikschulen in Form eines originellen Strassenkonzertes im Stedtli Liestal den krönenden Abschluss der Veranstaltung bilden. Zu diesem Zweck wird unter dem Titel "Klangstrasse" von David Wohnlich eigens ein den teilnehmenden Ensembles "auf den Leib" geschriebenes Stück komponiert.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.02 Mio. Fr.	Der Tag der Musikschulen 2010 darf als Grosse Erfolg gewertet werden. Gemäss Rückmeldungen der Musikschulen konnte einem breiten Publikum die Arbeit der Musikschulen näher gebracht werden. Die Zusammenarbeit mit dem Verband Musikschulen BL war hervorragend. Angesichts des grossen Aufwandes kann jedoch ein Anlass dieser Grössenordnung inklusive entsprechendem Werbeaufwand nicht jährlich durchgeführt werden. Eine neuerliche Durchführung ist frühestens im Jahr 2014 geplant.
Nr. 6.03	Programmpunkt Mittelschulen, Gymnasien, Sekundarstufe II		↓ Amtsbericht 2010
Nr. 6.03.01	Einzelne Massnahme Fachmaturität 2009/2010 wird erstmals der Fachmaturitätskurs Pädagogik flächendeckend an vier Gymnasien durchgeführt. Somit haben die Fachmaturitäten im 3. Jahr ihren vollen Umfang entwickelt. Die Zusammenarbeit in den Abschlussprüfungen zwischen den einzelnen Schulen und mit der Fachmaturitätsschule FMS Basel-Stadt wird dabei intensiviert.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.3 Mio. Fr.	Der Fachmaturitätskurs wurde umgesetzt. Der laufende Folgejahrgang 2010 / 2011 hat gleich viele Kurse wie der von 2009 / 2010, je einen pro Schule. Das deutet darauf hin, dass das Angebot mit einer konstanten Nachfrage rechnen kann.
Nr. 6.04	Programmpunkt Sonderschulung Strategische Zielsetzungen Das gemeinsame Sonderschulkonzept für die Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt plant die gesetzgeberische und organisatorische Umsetzung für die Periode nach der NFA-Übergangszeit (mindestens bis Ende 2010). Wichtige Prinzipien sind dabei die Eingliederung der Sonderschulung in die Strukturen der Volksschule und die Verstärkung der integrativen Formen der Sonderschulung. Das Konzept ist abgestimmt auf die interkantonalen Vereinbarungen (HarmoS, Vereinbarung Sonderpädagogik, Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE)).		↓ Amtsbericht 2010 Die Arbeiten am Sonderpädagogischen Konzept Basel-Landschaft und Basel-Stadt sind im Januar 2010 abgeschlossen worden. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat das Konzept Anfang März, der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft am 12. Oktober 2010 genehmigt. Damit endet am 31. Dezember 2010 die in der Bundesverfassung vorgegebene dreijährige Übergangszeit, in der die ehemaligen Leistungen der IV von den Kantonen übernommen werden müssen. Es gelten ab 1. Januar 2011 die Bestimmungen des Konkordates Sonderpädagogik (angenommen in der Volksabstimmung vom 26. September 2010) und die kantonalen Rechtsgrundlagen.

Nr. 6.04.01	Einzelne Massnahme Sonderschulkonzept Auf Grund des beschlossenen Konzeptes wird eine Landratsvorlage zur Anpassung des Bildungsgesetzes ausgearbeitet.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Nach der Konzeptgenehmigung und dem Beitritt zum Konkordat Sonderpädagogik ist mit den Vorbereitungen der Konzeptumsetzung begonnen worden. Die notwendigen Bildungsgesetzanpassungen werden in der Landratsvorlage „Integrative Schulung“ zusammen mit den Regelungsvorschlägen für die spezielle Förderung 2011 dem Landrat vorgelegt.
Nr. 6.04.04	Überprüfung der Fahrtkosten in der Sonderschulung Auf der Grundlage einer Studie über die Organisation der Fahrten von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung werden Szenarien umsetzungsreif ausgearbeitet. Dies mit dem Ziel, die Selbständigkeit und Integration zu verbessern sowie die Zurücklegung des Schulweges zu optimieren. Pro Jahr zahlt der Kanton rund 4.5 Millionen Franken Fahrtkosten in der Sonderschulung.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.05 Mio. Fr.	Die Arbeiten sind mit Blick auf die personellen Ressourcen und die notwendige Koordination mit der Umsetzung des Sonderpädagogischen Konzeptes auf 2011 / 2012 verschoben worden.
Nr. 6.05	Programmpunkt Jugendhilfe Strategische Zielsetzungen Der Kanton entwickelt in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den beteiligten privaten Organisationen ein kantonales Konzept Jugendhilfe.		↓ Amtsbericht 2010
Nr. 6.05.03	Einzelne Massnahme Konzept Jugendhilfe Auf der Grundlage des ersten Berichtes zum Konzept Jugendhilfe mit - den inhaltlichen Schwerpunkten des Konzeptes, - Vorschlägen zur Verbesserung der Zuständigkeiten und der Koordination in der Kinder- und Jugendhilfe und im Kindes- und Jugendschutz innerhalb der kantonalen Verwaltung, - Zusammenarbeitsformen in der Kinder- und Jugendhilfe zwischen Kanton und Gemeinden unter Einbezug privater Anbieter, wird eine Umsetzungsplanung erstellt.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.05 Mio. Fr.	Die aus Vertretungen von vier Direktionen (BKSD, FKD, SID und VGD) sowie einer Vertretung der Gemeinden bestehende Projektgruppe hat den Bericht fertig gestellt und dem Regierungsrat unterbreitet. Der Bericht soll Anfang 2011 in ein breites Konsultationsverfahren gegeben und den Trägern von Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, den Gemeinden und den betroffenen kantonalen Stellen zur Vernehmlassung zugestellt werden.

Nr. 6.06	Programmpunkt Behindertenhilfe Strategische Zielsetzungen Der Kanton hat die umfassende Verantwortung übernommen für die Wohnheime, Tagesstätten und Werkstätten der Behindertenhilfe nach dem Rückzug der IV gemäss Beschlüssen zur NFA. Auf der Grundlage des vom Bundesrat zu genehmigenden Konzeptes "Behindertenhilfe Basel-Stadt und Basel-Landschaft" werden die notwendigen Gesetzesanpassungen, die Umsetzungsplanung und die flankierenden Massnahmen vorbereitet.		↓ Amtsbericht 2010 Das Konzept der Behindertenhilfe wurde durch den Bundes-rat im September 2010 genehmigt. www.baselland.ch/behindertenhilfe-hm.277452.0.html#entwicklung
Nr. 6.06.02	Einzelne Massnahme Konzept Behindertenhilfe Die Umsetzungsplanung wird konkretisiert. Für die Anpassung der Gesetzgebung wird eine Landratsvorlage erarbeitet. Flankierende Massnahmen und die Instrumente werden gemeinsam mit Basel-Stadt geplant.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.06 Mio. Fr.	Ein Projektkredit für die Umsetzung des Konzeptes der Behindertenhilfe in BS und BL wurde als partnerschaftliches Geschäft dem Landrat unterbreitet und am 8. Dezember 2010 vom Landrat und vom Grossen Rat genehmigt. Der Auftrag für die Entwicklung eines Bedarfserfassungs-instrumentes wurde gemeinsam von den Partnerkantonen in erweiterter Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern vergeben. Ein Grundlagenbericht zu den flankierenden Massnahmen liegt vor.
Nr. 6.09	Programmpunkt Berufsbildung / Berufsberatung / Berufsfachschulen Strategische Zielsetzungen Allen Jugendlichen soll ein Abschluss auf der Sekundarstufe II ermöglicht werden. Hierzu müssen auch für eher praktisch begabte Jugendliche genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Gleichzeitig sollen auch leistungsstarke Schulabgänger/innen für anspruchsvollere berufliche Grundbildungen (mit und ohne lehrbegleitenden Berufs-maturitätsunterricht) gewonnen werden. Der nachhaltigen Sicherung eines genügend grossen und attraktiven Lehrstellenmarktes kommt auch angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise eine grosse Bedeutung zu. Gegen die drohende Jugendarbeitslosigkeit nach dem Lehrabschluss sind in Zusammen-arbeit mit der Arbeitsmarktbehörde geeignete Massnahmen zu treffen. Mit der flächendeckenden Einführung der lehrortübergreifenden Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung sollen Qualität und Attraktivität der dualen Berufsbildung gesteigert werden. Der Berufseinstieg nach absolvierter Erstausbildung, Neuorientierung, Nachholbildung, berufliche Weiterentwicklung und Weiterbildung sind Themen, denen in der Laufbahn-beratung Erwachsener zunehmende Bedeutung zukommt.		↓ Amtsbericht 2010

Nr. 6.09.05	Einzelne Massnahme Stärkung der dualen Berufslehren (Umsetzung des neuen eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes) Die Umsetzung der neuen Bildungsverordnungen erfolgt in enger Zusammenarbeit mit Verbänden, den Berufsfachschulen und dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung. Bei der Umsetzung ist einerseits darauf zu achten, dass auch weniger anspruchsvolle Ausbildungen angeboten werden (Attestausbildungen) und andererseits sollen schulisch starke und leistungsfähige Jugendliche attraktive Ausbildungen im Rahmen einer Berufslehre absolvieren können.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Von 2005 bis 2010 wurden neue Bildungsverordnungen und Bildungspläne in 72 Berufen mit Schulungsorten in den Kantonen BS und / oder BL eingeführt. Die Einführung der neuen Verordnungen erfolgte bikantonal in enger Zusammenarbeit mit den Verbänden und den Berufsfachschulen. In diesen 72 Berufen mussten neue Lehrpläne für den schulischen Teil und Kurspläne für die überbetrieblichen Kurse erarbeitet werden. Zudem wurden alle Lehrbetriebe über die entsprechenden Neuerungen informiert und gezielt darin eingeführt. Bis 2014 sind gesamtschweizerisch noch ungefähr 60 Reformen anstehend. Bikantonal gilt es noch etwa 24 neue Bildungsverordnungen und Bildungspläne zu implementieren. Insgesamt ist der Baselbieter Lehrstellenmarkt erfreulich stabil. Im Berichtsjahr wurden sogar erstmals über 2000 neue Lehrstellen registriert. Bei den Attestausbildungen ist es gelungen, zusätzliche Lehrstellen zu schaffen, insbesondere auch in der öffentlichen Verwaltung (Kanton und Gemeinden). In einer vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) durchgeführten Studie wurde festgestellt, dass in den Kantonen BS und BL pro 100 Einwohner bisher am meisten Attest-Lehrstellen geschaffen wurden. Neu wird die Pilot-Attestausbildung Gesundheit und Soziales, bewilligt durch das BBT, auf Schuljahr 2011 / 2012 mit 45 Lehrstellen eingeführt. Die Zahl der Berufsmaturandinnen und Berufsmaturanden hat sich im Berichtsjahr leicht erhöht. Dabei ist der grösste Zuwachs in der BM-Richtung Gesundheit zu verzeichnen. Die Kantone BL und BS haben anlässlich der Basler Berufs- und Bildungsmesse Informationsveranstaltungen zur BM durchgeführt. Zudem laufen die Vorbereitungsarbeiten für den Start der Wirtschaftsmittelschule (WMS) ab Schuljahr 2011 / 2012 gemäss Planung. Die wegen der WMS-Reform nötigen Anpassungen von kantonalen Verordnungen ist im 1. Quartal 2011 geplant.
-------------	---	--	---

Nr. 6.09.07	BWB (Berufswegbereitung) / Case Management Pro Jahrgang fallen gemäss einer Untersuchung rund 100 Jugendliche aus dem Bildungssystem. Diese Jugendlichen absolvieren keine Ausbildung auf der Sekundarstufe II und sind von Arbeitslosigkeit bedroht. Solche Jugendlichen sollen früh erfasst, begleitet und zu einem Abschluss auf der Sekundarstufe II geführt und gecoacht werden. Gemeinsam mit dem Amt für Volksschulen (AVS), dem Sozialamt und dem KIGA ist ein Konzept erarbeitet worden, das in den kommenden fünf Jahren umgesetzt werden soll.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.545 Mio. Fr.	An den Sekundar- und Berufsfachschulen erfassen BWB-Fachpersonen Lernende, deren Ausbildungserfolg stark in Frage gestellt ist. Die notwendigen Stütz- und Fördermassnahmen werden koordiniert. Jugendliche, die nicht mehr im Bildungssystem sind, werden von BWB-Scouts aufgesucht und begleitet, bis sie den Anschluss an ein Bildungs- oder Beratungsangebot gefunden haben.
Nr. 6.09.08	Nachholbildung / Validation Das neue Berufsbildungsgesetz ermöglicht einerseits, das Fähigkeitszeugnis nach einer gewissen Anzahl Jahre in der Praxis nachzuholen (Nachholbildung). Andererseits können auch informell erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten bei der Prüfung angerechnet werden. Diese Möglichkeit ergibt neue Ausbildungswege und höhere Flexibilität beim Erreichen eines Lehrabschlusses. Es wird angestrebt, im Rahmen des Bildungsraumes Nordwestschweiz gemeinsam mit den anderen Kantonen entsprechende Instrumente zu entwickeln.	Finanzielle Auswirkungen 2010: (Teil der Bildungsharmonisierung)	Im Frühjahr 2010 wurden in den vier Kantonen des Bildungsraumes Nordwestschweiz Eingangsportale eröffnet, die in die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatungsstellen integriert sind. Interessierte Erwachsene, die einen Berufsabschluss nachholen wollen, können sich direkt dorthin wenden. Zudem wurde eine gemeinsame Homepage kreiert (www.eingangsportal.ch). Im Zeitraum März bis Dezember haben etwa 60 Personen eine persönliche Beratung in Anspruch genommen, weitere 70 Personen haben per E-Mail oder Telefon Auskunft erhalten, und in den Infotheken der Berufs-Informations-Zentren (BIZ) Liestal und Bottmingen wurde die Nachholbildung rund 80mal thematisiert. Bis Ende August gingen rund 300 Gesuche für eine Nachholbildung ein. Eine vierkantonale Steuergruppe koordiniert bis Ende 2011 überkantonale Themen, insbesondere die Kostenregelung.
Nr. 6.10	Programmpunkt Tertiäre Bildung (Fachhochschule, Universität) Strategische Zielsetzungen Der Kanton Basel-Landschaft verfolgt die Vision eines Hochschulraums Nordwestschweiz. Damit sollen die Wissensbildung besser vernetzt werden und die Innovationskette durch eine enge Kooperation zwischen der Universität Basel, der Fachhochschule Nordwestschweiz, den Forschungsinstituten der Region und dem CSEM Muttentz gestärkt werden. Die Schwerpunktbildung in den Life Sciences soll den Know-how-Transfer zu den hier ansässigen Firmen unterstützen, neue Firmen anziehen und damit den Wirtschaftsstandort stärken.	↓ Amtsbericht 2010	

Nr. 6.10.04	Einzelne Massnahme Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) Die im vierkantonalen Leistungsauftrag 2009 - 2011 formulierten Leistungsziele und Entwicklungsschwerpunkte sollen umgesetzt werden (LRV Nr. 2008 / 186). Die Überführung der Mitarbeitenden der FHNW in eine neue, gemeinsame Pensionskasse wird vorbereitet. Auf den Zeitpunkt der Überführung (1. Januar 2011) gleichen die Trägerkantone eine allfällige Deckungslücke in der bisherigen Pensionskasse aus (Staatsvertrag FHNW, § 36). Landratsvorlage 2008 / 186 / Verpflichtungskredit LRB vom 30. Oktober 2008 Total: Fr. 156.579 Mio. (Konto 2538.36.160.000) Per Ende 2008 verbraucht: Fr. 51.361 Mio. Budget 2009: Fr. 51.361 Mio. Budget 2010: Fr. 52.392 Mio. Budget 2011: Fr. 52.826 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 52.392 Mio. Fr.	Wegen unerwarteter Ertragsausfälle bei den Bundes-subsidierungen und den interkantonalen Abgeltungen musste die FHNW bei den Trägerkantonen eine ausserordentliche Zusatzfinanzierung im Umfang von 17.5 Mio. Franken für die Jahre 2009 - 2011 beantragen. Der Zusatzkredit wurde von den vier Parlamenten genehmigt (Anteil BL: 4.742 Mio. Franken, LRV 2010 / 294). Die FHNW wird ihre Mitarbeitenden fristgerecht per 1. Januar 2011 in ein neues, eigenes Vorsorgewerk bei der Basellandschaftlichen Pensionskasse BLPK überführen. Die Trägerkantone gleichen die Deckungslücken aus und haben Kredite für die finanzielle Abfederung des Übertritts in den neuen Vorsorgeplan bewilligt (LRV 2010 / 145). Mit Beschlüssen zu den offenen Positionen in den Übergabebilanzen konnte die Fusionsphase zur FHNW auch in finanzieller Hinsicht abgeschlossen werden (LRV 2010 / 113). Über die Erfüllung des Leistungsauftrags im Jahr 2010 wird dem Landrat mit separater Vorlage nach Abschluss der Jahresrechnung berichtet.
Nr. 6.10.05	Universität Basel Die im bikantonalen Leistungsauftrag 2010 - 2013 formulierten Ziele und Entwicklungsschwerpunkte sollen umgesetzt werden (LRV Nr. 2009 / 122). Landratsvorlage 2009 / 122 / Verpflichtungskredit LRB Total: Fr. 600.3 Mio. (Konto 2539.36.130.000) Budget 2010: Fr. 142.1 Mio. Budget 2011: Fr. 148.8 Mio. Budget 2012: Fr. 152.7 Mio. Budget 2013: Fr. 156.7 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Leistungsauftrag: Total 2010: 142.1 Mio. Fr.	Im Jahr 2010 hat die Universität Basel ihr Jubiläum zum 550jährigen Bestehen gefeiert. Der Auftakt fand im April in Liestal mit einem gut gelungenen Festanlass in der Stadtkirche und einem Aufsehen erregenden „Markt des Wissens“ statt. Über die Umsetzung der Ziele und der Entwicklungsschwerpunkte wird dem Landrat mit separater Vorlage nach Vorliegen der Jahresrechnung berichtet.

Nr. 6.10.07	FHNW: Planung Neubau Muttenz (Fachbereiche Pädagogik, Soziale Arbeit, Life Sciences sowie Bau, Architektur und Geomatik) Projekt der BUD und der BKSD (vgl. Punkt Nr. 4.04.02 der BUD). Basierend auf dem Landratsentscheid zur Bedarfs- und Projektierungskreditvorlage wird 2010 der Entscheid des Projektevaluationsverfahrens Polyfeld Muttenz (ehemals Campus Muttenz) erfolgen. Die Planerteams aus dem Siegerprojekt werden mit der Bearbeitung des Bauprojektes beauftragt werden. Die Planung für die Nachnutzung der Schulgebäude auf dem Kriegacker-Areal durch die Schulen der Sekundarstufe II nach 2015 wird durchgeführt.		Die Projektevaluation für den Neubau der FHNW (zweistufiger Projektwettbewerb) wurde im Juni 2010 unter Federführung des Hochbauamts gestartet. Der Vergabeentscheid für das Siegerprojekt ist für Juni 2011 vorgesehen. Gemäss Beschluss des Regierungsrates ist der Neubau für die FHNW bis zur Klärung der Finanzierungsfrage ab 2012 vorerst nicht mehr im Investitionsprogramm aufgeführt. Die Bedarfsplanung für die Sekundarstufe II ist abgeschlossen. Gemeinsam mit dem Hochbauamt werden Umsetzungsvarianten geprüft.
Nr.6.10.15	Forschungszentrum für Polytronics (CSEM) In Muttenz wird ein Forschungszentrum für Polytronics aufgebaut (LRV Nr. 2008 / 350). Landratsvorlage 2008 / 350 / Verpflichtungskredit LRB vom 23. April 2009 Total: Fr. 15 Mio. + 1 Mio. zur Zeichnung von Aktienkapital Budget 2009: Fr. 3 Mio. + 1 Mio. (Aktienkapital) Budget 2010: Fr. 3 Mio. Budget 2011: Fr. 3 Mio. Budget 2012: Fr. 3 Mio. Budget 2013: Fr. 3 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 3 Mio. Fr.	Der Regierungsrat hat für das CSEM eine Leistungsvereinbarung und eine Eigentümerstrategie erlassen. Von einer sofortigen Zeichnung von Aktienkapital hat der Regierungsrat abgesehen; der entsprechende Kredit wird übertragen und der Sachverhalt im Rahmen einer Landratsvorlage im Jahr 2012 neu beurteilt werden. Das CSEM konnte seine Polytronics-Aktivitäten in der Region Basel weiter ausbauen. Gemeinsam mit industriellen und akademischen Partnern wurden vier grosse Forschungsprojekte gestartet (davon drei mit EU-Fördergeldern). In Muttenz wurde ein geeignetes Mietobjekt gefunden; der Bezug erfolgt im Frühjahr 2011.

Nr. 6.10.17	Universität: Planung Neubauten für die Life Sciences (Standorte Basel-Schällemätteli und Basel-Volta) Projektierung des Neubaus Spitalstrasse 41 auf dem Schällemätteli gemäss LRV Nr. 2008 / 267. Basierend auf den Beschlüssen der Parlamente beider Basel wird 2010 der Entscheid des Projektevaluationsverfahrens erfolgen. Die Planerteams aus dem Siegerprojekt werden mit der Bearbeitung des Bauprojektes beauftragt werden. Projektierung des Neubaus Basel-Volta: Dem Landrat wird ein entsprechender Verpflichtungskredit (Projektierungskredit) beantragt (Landratsvorlage folgt). Projekt der BUD (vgl. Punkt Nr. 4.04.02 der BUD).		Neubau Spitalstrasse 41: Nach Abschluss des Projektwettbewerbs im April 2010 sind die Planerteams mit den Arbeiten am Vorprojekt beauftragt worden. Neubau Basel-Volta: Das bisher vorgesehene Areal steht nicht mehr zur Verfügung. Der Kanton Basel-Stadt prüft Möglichkeiten einer Verdichtung auf dem Schällemätteli-Areal, um die für den Standort Volta vorgesehenen Life Sciences-Bereiche dort anzusiedeln. Gemäss Beschluss des Regierungsrates sind die Bauten für die Universität bis zur Klärung der Finanzierungsfrage ab 2012 vorerst nicht mehr im Investitionsprogramm aufgeführt.
Nr. 6.11	Programmpunkt Quartäre Bildung / Erwachsenenbildung Strategische Zielsetzungen Die Konsolidierung des quartären Bereichs wird durch die Umsetzung konkreter Massnahmen des Konzeptes Weiterbildung Baselland gefördert. Mittels Kampagnen und Anlässen wird die Bevölkerung zu gesellschaftsrelevanten Themen informiert und zur Weiterbildung motiviert. Zur Unterstützung, Begleitung und Umsetzungssteuerung bildungspolitischer Entscheide (wie zum Beispiel Gesamtsprachenkonzept, HarmoS, Bildungsraum NWCH) konzipiert, koordiniert und offeriert die Fachstelle Weiterbildungsangebote für die Schulleitungen und Lehrpersonen des Kantons Basel-Landschaft. Die Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung soll zu einer systematisch gesteuerten und geplanten Weiterbildung entwickelt werden.		↓Amtsbericht 2010
Nr. 6.11.02	Einzelne Massnahme Umsetzung Massnahmen Konzept Weiterbildung Die neue programmgebundene Förderstrategie des Bundes im Bereich Deutschkurse für Migranten und Migrantinnen erfordert Ressourcen für die Bewilligungspraxis entsprechender Projekte und Angebote sowie für die Weiterentwicklung der Angebote im Kanton Basel-Landschaft. Daraus folgt der Ausbau einer zielgruppenorientierten Übersichtsplattform der Weiterbildungsangebote der Region (zum Beispiel Deutschkurse) als Informationsdrehscheibe für die Öffentlichkeit sowie die Schaffung eines Überblicks zuhanden der politischen Instanzen für Steuerungswissen und Einflussnahme.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.23 Mio. Fr.	Der Regierungsrat hat die Vorlage "Konzept Weiterbildung Kanton Basel-Landschaft" per Beschluss vom 21. September 2010 genehmigt und inklusive Konzept an den Landrat weitergeleitet. Die Umsetzung der Massnahmen aus dem Konzept wurde jedoch zurückgestellt, da der Landrat noch nicht über die Vorlage entschieden hat.

Nr. 6.11.07	Weiterbildung und Nachqualifikation von Lehrpersonen Erhöhung des Budgets für Lehrerinnen und Lehrerweiterbildung zur Nachqualifikation und Weiterbildung der Lehrpersonen insbesondere auf der Sekundarstufe I sowie zur Erhöhung der Sprachkompetenz im Zusammenhang mit dem anstehenden Gesamtsprachenkonzept und zur konsequenten Umsetzung des Weiterbildungsobligatoriums.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.29 Mio. Fr.	Rund 50 Lehrpersonen haben an der PH FHNW die Nachqualifikationskurse zum neuen Lehrplan der Sekundarstufe I begonnen. Einstufungstests zur sprachlichen Standortbestimmung und Sprachkurse in Kooperation mit der Volkshochschule beider Basel wurden angeboten. Rund 25 Lehrpersonen haben diese Sprachkurse besucht. Ergänzend wurde ein Pilotkurs in Methodik-Didaktik im Rahmen des Gesamtsprachenkonzepts durchgeführt. Die Weiterbildungsangebote zur konsequenten Umsetzung des Weiterbildungsobligatoriums wurden in gewohntem Rahmen von der Fachstelle Erwachsenenbildung (FEBL) ausgeschrieben.
-------------	--	---	---

Teil Kultur

Nr. 6.12	Programmpunkt Römerstadt Augusta Raurica Strategische Zielsetzungen Die Planungen des Hochbauamtes für das dringend notwendige Sammlungszenrum Augusta Raurica gingen 2008 sehr zügig voran. Bis zum Einzug in den Neubau 2014 sollen sowohl die Funddepots als auch die Ausgrabungs-, Restaurierungs- und Museums-archive neu geordnet, zeitgemäss erschlossen und archivarisches gesichert sein. Für diese Arbeiten soll dem Parlament parallel zur Bauvorlage eine eigene Vorlage unterbreitet werden.		↓ Amtsbericht 2010
Nr. 6.12.02	Einzelne Massnahme Entwicklungskonzept für Augusta Raurica Das Entwicklungskonzept für Augusta Raurica dient der Vorbereitung der Kantonalen Nutzungsplanung Augusta Raurica. Ziel ist die räumliche Abstimmung der Bereiche Natur- und Landschaftspark Augusta Raurica, Archäologisches Schutzgebiet, Siedlung Augst - Oberdorf und Bauen über den Ruinen. Ausser Honoraren für externe Experten und eine externe Berichte-Redaktion entstehen keine Kosten.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.030 Mio. Fr.	Der verlangte Zwischenbericht zum Entwicklungskonzept wurde termingerecht am 16. Dezember 2010 der BKS des Landrates vorgelegt. Die Arbeiten liegen im Zeitplan; das definitive Konzept wird im 1. Halbjahr 2011 fertig. Ein besonderes Augenmerk im Entwicklungskonzept Augusta Raurica wird auf eine enge Einbindung der beiden Standortgemeinden Augst / BL und Kaiseraugst / AG und auf die aktive Mitwirkung ihrer Gemeinde-Vorsteher gelegt.

Nr. 6.12.04	Ausstellung "Augusta Raurica: Modellstadt - Stadtmodell" Im Zentrum der elf Monate dauernden Sonderausstellung (März 2010 bis Januar 2011) steht ein Stadtmodell von Augusta Raurica. Erstmals wird die auf dem Reissbrett geplante Stadt zur Zeit ihrer grössten Ausdehnung in einem 3 x 4.5 Meter messenden dreidimensionalen Modell gezeigt. Grossformatige Panoramabilder der historischen Entwicklung der Stadt von der Gründung bis ins Frühmittelalter sowie zeittypische Fundstücke aus den Ausgrabungen machen den Aufstieg und Niedergang von Augusta Raurica anschaulich sichtbar.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.040 Mio. Fr.	Die Ausstellung wurde termingerecht im Frühjahr 2010 eröffnet und kommt bei Touristen/innen und Schulklassen sehr gut an. Die Besucherfeedbacks sind so gut, dass die Präsentation des neuen Stadtmodells bis 2012 verlängert wird. Es wird zur Zeit durch die FHNW als digitales 3D-Modell erarbeitet und wird so auch für Web-Applikationen und eine Reproduktion in wetter- und vandalenfestem Bronzeguss zur Verfügung stehen.
Nr. 6.12.08 Nr. 6.12.09	Sammlungszentrum Augusta Raurica Das Sammlungszentrum in Augst mit Museumsdepots für die 1.5 Mio. Römerfunde und mit Arbeitsplätzen für die 60köpfige Belegschaft ist das vordringlichste Projekt. Archäologische Kulturgüter sind gefährdet. Für die nachhaltige Sicherung der Investitionen des Kantons sind Sofortmassnahmen notwendig. Die Arbeitssituation der Mitarbeitenden ist unzumutbar. Für die Bereitstellung von zumutbaren sowie sicheren und gesunden Arbeitsplätzen für rund 60 Mitarbeitende und somit die Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes sind Sofortmassnahmen notwendig. Das Sammlungszentrum in Augusta Raurica wird einhellig sowohl von der landrätlichen Bildungs-, Kultur- und Sportkommission als auch von der Finanz- und der Geschäftsprüfungskommission als dringlich und prioritär angesehen. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB Projekt der BUD (vgl. Punkt Nr. 4.04.02 der BUD).		Die fertige Landratsvorlage für einen Planungskredit für das Sammlungszentrum Augusta Raurica wurde vom Regierungsrat zurückgestellt (bis 2016 - 2020). Die Situation der Arbeitsplätze und der Kulturgüter-Depots in Augst ist prekärer denn je und ungelöst. Die von der BUD in Aussicht gestellten „günstigen Sofortmassnahmen“ wurden 2010 (noch) nicht ergriffen. Sie erweisen sich als ausserordentlich teuer für weitere Provisorien in der Römerstadt. Ein Rückkommensantrag im Investitionsprogramm ist in Vorbereitung. Zur Zeit wird lediglich eine Zwischenlösung für die Museumsdepots evaluiert: eine externe Einmietung.
Nr. 6.12.14	Datensicherung: Sicherstellung Archive, Langzeitsicherung Bis zum Einzug in das geplante Sammlungszentrum Augusta Raurica sollen sowohl die Funddepots als auch die Ausgrabungs-, Restaurierungs- und Museumsarchive neu geordnet, zeitgemäss erschlossen und archivarisch gesichert sein. Ferner sind sämtliche Archivalien und die grosse archäologische Plansammlung neu zu ordnen und einer Triage "Temporärakten" vs. "Langzeitarchivalien" zu unterziehen. Die Bereinigung der Museumsdepots erfolgte 2006 - 2010; die Kontroll-Inventur aller Funddepots in der Datenbank IMDAS-Pro ist seit 2007 im Gange und wird noch bis ca. 2012 dauern. Parallel zur Bauvorlage für das geplante Sammlungszentrum wird dem Parlament eine entsprechende Vorlage unterbreitet.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Nachdem die vorgesehenen Kosten für die Sicherstellung der Archive gestrichen worden sind, wurde im Rahmen des regulären Budgets 2010 und in enger Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv eine Archivlösung für Augusta Raurica in Angriff genommen. Das Prinzip dabei lautet: Zuerst die Strukturen definieren (Registraturplan), dann die definitive Dokumentenablage und -sicherung in Angriff nehmen.

Nr. 6.13	Programmpunkt Archäologie und Museum Strategische Zielsetzungen Sanierung der kantonseigenen Burgen Homburg und Pfeffingen sowie zeitgemässe Erhaltung und Erschliessung des kantonalen kulturellen Erbes.		↓ Amtsbericht 2010
Nr. 6.13.04	Einzelne Massnahme Burgen und Ruinen Die Frage der Sanierungen und des Unterhalts der Burgen im Besitz von Gemeinden, Bürgergemeinden und Privaten dürfen nicht nur einzeln betrachtet werden, sondern müssen vom Kanton mit einem Konzept angegangen werden. Die Sanierung der kantonseigenen Homburg wurde 2008 begonnen und wird 2009 abgeschlossen. Für die Sanierung der kantonseigenen Ruine Pfeffingen im Jahr 2010 folgt eine Landratsvorlage im Jahr 2009. Landratsvorlage in Vorbereitung.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.75 Mio. Fr.	Die Sanierung der Homburg bei Läuelfingen wurde 2010 budgetgerecht abgeschlossen. Die gleichzeitig auch neu beschilderte Anlage steht für die Bevölkerung offen und wird bereits wieder rege besucht. Für die bevorstehende Sicherung der Ruine Pfeffingen wurde eine Landratsvorlage eingereicht und vom Parlament gutgeheissen.
Nr. 6.13.12	Zeitgemässe Erhaltung und Erschliessung des kulturellen Erbes Sicherungsmassnahmen zur Erhaltung und zur Erschliessung der bestehenden Sammlungen sind dringend notwendig. Parallel zur Bauvorlage für das geplante Sammlungszentrum wird dem Parlament eine entsprechende Vorlage unterbreitet.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Die sanierungsbedingte Schliessung des Museums erlaubte den Einsatz des Museumsbetriebs-Personals in den Sammlungen. Dabei konnten zumindest die allernötigsten Unterhaltsarbeiten in Angriff genommen werden. Noch immer besteht jedoch grosser Handlungsbedarf in den Bereichen Erhaltung und Erschliessung. Nachdem sich eine Mietlösung für die kantonalen Sammlungen als untauglich erwiesen hat, laufen die Abklärungen betreffend Sammlungszentrum weiter.
Nr. 6.14	Programmpunkt Kantonsbibliothek Strategische Zielsetzungen Förderung der Lese- und Medienkompetenz in verschiedenen sozialen Schichten. Die sehr einseitige Mediennutzung und der Verlust der Lesekompetenz nehmen bei Jugendlichen stark zu. Aber auch bildungsfernere, fremdsprachige oder ältere Menschen mit besonderen Bedürfnissen drohen den Kontakt zur Informationsgesellschaft zu verlieren.		↓ Amtsbericht 2010

Nr. 6.14.07	Einzelne Massnahme Teilnahme an nationalen Vermittlungsprojekten Mit dem Projekt "BuchStart" werden das Vorlesen und der frühzeitige Kontakt zum Buch bei Kleinkindern gefördert. Mit dem Projekt "Generation+" werden die Erhaltung und die Förderung der Lese- und Medienkompetenz der Altersgruppe ab 55 Jahren angestrebt.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.045 Mio. Fr.	Das Projekt "BuchStart" ist im Kanton Basel-Landschaft flächendeckend implementiert. Es gilt diesen Stand zu halten. In Zusammenarbeit mit Seniorenorganisationen wurden Angebote und Dienstleistungen für die "Generation+" erarbeitet und teilweise umgesetzt.
Nr. 6.15	Programmpunkt Zeitgenössische Kunst- und Kulturförderung Strategische Zielsetzungen 1. Bewilligung eines Verpflichtungskredits für den ordentlichen Spielbetrieb im Römischen Theater für die Jahre 2010 - 2014. 2. Abschluss und Umsetzung der Partnerschaftsverhandlungen BL / BS im Bereich Kultur (TP4) / Theater Basel. 3. Inkraftsetzung des Kulturgesetzes.		↓ Amtsbericht 2010
Nr. 6.15.04	Einzelne Massnahme Bespielung Römisches Theater in Augusta Raurica Der Aufwand für den Spielbetrieb im Römischen Theater in Augusta Raurica ist im Budget 2010 enthalten. Die Sicherstellung für die folgenden Jahre soll mittels eines Rahmenkredits (Verpflichtungskredits) erfolgen. Kooperation mit der Gemeinde Augst, dem Theater Basel, dem Stimmenfestival und weiteren Veranstaltern aus der Region Basel.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.6 Mio. Fr.	Die Bespielung des Römischen Theaters wurde in der vierten Spielzeit mit grossem Erfolg fortgesetzt. Besonders in Erscheinung trat das Theater Basel mit einer spektakulären Barock-Theateraufführung von "Alexanderfest" von Georg F. Händel, in der verschiedene Baselbieter Chöre mitwirkten. Die Aufführungen hatten sowohl bei den (über)regionalen Medien als auch beim Publikum eine starke Resonanz.
Nr. 6.15.05	Partnerschaftsverhandlungen / TP4 Abschluss der Partnerschaftsverhandlungen mit besonderer Fokussierung auf einen erhöhten Beitrag des Kantons Basel-Landschaft an das Theater Basel für die Jahre 2011 - 2015; in Ergänzung zu den Beiträgen aus der Kulturvertragspauschale. Die Landratsvorlage ist in Arbeit. Budget 2011 - 2015: Zusätzlich Fr. 17.0 Mio. (insgesamt Fr. 33.0 Mio.).	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Die Vorlage "Subventionierung Theater Basel für die Spielzeiten 2011 / 2012 - 2014 / 2015" (Landratsvorlage Nr. 2010 / 118) wurde vom Landrat mit Beschluss vom 23. September 2010 im beantragten Sinne bewilligt. Gegen diesen Beschluss wurde das Referendum ergriffen. Über dieses wird am 13. Februar 2011 eine Volksabstimmung durchgeführt.

Nr. 6.15.06	Kulturgesetz / Kulturbericht 2011 - 2015 Inkraftsetzung des neuen Kulturgesetzes per Mitte 2010. Im Nachgang dazu sollen die wichtigsten Prioritäten und Programme des Bereichs Kultur in einem Bericht für die Jahre 2011 - 2015 formuliert und umgesetzt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Nach der Ablehnung der Vorlage zu einem neuen Kulturgesetz (Landratsvorlage Nr. 2009 / 134) durch den Landrat am 12. November 2009 und der Überweisung der Motion für ein neues Kulturleitbild BL (Nr. 2009 / 155) am 12. Februar 2010 wurden verschiedene Vorbereitungen und Abklärungen getroffen. Der Kulturleitbild-Prozess BL beginnt konkret Anfang 2011.
Nr. 6.15.09	Erhöhung der Subvention für das Theater ROXY in Birsfelden für die Jahre 2010 - 2013 Um als Plattform für das regionale Theaterschaffen weiter die erfolgreiche Funktion der letzten Jahre sicherzustellen, müssen die Infrastruktur angepasst und der Spielbetrieb gestärkt werden. Landratsvorlage 2009 / 165 / Verpflichtungskredit / LRB Total: Fr. 2.2 Mio. Budget 2010: Fr. 0.55 Mio. Budget 2011: Fr. 0.55 Mio. Budget 2012: Fr. 0.55 Mio. Budget 2013: Fr. 0.55 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.55 Mio. Fr.	Die Subventionsvorlage für die Erhöhung der Beiträge ans Theater ROXY (Nr. 2009 / 165) für die Jahre 2010 - 2013 wurde vom Landrat im Herbst 2009 bewilligt. Da kein Referendum ergriffen wurde, trat die Vorlage Anfang 2010 wie geplant in Kraft.

Teil Sport

Nr. 6.16	Programmpunkt Sport Strategische Zielsetzungen Projekte Bewegung und Sport Mit gezielten Projekten zur Förderung von Sport und Bewegung soll die Anzahl regelmässig bewegungsaktiver Menschen erhöht werden. Bewegte Schule Der Sportunterricht an den Schulen wird durch Bewegungsförderung im Schulalltag ergänzt. Kantonales Sportanlagen-Konzept (KASAK 3) Das KASAK ist ein Planungs- und Koordinationsinstrument der kantonalen Sportanlagenpolitik. Die Erstellung oder die Sanierung von Sportanlagen von überkommunaler oder kantonaler Bedeutung kann mit Kantonsbeiträgen unterstützt werden. Sport-Infrastruktur Im Raum Basel soll der Bedarf für einen Campus Sport für die Region näher geprüft werden. Dieser soll Räumlichkeiten für einen Sportstützpunkt für Leistungssportlerinnen und Leistungssportler und für Ausbildungs- und Fortbildungskurse beinhalten, aber auch Räumlichkeiten für die Verwaltung des öffentlich-rechtlichen und des privat-rechtlichen Sports.	↓ Amtsbericht 2010	
Nr. 6.16.01	Einzelne Massnahme Projekte Bewegung und Sport Mit gezielten Projekten zur Förderung von Sport und Bewegung sollen möglichst viele Menschen dazu gebracht werden, sich täglich genügend zu bewegen. Zudem sollen möglichst viele bewegungsaktive Menschen zum lebenslangen Sporttreiben animiert und / oder für ein Engagement in einer Sportorganisation motiviert werden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.15 Mio. Fr.	An verschiedenen Projekten zur allgemeinen Bewegungs- und Sportförderung haben viele Baselbieterinnen und Baselbieter aller Alterskategorien aktiv teilgenommen. Die grösste Wirkung konnte in den Gemeinden erzielt werden, die sich bei der nationalen Aktion „Schweiz bewegt“ beteiligt haben. Von Unterstützungsbeiträgen haben auch kleinere Projekte profitiert.

Nr. 6.16.02	Bewegte Schule Das Schwergewicht liegt auf der Bewegungsförderung und Bewegungserziehung in der Schule, insbesondere auf der Sicherstellung der Qualität. Massnahmen aus der Erklärung der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz vom 28. Oktober 2005 sollen vollzogen werden. In den Schulen sollen vermehrt Aktivitäten im Bereich des freiwilligen Schulsports durchgeführt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Die Schulen wurden dazu animiert, freiwillige Schulsportangebote über Jugend+Sport sowie Jugend+Sport-Kids durchzuführen oder sich auf freiwilliger Basis an nationalen Schulprojekten wie "Schule bewegt", "bike2school", "Fit4Future" oder "Right to play" zu beteiligen. Die im Spätherbst erschienene Publikation der Konferenz der kantonalen Sportbeauftragten „Bewegungsförderung: Ideen und Materialien“ soll ab 2011 den Gemeinden und Schulen zur Umsetzung der Erklärung der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz 2005 dienen.
Nr. 6.16.03	Kantonales Sportanlagen-Konzept (KASAK 3) Das KASAK sieht Kantonsbeiträge an Sanierungen oder Neubauten von Sportanlagen von überkommunaler oder kantonaler Bedeutung vor. Infolge Sparmassnahmen wird die Jahrest tranche 2010 aus dem Verpflichtungskredit KASAK 2 gekürzt und das KASAK 3 erst für 2011 geplant.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Aus dem Verpflichtungskredit KASAK 2 wurden einzelne Sportanlagenprojekte, für die im Jahr 2009 ein Gesuch eingereicht worden war, mit Kantonsbeiträgen unterstützt. Die verfügbaren Mittel des Verpflichtungskredits wurden nicht ausgeschöpft. Die Landratsvorlage KASAK 3 ist vorbereitet und soll im 1. Quartal 2011 vom Regierungsrat behandelt werden.
Nr. 6.16.09	Sportstützpunkt beider Basel: Um- und Neubauten Auf der Grundlage des Postulats Rüegg 2007 / 315 "Campus Sport für die Region" werden Vorabklärungen für eine allfällige Projektierung eines Campus Sport für die Region vorgenommen.	Finanzielle Auswirkungen 2010: Keine	Die Optionen Polyfeld MuttENZ und Schänzli sind in Prüfung.

Teil 7 Landeskanzlei (LaKa)

Die Herausforderungen unserer Zeit an den Staat lassen sich nur bewältigen, wenn Regierung und Parlament möglichst optimal zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit, die jeder Behörde ihren Verantwortungsbereich und ihren Entscheidungsspielraum belässt, braucht Koordination. Für diese Aufgabe ist die Landeskanzlei prädestiniert, weil sie als zentrale Stabstelle die rechtlichen und die politischen Zusammenhänge und Spielregeln kennt und gute Verbindungen zum Parlament und seinen Organen einerseits und zur Regierung und Verwaltung andererseits hat.

Mit einer sinnvollen Koordination und Kooperation sollen Synergien ermöglicht, Leerläufe verhindert, das gegenseitige Vertrauen gefördert und die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen optimal ausgenutzt werden.

Die Vorbereitung und die Durchführung der kantonalen Wahlen und Abstimmungen sowie die organisatorische Unterstützung des Landrates und des Regierungsrates in ihren zahlreichen Repräsentationsverpflichtungen sind weitere Kernaufgaben der Landeskanzlei.

Nr. 7.01	Programmpunkt Parlamentsdienste Strategische Zielsetzungen Die Landeskanzlei unterstützt die Arbeit des Landrates optimal, indem sie wirkungsvolle, den Bedürfnissen des Parlamentes und seiner Organe entsprechende Dienstleistungen erbringt.	↓ Amtsbericht 2010
Nr. 7.02	Programmpunkt E-Government / Publikationen Strategische Zielsetzungen Unter Electronic Government wird die Abwicklung geschäftlicher Prozesse im Zusammenhang mit Redigieren und Verwalten durch Informations- und Kommunikationstechniken über elektronische Medien verstanden. Die Chancen und die Risiken von E-Government sollen im Kanton Basel-Landschaft weiterhin durch vertiefte Zusammenarbeit mit dem Bund und den Gemeinden sowie durch die sorgfältige Prüfung und die Realisierung von neuen, Kunden orientierten Anwendungen optimiert werden.	↓ Amtsbericht 2010
Nr. 7.02.01	Einzelne Massnahme Weiterführung von www.ch.ch Die Mitarbeit am zentralen Internet-Portal www.ch.ch wird weitergeführt. Die nationale Internet-Einstiegsseite www.ch.ch soll Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Behörden einen einfachen, Themen orientierten Zugriff auf das Online-Angebot der Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden verschaffen.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.022 Mio. Fr. (P2002 3130)
		Erfüllt.

Nr. 7.02.04	Weiterentwicklung der Kantonalen Homepage Erfreulicherweise hat eine von allen Kantonen in Auftrag gegebene Studie ergeben, dass die Baselbieterinnen und Baselbieter mit ihrer Homepage am zufriedensten sind. Das verpflichtet und spornt dazu an, die Homepage weiterzuentwickeln. E-Government-Projekte werden in verschiedenen Gremien auf Bundesebene und interkantonaler Ebene verfolgt. Das für die Betreuung der Homepage zuständige Team der Landeskanzlei erhält Verstärkung, um den wachsenden Anforderungen gerecht werden zu können. Für den Landrat wird ein Closed-User-Group-Angebot eingeführt, wo die Mitglieder des Landrates auch nicht öffentliche Dokumente via Internet einsehen können.		Erfüllt.
Nr. 7.03	Programmpunkt Archivierung Strategische Zielsetzungen Im Interesse der Rechtssicherheit, des Schutzes der Grundrechte, der rationellen Verwaltungsführung und der Forschung soll die Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns auch unter den neuen Anforderungen der Informationsgesellschaft sichergestellt werden.		↓ Amtsbericht 2010
Nr. 7.03.03	Einzelne Massnahme Archivinformationssystem StAR und Interaktive Schnittstellen Neben der Implementierung des neuen Archivinformationssystems StAR werden interaktive Internet- und Intranetzugänge aufgebaut, welche die archivischen Arbeitsabläufe unterstützen und elektronische Transaktionen zwischen dem Staatsarchiv und den Dienststellen, aber auch mit privaten Archivbenutzern ermöglichen. Damit ist eine wesentliche Grundlage geschaffen für die elektronische Archivierung. Teile dieses Projektes sind eng mit dem Projekt "Information Lifecycle Management (ILM)" verknüpft.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.100 Mio. Fr. (P2003 3113 und 3130)	Von der Weiterentwicklung der interaktiven Schnittstellen zu StAR wurde aus technischen Gründen Abstand genommen. Dafür wurden rund 80 Prozent aller Findmittel in statischer Form als pdf-Dateien im Internet publiziert. Die Wirkung der Internet Recherche zeigte sich sofort in der Zunahme von Anfragen zu neuen Themen.
Nr. 7.03.04	Erschliessungsprojekt "Kantonale Unterlagen 1950-1983" Mit dem Erschliessungsprojekt "Kantonale Unterlagen 1950-1983" soll die letzte grössere Erschliessungslücke bei den kantonalen Archivbeständen geschlossen werden.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.060 Mio. Fr. (P2003 3010)	Im Zuge der so genannten "Sicherungsinitiative" wurden sehr grosse Mengen an Archivmaterial übernommen, das umgehend in der Archivdatenbank erfasst und grob erschlossen werden musste. Es kann als Erfolg gewertet werden, dass keine neuen Rückstände entstanden sind und gleichzeitig auch der Erschliessungsrückstand bei älteren Archivbeständen abgebaut werden konnte. Für die Internetpublikation wurden zahlreiche vorhandene Findmittel überarbeitet und ergänzt.

Nr. 7.03.06	Sicherung aller archivwürdigen Unterlagen der Kantonsverwaltung Nach dem Abschluss des Archivneubaus stehen genügend Raumreserven zur Verfügung, so dass alle archivwürdigen Unterlagen des Kantons, die vor 2000 entstanden sind, übernommen werden können. Diese "Sicherungsoffensive" dauert bis 2010.		Die Sicherungsoffensive wurde mit hoher Intensität weitergeführt und es wurden Unterlagen im Umfang von rund 1'400 Laufmetern ins Archiv überführt. Damit konnte in vielen Dienststellen der Verwaltung Platz geschaffen werden.
Nr. 7.03.07	Schaffung der Grundlagen für die elektronische Archivierung In Anlehnung an die GEVER-Strategie des Bundes sollen auch im Kanton Basel-Landschaft bis spätestens 2012 die Voraussetzungen für eine stabile elektronische Archivierung geschaffen werden. Die elektronische Archivierung wird eingebettet in die Informatikstrategie BL und das Projekt ILM		Mit dem Projekt GEVER StABL wurden alle technischen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen für eine vollelektronische Aktenführung im Staatsarchiv ab 2011. Die Erfahrungen aus diesem Pilotprojekt werden ausgewertet im Hinblick auf eine flächendeckende Einführung der elektronischen Aktenführung in der Verwaltung. Im Rahmen des Projektes ILM wurde eine Voranalyse für ein digitales Langzeitarchiv in Auftrag gegeben. Die Resultate werden Ende Januar 2011 der Fachgruppe Informatik vorgestellt.
Nr. 7.04	Programmpunkt Regionale Zusammenarbeit Strategische Zielsetzungen Die regionale Zusammenarbeit gewinnt in vielen Bereichen an Bedeutung. Die Landeskanzlei vernetzt und unterstützt den Geschäftsverkehr zwischen den beteiligten politischen Behörden. Im Vordergrund stehen die Beziehungen zu Basel-Stadt, die Beziehungen zu den Mitgliedern der Nordwestschweizer Regierungskonferenz und die Beziehungen zu den französischen und deutschen Gebietskörperschaften der Oberrheinischen Regierungskonferenz.	↓ Amtsbericht 2010	

Nr. 7.04.03	Einzelne Massnahme Trinationale Kooperation im Oberrheingebiet Auf der Grundlage des Strategischen Positionspapiers der Nordwestschweizer Regierungskonferenz für die Oberrhein-Kooperation soll mit den deutschen und französischen Partnern am Oberrhein eine trinationale Abstimmung gesucht werden. Ein Leitbild soll als Grundlage für die Generierung von grenzüberschreitenden Projekten (Interreg IV und NRP) und als Handlungsgrundlage für das Schweizer Präsidialjahr 2010 in der Deutsch-Französisch-Schweizerischen Oberrheinkonferenz dienen. Ende 2010 laufen mehrere Subventionsverhältnisse und Leistungsaufträge für die Oberrhein-Kooperationsstrukturen aus (Regio Basiliensis / IKRB, ORK-Sekretariat, Infobest Palmrain, Eurodistrict). Für die Subventionsperiode 2011 - 2014 sollen möglichst gestraffte und integrierte Lösungen angestrebt werden. Die Landeskanzlei beteiligt sich an der Erarbeitung der entsprechenden Beschlussentwürfe und Landratsvorlagen.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.250 Mio. Fr. (P2002 3638)	Die Laufzeiten der bestehenden Subventionsverhältnisse und Leistungsaufträge für die Kooperationsstrukturen am Oberrhein (Regio Basiliensis / IKRB, ORK-Sekretariat, Infobest Palmrain, Eurodistrict) konnten für die Subventionsperiode 2011 - 2014 unter Mitwirkung der Landeskanzlei erneuert werden. An der Straffung der Strukturen wurde im Rahmen der Nordwestschweizer Regierungskonferenz intensiv gearbeitet. Diese Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen. Wichtige Vorentscheide sind für das Jahr 2011 zu erwarten.
Nr. 7.04.05	Sekretariat der Nordwestschweizer Regierungskonferenz und der Interparlamentarischen Konferenz Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz wird im kommenden Jahr durch den Kanton Basel-Landschaft präsiert. Das Sekretariat der Nordwestschweizer Regierungskonferenz bei der Landeskanzlei unterstützt das Konferenzpräsidium möglichst wirkungsvoll und entwickelt die im Jahr 2007 von den Konferenzkantonen beschlossene Organisationsstruktur etappenweise weiter. Das Sekretariat setzt insbesondere den Schwerpunkt auf einen regelmässigen, aktiven Informationsaustausch und eine Koordination zwischen den Mitglied-kantonen sowie auch mit den regionalen Fachgremien. Die gezielte Beobachtung und systematische Bearbeitung von Belangen auf Bundesebene bildet den zweiten Schwerpunkt. In diesem Rahmen soll die künftige Vertretung gemeinsamer Interessen gegenüber Bund, anderen Regionen und namentlich auch in der Konferenz der Kantonsregierungen sichergestellt werden. Das Sekretariat der Interparlamentarischen Konferenz bei der Landeskanzlei wird in Zusammenarbeit mit dem Präsidiumskanton Basel-Stadt die Organisation der traditionellen Herbsttagung zu einem aktuellen Thema für Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus allen Konferenzkantonen (Bern, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau) sicherstellen.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.150 Mio. Fr. (P2002 3010)	Die Landeskanzlei unterstützte das Präsidium der Nordwestschweizer Regierungskonferenz und leistete wesentliche Beiträge an die Weiterentwicklung der Konferenzarbeit. Die Grundlagen für die vereinbarte Evaluation des Konferenzsekretariates sind erarbeitet worden. Die Landeskanzlei hat als Konferenzsekretariat in Zusammenarbeit mit dem Präsidiumskanton Basel-Stadt die gut besuchte Herbsttagung der Interparlamentarischen Konferenz der Nordwestschweiz zum Thema "Interkantonale Zusammenarbeit in der Nordwestschweiz - mehr als Informationsaustausch?" erfolgreich organisiert und durchgeführt.

Nr. 7.04.06	12. Dreiländer-Kongress Der 12. Dreiländer-Kongress findet zum Thema "Bildung, Forschung und Innovation" am 2. Dezember 2010 in Basel statt. Die Dreiländer-Kongresse am Oberrhein sind seit ihrer Entstehung vor rund 20 Jahren zu einem wichtigen Instrument der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geworden. Sie bieten die Möglichkeit, aktuelle Schwerpunktthemen unter Miteinbezug von Wissenschaft und Wirtschaft sowie weiterer Kreise vertieft zu bearbeiten. Die Ergebnisse der bisherigen Dreiländer-Kongresse haben Impulse für die staatliche regionale Kooperation geliefert. Der Kanton Basel-Landschaft ist ein Hauptträger des Dreiländer-Kongresses. Die Landeskanzlei unterstützt die Vorbereitungs- und Durchführungsarbeiten optimal.	Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.080 Mio. Fr. (P2002 3631)	Der Dreiländer-Kongress ist unter massgeblicher Beteiligung des Kantons Basel-Landschaft erfolgreich organisiert und durchgeführt worden.
Nr. 7.05	Programmpunkt Volkswahlen und -abstimmungen Strategische Zielsetzungen Die Landeskanzlei nimmt eine zentrale Rolle ein bei der Vorbereitung und der Durchführung von Volkswahlen und -abstimmungen.	↓ Amtsbericht 2010	

Teil 8 Antrag

Der Regierungsrat ersucht den Landrat um Prüfung und Genehmigung des Amtsberichtes 2010 des Regierungsrates.

Liestal, 1. Februar 2011

Im Namen des Regierungsrates:

Der Präsident: Jörg Krähenbühl

Der Landschreiber: Walter Mundschin

Beilagen: Anhang 1: Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates

 Anhang 2: Initiativen (Stand der Bearbeitung)

Anhang 1: Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates

1 Anfragen aus dem Landrat

Der Regierungsrat hat 2010 die folgenden Vorstösse im Landrat mündlich oder schriftlich beantwortet.

1.1 Interpellationen

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2010/007	Interpellation von Petra Schmidt vom 14. Januar 2010: H2, Tunnel Schöenthal, Arbeitsvergabe	beantwortet	14/01/2010
2010/045	Interpellation von Bruno Baumann vom 28. Januar 2010: Arbeitslosigkeit Auswirkungen der aktuellen AVIG-Revision auf Kantone und Gemeinden	beantwortet	28/01/2010
2009/338	Interpellation von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 26. November 2009: Wann greifen unsere Ordnungskräfte endlich zu mehr repressiven Massnahmen. Schriftliche Antwort vom 8. Dezember 2009	erledigt	28/01/2010
2009/047	Interpellation von Georges Thüring vom 19. Februar 2009: Änderung des schweizerischen Namensrechts. Schriftliche Antwort vom 30. Juni 2009	erledigt	28/01/2010
2009/012	Interpellation von Hansruedi Wirz vom 15. Januar 2009: KMU-freundlicher Kanton Baselland? Fragwürdige Praxis der Stiftungsaufsicht. Schriftliche Antwort vom 24. März 2009	erledigt	28/01/2010
2008/295	Interpellation von Rita Bachmann vom 30. Oktober 2008: Meinungsfreiheit an der FHNW. Schriftliche Antwort vom 16. Dezember 2008	erledigt	11/02/2010
2010/067	Interpellation von Thomas Schulte vom 11. Februar 2010: Tango-Trams für BLT und BVB?	beantwortet	11/02/2010
2008/338	Interpellation von Rosmarie Brunner vom 10. Dezember 2008: Schwimmunterricht für muslimische Mitbürger/innen. Schriftliche Antwort vom 27. Januar 2009	erledigt	11/02/2010
2008/293	Interpellation von Siro Imber vom 30. Oktober 2008: Schwimmunterricht	beantwortet	11/02/2010
2010/090	Interpellation von Andreas Giger vom 11. März 2010: Erneuter Kahlschlag bei der Clariant AG, Verlust von 400 Arbeitsplätzen in MuttENZ!	beantwortet	11/03/2010
2008/340	Interpellation der FDP-Fraktion vom 10. Dezember 2008: Pisastudie. Schriftliche Antwort vom 17. März 2009	erledigt	25/03/2010
2009/065	Interpellation von Klaus Kirchmayr vom 12. März 2009: Datenschutz in den Baselbieter Spitälern? Schriftliche Antwort vom 5. Mai 2009	erledigt	25/03/2010

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2008/341	Interpellation von Siro Imber vom 10. Dezember 2008: Bildungsqualität. Schriftliche Antwort vom 17. März 2009	erledigt	25/03/2010
2008/260	Interpellation von Klaus Kichmayr vom 16. Oktober 2008: Finanzielle Auswirkungen der Einführung von Fallkostenpauschalen (DRG) ab 2012. Schriftliche Antwort vom 22. Dezember 2009	erledigt	25/03/2010
2010/122	Interpellation von Martin Rüegg vom 25. März 2010: Region Nordwestschweiz im Abseits	beantwortet	25/03/2010
2009/094	Interpellation von Regina Vogt vom 26. März 2009: Medizinische Grundversorgung im Kanton Basel-Landschaft in Gefahr. Schriftliche Antwort vom 12. Mai 2009	erledigt	25/03/2010
2009/066	Interpellation von Jürg Degen vom 12. März 2009: Gewalt in Alters- und Pflegeheimen. Schriftliche Antwort vom 1. Dezember 2009	erledigt	25/03/2010
2010/030	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 14. Januar 2010: Sanierungs- und Überwachungskonzept der Chemiemülldeponien MuttENZ. Schriftliche Antwort vom 16. März 2010	erledigt	15/04/2010
2009/269	Interpellation von Simon Trinkler vom 24. September 2009: Alle MuttENZer Chemiemülldeponien von der chemischen Industrie: Sanierungsfälle ohne Rheinwasserversickerung?. Schriftliche Antwort vom 15. Dezember 2009	erledigt	15/04/2010
2009/248	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 10. September 2009: Wie beeinflusst der Pumpbetrieb die Grundwasserströme? Schriftliche Antwort vom 17. November 2009	erledigt	15/04/2010
2009/268	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 24. September 2009: Deponie Feldreben: Fehleinschätzung. Schriftliche Antwort vom 15. Dezember 2009	erledigt	15/04/2010
2009/239	Interpellation von Patrick Schäfli vom 10. September 2009: Kostenwahrheit einer Totalsanierung der Deponien in MuttENZ. Schriftliche Antwort vom 24. November 2009	erledigt	15/04/2010
2009/237	Interpellation von Hansruedi Wirz vom 10. September 2009: Wer viel misst, misst viel Mist: Das Trinkwasser ist sauber, auch in MuttENZ: Panikmache fehlt am Platz! Schriftliche Antwort vom 17. November 2009	erledigt	15/04/2010
2009/244	Interpellation von Rita Bachmann vom 10. September 2009: Umwelt- und Verkehrsbelastungen bei einer Totalsanierung der Deponien in MuttENZ. Schriftliche Antwort vom 17. November 2009	erledigt	15/04/2010
2009/247	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 10. September 2009: SBB verlangen Sanierung der Chemiemülldeponie Rothausstrasse. Schriftliche Antwort vom 17. November 2009	erledigt	15/04/2010
2009/238	Interpellation von Fredy Gerber vom 10. September 2009: Rechtsgleichheit im Vollzug-Folgen für andere Siedlungsdeponien-Kostenfolgen für Kanton und Private. Schriftliche Antwort vom 24. November 2009	erledigt	15/04/2010
2009/267	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 24. September 2009: Weshalb verweigert Novartis & Co. die vollständige Kostenübernahme einer Totalsanierung?. Schriftliche Antwort vom 15. Dezember 2009	erledigt	15/04/2010
	Interpellation von Christoph Buser vom 10. September 2009: Widersprüche in der Baselbieter Energiestrategie?		

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2009/243	Schriftliche Antwort vom 3. November 2009	erledigt	22/04/2010
2009/242	Interpellation von Rolf Richterich vom 10. September 2009: Wie interpretiert der Regierungsrat das geltende öffentliche Beschaffungsgesetz? Schriftliche Antwort vom 3. November 2009	erledigt	22/04/2010
2009/249	Interpellation von Thomas Schulte vom 10. September 2009: Wo bleibt das Altlastenkataster zur Schaffung von Rechtssicherheit für die Grundstückeigentümer im Baselbiet? Schriftliche Antwort vom 17. November 2009	erledigt	22/04/2010
2009/096	Interpellation von Bruno Baumann vom 26. März 2009: Bauprojekt Kreisel Kunimatt in Pratteln. Schriftliche Antwort vom 21. April 2009	erledigt	22/04/2010
2009/029	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 29. Januar 2009: Sonderpädagogische Massnahmen	beantwortet	22/04/2010
2009/118	Interpellation von Georges Thüring vom 23. April 2009: 100 neue Stellen für behinderte Menschen! Schriftliche Antwort vom 16. März 2010	erledigt	22/04/2010
2009/236	Interpellation von Thomas Bühler vom 10. September 2009: Abwasserrechnung 2008. Schriftliche Antwort vom 10. November 2009	erledigt	22/04/2010
2009/175	Interpellation von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 11. Juni 2009: Kostendeckungsgrad beim Öffentlichen Verkehr. Schriftliche Antwort vom 15. Dezember 2009	erledigt	22/04/2010
2009/235	Interpellation von Hanni Huggel vom 10. September 2009: MFP-Kreisel Münchenstein: Umbauarbeiten und öffentliche Planaufgaben. Schriftliche Antwort vom 17. November 2009	erledigt	22/04/2010
2009/246	Interpellation von Simon Trinkler vom 10. September 2009: Wie viel Bauherren-Trick akzeptiert der Rechtsdienst der BUD? Schriftliche Antwort vom 3. November 2009	erledigt	22/04/2010
2009/265	Interpellation von Daniele Ceccarelli vom 24. September 2009: Sauberkeit von Restaurants. Schriftliche Antwort vom 10. November 2009	erledigt	06/05/2010
2009/264	Interpellation von Hansruedi Wirz vom 24. September 2009: Rigide Bussenpraxis gegen "Ruhestörung" durch betriebsnotwendige Nacht- und Sonntagsarbeit in der Landwirtschaft. Schriftliche Antwort vom 17. November 2009	erledigt	06/05/2010
2010/182	Interpellation von Regula Meschberger vom 6. Mai 2010: Polizeiaufmarsch am so genannten Harassen-Lauf	beantwortet	06/05/2010
2009/098	Interpellation der SVP-Fraktion vom 26. März 2009: Messezentrum Basel 2012: Werden Baselbieter Stimmbürger zum Narren gehalten?. Schriftliche Antwort vom 9. Juni 2009	erledigt	06/05/2010
2009/140	Interpellation von Felix Keller vom 14. Mai 2009: Über eine flächendeckende Erdbebenversicherung. Schriftliche Antwort vom 24. November 2009	erledigt	06/05/2010
2009/139	Interpellation von Regina Vogt vom 14. Mai 2009: Indikationsstellung und Qualitätssicherung zur geplanten interventionellen	erledigt	06/05/2010

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
	Kardiologie im KSL.. Schriftliche Antwort vom 2. März 2010		
2009/128	Interpellation von Hansruedi Wirz vom 7. Mai 2009: Agrarfreihandelsabkommen mit der EU - Ausklammerung von Obst-, Beeren- und Gemüsebau. Schriftliche Antwort vom 11. August 2009	erledigt	06/05/2010
2009/095	Interpellation von Kathrin Schweizer vom 26. März 2009: Tango - Tram und Veloverkehr. Schriftliche Antwort vom 19. Mai 2009	erledigt	06/05/2010
2009/177	Interpellation von Madeleine Göschke vom 11. Juni 2009: Interventionelle Kardiologie. Schriftliche Antwort vom 2. März 2010	erledigt	06/05/2010
2009/138	Interpellation von Karl Willmann vom 14. Mai 2009: Wie setzen sich die Verkehrsbussen von über 27 Mio. Fr. im Jahr 2008 zusammen? Schriftliche Antwort vom 8. September 2009	erledigt	20/05/2010
2009/119	Interpellation von Georges Thüning vom 23. April 2009: Führt Schengen zu einer Zunahme der Kriminalität? Schriftliche Antwort vom 13. Oktober 2009	erledigt	20/05/2010
2009/156	Interpellation von Elisabeth Augstburger vom 28. Mai 2009: Langwierige Asylverfahren. Schriftliche Antwort vom 22. Dezember 2009	erledigt	20/05/2010
2009/285	Interpellation von Elisabeth Augstburger vom 15. Oktober 2009: Erotikmesse in der St. Jakob-Halle. Schriftliche Antwort vom 24. November 2009	erledigt	17/06/2010
2009/245	Interpellation von Simon Trinkler vom 10. September 2009: Wann und wie wird der Kanton aktiv für mehr Sicherheit am Fussgängerstreifen? Schriftliche Antwort vom 8. Dezember 2009	erledigt	17/06/2010
2009/142	Interpellation von Simon Trinkler vom 14. Mai 2009: Endlager radioaktiver Abfall Jura-Südfuss und Bözberg - viele offene Fragen. Schriftliche Antwort vom 20. Oktober 2009	erledigt	17/06/2010
2009/284	Interpellation von Daniela Gaugler vom 15. Oktober 2009: Windenergie im Jurapark. Schriftliche Antwort vom 22. Dezember 2009	erledigt	09/09/2010
2010/298	Interpellation von Isaac Reber vom 9. September 2010: Planungsstand Spitalprojekte Bruderholz	beantwortet	09/09/2010
2009/174	Interpellation von Georges Thüning vom 11. Juni 2009: Medialer Stellenwert des Baselbiets wird immer kleiner! Schriftliche Antwort vom 13. April 2010	erledigt	14/10/2010
2009/282	Interpellation von Pia Fankhauser vom 15. Oktober 2009: Was geschieht mit dem Projekt 64plus? Schriftliche Antwort vom 1. Dezember 2009	erledigt	14/10/2010
2010/207	Interpellation von Agathe Schuler vom 20. Mai 2010: Gleichwertige Betriebszeiten am Euroairport wie am Flughafen Zürich. Schriftliche Antwort vom 6. Juli 2010	erledigt	14/10/2010
2010/208	Interpellation von Madeleine Göschke vom 20. Mai 2010: Gleiche Nachtflugsperrung in Basel wie in Zürich.	erledigt	14/10/2010

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
	Schriftliche Antwort vom 6. Juli 2010		
2009/371	Interpellation von Georges Thüning vom 9. Dezember 2009: Gleichstellung von Mann und Frau nur für Schweizerinnen und Schweizer? Schriftliche Antwort vom 11. Mai 2010	erledigt	11/11/2010
2009/373	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 9. Dezember 2009: Biotop als Ausgleichsfläche für den Bau der zweiten Schleuse. Schriftliche Antwort vom 9. März 2010	erledigt	11/11/2010
2009/326	Interpellation von Martin Rüegg vom 12. November 2009: H2-Tunnel: Wer trägt die politische Verantwortung? Schriftliche Antwort vom 26. Januar 2010	erledigt	11/11/2010
2009/263	Interpellation von Patrick Schäfli vom 24. September 2009: Nacht und Nebel-Aktion beim Baustopp bei der Ultra-Brag AG, Birsfelden: Vorseilender Gehorsam gegenüber deutschen Hafengegnern? Schriftliche Antwort vom 2. März 2010	erledigt	11/11/2010
2009/308	Interpellation von Rolf Richterich vom 29. Oktober 2009: Mikroverunreinigungen: Anpassungen in der Abwasserbehandlung erforderlich?! Schriftliche Antwort vom 25. Mai 2010	erledigt	11/11/2010
2010/026	Interpellation von Daniele Ceccarelli vom 14. Januar 2010: Gratisparkplätze mit Stromanschluss für Elektroautos im Kanton. Schriftliche Antwort vom 4. Mai 2010	erledigt	11/11/2010
2009/330	Interpellation von Klaus Kirchmayr vom 12. November 2009: Bereitschaft der Feuerwehren im Kanton. Schriftliche Antwort vom 26. Januar 2010	erledigt	11/11/2010
2009/346	Interpellation von Sarah Martin vom 26. November 2009: Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain. Schriftliche Antwort vom 23. März 2010	erledigt	11/11/2010
2009/309	Interpellation von Petra Schmidt vom 29. Oktober 2009: Humanitäre Einsätze von Mitarbeitenden der Kantonalen Verwaltung. Schriftliche Antwort vom 26. Januar 2010	erledigt	11/11/2010
2010/098	Interpellation von Christine Koch vom 11. März 2010: Trinkwasser - Versickerung in belastetem Gebiet? Schriftliche Antwort vom 22. Juni 2010	erledigt	25/11/2010
2009/327	Interpellation von Karl Willmann vom 12. November 2009: Jahresberichte von Dienststellen - insbesondere aus der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion - ausserhalb Amtsbericht und gesetzlichem Auftrag. Schriftliche Antwort vom 22. Juni 2010	erledigt	25/11/2010
2009/176	Interpellation von Jacqueline Simonet vom 11. Juni 2009: Anpassung der Löhne im Sozialpädagogischen Bereich. Schriftliche Antwort vom 25. Mai 2010	erledigt	25/11/2010
2009/266	Interpellation der SVP-Fraktion vom 24. September 2009: Weitere Irritationen im Bildungswesen Basel-Landschaft Lehrplan 21: Mathematik, Deutsch und Lesen flop - Gleichstellung top! Schriftliche Antwort vom 25. Mai 2010	erledigt	25/11/2010
2009/028	Interpellation der BPK vom 29. Januar 2009: Strategische Schulraumplanung. Schriftliche Antwort vom 11. Mai 2010	erledigt	25/11/2010
	Interpellation von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 15. Oktober 2009: Neufinanzierung von Kunstrasenfeldern.		

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2009/283	Schriftliche Antwort vom 2. Februar 2010	erledigt	25/11/2010
2010/128	Interpellation von Hanni Huggel vom 25. März 2010: Parkraumbewirtschaftung in der Region - was hat die Baselbieter Regierung schon unternommen?. Schriftliche Antwort vom 29. Juni 2010	erledigt	25/11/2010
2010/152	Interpellation von Felix Keller vom 15. April 2010: Neue Buslinien im Rahmen des 6. Generellen Leistungsauftrages 2010 - 2013. Schriftliche Antwort vom 19. Oktober 2010	erledigt	25/11/2010
2010/151	Interpellation von Rita Bachmann vom 15. April 2010: Asbestbelastung im GIB Muttenz. Schriftliche Antwort vom 29. Juni 2010	erledigt	25/11/2010
2010/129	Interpellation von Andreas Giger vom 25. März 2010: Erneutes Fischsterben in der Birs. Schriftliche Antwort vom 4. Mai 2010	erledigt	25/11/2010
2010/149	Interpellation von Ruedi Brassel vom 15. April 2010: Dissonanzen im Streichkonzert. Schriftliche Antwort vom 14. September 2010	erledigt	09/12/2010

1.2 Schriftliche Anfragen

G-Nr.	Geschäftstitel	Antwort
2010/104	Schriftliche Anfrage von Patrick Schäfli vom 11. März 2010: Wo sind die Einsparungen beim Kantonsgericht im Hinblick auf den Wegfall der 150 Angestellten der Statthalterämter, welche zur Justizdirektion wechseln?	05/05/2010
2010/264	Schriftliche Anfrage von Kathrin Schweizer vom 24. Juni 2010: Aufteilung der Chemie-Gelder zwischen den Trinkwasserproduzenten in der Muttenzer Hard	23/11/2010
2010/334	Schriftliche Anfrage von Christa Oestreicher vom 23. September 2010: Wie werden im Kanton BL die Prioritäten im Strassenbau gesetzt?	14/12/2010
2010/312	Schriftliche Anfrage der FDP-Fraktion vom 9. September 2010: Bruderholzspital - Strategiewechsel zugunsten der Orthopädie?	14/12/2010

1.3 Unbeantwortete Schriftliche Anfragen

2010/423	Schriftliche Anfrage von Regula Meschberger vom 8. Dezember 2010: Verhältnismässigkeit polizeilichen Vorgehens und der Vornahme von DNA-Analysen
----------	--

1.4 Mündliche Anfragen (Fragestunde)

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2010/034	Bericht der Landeskanzlei vom 26. Januar 2010: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 28. Januar 2010	alle Fragen (3) beantwortet	28/01/2010
2010/112	Bericht der Landeskanzlei vom 23. März 2010: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 25. März 2010	alle Fragen (5) beantwortet	25/03/2010
2010/154	Bericht der Landeskanzlei vom 20. April 2010: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 22. April 2010	alle Fragen (1) beantwortet	22/04/2010
2010/179	Bericht der Landeskanzlei vom 4. Mai 2010: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 6. Mai 2010	alle Fragen (3) beantwortet	06/05/2010
2010/229	Bericht der Landeskanzlei vom 8. Juni 2010: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 10. Juni 2010	alle Fragen (5) beantwortet	10/06/2010
2010/320	Bericht der Landeskanzlei vom 21. September 2010: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 23. September 2010	alle Fragen (7) beantwortet	23/09/2010
2010/355	Bericht der Landeskanzlei vom 26. Oktober 2010: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 28. Oktober 2010	alle Fragen (9) beantwortet	28/10/2010
2010/396	Bericht der Landeskanzlei vom 23. November 2010: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 25. November 2010	alle Fragen (5) beantwortet	26/11/2010

2 Aufträge des Landrates

2.1 Im Jahre 2010 abgeschriebene Aufträge

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2008/133	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 22. Mai 2008: Standesinitiative betreffend gesamtschweizerische Regelung der Suizidbeihilfe	abgeschrieben; überwiesen	14/01/2010 27/11/2008	2009/104
2007/271	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 1. November 2007: Standesinitiative gegen EU-Schlachtviehtransporte auf Schweizer Strassen	abgeschrieben; überwiesen	14/01/2010 16/10/2008	2009/250
2006/289	Postulat von Karl Willmann vom 16. November 2006: 175 Jahre Basel-Landschaft - Zeichen setzen !	abgeschrieben;	14/01/2010	2009/072

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
		überwiesen	18/01/2007	
2006/315	Postulat von Hannes Schweizer vom 13. Dezember 2006: Holzasche zurück in den natürlichen Kreislauf	abgeschrieben; überwiesen	28/01/2010 03/05/2007	2009/195
2006/316	Postulat von Daniel Wenk vom 13. Dezember 2006: Förderung des Rohstoffs Holz	abgeschrieben; überwiesen	28/01/2010 03/05/2007	2009/180
2007/062	Motion von Karl Willmann vom 22. März 2007: Energieeffizienz und erneuerbare Energien im Baugesetz verankern	abgeschrieben; überwiesen	28/01/2010 01/11/2007	2009/208
2005/279	Postulat der Umweltschutz- und Energiekommission vom 27. Oktober 2005: Energie sparen - Energie gewinnen	abgeschrieben; überwiesen	28/01/2010 06/04/2006	2009/206
2007/309	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 12. Dezember 2007: Energie-Standards für Gewerbebauten	abgeschrieben; überwiesen	28/01/2010 22/05/2008	2009/207
2009/039	Postulat von Urs Hintermann vom 19. Februar 2009: Ausstellen von Pässen und Identitätskarten	überwiesen und abgeschrieben	28/01/2010	
2009/083	Motion der FDP-Fraktion vom 26. März 2009: Einreichung einer Standesinitiative zum Thema: Kindesentführungen - Alarmsystem endlich auch in der Schweiz	überwiesen und abgeschrieben	28/01/2010	
2001/129	Postulat der SP-Fraktion vom 10. Mai 2001: Einführung eines Öko-Effizienz-Profiles in der kantonalen Verwaltung	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	28/01/2010 29/11/2001	2009/213
2002/101	Postulat von Esther Maag vom 18. April 2002: Einführung eines Umweltmanagementsystems in der kantonalen Verwaltung zur Erreichung der CO2-Zielvorgaben	abgeschrieben; überwiesen	28/01/2010 12/12/2002	2009/213
2007/085	Postulat von Madeleine Göschke vom 19. April 2007: Offenlegung sämtlicher Analysendaten der Hardwasser AG	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen (modifiziert)	28/01/2010 18/10/2007	2009/336
2006/270	Postulat der FDP-Fraktion vom 2. November 2006: Mandatsvertrag (Steuerung der Beteiligungen)	abgeschrieben; überwiesen	28/01/2010 10/05/2007	2009/159
2008/135	Motion von Klaus Kirchmayr vom 22. Mai 2008: Delegation der Kompetenz zur Sperrung von Internet-Seiten	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	11/02/2010 27/11/2008	2009/289
2006/029	Postulat von Jürg Wiedemann vom 26. Januar 2006: Reduktion der Stundenausfälle an der Sekundarstufe	abgeschrieben;	11/02/2010	2009/290

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
	1	überwiesen	18/05/2006	
2007/291	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 15. November 2007: Verhandlungsmandate für interkantonale Vereinbarungen	abgeschrieben; überwiesen	11/02/2010 22/05/2008	2009/288
2007/027	Postulat der BSKS vom 1. Februar 2007: Mitwirkung des Parlaments bei Staatsverträgen	abgeschrieben; überwiesen	11/02/2010 07/06/2007	2009/288
2005/113	Postulat der SVP-Fraktion vom 21. April 2005: Effilex: Aufhebung des Regierungsratsbeschlusses betreffend Ruhegehalt der Hebammen	abgeschrieben; überwiesen	25/03/2010 06/04/2006	2010/035
2008/170	Postulat von Christoph Frommherz vom 19. Juni 2008: Berücksichtigung der IAO - Kernübereinkommen im kantonalen Beschaffungswesen	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	25/03/2010 13/11/2008	2009/311
2008/203	Postulat von Pia Fankhauser vom 11. September 2008: Pro Kopf-Beitrag für Spitexdienste	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	25/03/2010 07/05/2009	2009/310
2006/027	Postulat von Paul Schär vom 26. Januar 2006: Sicherheit für Pharma - Probanden und Pharma - Forschung dank trinationalen Probanden - Register	abgeschrieben; überwiesen	25/03/2010 02/11/2006	2010/001
2007/116	Postulat von Jürg Wiedemann vom 10. Mai 2007: Vorbehandlung des Trinkwassers	abgeschrieben; überwiesen	25/03/2010 18/10/2007	2009/316
2008/137	Postulat der Grünen-Fraktion vom 22. Mai 2008: Atomstromfreier Kanton Basel-Landschaft	abgeschrieben; überwiesen	25/03/2010 25/09/2008	2009/382
2008/281	Postulat von Madeleine Göschke vom 30. Oktober 2008: Bestgerätestrategie des Kantons	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	25/03/2010 28/05/2009	2009/359
2007/273	Postulat von Marianne Hollinger vom 1. November 2007: Weg vom steuerbaren Einkommen als Grundlage für Subventionen	abgeschrieben; überwiesen	15/04/2010 22/05/2008	2009/287
2006/200	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 7. September 2006: Standesinitiative des Kantons Basel-Landschaft zur Abschaffung der Besteuerung des Eigenmietwertes für Wohneigentum	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	15/04/2010 01/02/2007	2009/349
2008/156	Postulat von Robert Ziegler vom 5. Juni 2008: Das Kriterium des Strafregistereintrages bei Einbürgerungen ist zu überprüfen und differenziert zu handhaben!	abgeschrieben; überwiesen	15/04/2010 27/11/2008	2010/057
2009/003	Postulat von Stephan Grossenbacher vom 15. Januar 2009: Frieden	überwiesen	22/04/2010	

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
		und abgeschrieben		
2007/090	Postulat der FDP-Fraktion vom 19. April 2007: Unterstützung von Massnahmen im Gebäudebereich	abgeschrieben; überwiesen	22/04/2010 01/11/2007	2009/387
2000/080	Postulat von Max Ritter vom 6. April 2000: Änderung des Gesetzes über den Denkmal- und Heimatschutz	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	22/04/2010 21/09/2000	2010/002
2007/070	Postulat von Agathe Schuler vom 22. März 2007: Gebäude-Energieausweis	abgeschrieben; überwiesen	22/04/2010 01/11/2007	2009/005
2008/158	Postulat von Christine Gorrengourt vom 5. Juni 2008: Mit einer wirkungsvollen Energieberatung und Baudämmung zur 2000 Watt-Gesellschaft	abgeschrieben; überwiesen	22/04/2010 16/10/2008	2010/006
2009/044	Postulat von Urs Berger vom 19. Februar 2009: Schutzmassnahmen für Jugendliche bzw. junge Erwachsene gegen Überschuldung durch Kredit- und Abzahlungsverträge	überwiesen und abgeschrieben	22/04/2010	
2009/064	Postulat von Christoph Frommherz vom 12. März 2009: Förderung von ausserschulischen Lernangeboten	überwiesen und abgeschrieben	22/04/2010	
2007/060	Postulat der SP-Fraktion vom 22. März 2007: Gebäudepass - Die Energieetikette fürs Haus	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	22/04/2010 01/11/2007	2010/005
2009/042	Postulat von Hannes Schweizer vom 19. Februar 2009: Förderung der Bienenzucht	überwiesen und abgeschrieben	06/05/2010	
2007/290	Postulat von Marianne Hollinger vom 15. November 2007: TNW Tarifverbund Nordwestschweiz - mindestens Olten gehört dazu!	abgeschrieben; überwiesen	06/05/2010 24/04/2008	2010/004
1983/229	Postulat der CVP-Fraktion vom 5. Dezember 1983: Weiterführung der BLT-Linie 70 Reigoldswil - Basel (Aeschenplatz) zum Bahnhof SBB Basel	abgeschrieben; überwiesen	06/05/2010 02/02/1987	2009/385
2005/231	Postulat von Rita Bachmann vom 8. September 2005: Zur Haltestellen - Verlegung für die Buslinien 70 und 80 am Aeschenplatz	abgeschrieben; überwiesen	06/05/2010 06/04/2006	2009/385
2008/232	Motion der Petitionskommission vom 25. September 2008: Rasche Verlängerung der Buslinien 70 und 80 zum Bahnhof Basel SBB	abgeschrieben; überwiesen	06/05/2010 16/10/2008	2009/385

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2007/037	Postulat von Christoph Rudin vom 15. Februar 2007: Verlegung der Bushaltestelle für die Linie 70/80 am Aeschenplatz	abgeschrieben; überwiesen	06/05/2010 03/05/2007	2009/385
2000/274	Postulat vom 29. Dezember 2000: Petition zu Gunsten der Buslinie 70	abgeschrieben; Pet als Postulat überwiesen	06/05/2010 22/02/2001	2009/385
2006/122	Postulat von Marc Joset vom 27. April 2006: Realisierung eines Nachtbusnetzes	abgeschrieben; überwiesen	06/05/2010 14/12/2006	2009/389
2007/025	Motion von Hannes Schweizer vom 1. Februar 2007: Bearbeitungsgebühren statt Steuern für die Bewilligung von Tombola und Lottospielen und Aufhebung der Abrechnungspflicht	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	20/05/2010 07/06/2007	2010/041
2008/253	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 16. Oktober 2008: Milde Urteile geben zu denken!	abgeschrieben; überwiesen	20/05/2010 27/11/2008	2010/086
2007/061	Motion von Eric Nussbaumer vom 22. März 2007: 2000-Watt-Gesellschaft im Gebäudebereich	abgeschrieben; überwiesen	20/05/2010 01/11/2007	2009/333
2006/099	Postulat von Jacqueline Simonet vom 6. April 2006: Revision des Steuergesetzes: Abzug von ZEITSPENDEN analog zu "freiwilligen Zuwendungen"	abgeschrieben; abgelehnt; überwiesen	20/05/2010 21/02/2008 21/09/2006	2010/041
2009/026	Postulat von Philipp Schoch vom 29. Januar 2009: 100'000 Kilowattstunden Photovoltaik für die Baselbieter Schulen - jetzt	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	20/05/2010 28/05/2009	2010/042
2007/067	Postulat von Eric Nussbaumer vom 22. März 2007: Erarbeitung einer kantonalen Energieeffizienz-Strategie	abgeschrieben; überwiesen	20/05/2010 01/11/2007	2009/333
2008/169	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 19. Juni 2008: Photovoltaik für alle neuen Kantonsgebäude	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	20/05/2010 25/09/2008	2010/041
2007/306	Motion von Kaspar Birkhäuser vom 12. Dezember 2007: Armeewaffen ins Zeughaus	abgeschrieben; überwiesen (ohne Ziffer 2)	20/05/2010 08/05/2008	2010/042
2009/148	Postulat von Thomas de Courten vom 28. Mai 2009: Umsetzung des neuen EG StPO	überwiesen und abgeschrieben	20/05/2010	

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2009/127	Postulat von Dominik Straumann vom 7. Mai 2009: Halterhaftung bei Übertretungen im Strassenverkehr	überwiesen und abgeschrieben	20/05/2010	
2008/166	Postulat von Mirjam Würth vom 19. Juni 2008: Kleine Gewässer ans Licht	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	20/05/2010 13/11/2008	2010/041
2000/037	Postulat von Hanspeter Frey vom 10. Februar 2000: Umfahrung Allschwil / Verkehrsentslastung Leimental	abgeschrieben; überwiesen	20/05/2010 06/04/2000	2010/041
2008/318	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 27. November 2008: Tramübergänge und -Barrieren auf den Kantonsstrassen des Leimentals müssen beseitigt werden	abgeschrieben; überwiesen	20/05/2010 10/09/2009	2010/042
2008/027	Postulat von Robert Ziegler vom 24. Januar 2008: Südumfahrung "light"	abgeschrieben; überwiesen	20/05/2010 13/11/2008	2010/041
2008/212	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 11. September 2008: Verstärkte Förderung von innovativen Unternehmen	abgeschrieben; überwiesen	20/05/2010 26/03/2009	2010/109
2007/308	Postulat von Regula Meschberger vom 12. Dezember 2007: Armeewaffen freiwillig an einem sicheren Ort deponieren	abgeschrieben; überwiesen	20/05/2010 08/05/2008	2010/041
2008/344	Postulat von Isaac Reber vom 11. Dezember 2008: Gesundheitsraum Nordwestschweiz	abgeschrieben; überwiesen	20/05/2010 07/05/2009	2010/108
2007/102	Postulat von Siro Imber vom 3. Mai 2007: Wärmeerzeugung: Eigenständiges Baselbiet	abgeschrieben; überwiesen	20/05/2010 01/11/2007	2010/041
2005/061	Postulat von Urs Hintermann vom 24. Februar 2005: Verfahrensbeschleunigung bei Baurekursen	abgeschrieben; abgelehnt; überwiesen	25/05/2010 08/05/2008 26/01/2006	2009/386
2008/234	Postulat von Jürg Wiedemann vom 25. September 2008: Konzept und Ausbildung der Fremdsprachen (Französisch und Englisch) an der Primarschule	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	10/06/2010 24/09/2009	2009/312
2007/010	Postulat von Jacqueline Simonet vom 18. Januar 2007: Für besseres Fremdsprachenlernen durch Austauschpädagogik	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2010 06/09/2007	2009/312
2000/145	Postulat von Heinz Aebi vom 22. Juni 2000: Förderung der Zweisprachigkeit in der Oberrheinregion	abgeschrieben; überwiesen	10/06/2010 30/11/2000	2009/312

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2007/272	Postulat von Jürg Wiedemann vom 1. November 2007: Einsatz von Fachlehrkräften an der Primarschule in den Fremdsprachen Französisch und Englisch	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	10/06/2010 08/05/2008	2009/312
2008/037	Motion von Paul Wenger vom 21. Februar 2008: Überarbeitung und Revision des Basellandschaftlichen "Gesetzes über die öffentlichen Ruhetage" vom 26. September 1968, insbesondere die Anpassung von § 6 an die heutigen gesellschaftlichen Bedürfnisse und Anliegen, dies im Sinne der geltenden gesetzlichen Regelung im Kanton Basel-Stadt	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	10/06/2010 16/10/2008	2010/061
2009/170	Postulat von Daniele Ceccarelli vom 11. Juni 2009: Tarifgestaltung des TNW in Bezug auf Kinder unter sechs Jahren	überwiesen und abgeschrieben	17/06/2010	
2009/281	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 15. Oktober 2009: Austiefung Kraftwerk Birsfelden	überwiesen und abgeschrieben	17/06/2010	
2009/277	Postulat von Urs Hess vom 15. Oktober 2009: Blendfreie Sonnenkollektoren	überwiesen und abgeschrieben	17/06/2010	
2009/304	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 29. Oktober 2009: Bessere Offenlegung des freien und zweckgebundenen Eigenkapitals	abgeschrieben (Debatte Staatsrechnung)	24/06/2010	2010/083
2009/322	Motion von Klaus Kirchmayr vom 12. November 2009: Standesinitiative "Elektronische Fussfessel"	abgeschrieben; überwiesen	09/09/2010 28/01/2010	2010/144
2008/070	Postulat von Pia Fankhauser vom 13. März 2008: Behandlungskette im Gesundheitsbereich als Standard	abgeschrieben; überwiesen	09/09/2010 16/10/2008	2010/111
2001/036	Postulat von Roland Bächtold vom 8. Februar 2001: Schaffung eines Verbandsklagerechts für Tierschutzorganisationen	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	09/09/2010 26/04/2001	2010/156
2008/211	Postulat von Urs Berger vom 11. September 2008: Öffentliche Beschaffung - Gleichbehandlung von Total- und Generalunternehmen bei den Angebotseingaben zu Aufträgen der öffentlichen Hand (Kanton)	abgeschrieben; überwiesen	09/09/2010 25/06/2009	2010/089
2006/026	Postulat von Christoph Rudin vom 26. Januar 2006: Trinationaler Masterplan Rheinhafen	abgeschrieben; überwiesen	09/09/2010 18/01/2007	2010/135
2004/273	Postulat von Martin Rüegg vom 28. Oktober 2004: Schutz der Nichtrauchernden	abgeschrieben; überwiesen	09/09/2010 13/01/2005	2010/107

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2008/122	Postulat von Regula Meschberger vom 8. Mai 2008: Gesamtarbeitsverträge in subventionierten Institutionen und Betrieben mit Leistungsvereinbarungen	abgeschrieben; überwiesen	09/09/2010 11/12/2008	2010/139
2010/010	Postulat von Pia Fankhauser vom 14. Januar 2010: Auswirkungen von DRG und neuer Pflegefinanzierung auf Patientinnen und Patienten	abgeschrieben; überwiesen	09/09/2010 25/03/2010	2010/202
2004/270	Motion von Elisabeth Augstburger vom 28. Oktober 2004: Frische Luft für mehr Genuss	abgeschrieben; überwiesen	09/09/2010 13/01/2005	2010/107
2007/252	Postulat der Grüne-Fraktion vom 18. Oktober 2007: Verwertung von Grünabfällen	abgeschrieben; überwiesen	28/10/2010 22/05/2008	2010/226
2007/145	Postulat von Christoph Frommherz vom 14. Juni 2007: Beteiligung von Schulen am Erfolg von Energiesparmassnahmen	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	28/10/2010 01/11/2007	2010/136
2004/004	Postulat von Patrick Schäfli vom 15. Januar 2004: Parking-Situation im St. Jakob	abgeschrieben; überwiesen	28/10/2010 06/05/2004	2010/174
2008/317	Postulat von Esther Maag vom 27. November 2008: Asylsuchende untätig bis zum Asylentscheid?	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	28/10/2010 07/05/2009	2010/236
2007/196	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 6. September 2007: Einreichung einer Standesinitiative zur Änderung von Art. 7 des BG über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden	abgeschrieben; überwiesen	28/10/2010 13/03/2008	2010/117
2003/122	Postulat von Robert Ziegler vom 22. Mai 2003: Verkehrsmässige Erschliessung des Sportzentrums St. Jakob	abgeschrieben; überwiesen	28/10/2010 15/01/2004	2010/174
2004/301	Postulat von Esther Maag vom 25. November 2004: Umfassendes Verkehrskonzept St. Jakob	abgeschrieben; überwiesen	28/10/2010 12/05/2005	2010/174
2007/083	Postulat von Regula Meschberger vom 19. April 2007: Änderung des Bürgerrechtsgesetzes: Zulassung von Einbürgerungskommissionen	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	28/10/2010 24/04/2008	2010/155
2006/174	Postulat von Esther Maag vom 22. Juni 2006: Verkehrsentslastung im Ergolzthal	abgeschrieben; überwiesen	28/10/2010 14/12/2006	2010/237
2004/102	Postulat von Andreas Helfenstein vom 22. April 2004: Ohne Parkplatzsorgen zum St. Jakob-Park	abgeschrieben; überwiesen	28/10/2010 13/01/2005	2010/174
2004/119	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 6. Mai 2004: Parkplatzbewirtschaftung beim St. Jakob-Park	abgeschrieben;	28/10/2010	2010/174

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
		überwiesen	13/01/2005	
2009/340	Motion von Kathrin Schweizer vom 26. November 2009: Standesinitiative betreffend "keine Gigaliner in der Schweiz"	abgeschrieben; überwiesen	11/11/2010 17/06/2010	2010/278
2009/366	Postulat von Thomas de Courten vom 9. Dezember 2009: Arbeit vor Sozialhilfe; dem Sozialhilfe-Missbrauch vorbeugen	überwiesen und abgeschrieben	11/11/2010	
2009/365	Postulat von Christoph Hänggi vom 9. Dezember 2009: Museumsverbund Basel-Landschaft	überwiesen und abgeschrieben	25/11/2010	
2010/052	Postulat von Marie-Theres Beeler vom 28. Januar 2010: Für eine höhere Verkehrssicherheit auf den Baselbieter Strassen durch einen Winterdienst mit weniger Salz	überwiesen und abgeschrieben	25/11/2010	
2009/280	Postulat von Jürg Wiedemann vom 15. Oktober 2009: Meldungen von schweren Straftaten: Welche Praxis besteht in unserem Kanton?	überwiesen und abgeschrieben	25/11/2010	
2009/344	Postulat von Beatrice Fuchs vom 26. November 2009: Betreuung durch Lehrpersonen im Rahmen von Tagesstrukturen an der Volksschule	überwiesen und abgeschrieben	25/11/2010	
2009/147	Motion von Thomas de Courten vom 28. Mai 2009: Änderung des Bildungsgesetzes zur Neuordnung der Zuständigkeiten für die Beschlussfassung und Genehmigung von Stundentafeln und Lehrplänen	abgeschrieben; überwiesen	08/12/2010 22/04/2010	2010/268
2009/302	Postulat der SVP-Fraktion vom 29. Oktober 2009: Budget-Voranschlag 2010: Konto 3170 Reisekosten und Spesen - Betriebsanlässe in den Dienststellen	überwiesen und abgeschrieben	09/12/2010	

Erläuterungen

überwiesen und abgeschrieben = In der gleichen Sitzung überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben.

abgeschrieben; überwiesen = Am angegebenen Datum abgeschrieben, Überweisung zu einem früheren Zeitpunkt.

2.2 Erfüllte Aufträge

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Neu
1997/189	Postulat von Max Ritter vom 25. September 1997: Bahn Sissach - Läfelfingen - Olten	2010/004

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Neu
1998/112	Motion der FDP-Fraktion vom 28. Mai 1998: Für ein Konzept zur beruflichen Fort- und Weiterbildung (Erwachsenenbildung) im neuen Bildungsgesetz	2010/324
1999/074	Motion von Eric Nussbaumer vom 15. April 1999: Kantonales Konzept für die familienergänzende Kinderbetreuung II	2009/313
1999/255	Postulat von Max Ribi vom 25. November 1999: Verlängerung der Tramlinie 14 von Pratteln nach Liestal	2010/237
2000/187	Postulat von Alfred Zimmermann vom 21. September 2000: Strikte Nachtruhe zwischen 22'00 und 06'00 auf dem EuroAirport: Änderung des Staatsvertrags	2010/398
2001/163	Postulat von Remo Franz vom 7. Juni 2001: Einführung des Öffentlichkeitsprinzips	2010/199
2002/086	Motion der FDP-Fraktion vom 21. März 2002: Ausbau der Hafenbahn	2010/196
2003/039	Postulat der Grünen-Fraktion vom 6. Februar 2003: Nachtflugsperr in Zürich verlangt Nachtflugsperr in Basel	2010/398
2003/279	Postulat von Eric Nussbaumer vom 13. November 2003: Perspektivenbericht Kantonsspital Laufen	2010/228
2005/226	Postulat von Jürg Wiedemann vom 8. September 2005: Massnahmen gegen erhöhte Feinpartikel-Belastung	2010/434
2005/257	Postulat der SVP-Fraktion vom 22. September 2005: Steuerliches Anreizsystem zum Energiesparen und zum Einsatz erneuerbarer und alternativer Energien	2010/265
2006/009	Postulat von Ursula Jäggi vom 12. Januar 2006: §§ 48 ff (H. Rechte und Pflichten Privater) des Polizeigesetzes seien dahingehend zu ändern, dass die Tätigkeit privater Sicherheitsorganisationen geregelt wird	2008/035
2006/011	Postulat von Jürg Wiedemann vom 12. Januar 2006: Sanierung der Chemiemülldeponien in Muttenz	2010/277
2006/051	Postulat von Simone Abt vom 16. Februar 2006: Massnahmen gegen den Feinstaub	2010/434
2006/098	Postulat von Kaspar Birkhäuser vom 6. April 2006: Minergie-Standard für Salina Raurica	2010/381
2006/100	Postulat von Christoph Rudin vom 6. April 2006: Gemeinsames Kulturkonzept für Basel-Stadt und Basel-Landschaft	2009/030
2007/134	Postulat von Ivo Corvini vom 7. Juni 2007: Steuerabzugsmöglichkeit bei privaten Abwasseranlagen	2010/275
2007/157	Postulat von Andreas Helfenstein vom 21. Juni 2007: Deponie Margelacker: Gesicherte und vollständige Entscheidungsgrundlagen abwarten!	2010/277
2007/192	Postulat von Georges Thüring vom 6. September 2007: Schaffung eines kantonalen Krisen- und Katastrophenfonds	2010/171
2007/204	Postulat von Jürg Wiedemann vom 6. September 2007: Partikelfilter für landwirtschaftliche Fahrzeuge	2010/434
2007/227	Motion der FDP-Fraktion vom 20. September 2007: Standesinitiative zur Einsitznahme als Mitglied des Universitätskantons Basel-Landschaft in	2010/380

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Neu
	die Schweizerische Universitätskonferenz	
2008/039	Verfahrenspostulat der CVP/EVP-Fraktion vom 21. Februar 2008: Einleitung einer Parlamentsreform	2009/039
2008/091	Motion von Madeleine Göschke vom 10. April 2008: Nachtflugsperrre auf dem EAP	2010/398
2008/123	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 8. Mai 2008: Schutz vor Cyberbullying	2010/348
2008/134	Motion von Madeleine Göschke vom 22. Mai 2008: Südlandungen auf dem EAP: Anpassung der Knotenregelung an andere Flughäfen	2010/398
2008/136	Postulat von Daniel Münger vom 22. Mai 2008: Förderung genossenschaftlicher Wohnungsbau	2010/245
2008/154	Postulat von Marc Joset vom 5. Juni 2008: Vermeidung von Konkurrenz der Gewerbebetriebe durch Stromversorger	2010/173
2008/207	Postulat von Hanni Huggel vom 11. September 2008: Parkraumbewirtschaftung in der Region - eine Lösung für Handwerksbetriebe	2010/267
2008/209	Postulat von Urs Berger vom 11. September 2008: Massnahmen für den Beginn der Berufslehre nach neun Schuljahren	2010/379
2008/210	Postulat der CVP/EVP- Fraktion vom 11. September 2008: Zivilcourage	2010/285
2008/305	Postulat von Esther Maag vom 13. November 2008: Versand Wahlhilfen	2010/292
2009/036	Postulat von Patrick Schäfli vom 19. Februar 2009: Gesetzesänderung: Änderung von Paragraph 10 im Baselbieter Bürgerrechtsgesetz: Einbürgerung nur noch bei gesicherter Existenzgrundlage ermöglichen!	2010/347
2009/087	Postulat der SVP-Fraktion vom 26. März 2009: Defizitbremse: Budget 2010-12 ohne zwingende Steuererhöhung!	2010/352
2009/092	Postulat von Juliana Nufer vom 26. März 2009: Guter Wein in falschen Schläuchen - Stiftungen versus öffentlich rechtlichen Anstalten oder Ähnliches	2010/157
2009/114	Postulat von Siro Imber vom 23. April 2009: Berichte von Institutionen	2010/282
2009/171	Postulat von Siro Imber vom 11. Juni 2009: Roller und Motorräder auf Busspuren zulassen	2010/286
2009/278	Postulat von Romy Anderegg vom 15. Oktober 2009: Anordnung von Radstreifen bei Kreiseln	2010/357
2009/363	Motion der FDP-Fraktion vom 9. Dezember 2009: Überarbeitung des Regierungsprogramms 2008 - 2011	2010/352
2010/080	Postulat von Madeleine Göschke vom 11. Februar 2010: Keine Frachtflüge in der Nacht und am Sonntag	2010/398
2010/206	Motion von Klaus Kirchmayr vom 20. Mai 2010: Priorisierte Investitionsplanung	2010/431
2010/337	Verfahrenspostulat von Daniel Münger vom 14. Oktober 2010: Findungskommission Landschreiber / Landschreiberin	

Erläuterungen

Erfüllte, aber noch nicht abgeschriebene Vorstösse

2.3 Mehr als ein Jahr alte Postulate seit der Überweisung

Über die Postulate, die nicht innert eines Jahres seit der Überweisung erfüllt sind, hat der Regierungsrat dem Landrat eine besondere Vorlage zu unterbreiten.

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2001/025	Postulat von Peter Zwick vom 25. Januar 2001: Einsetzung eines Tierschutzanwaltes	22/02/2001
2003/019	Postulat der FDP-Fraktion vom 23. Januar 2003: Erhöhung der sichtbaren Polizeipräsenz in Zentren und öffentlichen Räumen unseres Kantons	27/11/2003
2005/232	Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Zusammenlegung der Motorfahrzeugprüfstation (MFP) beider Basel und der Motorfahrzeugkontrolle (MFK) in beiden Basel	16/02/2006
2005/234	Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Zusammenlegung der Verkehrsleitzentrale	11/05/2006
2006/049	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 16. Februar 2006: Bildet eine Sicherheitsdirektion	18/05/2006
2006/017	Postulat von Madeleine Göschke vom 12. Januar 2006: Zusammenschluss der Anlaufstellen von Sanität und Feuerwehr zu einer einzigen Einsatzzentrale und deren gemeinsamer Betrieb mit Basel-Stadt	18/05/2006
2006/151	Postulat von Daniela Gaugler vom 8. Juni 2006: Temporeduktion und Fussgängerstreifen Neuhof	08/06/2006
2006/171	Postulat von Patrick Schäfli vom 22. Juni 2006: Motorfahrzeugprüfungen: Vereinbarung BL / BS muss verbessert werden!	25/09/2008
2008/012	Postulat von Elisabeth Schneider vom 10. Januar 2008: Verrechnung gemeindepolizeilicher Tätigkeiten durch die Kantonspolizei	30/10/2008
2008/155	Postulat von Daniel Münger vom 5. Juni 2008: Auslegeordnung - familienfreundliche Wirtschaftsregion Nordwestschweiz	27/11/2008
2008/255	Postulat von Esther Maag vom 16. Oktober 2008: Schappo - für beide Basel!	12/03/2009
2008/303	Postulat von Ruedi Brassel vom 13. November 2008: Freiwillig Waffen entsorgen!	07/05/2009
2008/236	Postulat von Karl Willimann vom 25. September 2008: Motorfahrzeugprüfungen: Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und privaten Anbietern ist verbesserungsbedürftig!	07/05/2009

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2004/317	Postulat von Georges Thüring vom 8. Dezember 2004: Zusammenlegung der kantonalen Laboratorien RRB 430, 30.3.2010	12/05/2005
2005/224	Postulat von Karl Willmann vom 8. September 2005: Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Wald	08/06/2006
2007/064	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2007: Bericht zur Altersversorgung im Kanton Basel-Landschaft	18/10/2007
2007/203	Postulat der FDP-Fraktion vom 6. September 2007: Mehr Handlungsspielraum für die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Landschaft	05/06/2008
2007/287	Postulat von Pia Fankhauser vom 15. November 2007: Zentrale Vermittlung von Ferienbetten / Notbetten für Betagte	16/10/2008
2008/235	Postulat von Pia Fankhauser vom 25. September 2008: Palliativmedizin in ein Konzept einbetten - Sterben in Würde ermöglichen	07/05/2009
2009/339	Postulat der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 26. November 2009: Universitäre Akutgeriatrie	26/11/2009

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2008/278	Postulat von Esther Maag vom 30. Oktober 2008: Ersatz von Elektro-Widerstandsheizungen	14/05/2009
2008/028	Postulat von Siro Imber vom 24. Januar 2008: S-Bahn-Haltestelle Basel Morgartenring / Allschwil	13/11/2008
2006/115	Postulat der FDP-Fraktion vom 27. April 2006: Kein Verzicht auf den Wisenbergtunnel	27/04/2006
1989/024	Postulat von Max Ribi vom 30. Januar 1989: Direkte Tramlinie von Allschwil zum Bahnhof Basel SBB	03/05/1993
2008/237	Postulat der Grünen-Fraktion vom 25. September 2008: Keine Teerung der Todesfalle Grabenring / Baslerstrasse in Allschwil	10/09/2009
1994/016	Postulat von Peter Kuhn vom 20. Januar 1994: Rollstuhlgängige, behindertengerechte Trams und Busse auf den Linien der BLT für Rollstuhlfahrer/Innen, Gehbehinderte, betagte Leute, Frauen und Männer mit Kinderwagen, etc.	10/02/1994
2008/331	Postulat von Hanspeter Frey vom 10. Dezember 2008: Rückbau Wasgenring / Luzernerring Basel-Stadt	29/10/2009
1998/093	Postulat von Peter Brunner vom 14. Mai 1998: Öffentlicher Verkehr und Behinderte gemeinsam	26/11/1998
2005/045	Postulat der SVP-Fraktion vom 3. Februar 2005: Aufhebung der Konzession zum Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Liestal nach Waldenburg eventuell Langenbruck	26/01/2006

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2005/101	Postulat von Jürg Degen vom 7. April 2005: Tarifverbund TriRegio	26/01/2006
2008/172	Postulat von Urs Hess vom 19. Juni 2008:Minergie ohne Nutzungsverlust	16/10/2008
2008/280	Postulat von Philipp Schoch vom 30. Oktober 2008: Wärmekraftkopplungsanlagen bei neuen Grossheizungen	28/05/2009
2005/063	Postulat von Anton Fritschi vom 24. Februar 2005: Gemeinsames Amt für Umwelt und Energie BL und BS	12/05/2005
2008/304	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 13. November 2008: Direkte Busverbindung zwischen Bruderholzspital und Bahnhof Basel SBB und Tramanschluss für das Bruderholzspital	28/05/2009
2005/064	Postulat von Remo Franz vom 24. Februar 2005: Für eine Fusion der Umweltämter beider Basel	12/05/2005
2004/153	Postulat von Andreas Helfenstein vom 24. Juni 2004: Mit der Bahn zum St. Jakob-Park Genereller Leistungsauftrag öffentlicher Verkehr 2005 - 2009	28/05/2009// 13/01/2005
2008/254	Postulat von Dieter Schenk vom 16. Oktober 2008: Delegation des kleinen Baubewilligungsverfahrens an eine Verwaltungsstelle	10/09/2009
2007/254	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 18. Oktober 2007: Veloverbindungen Reinach - Arlesheim / Dornach	22/05/2008
2007/065	Postulat von Eric Nussbaumer vom 22. März 2007: Gaspreis für Wärme-Kraft-Koppelung	01/11/2007
2007/088	Postulat von Martin Rüegg vom 19. April 2007: Bruderholzspital mit Minergie-P-Standard	29/11/2007
2006/317	Postulat von Eugen Tanner vom 13. Dezember 2006: Klare Verantwortlichkeiten bei Bauvorhaben	10/01/2008
2007/049	Postulat von Jürg Wiedemann vom 8. März 2007: Behindertentransport in den öffentlichen Verkehr (ÖV) integrieren	24/01/2008
2003/194	Postulat von Ivo Corvini vom 4. September 2003: Tramlinie 6 zum Bahnhof SBB (als Zusatzlinie)	22/01/2004
2001/114	Postulat von Alfred Zimmermann vom 26. April 2001: Ausdehnung der Quartierplanpflicht auf publikumsintensive Dienstleistungsbetriebe	31/05/2001
2007/253	Postulat von Marc Joset vom 18. Oktober 2007: Anbindung des Leimentals an den Bahnhof Basel SBB	24/04/2008
2007/166	Postulat von Isaac Reber vom 21. Juni 2007: Weiterentwicklung Tarifverbund Nordwestschweiz zu einem Verkehrsverbund	24/04/2008
2007/233	Postulat von Siro Imber vom 20. September 2007: Bessere Umsteigeverbindung an der Tramhaltestelle Brausebad für Allschwil und Schönenbuch	24/04/2008
2007/115	Postulat von Hanni Huggel vom 10. Mai 2007: Mit dem ÖV ins römische Theater in Augusta Raurica	24/04/2008
2007/249	Postulat von Eric Nussbaumer vom 18. Oktober 2007: Öffentlicher Nahverkehr im unteren Kantonsteil bis 2030	24/04/2008

Sicherheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2000/049	Postulat von Esther Maag vom 24. Februar 2000: Arbeitsteilungs-Modelle bei Verwaltungskadern und Gerichtspräsidien	19/10/2000
2000/246	Postulat von Esther Maag vom 30. November 2000: Kinderbetreuung beim Kanton	11/01/2001
2002/127	Postulat der Petitionskommission vom 28. Mai 2002: Für mehr Qualität im Gesundheitswesen	05/09/2002
2003/080	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 27. März 2003: Vorlage eines neuen Finanzierungskonzeptes zwecks - mindestens teilweiser - Beseitigung der vorhandenen Deckungslücke der Basellandschaftlichen Pensionskasse	19/06/2003
2003/112	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 8. Mai 2003: Neue Chancen für den beruflichen Wiedereinstieg	13/11/2003
2003/312	Postulat der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2003: Änderung des Verkehrsabgabegesetzes	27/05/2004
2005/058	Postulat von Martin Rüegg vom 24. Februar 2005: Standesinitiative betreffend Oberaufsicht des Bundes über die Erdbebenvorsorge	17/11/2005
2005/127	Postulat von Jürg Wiedemann vom 12. Mai 2005: Befristete Verkehrssteuerbefreiung für Elektro-, Erdgas- und Biogasfahrzeuge	27/04/2006
2006/016	Postulat von Marc Joset vom 12. Januar 2006: Personalbefragung	11/05/2006
2005/317	Postulat der SVP-Fraktion vom 14. Dezember 2005: Strukturell bedingte Unterdeckung der Pensionskasse beseitigen!	11/05/2006
2005/114	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 21. April 2005: Einführung einer generellen Strassenkasse resp. eines Strassenfonds	08/06/2006
2006/097	Postulat der FDP-Fraktion vom 6. April 2006: Verbesserung und Vereinheitlichung des Personalmanagements beim Kanton	01/02/2007
2006/226	Postulat der FDP-Fraktion vom 21. September 2006: Steuern könnten einfacher sein!	15/02/2007
2006/320	Postulat von Patrick Schäfli vom 14. Dezember 2006: Mehr Mitbestimmung des Landrats bei öffentlich-rechtlichen Anstalten im Kanton Basel-Landschaft	19/04/2007
2007/069	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 22. März 2007: "Verkehrssteuer mit ökologischer Ausrichtung"	18/10/2007
2007/158	Postulat von Heinz Aebi vom 21. Juni 2007: Mehr direkte Demokratie in den Gemeinden!	13/03/2008
2007/165	Postulat von Jürg Wiedemann vom 21. Juni 2007: Steuerrabatt bei Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichts	13/03/2008
2007/193	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 6. September 2007: Höherer Kinderabzug bei Selbstbetreuung der eigenen Kinder	13/03/2008
2007/159	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 21. Juni 2007: Klarere gesetzliche Vorgaben und Standards für die Zuweisung von Rückstellungen (Fondsbildung) in der Staatsrechnung	13/03/2008

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2007/314	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 13. Dezember 2007: Einheitliche und gezielte Finanzführung	22/05/2008
2007/284	Postulat der SP-Fraktion vom 15. November 2007: Abgangsregelung für hauptamtliche RichterInnen	22/05/2008
2007/205	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 6. September 2007: Erstellung eines Demographieberichts	22/05/2008
2008/314	Postulat der FDP-Fraktion vom 27. November 2008: Anpassung von Vergütungs- und Verzugszins bei der Staatssteuer	27/11/2008
2008/205	Postulat der SVP-Fraktion vom 11. September 2008: Für einen zeitgemässen Kündigungsschutz in der Verwaltung	11/12/2008
2008/221	Postulat der SVP-Fraktion vom 11. September 2008: Zentrumsabgeltung an Basel-Stadt: Überprüfung der finanziellen Grundlagen	11/12/2008
2008/330	Postulat der SVP-Fraktion vom 10. Dezember 2008: Massnahmenpaket und Verzichtsplanung zur Bewältigung der Finanzkrise	26/03/2009
2008/288	Postulat der FDP-Fraktion vom 30. Oktober 2008: Änderung des Budgetprozesses	07/05/2009
2008/208	Postulat von Pia Fankhauser vom 11. September 2008: Förderung von Alterswohngenossenschaften	07/05/2009
2009/045	Postulat von Hanspeter Frey vom 19. Februar 2009: EuroAirport	07/05/2009
2008/291	Postulat von Simon Trinkler vom 30. Oktober 2008: CO2-Kompensation als Teil der Motorfahrzeugsteuer	28/05/2009
2009/091	Postulat von Karl Willmann vom 26. März 2009: Sanierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse	15/10/2009

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2002/283	Postulat der SP-Fraktion vom 14. November 2002: Finanzierung von stationären Platzierungen von Kindern und Jugendlichen sowie pädagogischen Familienbegleitungen	08/05/2003
2004/245	Postulat von Christian Steiner vom 23. September 2004: Verordnung über Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Übertritt am Kindergarten und an der Primarschule (VO BBZ vom 4. Mai 04)	25/11/2004
2005/146	Postulat von Florence Brenzikofer vom 26. Mai 2005: Neues Beurteilungssystem an den Baselbieter Primarschulen	23/03/2006
2005/144	Postulat von Dieter Völlmin vom 26. Mai 2005: Wiedereinführung des Semesterzeugnis an den Primarschulen	23/03/2006
2005/271	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 20. Oktober 2005: Nicht nur Akademiker für unser Baselbiet	27/04/2006
2005/182	Postulat von Christoph Rudin vom 23. Juni 2005: Kulturgesetz	18/05/2006

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2006/153	Postulat von Ruedi Brassel vom 8. Juni 2006: Aufbau eines Kompetenzzentrums für die Begleitforschung zu den Life Sciences	19/10/2006
2006/101	Postulat von Christian Steiner vom 6. April 2006: Eltern bilden statt Kinder therapieren	02/11/2006
2006/250	Postulat von Marianne Hollinger vom 19. Oktober 2006: 5-Tage-Woche für alle Schülerinnen und Schüler	15/02/2007
2006/251	Postulat von Madeleine Göschke vom 19. Oktober 2006: Auswertung der Agendaführung von Lernkräften	15/02/2007
2006/227	Postulat von Eva Gutzwiller vom 21. September 2006: Gewaltprofile an den Schulen Erfassung mittels Internet	15/02/2007
2006/155	Postulat von Simone Abt vom 8. Juni 2006: Psychomotoriktherapie für alle Kinder, die sie brauchen	22/03/2007
2007/068	Postulat von Georges Thüring vom 22. März 2007: Förderung des regionalen Theaterschaffens	06/09/2007
2007/093	Postulat von Bea Fünfschilling vom 19. April 2007: Orientierungsarbeiten an der Sekundarschule	06/09/2007
2007/162	Postulat der SP-Fraktion vom 21. Juni 2007: Bericht über die Rahmenbedingungen einer breiteren Abstützung des Theaters Basel, bis hin zur gemeinsamen Trägerschaft	21/02/2008
2007/202	Postulat der FDP-Fraktion vom 6. September 2007: Überprüfung Standorte Universität Basel	08/05/2008
2007/231	Postulat von Karl Willimann vom 20. September 2007: Gezielte Förderung des Jugendsports !	08/05/2008
2007/164	Postulat von Christoph Rudin vom 21. Juni 2007: Kulturelles Erbe aus Arbeit, Gewerbe und Industrie	08/05/2008
2007/200	Postulat von Elsbeth Schmied vom 6. September 2007: Neuregelung der Schulferien - längere Herbstferien!	08/05/2008
2007/315	Postulat von Martin Rüegg vom 13. Dezember 2007: Campus Sport für die Region	08/05/2008
2007/232	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 20. September 2007: Volle Ausschöpfung und Erweiterung der Kriterien für die Gewährung von Finanzhilfen zur Erstellung und den Betrieb von Sportanlagen	08/05/2008
2008/068	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 13. März 2008: Entlastung der Schulen von unnötiger Bürokratie	30/10/2008
2008/092	Postulat von Thomas Bühler vom 10. April 2008: Klassengrößen an der Volksschule	30/10/2008
2008/108	Postulat von Urs Berger vom 24. April 2008: Gewaltfreie Jugend - Gewaltfreie Schule	30/10/2008
2009/024	Postulat von Christine Mangold vom 29. Januar 2009: Bericht "Entlastungsstunden Schulleitungen, Ressourcen Schulleitungssekretariate" der Perinnova GmbH vom Juni 2007	29/01/2009
2008/333	Postulat der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2008: Förderung der Früherziehung und zur Unterstützung der frühen Sprachförderung	24/09/2009
2008/251	Postulat der SP-Fraktion vom 16. Oktober 2008: Änderung der Verordnung für die Musikschule	24/09/2009

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2009/187	Postulat von Georges Thüning vom 25. Juni 2009: Einfrierung der Uni-Beiträge und Bekämpfung der Nachwuchsprobleme in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen und Studien	24/09/2009
2008/286	Postulat von Martin Rüegg vom 30. Oktober 2008: KASAK 3?	12/11/2009
2008/276	Postulat von Marianne Hollinger vom 30. Oktober 2008: Wo bleibt das kantonale Sportanlagen-Konzept 3 (KASAK 3)?	12/11/2009
2008/252	Postulat von Beatrice Fuchs vom 16. Oktober 2008: Förderung des Behindertensports durch den Kanton Basel-Landschaft	12/11/2009

Büro Landrat
Keine

Landeskanzlei
Keine

Kantonsgericht
Keine

2.4 Mehr als zwei Jahre alte Motionen seit der Überweisung

Über die Motionen, die nicht innert zwei Jahren seit der Überweisung erfüllt sind, hat der Regierungsrat dem Landrat eine besondere Vorlage zu unterbreiten.

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2006/007	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 12. Januar 2006: "Pauschale Budgetanträge"	11/05/2006
2007/270	Motion der SVP-Fraktion vom 1. November 2007: Senkung der Vermögenssteuer ist vordringlich	13/03/2008
2007/313	Motion von Dominik Straumann vom 13. Dezember 2007: Änderung von § 98 Gemeindegesetz, Rechnungsprüfungskommission	22/05/2008
2008/204	Motion der SVP-Fraktion vom 11. September 2008: Die guten Steuerzahler behalten - Die Steuersätze für hohe Einkommen senken	11/12/2008

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2006/265	Motion der FDP-Fraktion vom 2. November 2006: Umsetzung der kantonalen Koordinationspflichten im Bereich Betreuung und Pflege im Alter	19/04/2007

Bau- und Umweltschuttdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1998/192	Motion der FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Wisenbergtunnel. Dem 2. Juradurchstich zum Durchbruch verhelfen	04/03/1999
2006/246	Motion von Isaac Reber vom 19. Oktober 2006: Solaranlagen aufs Dach - auch in Kernzonen!	01/11/2007
2007/198	Motion von Philipp Schoch vom 6. September 2007: Förderung von Windenergie im Kanton Basel-Landschaft	01/11/2007
2007/226	Motion der Umwelt- und Energiekommission vom 20. September 2007: Minergie / Minergie-P darf keinen Nachteil bei der Baunutzung ergeben	01/11/2007
2007/063	Motion von Paul Jordi vom 22. März 2007: Solarenergie im Baugesetz fördern statt verhindern	01/11/2007
2007/194	Motion von Elisabeth Schneider vom 6. September 2007: Rasche lokale Verkehrslösungen statt Planungsgleichen	15/11/2007
2007/248	Motion von Hannes Schweizer vom 18. Oktober 2007: Windkraftanlagen auch in Schutzgebieten!	22/05/2008
2008/132	Motion der FDP-Fraktion vom 22. Mai 2008: Zusätzliche Massnahmen zur Förderung elektrischer Energie aus erneuerbaren Quellen, insbesondere der Photovoltaik	25/09/2008
2008/106	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 24. April 2008: Masterplan Verkehr für den Kanton Basel-Landschaft	13/11/2008

Sicherheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2005/160	Motion der Spezialkommission Parlament und Verwaltung vom 9. Juni 2005: Änderung des Landratsgesetzes	01/12/2005
2006/311	Motion von Martin Rüegg vom 13. Dezember 2006: Umgang mit Interpellationen	19/04/2007
2007/111	Motion vom Büro Landrat vom 10. Mai 2007: Überarbeitung der Vereinbarung über die Behördenzusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt	18/10/2007

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2003/090	Motion der GPK vom 10. April 2003: Revision des Gesetzes über die Leistung von Beiträgen zur Förderung kultureller Bestrebungen	18/09/2003
2003/188	Motion von Paul Schär vom 4. September 2003: Die Schule muss ein drogenfreier Raum werden!	13/11/2003
2005/126	Motion von Jacqueline Simonet vom 12. Mai 2005: Ergänzung des Bildungsgesetzes betreffend Aufnahmeverfahren einer Speziellen Förderung	23/03/2006
2006/225	Motion von Martin Rüegg vom 21. September 2006: Sport als Promotionsfach	15/02/2007

Büro Landrat
Keine

Landeskanzlei
Keine

Kantonsgericht
Keine

2.5 Im Jahre 2010 überwiesene, noch nicht erfüllte Postulate und Verfahrenspostulate

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2009/062	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 12. März 2009: Lobbying für kantonale Anliegen beim Bund	22/04/2010
2009/376	Postulat der FDP-Fraktion vom 10. Dezember 2009: Region Basel als Standort für Projekt Luftraumsicherung	11/11/2010
2009/377	Postulat von Siro Imber vom 10. Dezember 2009: Personal für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit	11/11/2010
2009/262	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 24. September 2009: Strategische Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden	11/11/2010
2009/231	Postulat von Eva Chappuis vom 10. September 2009: Jungen Berufsleuten den Berufseinstieg ermöglichen	11/11/2010
2009/303	Postulat der SVP-Fraktion vom 29. Oktober 2009: Budget-Voranschlag 2010: Ausweis für die % - Abweichung von Kontobeträgen früher	09/12/2010

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2010/340	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 14. Oktober 2010: Produktivitätskennzahlen in Rechnung und Budget des Kantons	09/12/2010
2010/425	Postulat von Rolf Richterich vom 9. Dezember 2010: Externe Unterstützung für die Überprüfung der Aufgaben und der Ausgaben	09/12/2010
2009/364	Postulat der FDP-Fraktion vom 9. Dezember 2009: Finanzpolitische Vorgaben für das Regierungsprogramm 2012 - 2015	09/12/2010
2010/070	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 11. Februar 2010: Proaktives Management der Transfer-Finanzflüsse	09/12/2010

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2010/064	Postulat vom 9. Februar 2010: Petition von Swiss Cycling (Schweizerischer Radfahrer-Bund): Wanderwege für Mountainbiker	11/03/2010
2010/015	Postulat von Felix Keller vom 14. Januar 2010: Ein Konzept für eine Nutzung von Wald und Flur	11/03/2010
2009/084	Postulat von Madeleine Göschke vom 26. März 2009: Früherfassung von Brustkrebs bei Frauen ab 50	25/03/2010

Bau- und Umweltschuttdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2009/111	Postulat von Elisabeth Schneider vom 23. April 2009: Bessere ÖV-Erschliessung von Allschwil	22/04/2010
2009/046	Postulat von Dieter Schenk vom 19. Februar 2009: Mehr Transparenz bei der Fahrplangestaltung	22/04/2010
2009/113	Postulat von Hanspeter Wullschleger vom 23. April 2009: Optimierung des Busliniennetzes Sissach - Rheinfelden	22/04/2010
2008/038	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 21. Februar 2008: Weiterführung der Pendler- und Ausflugslinie der BLT, Linie 70 vom Aeschenplatz zum Bahnhof Basel SBB	06/05/2010
2008/283	Postulat von Christoph Frommherz vom 30. Oktober 2008: Strom in der Verwaltung zu 100% aus erneuerbaren Energien	20/05/2010
2006/173	Postulat von Ivo Corvini vom 22. Juni 2006: Verbesserung der Abläufe bei der Feuerungskontrolle und weitergehende Liberalisierung	20/05/2010
2003/134	Postulat der Justiz- und Sicherheitsdirektion vom 5. Juni 2003: Raumkonzept für die Justiz / Projekt für ein Gerichtsgebäude	20/05/2010
2009/152	Postulat von Claudio Wyss vom 28. Mai 2009: Potential nicht ausgeschöpft	17/06/2010
2009/233	Postulat von Elisabeth Augstburger vom 10. September 2009: Mit Disc-Recycling CO2-Ausstoss reduzieren und Erdöl sparen	17/06/2010

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2009/153	Postulat von Sarah Martin vom 28. Mai 2009: Verbessertes Angebot am ÖV-Knotenpunkt Gelterkinden	17/06/2010
2009/228	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 10. September 2009: Umwelt- Investitions-Standards für Energieversorger	17/06/2010
2009/370	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 9. Dezember 2009: Smart Grid - Schlüssel-Infrastruktur der Zukunft	09/09/2010
2009/306	Postulat von Claudio Wyss vom 29. Oktober 2009: Fördermassnahmen Ökostrom	09/09/2010
2008/206	Postulat von Thomas de Courten vom 11. September 2008: Bioabfälle effizient verwerten	28/10/2010
2009/261	Postulat von Petra Schmidt vom 24. September 2009: Rechtsgrundlage Bauinventar BL	11/11/2010
2009/301	Postulat der SP-Fraktion vom 29. Oktober 2009: Erschliessung des Bruderholz-Spitals mit dem Tram	11/11/2010
2009/345	Postulat von Jürg Wiedemann vom 26. November 2009: Einrichten einer Litteringplattform	11/11/2010
2009/260	Postulat von Marianne Hollinger vom 24. September 2009: Kantonsstrassen mit Durchgangsverkehr sollen innerorts attraktiver werden!	11/11/2010
2009/279	Postulat von Felix Keller vom 15. Oktober 2009: Realisierung "Zubringer Allschwil" an die Nordtangente	11/11/2010
2010/023	Postulat der Grünen-Fraktion vom 14. Januar 2010: Regio S-Bahn: Neuer Wendebahnhof Basel St. Johann und zusätzliche Haltestelle am Morgartenring	11/11/2010
2010/012	Postulat von Josua M. Studer vom 14. Januar 2010: Verlängerung und Verknüpfung der Tramlinie 8 mit der Tramlinie 6	11/11/2010
2010/127	Postulat von Elisabeth Augstburger vom 25. März 2010: Bewilligungspflicht Velounterstände	25/11/2010
2010/095	Postulat von Christine Koch vom 11. März 2010: Neue S - Bahn - Verbindung Birstal - St. Johann	25/11/2010
2010/051	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg bei vom 28. Januar 2010: Vorinformation bei der verspäteten Abrechnung von Verpflichtungskrediten	25/11/2010

Sicherheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2009/115	Postulat von Elisabeth Augstburger vom 23. April 2009: Femmes Tische, ein Engagement für Familien im Kanton Basel-Landschaft	28/01/2010
2009/063	Postulat von Elisabeth Augstburger vom 12. März 2009: Unterstützung für Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen	28/01/2010
2009/035	Postulat von Georges Thüning vom 19. Februar 2009: Keine Abschaffung der Gemeindepolizei!	28/01/2010

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2009/043	Postulat der FDP-Fraktion vom 19. Februar 2009: Aufsichtsbehörde beider Basel	28/01/2010
2010/082	Postulat von PLK vom 11. Februar 2010: Prüfung der Frage des Teil- oder Vollamts für die Richterinnen und Richter am Kantonsgericht Basel-Landschaft sowie für die Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten an den erstinstanzlichen Gerichten des Kantons Basel-Landschaft	15/04/2010
2008/121	Postulat der SVP-Fraktion vom 8. Mai 2008: Ergänzung der Strafprozessordnung, Zwingende Meldepflicht in Fällen von Kinderpornografie und Pädophilie	20/05/2010
2009/151	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 28. Mai 2009: Stellenprozentuale Auswirkungen der Aufsichtsfunktion des Regierungsrates über die künftige Staatsanwaltschaft	20/05/2010
2009/168	Postulat der SP-Fraktion vom 11. Juni 2009: Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols	20/05/2010
2010/251	Postulat von Karl Willimann vom 24. Juni 2010: Taten statt Warten: Einsparungen beim Kantonsgericht jetzt umsetzen!	28/10/2010

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2008/109	Postulat von Jacqueline Simonet vom 24. April 2008: Zugang zu Behindertenorganisationen für Nicht-IV-Berechtigte	20/05/2010
2009/190	Postulat von Kathrin Schweizer vom 25. Juni 2009: Attestlehre für Fahrradmechaniker/in und Motorradmechaniker/in	25/11/2010
2009/088	Postulat der SVP-Fraktion vom 26. März 2009: FHNW-Kostenexplosion: Massnahmen statt Nachtragskredite	22/04/2010
2009/232	Postulat von Christine Gorrengourt vom 10. September 2009: Familienfreundliche Musikschule für alle Bevölkerungsschichten	25/11/2010
2008/337	Postulat von Gerhard Hasler vom 10. Dezember 2008: Drogen an Schulen; Schaffung einer gesetzlichen Grundlage	11/02/2010
2009/189	Postulat von Martin Rüegg vom 25. Juni 2009: Subventionierung des Sportmuseums Schweiz	25/11/2010
2009/367	Postulat von Karl Willimann vom 9. Dezember 2009: Harmonisierung des Bildungsraums Nordwestschweiz	10/06/2010
2009/010	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 15. Januar 2009: Uni Basel und FHNW - Quelle neuer Unternehmen?	25/03/2010
2009/116	Postulat von Kaspar Birkhäuser vom 23. April 2009: Wissen über die Technik der Bandwebstühle erhalten	22/04/2010

Büro Landrat

Keine

Landeskanzlei

Keine

Kantonsgericht

Keine

2.6 In den Jahren 2009 bis 2010 überwiesene, noch nicht erfüllte Motionen

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2007/195	Motion von Elisabeth Schneider vom 6. September 2007: Änderung des Sachversicherungsgesetzes betreffend präventiven objektbezogenen Massnahmen gegen Hochwasserschäden	07/05/2009
2009/085	Motion von Isaac Reber vom 26. März 2009: Der Kanton als Vorbild - Einstieg Jugendlicher ins Erwerbsleben fördern	15/10/2009
2009/006	Motion von Petra Schmidt vom 15. Januar 2009: Befristeter Steuerrabatt bei Gemeindesteuern	15/10/2009
2009/188	Motion von Klaus Kirchmayr vom 25. Juni 2009: Gemeinnützige Arbeit als Sanktionsmöglichkeit für Gemeinden	17/06/2010
2009/225	Motion von Christoph Buser vom 10. September 2009: Zurückstufung der Tätigkeiten der Schweizerischen Steuerkonferenz auf die informelle Ebene	14/10/2010
2009/227	Motion von Elisabeth Schneider vom 10. September 2009: Überarbeitung der Finanzkompetenz von Regierung und Landrat	14/10/2010
2009/149	Motion der SP-Fraktion vom 28. Mai 2009: Ergänzungsleistungen für Familien	14/10/2010
2009/342	Motion von Klaus Kirchmayr vom 26. November 2009: Einheitliche Finanzstandards bei Landratsvorlagen	11/11/2010
2010/124	Motion von Isaac Reber vom 25. März 2010: Integrierte Finanz- und Investitionsplanung	09/12/2010

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

Keine

Bau- und Umweltschuttdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2008/233	Motion von Myrta Stohler vom 25. September 2008: Baubewilligungsgebühren für Sonnenkollektoren	14/05/2009
2009/126	Motion der Petitionskommission vom 7. Mai 2009: Direkte Busverbindung vom Bruderholzspital zum Bahnhof SBB	28/05/2009
2009/027	Motion von Sarah Martin vom 29. Januar 2009: TNW Nachtnetz	22/04/2010
2005/302	Motion der SVP-Fraktion vom 17. November 2005: Kantonales Bauverhinderungs-Einspracherecht in Wohnzonen für Verbände abschaffen!	20/05/2010
2009/229	Motion der Grünen-Fraktion vom 10. September 2009: Stopp der Lichtverschmutzung	17/06/2010
2009/226	Motion von Rolf Richterich vom 10. September 2009: Änderung § 101 Abs. 2 RBG; Garagenvorplätze bei direkten Ausfahrten auf Strassen	11/11/2010
2010/008	Motion von Agathe Schuler vom 14. Januar 2010: Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für Anschlusspflicht an Wärmeverbundanlagen	11/11/2010
2009/299	Motion von Petra Schmidt vom 29. Oktober 2009: Änderung Raumplanungs- und Baugesetz (RBG), § 126	11/11/2010
2009/259	Motion von Petra Schmidt vom 24. September 2009: Überprüfung des Denkmal- und Heimatschutzgesetzes	11/11/2010

Sicherheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2007/197	Motion von Christian Steiner vom 6. September 2007: Interkantonale Zusammenarbeit im Hochwasserschutz	07/05/2009
2010/359	Motion von Thomas Bühler vom 28. Oktober 2010: Präventive, verdeckte Ermittlungen gegen Pädosexuelle im Internet	28/10/2010
2010/360	Motion von Hanspeter Weibel vom 28. Oktober 2010: Verdeckte Ermittlungen auch bei Vorbereitungshandlungen	28/10/2010

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2009/109	Motion von Regula Meschberger vom 23. April 2009: Musikalische Talentförderung	12/11/2009
2009/320	Motion der FDP-Fraktion vom 12. November 2009: Für ein Kulturleitbild Baselland	11/02/2010
	Motion von Karl Willmann vom 15. Januar 2009: Massnahmenpaket für die Förderung des Interesses an der naturwissenschaftlichen	

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2009/005	Ausbildung in den Baselbieter Schulen	25/03/2010
2009/167	Motion von Urs Berger vom 11. Juni 2009: Beiträge an die Berufsbildung	25/11/2010
2009/343	Motion von Jürg Wiedemann vom 26. November 2009: Reduktion der Klassengrössen	25/11/2010

Büro Landrat

Keine

Landeskanzlei

Keine

Kantonsgericht

Keine

Anhang 2: Initiativen (Stand der Bearbeitung am 31. Dezember 2010)

Vorgeprüfte Initiativen Aufgeführt nach Vorprüfungsdatum (absteigend)

Titel	Schluss mit den Steuerprivilegien
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	1. April 2010 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)

Titel	Staatskunde-Initiative
Typ	Formulierte Verfassungsinitiative
Publikation der Vorprüfung	11. Februar 2010 ((mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)

Titel	Rasche lokale Verkehrslösungen statt ruinöse Transitachse durchs Leimental
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	10. Januar 2008 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)

Titel	Bussengelder für Steuerrabatt
Typ	Formulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	5. April 2007 (mit Kontaktadresse)
Wortlaut der Initiative	19. April 2007

Titel	Einführung von Schuluniformen
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	24. August 2006 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)

Titel	Berufsbildungsinitiative: kein Schulschluss ohne Anschluss
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	27. April 2006 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)

Titel	Kantonales und kommunales Stimm- und Wahlrecht integrierter Ausländer/Innen
Typ	Formulierte Verfassungsinitiative
Publikation der Vorprüfung	30. Juni 2005 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)

Titel	Schuldenabbau für unsere Jugend (Schuldenabbau-Initiative)
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	26. Mai 2005 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)

Titel	Steuersenkung
Typ	Formulierte Verfassungsinitiative
Publikation der Vorprüfung	20. Januar 2005 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)

Titel	Schuldenbremse
Typ	Formulierte Verfassungsinitiative
Publikation der Vorprüfung	20. Januar 2005 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)

Titel	Familiengerechte Wohnkosten-Initiative
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	9. Januar 2003 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)

Zustande gekommene Initiativen
Aufgeführt nach dem Einreichungsdatum (absteigend)

Titel	Bäche ans Licht
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	6. Mai 2010 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Anzahl gültige Unterschriften	2'374

Titel	Gesetzesinitiative für eine unverzügliche und nachhaltige Lösung des Altlastenproblems bei den Muttener Deponien
Typ	Formulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	29. Oktober 2009 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Anzahl gültige Unterschriften	6'728
Geschäft des Landrats	2010-276

Titel	Einfachere Steuern im Baselbiet
Typ	Formulierte Verfassungsinitiative
Publikation der Vorprüfung	13. September 2007 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Zustande gekommen (Publikation)	27. August 2009
Anzahl gültige Unterschriften	4'348
Geschäft des Landrats	2009-335 ; Rechtsgültigkeit beschlossen am 11. März 2010

Titel	Für eine Umfahrungsstrasse Allschwil
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	19. Februar 2009 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Zustande gekommen (Publikation)	22. Mai 2009
Anzahl gültige Unterschriften	2'278
Geschäft des Landrats	2009-205 ; Rechtsgültigkeit beschlossen am 15. Oktober 2009

Titel	Kantonsbeiträge für den Unterhalt der Gemeindestrassen in der 10 km-Zone für 40-Tonnen-Lastwagen
Typ	Nichtformulierte Gemeindeinitiative
Eingereicht am	23. Juni 1999
Zustande gekommen (Publikation)	1. Juli 1999 (Worttext der Initiative)
Eingereicht von den Gemeinden:	Aesch, Allschwil, Birsfelden, Giebenach, Münchenstein, Muttenz, Pratteln (Federführung) und Reinach.
Geschäft des Landrats Nr.	2007-266 ; vom Landrat am 21. Februar 2008 Initiative abgelehnt; kein Gegenvorschlag)

Titel	Änderung von § 137 des Schulgesetzes
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative (Gemeindeinitiative)
Eingereicht am	9. Januar 1992
Zustande gekommen (Publikation)	23. Januar 1992
Geschäft des Landrats Nr.	2002/113 ; vom Landrat am 5. Juni 2003 an Regierungsrat zurückgewiesen

Erledigte Initiativen

Aufgeführt nach dem Datum der Abstimmung / des Rückzugs (absteigend)

Titel	Weg vom Öl - hin zu erneuerbaren Energien! (Energieinitiative)
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	14. Dezember 2006 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	6. Februar 2007
Zustande gekommen (Publikation)	18. Oktober 2007
Anzahl gültige Unterschriften	1'906
Geschäft des Landrats Nr.	2008/244; am 12. März 2009 vom Landrat an den Regierungsrat zurückgewiesen
	2009/333 (Gegenvorschlag des Regierungsrats)
Abstimmung am	26. September 2010 ; Initiative abgelehnt: 21'400 Ja, 44'536 Nein; Gegenvorschlag angenommen: 40'315 Ja, 24'283 Nein.

Titel	Totalsanierung der Chemiemülldeponien in Muttenz
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	10. Januar 2008 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	27. Februar 2008
Zustande gekommen (Publikation)	3. April 2008
Anzahl gültige Unterschriften	3'856
Geschäft des Landrats Nr.	2008/188; am 14. Mai 2009 vom Landrat für gültig erklärt
Abstimmung am	13. Juni 2010 ; Initiative abgelehnt, Gegenvorschlag angenommen

Titel	Verantwortliche Basler Chemie- und Pharmafirmen müssen Trinkwasseruntersuchung und -aufbereitung bezahlen
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	10. Januar 2008 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	27. Februar 2008
Zustande gekommen (Publikation)	3. April 2008
Anzahl gültige Unterschriften	3'721
Geschäft des Landrats Nr.	2009/019; am 14. Mai 2009 vom Landrat abgelehnt
Abstimmung am	13. Juni 2010 ; Initiative abgelehnt

Titel	Schutz vor Passivrauchen
Typ	Formulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	1. März 2007 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	16. August 2007
Zustande gekommen (Publikation)	13. Dezember 2007
Anzahl gültige Unterschriften	5'949
Geschäft des Landrats Nr.	2007/318 (Rechtsgültigkeit)
Geschäft des Landrats Nr.	2008/179 (Antrag auf Ablehnung der Initiative, Annahme des Gegenvorschlags)
Abstimmung am	17. Mai 2009 ; Initiative angenommen

Titel	Ja, Bildungsvielfalt für alle
Typ	Formulierte Verfassungsinitiative
Publikation der Vorprüfung	12. Oktober 2006 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	6. Dezember 2006
Zustande gekommen (Publikation)	11. Januar 2007
Anzahl gültige Unterschriften	1'985
Geschäft des Landrats Nr.	2007/106 (Rechtsgültigkeit)
	2008/100 (Empfehlung auf Ablehnung; Gegenvorschlag)
Abstimmung am	30. November 2008 (Initiative abgelehnt: 65'207 Nein, 17'107 Ja; Gegenvorschlag angenommen: 45'478 Ja, 34'456 Nein)

Titel	Für einen leistungsstarken öffentlichen Verkehr (ÖV-Initiative)
Typ	Formulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	18. Mai 2006 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	24. Januar 2007
Zustande gekommen (Publikation)	1. März 2007
Anzahl gültige Unterschriften	1'612
Geschäft des Landrats Nr.	2007/122 (Rechtsgültigkeit)
	2007/277 (Empfehlung zur Ablehnung der Initiative)
Abstimmung am	28. September 2008 (Initiative abgelehnt; 35'459 Nein, 25'355 Ja)

Titel	Keine Schulgebühren
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	1. April 2004 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	18. November 2004
Zustande gekommen (Publikation)	30. Dezember 2004
Anzahl gültige Unterschriften	1'665
Geschäft des Landrats Nr.	2005/019 (Rechtsgültigkeit am 21. April 2005 beschlossen)
	2006/257 (Gesuch um Verlängerung der Behandlungsfrist; bewilligt am 18. Januar 2007)
Zurückgezogen am	25. September 2008 (Verfügung über Rückzug)

Titel	Abschaffung der Fachstelle für Gleichstellung von Mann und Frau
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	12. Mai 2005 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	15. Januar 2007
Zustande gekommen (Publikation)	15. Februar 2007
Anzahl gültige Unterschriften	1'529
Geschäft des Landrats Nr.	2005/204 (Rechtsgültigkeit)
	2007/188 (Empfehlung auf Ablehnung der Initiative)
Abstimmung am	1. Juni 2008 (Initiative abgelehnt mit 48'089 Nein zu 28'454 Stimmen)

Titel	Keine Autobahn im Leimental
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	29. April 2004 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	15. Oktober 2004
Zustande gekommen (Publikation)	2. Dezember 2004
Anzahl gültige Unterschriften	5'227
Geschäft des Landrats Nr.	2007/022 (Antrag auf Ablehnung der Initiative)
Zurückgezogen am	15. November 2007 (Verfügung über Rückzug)

Titel	Wohnkosten-Entlastungs-Initiative
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	27. Dezember 2002 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht	27. Januar 2003
Zustande gekommen (Publikation)	6. März 2003
Anzahl gültige Unterschriften	10'189
Geschäft des Landrats Nr.	2003/135 (Rechtsgültigkeit am 18. September 2003 beschlossen)
	2004/180 (Verlängerung der Behandlungsfrist um 12 Monate, am 23. September 2004 beschlossen)
	2005/304 (Verlängerung der Behandlungsfrist um 12 Monate, am 12. Januar 2006 beschlossen)
Zurückgezogen am	12. Juli 2007 (Verfügung über Rückzug)

Titel	Wieder-Einführung des Kinderabzuges vom Einkommens-Steuerbetrag (Familiengerechte Kinderabzugs-Initiative)
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	11. September 2003 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	16. März 2004
Zustande gekommen (Publikation)	6. Mai 2004
Anzahl gültige Unterschriften	1'735
Geschäft des Landrats Nr.	2004/171 (Rechtsgültigkeit am 25. November 2004 beschlossen)
	2005/275 (Verlängerung der Behandlungsfrist um 12 Monate, am 1. Dezember 2005 beschlossen)
Zurückgezogen am	11. Januar 2007

Titel	Für eine Schule mit Qualität" (Qualitäts-Initiative)
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	8. Februar 2001 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	17. April 2002
Zustande gekommen (Publikation)	30. Mai 2002
Anzahl gültige Unterschriften	1'784
Geschäft des Landrats Nr.	2006/148 (Rechtsgültigkeit)
	Vom Landrat am 21. September 2006 Rechtsgültigkeit beschlossen, Initiative vom Landrat abgelehnt
Abstimmung am	26. November 2006 (Initiative abgelehnt; 18'090 Ja, 52'738 Nein)

Titel	Unverzögerlicher Bau der H2 («Sofort-Bau der H2» - Initiative)
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	23. Februar 2006 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	9. März 2006
Zustande gekommen (Publikation)	16. März 2006
Anzahl gültige Unterschriften	2'172
Zurückgezogen am	7. September 2006 (Verfügung über Rückzug)

Titel	Unverzögerlicher Bau der H2 zwischen Pratteln und Liestal (H2 - Initiative)
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	16. Februar 2006 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	7. Februar 2006
Zurückgezogen am	20. Februar 2006

Titel	Bildungsinitiative
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	12. April 2001 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht	27. November 2002
Zustande gekommen (Publikation)	23. Januar 2003
Anzahl gültige Unterschriften	1'979
Geschäft des Landrats Nr.	2003/272 / 2003/272a (Korrigierte Fassung)
	2005/264
Zurückgezogen am	27. Januar 2006 (Verfügung über Rückzug)